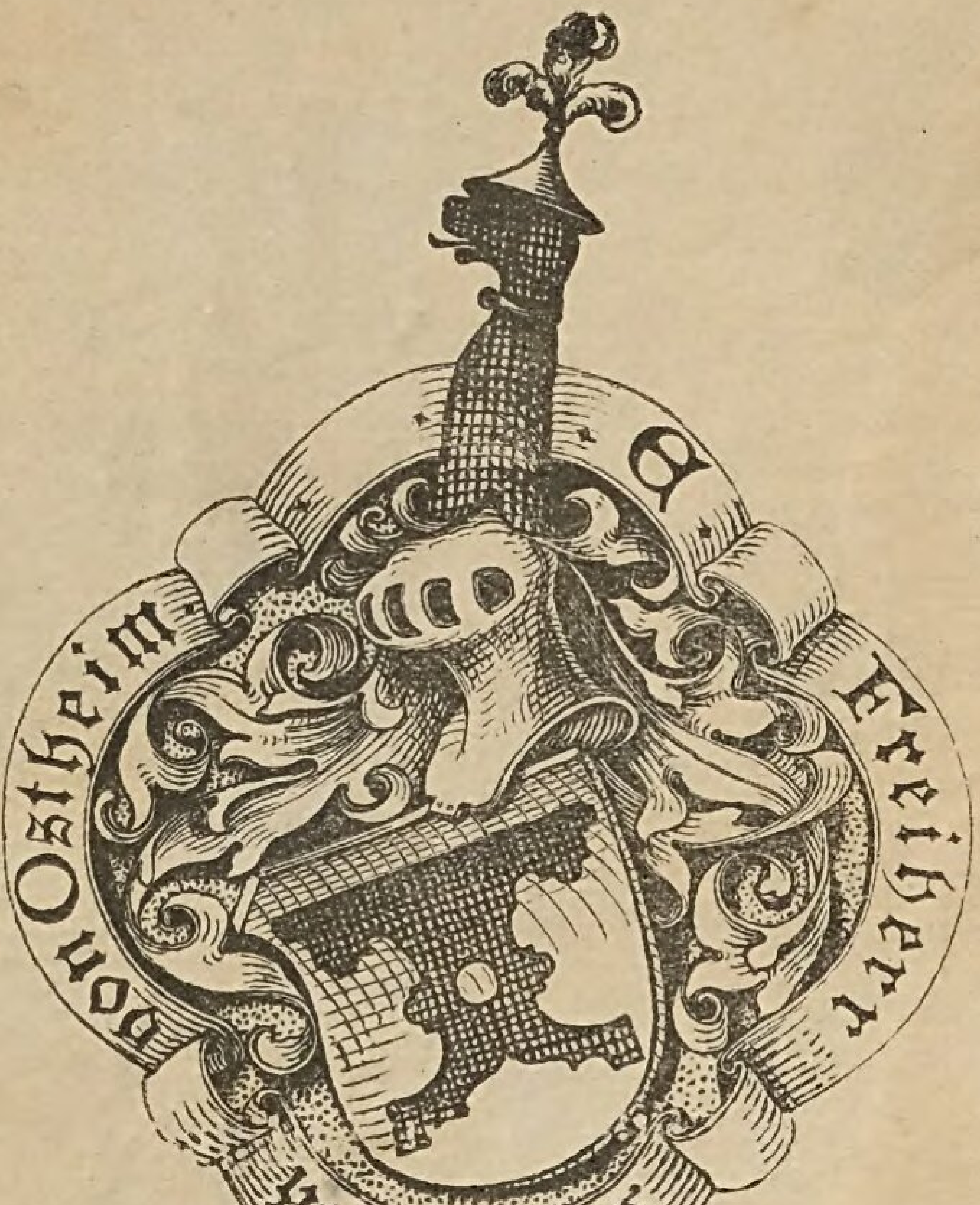
Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Bauer, Bruno

Der Untergang des Frankfurter Parlaments Geschichte der deutschen constituirenden Nationalversammlung

Berlin 1849

Bamberg, Staatsbibliothek -- MvO.Rev.o.251
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11753564-5



M. v. O.
Revol.
0.251.

Revol. o. 455

Der Untergang

des

Frankfurter Parlaments.

Geschichte

der

deutschen constituirenden Nationalversammlung

von

B. Bauer.

Berlin.

Verlag von Friedrich Gerhard.

1849.

Staats-
Bibliothek
Bamberg

Der Untergang

des

Frankfurter Parlaments.

Vorwort.

Die Geschichte einer Versammlung, die aus einem unbestimmten Verlangen der Masse entsprungen, vom Bundestage sich die Aufgabe und die Dauer ihres Lebens vorschreiben lassen mußte — deren Vorläufer, das Vorparlament und der Funfziger-Ausschuß, ihre Aufgabe nicht höher stellen konnten und sich selbst vom Bundestage nur düpiren ließen — die bei ihrem Zusammentritt über ihr eigenes Daseyn erschrak und den Gedanken eines deutschen Volkes, als er ihr in einer der ersten Sitzungen nahte, als eine Versuchung von sich wies[1]) — die das Verlangen der Masse, der sie entsprungen, erstickte und verläugnete und die Vorschrift, die ihr der Bundestag auf den Lebensweg mitgegeben, weder ins Auge zu fassen, noch aus eigner Kraft zu erweitern vermochte — die in der Bescheidenheit die sie sich und Deutschland zur Pflicht machte, aus einer

---

1) Siehe: „Die bürgerliche Revolution in Deutschland" von B. B. p. 237. 238.

Außenlinie sich in die andere zurücktreiben ließ — die von Anfang an auf geschichtliche Macht im Namen der Deutschen Verzicht leistete, für die nationale Wiedergeburt des deutschen Volks um Erlaubniß flehte und damit sich selbst und das eigne Volk dem fremden Erbarmen anempfahl — die von einem rathlosen Volk umgeben in sich selbst keinen Rath fand — — kann nur die Geschichte ihres Untergangs seyn.

Inhalt.

		Seite
1.	Rathlosigkeit der Revolution in Wien und Berlin	1— 25
2.	Die slavischen Provinzen	26— 62
3.	Das deutsche Oestreich	63—107
4.	Das Gagern'sche Programm	108—136
5.	Die preußische Note vom 23. Januar	137—160
6.	Die österreichischen Noten	161—182
7.	Der Welcker'sche Antrag	183—199
8.	Die octroyirte Verfassung und die Kammern in Preußen	200—251
9.	Der Märzverein und der bürgerliche Aufstand . .	252—309

I.

Rathlosigkeit der Revolution in Wien und Berlin.

Mit den Schrecken des Todes haben sie alle Schrecken der Erde überwunden, auch die des Absolutismus — das war der Jubelruf, mit welchem die Opfer des 13. März zu Wien in ihr gemeinsames Grab gesenkt wurden.

Die Schrecken des Absolutismus — sind sie aber wirklich überwunden? Und für immer? Oder war es nur eine große Stunde, in welcher das „unveräußerliche, dem Menschen angeborene" Recht mit dem geschichtlichen Vorrecht seine Kräfte maaß? Oder bestanden die Helden des 13. März ihren Kampf nur mit den Schrecken des Todes, die die äußerste Brustwehr des Absolutismus bilden, und blieben die geheimen, die geistigen, die innerlich wirkenden Schrecken, über die der Absolutismus gebietet, ungeschwächt bestehen?

Das Alles waren Fragen, die von der Größe der unerwartet angebrochenen Stunde unterdrückt wurden. Was will der Mensch mehr? Darf er so unersättlich seyn und unbefriedigt von den „heiligen, tiefen Gefühlen", die der große Moment in ihm erweckt hat, nach der Gewißheit über

die ganze Zukunft verlangen? Will er nimmer ruhig seyn? Nicht eher sich der Freude über die Größe der Geschichte öffnen und die „Siegeskraft des Geistes" anerkennen, als bis er alle Gefahren, die die Zukunft vielleicht birgt, die aber sein Vertrauen allein schon entwaffnet, während sie sein Mißtrauen nur reizt und aus ihrem dunkeln Versteck hervorlockt, kennen gelernt und sich mit ihnen gemessen hat?

Der Kampf galt vielmehr als „ausgekämpft" und man freute sich des Siegs, des großen Augenblicks. „Es gibt große Stunden im menschlichen Leben, begann Anton Füster seine Rede am Grab der Märzopfer[1]), Stunden, in welchen die Kraft des Geistes sich in all' ihrer Herrlichkeit offenbart, Stunden, in welchen die Siegeskraft des Geistes alle Schrecken der Erde, selbst die Schrecken des Todes überwindet. Diese Stunden verkünden, beweisen, „daß wir göttlichen Geschlechtes sind." Solche Stunden schlugen uns dieser Tage, solche Stunden durchlebten die kämpfenden österreichischen Vaterlandsfreunde, die Helden der ewig unvergeßlichen Märztage ..... Und die gegenwärtige Stunde ist sie nicht auch eine große Stunde!"

Und was die fernere Zukunft betrifft — „riesenhaft ersteht aus diesem Grabe, sagte J. G. Scherzer in der Rede, die er im Namen der Wiener Bürgerschaft sprach[2]), — das freie bleibende Wort — der freie bewaffnete Arm — die freie Verfassung des Vaterlandes."

Die Völker jubelten, als die Nachricht kam, daß Metternich gestürzt sey. In Paris zogen Tausende von

1) Wiener Zeitung. 1848. Nr. 83.

2) Ebend. Nr. 82.

Deutschen nach dem Stadthause, um der provisorischen Regierung den Sieg der Freiheit in Deutschland anzuzeigen[1]), Deutsche und Franzosen umarmen sich auf der Straße; man ist trunken vor Freude; „welche ungeheure Zeit, rief man, in der wir leben! Menschen sind stolz darauf, heute zu athmen! — jeder Zug aus der Tiefe der Lungen gehöre der Freiheit! Der Absolutismus ist gestürzt, die heilige Allianz der Fürsten gesprengt — es lebe die heilige Allianz der Völker!"

Und dennoch trotz dieses Jubels, trotz dieses Stolzes auf die Größe der Zeit keine Ruhe — keine innere Befriedigung. Während der Bund der Nationen auf den Straßen von Paris ausgerufen wurde, traute Ledru-Rollin der Kraft der Revolution nicht, die ihn zum Mitglied der provisorischen Regierung gemacht hatte, suchte er seine Angst für die Revolution in seinem Wahlcircular durch den Schein einer gebietenden Sprache zu übertäuben und zu beschwichtigen und weckte er gegen sich selbst nur die Kraft des ruhigen Bürgers auf, dem er vor dem Schreckbilde einer wirklichen Revolution Angst und Entsetzen einflößte — beunruhigte, ängstigte und marterte Louis Blanc das Bürgerthum, weil er den Gegner desselben, den Arbeiter durch wirkliche Leistungen, durch Erfüllung seines Versprechens, „die Arbeit zu organisiren", nicht beruhigen konnte.

Die Enttäuschung ließ in Wien nicht lange auf sich warten. Die Jugend für die Freiheit, die sie mit ihrem Blut errungen hatte, glühend begeistert, der Bürger, zur neuen Regierung, die er für sein Werk hielt, mit einem un-

1) Berliner Zeitungshalle. 1848. Nr. 71. Paris, den 19. März.

begränzten Vertrauen erfüllt, beide glaubten fest daran, daß die Freiheit, daß Asträa wirklich von dem Himmel zur Erde herabgestiegen sey. — Allein das provisorische Preßgesetz, welches am 1. April erschien, eigentlich ein Censurgesetz, eine Sammlung von Ausnahmsgesetzen gegen die Tagespresse und Broschürenliteratur, brachte die Geister etwas zur Besinnung und ließ es wenigstens zur Frage[1]) kommen, ob mit der Persönlichkeit Metternichs auch „sein System gestürzt, ob es überhaupt möglich seyn konnte, innerhalb weniger Tage dasselbe politisch zu vernichten."

Die Studenten der Aula halfen sich zwar mit einem kurzen Proceß, indem sie das Gesetz sogleich nach seinem Erscheinen verbrannten und darauf eine Deputation zu dem Minister des Innern schickten, dessen Vertröstungen und Versprechen von Aenderungen ihren Eindruck auf die empfänglichen Gemüther nicht verfehlten: dazu kam die deutsche Erhebung des zweiten April, in welcher Wien den Kaiserzug Friedrich Wilhelm IV. vom 21. März überholen wollte, die „große" Erscheinung, daß die deutsche Fahne auf dem Stephansthurm aufgezogen wurde, die noch größere, bedeutungsvollere Erscheinung, daß der Kaiser, als eine Deputation, die die Studenten in ihrer deutschen Begeisterung an ihn abgesandt hatten, bei ihm erschien, dieselbe Fahne aus dem Fenster der Burg schwang; aber weder die Versprechungen des Ministers des Innern, noch diese deutsche Begeisterung milderten die policeilichen Schrecken des Preßgesetzes, der Justizminister erließ an die Landesstellen den Befehl, sich genau an dasselbe zu halten, und der Kaiser

1) Oesterreichische constitutionelle deutsche Zeitung. Herausgegeben von Heinr. Löw. 1848. Nr. 2.

verwies die Böhmen, die sich mit ihrer Petition um Preßfreiheit an ihn gewandt hatten, auf das erschienene Gesetz.

Dennoch schwankte die Regierung. Als in Folge des Erlasses des Justizministers eine Deputation der Schriftstellerversammlung am 11. April ans Ministerium die Anfrage stellte, ob das Gesetz Rechtsgültigkeit habe, erhielt sie die Antwort, es habe keine Rechtskraft.

Haben wir also eine Regierung? riefen die Freunde des Fortschritts, die an die Leitung von oben gewöhnt, jetzt noch mehr als früher geleitet und fortgerissen, die mit Ideen von oben befruchtet seyn wollten, die auf die schöpferische Initiative von oben harrten. „Leben wir in einer Zeit der Bewegung oder in vollkommener ungetrübter Ruhe?[1]) Das Erstere sollte man glauben, wenn man das Treiben und die Befürchtungen der Menge, das letztere aber, wenn man die bequeme Haltung unserer Regierung betrachtet. Was ist geschehen, nachdem das frühere System gestürzt ist? — wo ist die Leitung? — wo äußert sich der Einfluß der Ideen und der Menschen? Dem frühern System konnte man doch eine gewisse Thätigkeit nicht absprechen — man überwachte, reizte, löste; aber man regierte doch — was aber geschieht heute? Nichts! Die Regierung ist rathlos, sie hört, schweigt, wartet, — erwartet von den Ereignissen Ideen, statt die Initiative des Gedankens zu behaupten und die That zu zeugen."

Der fünfundzwanzigste April brachte endlich eine That der Regierung, die „Verfassungsurkunde des österreichischen

---

1) Oesterreichische Zeitung. Neue Folge. (herausgegeben von Ernst von Schwarzer. Nr. 11. (vom 11. April.)

Kaiserstaats" — allein es zeigte sich auch sehr bald, wie schwer es den Regierungen gemacht war, mit Handlungen hervor zu treten, daß es ihnen sogar unmöglich war, der revolutionären Unbestimmtheit der Volkserwartungen zu genügen, daß die Aufforderung, sie sollten mit dieser ungenügsamen Unbestimmtheit wetteifern, sie überflügeln und durch überbietende Leistungen entwaffnen, die Schwierigkeit übersah, die darin lag, daß es in der Natur dieser Unbestimmtheit lag, jeder Gestaltung zu widerstreiten und einer leeren Unendlichkeit zuzustreben.

Die Verfassungsurkunde theilte den Reichstag, der „im Vereine mit dem Kaiser die gesetzgebende Gewalt ausübt", in zwei Kammern, den Senat und die Kammer der Abgeordneten. Der Senat sollte bestehen: aus den Prinzen des kaiserlichen Hauses nach vollendetem 24. Jahre, aus den von dem Kaiser ohne Rücksicht auf Stand und Geburt für ihre Lebensdauer ernannten Mitgliedern, aus 150 Mitgliedern, welche von den bedeutendsten Grundbesitzern für die ganze Dauer der Wahlperiode — fünf Jahre — aus ihrer Mitte gewählt werden.

Selbst radicale Publicisten [1]) nannten diese Constitution „einen Vermittlungsversuch zwischen dem alten und neuen Oestreich, zwischen Demokratie und Aristokratie, zwischen Besitz und Intelligenz, zwischen politischer Freiheit und politischer Abhängigkeit — einen Vermittlungsversuch, der durch eine bestimmte gebieterische Nothwendigkeit entstanden sey. Die Regierung könne daher mit Recht behaupten, daß sie in

---

1) Allgemeine österreichische Zeitung. Herausgeg. von E. v. Schwarzer. Neue Folge. Nr. 26. (26. April. Abendbeilage.)

der Charte die Gedanken der Wiener Revolution fixirt habe, denn was wollten die Wiener?. Eine Constitution! Sie haben sich weder gegen den Besitz, noch gegen den Adel, noch gegen die alte Gesetzgebung erklärt — wenn also die Regierung den Adel, den Besitz bevorzugte, so handelte sie im Sinne der Majorität, im Geiste des Wiener Volks. Die Regierung konnte in ihrer Charte nur so weit gehen, so weit die Wiener Revolution ging — sie mußte die gegebenen Zustände im Auge behalten, wenn sie nicht selbst eine gründliche Revolution ins Leben rufen wollte, was aber nicht ihre Absicht seyn konnte, da es nur ihre Aufgabe war, die bestehenden Interessen mit einander zu vermitteln und die Wünsche der Wiener Gesellschaft zu befriedigen."

Je weniger aber diese Wünsche selbst gestaltet und bestimmt waren, je weniger sie das Ergebniß eines durchgeführten Processes mit den Elementen der alten Gesetzgebung bildeten, während sie sich mit ihrer ganzen Unbestimmtheit auf die Revolution, die „großen Stunden" des 13. März gründeten, um so weniger waren sie zu befriedigen, war vielmehr jede Erfüllung, die ihnen von oben geboten wurde, nur ein Reiz zu weiterer Ausdehnung, der Anstoß zu einem stürmischeren Andrängen.

Als der Kaiser in seiner Proclamation vom 15. März eine Constitution zusagte und deutlich genug zu verstehen gab, daß die Elemente derselben aus den bestehenden ständischen Provinzialvertretungen genommen werden sollten — („wegen Einberufung von Abgeordneten aller Provincialstände und der Centralcongregationen des lombardisch-venetianischen Königreichs mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes und unter Berücksichtigung der bestehenden

Provincialverfassungen zum Behuf der von ihm beschlossenen Constitution des Vaterlandes, erklärte er, sey das Nöthige verfügt.") — da hörte das revolutionäre Verlangen nur das Eine Wort Constitution heraus und kümmerte man sich nicht um die näheren Bestimmungen, welche die ständische Grundlage derselben vorzeichneten. Als aber die Verfassung am 25. April veröffentlicht wurde, besann man sich, daß man mehr als einen octroyirten Reichstag, mehr als ein kaiserliches Gnadengeschenk, daß man keine bevorzugte erste Kammer — das Wahlgesetz, das am 11. Mai erschien, brachte es endlich den Führern der Wiener Bewegung zum Bewußtseyn, daß man vielmehr Urwahlen, eine ungetheilte Vertretung der Nation, einen constituirenden Reichstag erwartet hatte. Der wachsenden Unzufriedenheit und Gährung, der der russisch-gesinnte Ministerpräsident, Graf Fiquelmont — er wurde am 3. Mai durch eine Volksdeputation zum Abdanken gezwungen — hatte weichen müssen, glaubte das Ministerium ein sicheres Ende zu bereiten, indem es am 14. Mai die Auflösung des Centralcomite's beschloß, welches aus Nationalgarden und Vertretern der akademischen Legion bestand, allein durch den Widerstand von Seiten der Regierung wurde die Bewegung nur beschleunigt und durch die bewaffnete Demonstration vom 15. Mai ein constituirender Reichstag mit Einer Kammer und Aufhebung des Census für die Wahlen erzwungen — ein Erfolg der Volkspartei, der durch die kaiserliche Proclamation vom 16. Mai seine gesetzliche Bestätigung erhielt.

Während die Regierung gegen die Bewegung machtlos war, sie durch ihren Widerstand nur stärkte und die Umgebung des Kaisers für denselben kein anderes Rettungsmittel

als die Flucht nach Insbruck aufzufinden wußte, hatte die Bewegung ihre gefährlichsten Gegner in der Masse, durch deren Aufbrausen sie der Regierung imponirte, und in ihren Leitern, die nach dem Siege plötzlich allein standen, über die Armuth ihrer eignen Mittel erschraken und die Machtlosigkeit dieser revolutionären Erhebungen zu ihrem Entsetzen sich eingestehen mußten. Seine Abneigung gegen die Aristokratie und die Furcht vor einer aristokratischen Contrerevolution zog den Bürger in den Aufstand, seine massive und respecteinflößende Erscheinung, sein Murren und Drohen gab den Forderungen der revolutionären Parthei das entscheidende Gewicht, seine bewaffnete Demonstration führte den Ausschlag herbei; sobald aber der Sieg errungen, das fürstliche Zugeständniß erreicht war, kam er zur Besinnung und war er der Erste, der sich gegen die Aufregung erklärte, Ruhe und Ordnung gebot und darauf drang, daß man es nicht bis zum „Aeußersten" kommen lassen dürfe. Sein Gebot zwingt die Führer der Bewegung zum Gehorsam und sie wetteifern mit ihm, überbieten ihn noch, indem sie ihre Anhänglichkeit an das Gesetz betheuern, „Ruhe und Ordnung" zu ihrem Stichwort machen, gegen „Anarchie" eifern, jeden weitern Kampf für unnöthig erkären und wo sie nur eine unzufriedene Miene zu erblicken glauben, sie durch ihre Formel, daß man nicht zu weit gehen dürfe, zu beschwichtigen suchen.

Dießmal kam zu der gewöhnlichen Besinnung und Abkühlung des Bürgers nach dem unruhigen Tag des 15. Mai sein Schreck, als er am Morgen des 18. hörte, daß der Kaiser die Residenz verlassen habe und sich auf der Flucht befinde. Sogleich stand das Gespenst der Republik vor ihm, um so fürchterlicher für ihn, da er sich in seinem Gewissen

darüber beunruhigte, daß er es zum Theil selbst mit verschulde, daß das entsetzliche Wesen die Ruhe der Hauptstadt bedrohte. Jeder sah das Gespenst, es schwebte Allen sichtbar über Wien, die ganze Bevölkerung erhob sich wie Ein Mann [1]), um die Monarchie ohne Monarchen, den Geist der Monarchie gegen das Gespenst der Republik ohne Republicaner zu schützen. Die Bürger, die Nationalgarde kommen in ihrem Schrecken außer sich und wollen gegen die Republicaner, von denen kein Mensch weiß, das Standrecht verkündigen: — gegen Presse und mündliche Rede wird der brutalste Terrorismus geübt.

So bewirkte es der Bürger, daß die Aula, die Studenten, die Presse sich still hielten, ein politisches Stillleben eintrat, „die Wogen, die vor wenigen Tagen noch so hoch gingen, sich legten“ und die Aufregung der Abspannung [2]) und Apathie Platz machte.

Die Stille würde vollkommen seyn und ungestört herrschen, wenn sich nicht ein Ferment, ein aufregendes Element geltend machte, welches die Unruhe und Besorgniß unterhält. Es ist die Unruhe und Aufregung, mit der der Bürger der Ruhe nachjagt, die zitternde Unruhe, mit der er aller Orten Ruhe gebietet. Die Qual dieser Unruhe hatte in wenigen Tagen nach dem 15. Mai eine bürgerlich-conservative Parthei gebildet, die eigentlich keine Parthei war, da sie weder einen Führer, noch einen politischen Willen hatte. Fragte man sie: wollt ihr den Zustand der Dinge, wie sie vor den Märztagen waren, so antworteten sie: Nein! oder wollt ihr zwei Kammern und eine octroyirte Verfassung?

---

1) Oesterreichische deutsche Zeitung. (von Löw.) Nr. 30. (22. Mai.)

2) Ebend. Nr. 32.

Nein! Nein! war ihre Antwort. Was wollt ihr also? — — Ruhe! nur Ruhe! lautete ihre Antwort.

Sie bewiesen, daß die Masse innerlich doch noch aufgeregt war, sie regten die Menge mit ihrem Schrei nach Ruhe auf und waren somit die schlimmsten Gegner der Regierung, wenn diese im Vertrauen auf die äußere Stille und auf eben diese verbündete conservative Parthei die Zeit zu einem Gewaltstreich für günstig hielt. Der Streich traf eine Masse, die sogleich in ihrer Aufregung wieder dastand.

Am Morgen des 26. Mai verkündigte ein Maueranschlag, unterzeichnet vom Grafen Montecuculi im Auftrag des Ministerrathes, die Auflösung der akademischen Legion. Als Motiv der Verordnung war in dem Placat angeführt, weil Se. Majestät Grund habe zu glauben, daß die Legion die Stütze einer anarchischen Parthei sey, weil ferner gegen die am 15. Mai abgerungenen Concessionen Adressen eingelaufen seyen, weil man endlich fürchten müsse, daß in Wien kein Reichstag abgehalten werden könne. Die Studenten in der Aula glaubten bereits, daß ihnen nur der Gehorsam gegen den Befehl übrig bleibe; die Nationalgarde sperrte einen Theil der nahe liegenden Straßen ab und dachte nicht daran, den Heerd der „Anarchie" zu schützen; die Friedensstifter und Ruheprediger übten einen wahren Terrorismus und drohen Jedem, der ihnen Mißfälliges spreche, zu verhaften. Da erscheint plötzlich eine Abtheilung Soldaten, an ihrer Spitze Männer des Sicherheitsausschusses, der unterm Schutze der Regierung zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung sich gebildet hatte — sogleich wird der Argwohn der Bürgerschaft, der Nationalgarde rege; man ruft: „Verrath! die Versprechungen des 15. Mai sind gebrochen. Das Militär

ist nicht von uns requirirt!" Es kommen Nationalgarden und erzählen, die Thore seyen gesperrt und von Soldaten besetzt. Jetzt wird die Bürgerschaft für den ganzen Gewinn, den die Märztage ihr gebracht, besorgt, sie sieht, daß Wien factisch in Belagerungszustand versetzt ist, sie erinnert sich, daß die akademische Legion die erste Concession des März war, und erklärt, mit ihr stehen und fallen zu wollen. Die ganze Nationalgarde wird von der Aufregung fortgerissen, die Stadt ist bewaffnet — durch Barrikaden geschützt — noch im Lauf desselben Tages sieht sich die Regierung bewogen nachzugeben und erklärt das Ministerium mit seinem provisorischen Präsidenten Pillersdorf, daß die Zusicherungen des Kaisers vom 15. und 16. Mai in ihrer ganzen Ausdehnung aufrecht stehen, daß die akademische Legion unverändert besteht und das Militär sogleich in die Casernen abgezogen wird.

Wohl! sagten die Revolutionäre am folgenden Tage — das war die einzige Lehre, die sie aus dem Verlauf dieses Barrikadentages zogen, eine Lehre, die sie in ihrer großmüthigen Uneigennützigkeit dem Ministerium zu gute kommen ließen — das Ministerium hat die bekannten Urheber der gestrigen Ereignisse, die Adelspartei, die nach dem tödtlichen Streich vom 15. Mai mit einer Energie auftrat, über die wir erschrecken müßten, wenn wir nicht wüßten, daß „die Sache der Freiheit die Sache des ganzen Volkes ist", und daß jene Energie nur die der Verzweiflung war — desavouirt — „das ist aber nicht genug, es muß diese adlige Reaction durch Thaten desavouiren, es muß regieren, es muß jetzt täglich, stündlich gegenüber dem Volke Zeichen des Lebens geben"; [1]) — die Revolutionäre, die sich den

1) Oesterreichisch-deutsche Zeitung. Nr. 35 (vom 28. Mai).

Schein gaben, als ob sie des Volkes wegen ein allmächtiges, unaufhörlich die Blitze seiner Thaten schleuderndes Ministerium verlangten, in der That aber zur Aufhülfe ihrer innern Armuth, zum Besten ihrer eignen Unselbstständigkeit, als Schutz gegen ihre eigene Rathlosigkeit eines Ministeriums bedurften, welches von der Wunderhöhe des Sinai herab die Welt durch die Zeichen seiner göttlichen Allmacht blendete und ihr den Codex seiner Decrete zudonnerte, — sie bedachten nicht, wollten es sich vielmehr, trotz der Qual ihres eignen Argwohns, ihrer stillen Ueberzeugung zum Trotz nicht gestehen, daß das Ministerium der Sclave der Adels- und Beamten-Parthei, der Mitschuldige des Regierungspräsidenten Montecuculi war; sie trösteten sich damit, daß „die besseren Elemente" des Ministeriums mit ihnen „verrathen",[1] mithin so schwach und kurzsichtig wie sie selbst waren; sie hofften auf Pillersdorf, der nun durch die Erfahrung belehrt, „reichliche Gelegenheit haben wird, die Fehler der unbeständigen schwankenden Politik wieder gut zu machen" — sie getrauten es sich nicht, zu gestehen, daß der Mann, von dem sie verlangten, er solle „auch die kleinsten Anlässe" zum Beweise benutzen, „daß eine Regierung vorhanden" sey, von der Hofparthei nur hingestellt war, damit das Volk glaube, daß es ein verantwortliches Ministerium habe — sie dachten endlich nicht daran, daß das Volk selbst der entschiedenste Gegner einer eingreifenden, wirklich gestaltenden, formenden, also auch erschütternden Regierung seyn würde.

Denn was wollte das Volk? Ruhe! Nur Ruhe! Was war der tägliche, stündliche Ruf der Revolutionäre, die mit

1) Ebend. a. a. O.

sicherm Instinct den allgemeinen Volkswillen herausfanden? „Bewahret, achtet die Ordnung“! Niemand wollte die Erschütterung, die unausbleiblich war, wenn mit der Durchführung der unbestimmten Forderungen, die sich dem alten Regierungssystem gegenüber geltend machen wollten, auch nur der Versuch gemacht würde — Alles wurde von einem unheimlichen Grauen vor den Schrecken geplagt, deren Eintritt man als gewiß erwartete, wenn gegen die abgelebten Gegensätze, die die bisherige Weltordnung bestimmt hatten, ein entscheidender Streich geführt würde. Der Bürger zumal, von den weltlichen Sorgen seines Geschäfts in Anspruch genommen und geistig zu unselbstständig, um den kleinen Trost entbehren zu können, den der letzte Nachschein der untergegangenen geistlichen Gnadensonne ihm noch gewährte, in der Mitte zwischen dem aristokratischen Privilegium und dem Sclavenstand des Arbeiters sich noch zu sicher fühlend, vom Anflug moderner Theorien angefressen und durch die Hoffnung aufrecht gehalten, daß es seiner ruhigen Haltung, seiner massiven Zähigkeit gelingen würde, jede Krisis nicht nur zu überstehen, sondern auch abzuwenden, machte eine wirkliche Regierung, wie sie die revolutionäre Parthei träumte, unmöglich. Wenn er durch sein Aufbrausen eine aristokratische Intrigue für den Augenblick — er bedenkt nicht, daß es nur für den Augenblick geschah — vereitelt hat, so müssen sich die Wogen der Aufregung sogleich wieder auf sein Machtgebot legen — er gebietet wieder Ruhe und die „Anarchisten“ haben nun Zeit und Muße, über die Rathlosigkeit und Abgestumpftheit zu klagen, die dem hoffnungsvollen Aufschwunge, dem empörten Aufsteigen der Volkskraft wieder gefolgt ist.

Derselbe „politische Stillstand", der nach dem 15. Mai eintrat, machte sich auch nach dem 26. geltend. Der Ruf nach Ruhe und Ordnung, obwohl immer wieder gehört, war fast unnöthig: — es herrschte allgemeine Ruhe, aber auch ein „Gefühl der Stumpfheit, der innern Rathlosigkeit, der Mattherzigkeit und Unentschlossenheit, die eine Apathie und Abgeschlagenheit erzeugte, wie sie in Wien seit den Märztagen nicht vorhanden war." [1]) Diese Spannung der Furcht, klagten die Radicalen, diese Angst vor dem plötzlichen und gewaltsamen Einbruch von Umwälzungen, die die alte Ordnung der Dinge über den Haufen werfen könnten, hat die düstere, unklare Stimmung des Tages erzeugt und einen Zustand des politischen Stillstandes herbeigeführt, der endlich in vollkommner Charakterlosigkeit und Thatlosigkeit der Menschen enden muß. Die Furcht vor der Anarchie, welche die „Organisirung der Freiheit" herbeiführen könnte, hat die Anarchie der allgemeinen Ohnmacht erzeugt. Keine Parthei ist im Stande, eine feste Stellung einzunehmen, keine der Regierung fähig — Alles ist rathlos geworden!

Selbst die gemäßigte Wiener Zeitung [2]) klagte darüber, daß Alles in den gegenwärtigen Zuständen provisorisch, Alles in Frage gestellt ist, Nichts haftet, Nichts wurzelt, daß in der Stille und Beschwichtigung, die der Aufregung gefolgt ist, keine jungen Organisationskeime ihre Wurzel schlagen können, daß die Ministerien mit ihrer Wirksamkeit immer mehr in den Hintergrund treten, sich thatsächlich in gänzlicher Erschlaffung auflösen, daß der Augenblick nur seine augen-

1) Allgemeine österreichische Zeitg. Nr. 61. (31. Mai.) Abendbeilage.
2) Nr. 153 vom 2. Juni.

blicklichen Organe schafft, die provisorischen Schöpfungen, diese Kinder des Augenblicks und seiner Bedürfnisse, kaum entstanden, im nächsten Augenblick wieder vergehen, daß in diesem steten Wiederanfangen viele edle Kräfte geweckt und geschult, aber auch unfehlbar aufgerieben werden, das ununterbrochene Neubeginnen manchen tüchtigen Keim zu nichte macht, daß die edelsten Kräfte, wenn sie sich kaum gruppirt und Form und Leben gewonnen haben, alsbald wieder abtreten müssen, zerstieben, als Nothbehelfe des Augenblicks verschwinden und neuen Keimen, neuen Mißgriffen, neuer Gefahr des Mißlingens Platz machen müssen, — kurz, daß es keine „kräftige, mit schöpferischen Köpfen gerüstete, durch Ideen befruchtete" Regierung giebt.

Die kräftige Regierung, nach welcher die radicalen und gemäßigten Freunde des Fortschritts riefen, war aber bereits in ihren Elementen vorhanden, insgeheim und offen sogar sehr thätig — sie war es, die die beständige Vereitelung der revolutionären Versuche bewirkte und leitete und der zukünftigen ministeriellen Contrerevolution ihre Stätte zubereitete.

In Berlin erinnerten sich die Geheimenräthe, die am Morgen des 19. März den Barrikadenkämpfern [1]) mit den Worten: „ein Athemzug der Freiheit thut dem Herzen doch wohl!" die Hand drückten, schon zwei Tage darauf ihres Berufs der Ueberwachung und Leitung und auf einen Wink

1) Z. B. dem Thierarzt Urban. Siehe: amtliche Berichte und Mittheilungen über die Berliner Barrikadenkämpfe von Augenzeugen und Mitkämpfern. Berlin. 1848. Heft I. p. 35.

der Regierung schleppten sie sich keuchend unter der Last des Gewehrs in die Reihen der Bürgerwehr, um den „guten Geist" derselben zu erhalten und zu stärken.

Die Geistlichen, die, von der allgemeinen Empörung fortgerissen, am Abend des 18. März in ihrem Ornat über die Barrikaden stiegen, ins Schloß zogen und den König um Nachgiebigkeit und um Zurückziehung der Truppen baten, predigten bald wieder gegen das Verbrechen der Empörung, welches sie in einem revolutionären Augenblick in Schutz genommen, und organisirten z. B., als die sogenannte Emancipation der Volksschule zur Sprache zu kommen drohte, einen allgemeinen Aufstand der Bürgerschaft der Provinzialstädte und der Landbevölkerung zu Gunsten der geistlichen Aufsicht.

Der Policeipräsident Minutoli, der bis zum Abend des 18. März von Straße zu Straße gelaufen war, die Volkshaufen haranguirt, das Recht des Aufstandes anerkannt und nur das Unglück gehabt hatte, daß es ihm nicht gelang, das Volk mit dieser Anerkennung zu beruhigen, ließ sich von der militärischen Umgebung des Königs dazu bewegen, das Commando der Bürgerwehr zu übernehmen, und arbeitete mit Erfolg dahin, daß dieselbe das provisorische Surrogat der gestürzten Gensdarmerie und Policei wurde.

Die schnelle Ermattung und Sentimentalität einzelner Revolutionäre, in der sich die unverwüstliche „gute Gesinnung" der Bürgerschaft wieder zur Geltung brachte, kam den Plänen der im Geheimen wirkenden Regierungsmacht entgegen: der Thierarzt Urban z. B. lernte schon am Morgen des 19. März, während noch einzelne Schüsse fielen, im vertraulichen Gespräch mit dem gefangenen General Möllendorf die wohl-

meinenden Absichten der alten Regierung kennen: — begeistert durch die Eröffnungen und Versicherungen des königlichen Dieners lief er am 21. März, als der König seinen Kaiserzug hielt, eine Zeit lang, eine Kaiserkrone hochhaltend, neben dem Pferde desselben her, bis er sich gleichfalls zu Pferde dem Triumphzuge anschloß — nach dem Zuge folgte er dem König ins Schloß und seine Gemächer, und beschwor ihn auf den Knieen um die Vollmacht, die Garderegimenter nach Berlin zurückzuführen (an der Seite Möllendorfs wollte er es thun, „er wird mir, sagte er, die Bruderhand zur Versöhnung geben") [1]), — derselbe bürgerliche Schwärmer sprach in dem Galimathias, in dem er zur „Versöhnung zwischen Fürst und Volk, zwischen Bürger und Militär" aufrief [2]), zuerst davon, daß in der Hand des Königs die Rechte des Volks am sichersten aufgehoben seyen — (wenn ihm nur Vertrauen und Liebe entgegenkomme) — daß der König, nur wenn Liebe und Einigkeit wieder hergestellt sey, die Rechte des Volks „vertreten" und für das Volk „heilbringend bewahren könne".

Wenige Tage nach der Nacht vom 18. März und den Auftritten, die am 19. in dem Schloßhofe vorgefallen, erschraken schon die Berliner, als die ersten Nachrichten von Gegenerklärungen aus den Provinzen einliefen, als man z. B. von einer Erklärung hörte, die im Wanzlebener Kreise umhergetragen wurde und in der sich „die tiefe Empörung über die Entwürdigung des Königshauses" aussprach: — der Bürger wollte Nichts davon wissen, daß das Königthum sich für einen Augenblick vor der Volksmasse, in der es so

1) A. a. O. p. 36.

2) Vossische Zeitung 1848, Nr. 76 (vom 30. März).

eben noch Empörer bekämpft hatte, gebeugt habe, und als ein wirrer Kopf, ein Herr von Wolden, in seinem „Aufruf an die Pommern" der Stadt Berlin den Krieg erklärte, weil sie es gewagt habe, „sich in Waffengewalt gegen den König zu erheben und von demselben Zugeständnisse zu ertrotzen", fand man diese Vorstellung, daß gegen den König ein Zwang ausgeübt sey, so ehrenrührig, daß selbst Solche, die den 18. März für eine Revolution hielten und das Recht derselben anerkannt wissen wollten, im Ernst von den Ministern verlangten, sie sollten „dem König den Rath geben, solche Erklärungen geradezu hochverrätherisch zu nennen". [1])

Wenn selbst Freigesinnte, trotz der beständigen Betheurung, daß Berlin eine Revolution gemacht habe, die Erinnerung daran, daß die Gewalt entscheidend dazwischengetreten sey, als eine Beleidigung der Majestät unterdrücken wollten und mit einer Adresse, die im Regierungsbezirk Magdeburg verbreitet wurde und die Kämpfer des 18. März „Verräther und Aufrührer" nannte, Nichts weiter anzufangen wußten, als daß sie dieselbe — in einem Flugblatte — „der allgemeinen Verachtung" übergaben, so hatten sie auch kein Recht, sich darüber zu verwundern, wenn die Bürgerwehr schon in der ersten Woche nach dem 18. März mit einer Brutalität, deren die frühere Policei nicht fähig gewesen, die öffentliche Redefreiheit beschränkte, auf Verdächtige Jagd machte und die Pressen mißliebiger Zeitungen zu vernichten drohte. Diese policeiliche Raserei war vielmehr der richtige Ausdruck für die Angst der Bürgerschaft vor der

1) Siehe z. B. Berlinische Nachrichten. (Spenersche Zeitung.) 1848. Nr. 80.

Revolution — die Reue über die augenblickliche Anmaaßung der Gewalt, die Strafe, die sich der Bürger für seine Erhebung selbst dictirte. Man erschrak vor dem Gedanken, daß man nahe daran gewesen war, wenigstens die Möglichkeit beinahe in der Hand gehabt hatte, sich der öffentlichen Gewalt zu bemächtigen — die Hofmaler, die im Schloß die stürmischen Deputationen zu beschwichtigen und zu entwaffnen suchten, die Hofkünstler und Universitätsprofessoren, die die fliegenden Corps unter ihre Vormundschaft nahmen, die Hoflieferanten, die die mißliebigen Placate abrissen und die Volkshaufen über das Interesse, welches sie zu ihrem eignen Vortheil an der Aufrechthaltung der Ruhe nehmen müßten, belehrten, — sie Alle thaten nur das, was die Masse, die immer noch aufgeregt, aber ihrer Aufregung müde war, selbst haben wollte, aber aus freien Stücken zu thun sich noch scheute — sie geboten den Wogen Ruhe.

Diese Leute waren die eigentliche, thätige, volksgemäße Regierung, während die Titularminister nur den Schild bildeten, hinter dem die Hofagenten arbeiteten, den Vorwand, auf welchen die wirkliche Regierung bei ihren Aufforderungen zur Ruhe und Geduld hinwies und vertröstete. Keiner der Sommerminister hat so viel gewagt, keiner so kühn und dictatorisch gesprochen, wie jener Berliner Pferdeverleiher, der seinen Zug in der Bürgerwehr mit jenem unarticulirten Laut, dem seine Pferde gehorchten, zum Stehen brachte. Diese kühnen Männer von den Hofmalern bis zu den Roßtäuschern bildeten das feste Gestein, welches in seiner bürgerlichen Urkraft, während die Wogen der Revolution sich verzogen, dastand und die Grundlage für den neuen, restau-

rirten Staat abgab. Die Kühnsten von ihnen, die weitsehendsten griffen schon zu den richtigen Mitteln, mit denen Staaten gegründet oder aus dem Umsturz wieder aufgerichtet werden. Hr. Liedke z. B., Beamter der General-Staatskasse, miethete Arbeiter für ein Paar Groschen zu seinem Ueberfall des politischen Clubbs, um, wie er in seiner Erklärung vom 4. April sich ausdrückte, zu zeigen, „über welche Kräfte alle diejenigen zu verfügen haben, die der freien Bewegung des deutschen Lebens allein auf gesetzlichem Boden ihr Herz leihen.“

Die Freunde der Bewegung forderten zur Bildung von Clubbs auf, beriefen und leiteten Volksversammlungen, verbreiteten Flugblätter, um das Volk vor den Gefahren, die ihm von Seiten jener bürgerlichen, weit verzweigten, eng zusammenhängenden, sich und ihr Interesse wohl verstehenden Macht drohten, zu warnen; wenn sie es aber als die Aufgabe des politischen Clubbs z. B. bezeichneten, „alle Classen der Gesellschaft in sich aufzunehmen und sie durch ausschließlich politische Vorträge zum Bewußtseyn ihrer Staatsbürgerschaft zu bringen“ [1]), wenn sie mit den Flugblättern „dem Volk ein Werkzeug in die Hand geben wollten, wodurch es sich selbst über seine Rechte, seine Bedürfnisse und die Mittel zu deren Abhülfe öffentlich auszusprechen und zu belehren im Stande sey“ [2]), — kurz, wenn sie immer und immer wieder darauf drangen, daß das Volk über seine Pflichten und vor Allem über seine Rechte zum

1) Aufforderung zur Bildung eines politischen Clubbs, von J. Hoppe. Berlin, den 23. März.

2) Flugblatt Nr. 1 der Volksversammlung unter den Zelten, von Max Schaßler. Berlin, den 1. April.

Bewußtseyn kommen müsse", so verriethen sie nur ihre Angst darüber, daß dem Volk dieß durchdringende, entscheidende Bewußtsein und damit auch die Kraft und die Sicherheit der durchschlagenden Gewaltthat fehle, ohne deren Hinzutritt das Recht eine Chimäre bleibt und sich sogar in Unrecht verwandelt.

Einem chaotischen Haufen gegenüber, dem seine Rechte täglich, stündlich erst vorgepredigt werden mußten, gewann die Bürgerschaft mit ihren bestimmten Interessen, mit ihren Mitteln, die es ihr erlaubten, zu temporisiren und die unbestimmte Gährung eine Zeit lang „anzusehen", sehr bald das sichere Gefühl ihrer Ueberlegenheit wieder, so wie das Vertrauen auf die organisirte Staatsmacht, die ihrerseits noch länger temporisiren und den Zeitpunkt abwarten konnte, wo die aufgeregten und selbst durch ihre Aufregung zerriebenen Volkselemente dem entscheidenden Machtgebot und Schlage nur die Passivität der Apathie entgegensetzen konnten. Die Hülflosigkeit des Haufens vermochten sich die Tages-Publicisten nur als die Folge eines „großartigen Betruges" zu erklären, der „von neuem mit dem Volk gespielt wird"; die Angst für das Volk, welches so kurzsichtig war, daß es sich betrügen ließ, machte sich in der Anklage gegen den „Feind" Luft, der „wieder neue Streitkräfte sammelt, dem Volke die schon errungenen Freiheiten zu rauben"; noch Einen Trost hatte man, daß man den Feind, den man „hätte vernichten sollen", im günstigen Augenblick „hätte vernichten können"[1]), aber was half der Trost, wenn dem

---

1) Extrablatt der Berlinischen (Vossischen) Zeitung gewidmet. Berlin den 23. Mai.

Feinde, dem Ahriman, der Finsterniß, den „dunkeln Mächten" — diesen Gegnern des Götterbildes der Freiheit — der Sieg geblieben und nicht mehr zu entreißen war? Es blieb nur die Klage, Trauer, der beschauliche Jammer, — der Jammer darüber, daß „auf den Feiertag der Freiheit die Werkeltage der Politik und des Partheitreibens folgten, wo es nicht an geschäftigen Händen fehlte, welche Schlingen und Fallstricke knüpften in das Band der neuen Einheit" [1]), — der Jammer darüber, daß „alle die finstern Mächte, von denen wir versäumt hatten uns zu befreien, sich wieder einfanden und mit erneuten Hoffnungen erneuten Kampf kämpften" [2]) — daß alle Hoffnungen, die Hoffnung auf das Ministerium, die Hoffnung auf die Dankbarkeit der Provinzen, und nun auch „die letzte Hoffnung" auf die Nationalversammlung, zu der „wir aufschauten, wie der müde Schwimmer ermattend auch nach dem Strohhalm greift, getäuscht sind"; [3]), — als alle Strohhalme versucht waren und keiner einen Halt bot, sprach sich die Täuschung, „die vollberechtigte Täuschung" [4]) in dem Einen Schrei über „Verrath" aus: „Verrath ist die Parole der Regierung — Verrath der Wurm, der den Baum der Freiheit schleichend und langsam zernagt." [5])

---

1) Rede des Herrn von Salis-Seewies, Vertreter der Studentenschaft, am 4. Juni im Friedrichshain. (Der Demokrat, herausgegeben von Baader und Wiß. Berlin. 1848. Nr. 6, p. 45.)

2) Rede von Börner. Ebend. Extrablatt.

3) A. a. O. Ebend.

4) A. a. O. Ebend.

5) Der Volksfreund. Berlin. 1848. Herausgegeben von Edmund Monecke. Nr. 8, vom 9. Juni, p. 29.

Zwischen diesen Gegnern, dem Bürger, der Ruhe haben und erst nach Wiederherstellung derselben seine mäßigen Rechte aus der Hand des Königs empfangen wollte, und der Volksmasse, die über Reaction klagte, wenn sie mit der Unbestimmtheit ihrer Forderungen scheiterte, über Betrug von oben, wenn die Halbheit ihrer Entschlüsse sie um die Früchte ihres augenblicklichen Siegs brachte, über Verrath, wenn ihre eigene Zaghaftigkeit ihr den Stillstand gebot, fand kein eigentlicher Kampf statt, sondern ein dumpfes Drängen, Schieben, Würgen, höchstens die Hetzjagd, in welcher sich die Bürgerwehrbataillone gegen die unruhige und gestaltlose Gährung nur noch mehr erhitzten; — dazu die eintönige und langweilige Ausdauer und Hartnäckigkeit, mit der die Provinzen, die noch vor zwei Monaten mit jubelnder Zustimmung die Freiheit aus der Hand der Hauptstadt empfingen, dieselbe mit Adressen und Danksagungen überschütteten und des Lobes kein Maaß wußten [1]), jetzt auf einmal ihre Erklärungen und Adressen an den Fürsten und das Ministerium erließen, in denen sie ihre „Entrüstung" über die gewaltthätigen Anmaaßungen der Hauptstadt aussprachen, den kleinsten Vorfall ausbeuteten, um ihren eigenen Ordnungssinn im Gegensatz gegen die schrecklichen Ausschweifungen der Hauptstadt zur Anerkennung zu bringen — endlich mit ihrem bewaffneten Zuzug drohten und die Rechte, die die Männer der Hauptstadt erobert zu haben glaubten, in Geschenke der Gnade umwandelten — — das Alles machte die Atmosphäre dumpf, betäubte, drückte nieder,

1) Siehe auch die Wiener Zeitung. 1848. Nr. 145. (Vom 25. Mai.)

lähmte und isolirte die Hauptstadt und machte es der Regierung wieder möglich, als Schiedsrichterin aufzutreten — zunächst in den Provinzen, wo der Ruf der Freiheit gefesselte Nationalitäten dem Aufstand entgegentrieb und den Bestand des Gesammtstaats bedrohte — am großartigsten in Oestreich, dessen Provinzen Königreiche mit eigner nationaler Erinnerung bildeten.

II.

Die slavischen Provinzen.

Als in den ersten Tagen des April die deutschen Farben auf dem Stephansthurm und der Kaiserburg in Wien aufgesteckt waren und vom Jubel derjenigen, die in ihnen ein Symbol der Verbrüderung aller Deutschen erblickten, begrüßt wurden, erwachte das Mißtrauen der Slaven und sahen sich die Deutschen von einem unerwarteten Feind bedrängt, zu dessen Beschwichtigung sie nach Hypothesen griffen, die zu gleicher Zeit von einem neuen und gehobenen Selbstgefühl zeugten und doch wie eine Entschuldigung vor einem gefährlichen und verletzten Gegner klangen.

Wie? sprachen die Slaven, also nur das Deutschthum ist die neue Parole Oestreichs und wir, die wir kaum anfangen, unserer durch des Kaisers Wort verbürgten Nationalität uns zu freuen, sind bestimmt im Deutschthum aufzugehen? Nach hundertjähriger Sclaverei brachten uns die Märztage die Botschaft und Zusicherung, daß jede Nationalität in Oestreich sich frei entwickeln soll, und ihr wollt uns neue Ketten schmieden, damit das deutsche Element sich einer neuen und verstärkten Herrschaft erfreue? Indem wir eben

erst daran denken wollen, den Gewinn der Märzrevolution für uns zu verarbeiten und zu sichern, stellt ihr mit voreiliger Begeisterung plötzlich eine neue Idee in den Vordergrund, die der Vereinigung mit Deutschland, und hofft ihr wohl mit Hülfe dieses neuen Bundesgenossen uns von unserm Schwerpunkt, dem schützenden Oestreich, loszureißen und das Werk unserer Germanisirung zu vollenden? [1])

Nein! Nein! verbannt das Mißtrauen! erwiderten die Deutschen; wir geben zu, daß dieses Ausstecken des Deutschthums auf Thurm und Schloßbalkon wirklich etwas Nichtöstreichisches, etwas vom Preußischen an sich hat und auch von uns an den Preußen, die freilich die Farben noch greller auftragen, scharf getadelt ist. (Die Wiener Presse hatte sich nämlich wie das kaiserliche Cabinet gegen jede übergreifende Absicht, die etwa dem Berliner Kaiserzuge vom 21. März zu Grunde liegen sollte, erklärt.) Allein in den gebieterischen Umständen des Augenblicks hat diese Demonstration der Farben dennoch ihre vollkommene Rechtfertigung — denn wo anders läßt sich jetzt, da uns Frankreich und Rußland bedrohen, der Schwerpunkt der auswärtigen Politik Oestreichs finden, als zu Frankfurt, wo Deutschland tagt? Wer anders kann das constitutionelle Prinzip in seiner Entwicklung schützen als ein einiges constitutionelles Deutschland, dem sich als integrirender Bestandtheil das deutsche Oestreich mit seinen ihm verbrüderten Nationalitäten wirklich und aufrichtig zugesellt? Also verbannt das Mißtrauen, um im Innern freie slavische Oestreicher bleiben zu können, müßt ihr nach außen

1) Oesterreichische Zeitung. (Herausgegeben von Ernst v. Schwarzer.) 1848. Nr. 8 (den 7. April).

hin dem Deutschen die Bruderhand reichen und wir, die freien deutschen Oestreicher, werden den Bund vermitteln.[1])

Die Deutschen in Oestreich verlangten von den Slaven Vertrauen und sie selbst waren von Mißtrauen gegen den Fortbestand Oestreichs erfüllt und durch die gährende Bewegung der slavischen Völkerschaften, die nach dem Abfall Italiens und nach der Emancipation der Ungarn den Zerfall der Gesammtmonarchie zur Gründung eines großen Slavenreiches benutzen wollten, beunruhigt.

„Der Sturz Metternichs, so glaubte man allgemein, ist zugleich der Sturz seines Systems, die Widerlegung des altrömischen Geistes, den die Cabinette geerbt haben, der Fall des Absolutismus, der die Nationalitäten dem eisernen Scepter einer Dynastie unterwirft: die Revolution hat der künstlichen Politik der Cabinette ein Ende gemacht — die Kunstprodukte dieser Politik, diese Gebilde der diplomatischen Fictionen und der ungerechten Gewalt sind aufgelöst — der preußische Staat ist aufgelöst, das österreichische Kaiserreich zerfällt in seine unnatürlich zusammengezwängten Bestandtheile; die künstlichen Bindemittel, welche die bisherige Diplomatie und die Congresse der Despoten, zur Knechtung der Nationen angewandt haben, besitzen keine Kraft mehr; — es wird von jetzt an nur noch Eine Politik geben, die der Gerechtigkeit und Menschlichkeit; die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit werden das Band der Nationen bilden und die der Natur entsprechenden Gränzen werden von dem souveränen Willen der Völker selbst auf Grund ihrer nationalen Eigenheit vorgezeichnet werden.“

---

1) A. a. O. Ebend.

Als bereits die Katastrophe über Prag losgebrochen war, riefen die Radicalen in Wien den Fürsten noch zu, daß „die Zeit nicht mehr fern ist, in welcher jedes Volk das Recht, sich selbst zu constituiren, beweisen wird“ — betheuerten sie: „kein Volk hat das Recht, ein anderes, das durch Sprache und sonstige Nationaleigenthümlichkeiten von ihm unterschieden ist, zu beherrschen. Jedes Volk muß sich selbst regieren. Es steht ihm frei, sich mit andern benachbarten Völkern in ein föderatives Verhältniß zu setzen: das ist der Standpunkt der modernen Wissenschaft, das Endresultat unserer socialen Entwicklung, die Eigenthümlichkeit unseres Jahrhunderts“ — versicherten sie nochmals den Slaven, daß sie ein Recht haben, „als Nation aufzutreten“, daß die Deutschen „sie nicht beherrschen, sondern sich brüderlich mit ihnen vereinigen wollen, daß die deutsche Freiheit keine beschränkte, keine nationale ist, sondern das Princip der Freiheit eines Jeden zum Princip hat“ [1]).

Auch im Frankfurter Parlament suchten sich, obwohl ohne Erfolg, diese Ansichten von dem Urrecht der Nationen geltend zu machen. „Freiheit und Nationalität“, sagte z. B. Nauwerk zur Begründung seines Antrages, daß die östreichische Staatsregierung ersucht werden möge, den ungerechten Krieg gegen das lombardisch-venetianische Land einzustellen und die Unabhängigkeit desselben anzuerkennen, — „Freiheit und Nationalität sind die bewegenden und ordnenden Grundgedanken, aus welchen die Gestalt Europa's sich neu auferbaut. Die unterdrückten Nationen werden frei und die

---

1) Allgemeine österreichische Zeitung (von Ernst von Schwarzer herausgegeben.) 1848. Nr. 76. (vom 16. Juni.)

zerrissenen sammeln ihre zerstreuten Glieder. Jede Nation will sich selbst angehören, ihren eignen Staat bilden." [1])

Aber jede? Allerdings, ist die Antwort, jede wird und muß frei seyn, sobald sie will. Jeder, auch der kleinste versprengte Theil soll frei bestimmen können, zu welchem Complex er gehören wolle? „Allerdings", antwortete z. B. Nauwerk [2]), „gehört Welsch-Tyrol zum deutschen Bund, aber wenn Welsch-Tyrol nicht zum deutschen Bund gehören will, so behaupte ich, daß es ein Recht hat, nicht dazu zu gehören."

Und wie soll dieser Wille constatirt werden, damit er endlich zu seinem Recht komme? „Nichts leichter", antwortete Ruge [3]), man rufe einen „Völkercongreß" ins Leben: — „das System der Congresse wird dann erst ein wahres, wenn diejenigen, die den Congreß bilden, von dem Volke zum Congreß gewählt werden; die wahren Congresse sind nur die Völkercongresse, die falschen sind die Diplomaten-Congresse."

Indessen hatte das Nationalitätsprincip, welches bei der Rathlosigkeit und Unthätigkeit der Regierungen über die historische Gestaltung, die nur als Erzeugniß des gewaltthätigen Eigensinns des Absolutismus galt, einen entschiedenen Sieg zu feiern schien, in Oestreich gewirkt. Die unterworfenen Nationalitäten stehen auf und verlangen ihre Wiederherstellung — zersprengte Glieder von Völkern sammeln sich und feiern eine wunderbare Auferstehung — Völkergerippe, die die Geschichte in ihrem tausendjährigen Fortgang zertre-

1) Verhandlungen der deutschen constituirenden Versammlung zu Frankfurt. Stenographische Berichte. Band I, p. 52.

2) Ebend. Band II, p. 1550.

3) Ebend. II, 1098.

ten, fügen sich wieder zusammen und wollen als lebendige Gestalten anerkannt seyn. Der Slavengürtel, der das erzherzogliche Stammland und den eingedrungenen magyarischen Keil im Norden und Süden einschließt, regt sich, setzt seine Ringe in Bewegung und denkt schon daran, die Kette zu werden, die an der Stelle des gestürzten, des künstlichen Absolutismus in naturgemäßerer Weise die Gesammtmonarchie zusammenhält.

Wenn die Deutschen, die das Recht jeder Nation auf Freiheit predigten, von ihrer Freiheit sagten, daß sie nicht nur eine nationale, beschränkte, sondern die universale und unpartheiische sey, die jeder Nation ihr Recht wiederfahren lasse, so schien den Slaven dieser philosophische Selbstruhm verdächtig und sie hörten die Absicht heraus, die auf nichts Geringeres als ein großes Reich der Mitte und eine Universalherrschaft gerichtet war, deren erste und vorzüglichste Opfer sie hätten werden müssen.

Was wollen die Deutschen in Frankfurt? Trotz ihrer gepriesenen Universalität, antworteten sich die Slaven, wollen sie doch auch, was alle Völker jetzt wollen, das Nationalitätsprincip für sich geltend machen und ihre nationale Einheit und Freiheit gründen — wir haben die gleiche Absicht, dasselbe Recht wie sie; — wenn sie aber ihre Einheit im Geheimen zu der Waffe machen wollen, die uns den Todesstreich versetzt, wenn sie sich zusammenraffen, um mit ihrer Civilisation die Naturkraft, die uns trotz ihrer tausendjährigen Nachstellungen noch geblieben ist, zu ersticken, wenn sie ihrer Sprache vollends die Oberherrschaft erwerben und die hungernden Massen, die sie nicht mehr ernähren können, auf die schlummernden Schätze unsers Bodens anweisen wollen,

so ist es besser, daß wir ihnen zuvorkommen und die Einheit, die in unserer Sprache und in unserm gemeinsamen Haß begründet ist, gegen sie richten. Die Deutschen in Oestreich sollen die Handhabe werden, mit welcher der deutsche speculative Moloch uns zu erfassen gedenkt, um uns dem Gespenst seiner Universalität zu opfern, — die Revolutionäre in Wien richten ihre Augen nach Frankfurt und hoffen sich dort gegen uns zu stärken, während sie uns mit unsern gerechten Ansprüchen auf Herrschaft durch die Versicherung ihrer unpartheiischen Wünsche für alle Nationalitäten, die sich befreien wollen, zu beschwichtigen und endlich einzuschläfern suchen. Aber noch besteht Oestreich, noch ist es von Deutschland nicht gewonnen und hier in Oestreich werden die Deutschen selbst Nichts dagegen haben und uns nicht hindern können, wenn wir den demokratischen Grundsatz, zu dem auch sie sich bekennen, den Grundsatz, daß die Majoritäten herrschen sollen, zu unsern Gunsten aufrufen: — wir sind die Majorität in Oestreich, also gebührt auch uns die Herrschaft und der Habsburger wird sich nur erhalten können, wenn er ein Slave wird.

So begannen die Slaven innerhalb des deutschen Bundesgebiets damit ihr Werk, daß sie die Herstellung der deutschen Einheit, die Verbindung Oestreichs mit Deutschland, zu hintertreiben suchten. Frankfurt, das sahen sie, mußte vor Allem in Mißcredit gesetzt, dem Volke verleidet werden. In Mähren wurde den Slaven die Frankfurter Versammlung, als die Wahlen für dieselbe vorgenommen werden sollten, als eine Art Ungeheuer vorgestellt, das alle einzelnen Staaten und Nationalitäten auf einmal verschlingen werde, den Bauern redete man vor, man wolle ihren Kaiser absetzen

und ihnen einen andern geben, in Volksversammlungen wurde sogar von einem „Herrn Frankfurt" gesprochen, der dem Kaiser von Oestreich Aufträge und Befehle geben wolle[1]; — es gelang dadurch die Wahlen nach Frankfurt zu hintertreiben.

Die Czechen in Böhmen, die bis dahin bloß schüchterne Petitionen gewagt hatten, ermannten sich, als die Wiener am 13. März die Freiheit für das gesammte Oestreich erkämpft hatten, zum Separatismus von eben jenem deutschen Element, ohne dessen Aufschwung sie sich nicht hätten ermannen können, forderten anfangs Gleichstellung zwischen Deutschen und Slaven und dachten bald an die Oberherrschaft. Die Wahlen der Deutschen zur Frankfurter Versammlung wurden von ihnen als nicht berechtigt ausgeschrieen, die deutschen Farben verhöhnt, Vereine gesprengt, die deutsche Presse eingeschüchtert und terrorisirt[2].

Das Ministerium in Wien liebäugelte mit dem slavischen Bundesgenossen, mit dessen Hilfe es sich von der Verwicklung mit Frankfurt abzulösen hoffte, so daß es ihm möglich würde, sich einzig und allein der Restauration Oestreichs zu widmen. Die von den Czechen eingereichten Petitionen wurden zum offenbaren Nachtheil der Deutschen bewilligt, deutsche Protestationen und Gesuche nicht beachtet oder nur ungenügend beantwortet. Palaczky, der Führer der Czechischen Parthei erhielt sogar einen Ruf in's Ministerium und ein österreichischer Minister sagte einer Deputation von Wienern, die gegen diese Berufung Protest einlegen wollte: ob es nicht

---

1) Verhandlungen der deutschen National-Versammlung. Stenographischer Bericht I, 119.

2) Ebend. I, 665.

möglich sey, daß Oestreich seiner Zeit ein vorzugsweise slavischer Staat werden könne [1]).

Als die Wahlen für Frankfurt ausgeschrieben wurden, leistete Stadion, damals Gouverneur von Böhmen, keine Folge. Ein zweiter Ministerialerlaß hatte nur die Wirkung, daß Stadion diesen erneuten Auftrag dem Nationalausschuß vorlegte, den die czechische Partei, indem sie den Beinamen des Nationalen als ihr Privilegium usurpirte, in Prag niedergesetzt hatte und der im thatsächlichen Besitz der Regierung war. Der Ausschuß protestirte gegen die Vornahme der Wahlen, brachte eine neue Petition dagegen ein und die Regierung in Wien war so nachsichtig, daß sie in ihrer Antwort sich dahin ausdrückte, sie verkenne keineswegs die Gründe, die den Nationalausschuß zu seiner Gegenvorstellung bewogen, sie billige auch diese Gründe, und erst auf dieses Zugeständniß die ohnmächtige Wiederholung ihrer Anweisung, die Wahlen vorzunehmen, folgen ließ.

Der Fünfziger-Ausschuß schickte endlich eine Deputation nach Böhmen. Dieselbe traf, wie sie nach ihrer Rückkehr in der Sitzung vom 3. Mai berichtete [2]), ganz Prag unter Waffen; die Frage über das Verhältniß Böhmens und Oestreichs zu Deutschland hatte die Gemüther erhitzt und drohte den Streit zu entflammen. Mehrere Besuche bei einzelnen Gliedern des Nationalausschusses, namentlich bei Palaczky, überzeugten die Deputation, daß es vergeblich und sogar unmöglich sey, mit demselben in seiner Totalität in Berüh-

1) Verhandlungen der deutschen National-Versammlung. Stenographischer Bericht I, 669.

2) Siehe den stenographischen Bericht über diese Sitzung.

rung zu treten, nachdem er zumal zwei Tage vor ihrer Ankunft beschlossen hatte, das Parlament in Frankfurt nicht zu beschicken. Sie trat daher nur mit einer Section, welche der Ausschuß für „auswärtige Angelegenheiten" niedergesetzt hatte, zusammen und konnte in dieser Conferenz nur die Erfahrung gewinnen, daß in gütlicher Weise, durch Zureden, wie sie gehofft hatte, in dieser Frage Nichts mehr zu bewirken sey. „Oestreich, sagten die Böhmen, kann und darf von seiner Souveränetät Nichts aufgeben und die Slaven werden sich Deutschland nicht unterwerfen. Böhmen besonders gehört nicht zu Deutschland und nicht mehr zum deutschen Bunde, der aufgelöst ist — wir wollen warten, was im deutschen Parlament berathen und beschlossen wird und dann als freies Volk mit Oestreich den Deutschen zu einem völkerrechtlichen Bunde brüderlich die Hand reichen; Oestreich wird überhaupt die slavischen Stämme zu einem großen Reich verbinden und dann in ein bloß völkerrechtliches Verhältniß zu Deutschland treten." Ein Mitglied meinte: „wir müssen Oestreich halten trotz Oestreich und wenn es selbst kein Kaiserstaat seyn will, so müssen wir es zwingen, ein solcher zu seyn" — es deutete zugleich auf eine Erhebung der Südslaven hin — ein anderes Mitglied sprach von der „Pest der Republik, von der Deutschland angesteckt sey."

Unter der Maske des Namens „constitutioneller Verein" hatte sich in Prag ein deutscher Verein gebildet, der unter dem Terrorismus des aufgehetzten böhmischen Pöbels nur ein ohnmächtiges Dasein fristete. Aus Furcht vor Lärm und Collisionen wagte ihn die Deputation auch nicht zu besuchen; sie trat nur mit einer Section desselben in Verbindung. Auf

den Abend besuchte sie zwar, unter dem Publicum versteckt, eine Versammlung desselben; sie war aber nur Zeuge, wie er von den Czechen gesprengt wurde, und es blieb ihr Nichts übrig, als am folgenden Morgen mit heimlicher Schleunigkeit abzureisen.

Der Aufstand und Erfolg des 15. Mai gab der gereizten Stimmung der Czechen gegen Wien neue Nahrung. Sie überzeugten sich, daß die Wiener nicht die gedrückten Deutschen seyen, die unter dem böhmischen Terrorismus für den Augenblick litten; sie fürchteten den politischen Fortschritt der Deutschen — einen Fortschritt, der ihren Plan eines slavischen Oestreichs ernstlich gefährden würde. Palaczky namentlich raste gegen Wien und Frankfurt und wurde von dem Gedanken gefoltert, daß diese Erhebung in Wien den Bund der Kaiserstadt mit dem deutschen Parlament, von dem die Slaven das Größte, eine revolutionäre Wiedergeburt Deutschlands erwarteten und fürchteten, vermitteln könne.

Da half den Czechen, da kam ihnen die Flucht des Kaisers entgegen. Während sie für die Provinzen die Lösung zur allgemeinen Erklärung gegen die Hauptstadt war, sahen in ihr die Czechen die günstigste Gelegenheit dazu, die wahrhafte Regierung Oestreichs in Prag zu constituiren. Der Gubernial-Präsident, Graf Thun wurde so kühn, in einer Kundmachung es gradezu auszusprechen, daß die verantwortlichen Minister in Wien nicht mehr das Organ seyen, durch welche der Monarch sich mit dem Volk in Beziehung setze, daß vielmehr andere vertrauenswürdige Personen existiren, die dem Chef einer Provinz Aufträge zukommen lassen, — Graf Leo Thun verkündete ferner, daß Se. Majestät auf die treuen Böhmen zähle, wenn es gelten sollte, den Thron,

die verliehene Verfassung und die Macht der österreichischen Monarchie aufrecht zu erhalten — (d. h. den Gewinn des 15. Mai, den constituirenden Reichstag zu stürzen und die octroyirende Gnadengewalt der Majestät zur Geltung zu bringen) — er zeigte endlich seinen Entschluß an, seine Regierungsgewalt ganz auf die Art in Anwendung zu bringen, wie es die außerordentlichen Verhältnisse verlangen würden. — Die Czechen sehen sich schon im Geiste als Oberherrn der Deutschen, erklären den Wienern, daß sie als Hochverräther den Kopf verwirkt haben, die Swornost, das bewaffnete Corps der Eintracht, schwärmt davon, Wien zu bombardiren, und während sie alle in Prag Rache sannen gegen Wien, welches die Gründung eines slavischen Reiches zu vereiteln drohte, wurde im Nationalausschuß, nachdem die Ankunft des Kaisers in Insbruck bekannt geworden war, von Palaczky, der gegen die „Ausländer und Emissäre, die in Wien das Feuer der Empörung schürten", losfuhr, eine Adresse an den Kaiser abgefaßt, in welcher die ergebenen Czechen ihre innerste Empörung darüber aussprachen, „daß die hohen Geschenke, mit welchen ihr hochgeliebter König und Herr seine Völker beglückte, statt eine durchaus dankbare Anerkennung zu finden, eine so schwere Verletzung der constitutionellen Freiheit nach oben zur Folge hatten", und Gut und Blut für ihren Kaiser und König verschworen, „der seinen Völkern die freie Constitution, die Anerkennung ihrer nationalen Rechte willig gewährte" [1]).

Die treuen Unterthanen winselten das Gelöbniß ewiger

---

1) Oesterreichisch deutsche Zeitung (von Löw). Nr. 30—32. (vom 22. bis 24. Mai).

Treue und Ergebenheit, schlugen sich auf die Brust und dankten ihrem Herrn, daß sie nicht seyen wie die republicanische Hauptstadt, und sie standen doch auf dem Sprunge, eine provisorische Regierung, die die Trennung von Deutschland entscheiden und die Gründung des slavischen Gesammtstaats einleiten sollte, offen zu etabliren.

In diesem trotzigen Ungehorsam gegen den constitutionellen Kaiser und in ihrer Ergebenheit gegen den absoluten — das künftige Werkzeug zur Ausführung ihrer nationalen Absichten — erhielten die Czechen im Süden der Monarchie einen thätigen Bundesgenossen. Im März, wenige Tage darauf, nachdem die Revolution ausgebrochen, kamen etwa 200 illyrische Führer nach Wien und verlangten vom Kaiser, daß alle Länder, die einstmals zur croatischen Krone gehört hatten, unter Andern also auch Krain, Steiermark und Istrien, gegenwärtig Theile des deutschen Bundesgebiets, mit Croatien wieder vereinigt werden sollten, sodann ein eigenes unabhängiges Ministerium wie Ungarn und Jellachich als Banus. Nur die letztere Forderung wurde gewährt. In den Magyaren sahen die Croaten die unbeugsamen Gegner ihres Plans, für Croatien, Slavonien und Dalmatien eine verantwortliche Regierung und ein eigenes Ministerium zu erhalten; das ungarische Ministerium hatte daher kaum, nachdem die Betheurungen von brüderlichem Anschlusse an die Monarchie, die Kossuth und seine Begleiter im Constitutionsjubel Wiens ausgesprochen hatten, verklungen waren, seine Verordnung wegen Rückberufung der ungarischen Truppen aus Italien und Gallizien erlassen, so erklärte der Banus, im Anfang des Mai, er nehme fernerhin von Pesth keine Befehle mehr an, werde dasjenige, was zur Schwä-

chung der königlichen Gewalt Seiner Majestät vom letzten Landtage abgezwungen worden, nicht anerkennen und mit seinen treuen Schaaren den Kaiser aus diesem Zwangszustande befreien und seine frühere gesetzliche Macht so wie den alten Stand der Dinge wieder herstellen.

Wie die Croaten das Nationalitätsprincip für sich geltend machten, d. h. ihrer Sprache, ihrer Herrschaft das Vorrecht gewinnen wollten und zur Befriedigung ihres nationalen Selbstgefühls alle Länder der früheren croatischen Krone — außer den genannten Theilen des deutschen Bundesgebiets auch Türkisch-Bosnien, Serbien und Dalmatien zurückverlangten, so nahmen die Magyaren für ihre Sprache und Herrschaft dasselbe Recht in Anspruch und gedachten sie die Sachsen in Siebenbürgen, ferner Slavonien, Croatien u. s. w. sich zu unterwerfen und zu magyarisiren. Auf dasselbe Nationalitätsprincip beriefen sich die Czechen, um den Traum der Wiederherstellung ihrer alten Oberherrschaft zu rechtfertigen, um ihren Terrorismus gegen den gefürchteten Aufschwung der Deutschen, die durchaus czechisirt werden sollten, zu beschönigen und ihre Ansprüche auf Mähren und Schlesien zu begründen. Kraft desselben Rechts verlangten die Polen die Wiederherstellung des polnischen Staats in seinen alten Gränzen mit Westpreußen — d. h. sie Alle stürzten nicht das von ihnen bekämpfte Princip der Herrschaft, sondern wiederholten es nur und wollten es nur in einem kleineren Kreise als ihr nationales Privilegium in Anwendung bringen — sie kamen mit ihrem scheinbar revolutionären Princip nicht zu einer neuen Völkergestaltung, sondern nur zur beabsichtigten Wiederherstellung eines untergegangenen, längst widerlegten Alterthums — sie wollten restauriren

und wenn die Magyaren und Polen zur Ausführung ihrer Restaurationsgedanken die Kraft der Revolution zur Hilfe herbeiriefen, waren die Czechen und Croaten consequenter, wenn sie den Geist des Absolutismus der Revolution zum Trotz als Bundesgenossen aus seinem Fall wieder heraufbeschworen.

Allein der Absolutismus — wird er sich nur benutzen, mit sich spielen, wird er es sich gefallen lassen, daß untergeordnete Nationalgebilde, auf die er seinen eisernen Fuß schon längst gestellt hatte, wieder ein selbstständiges Leben führen und ihn mit ihrer geheuchelten und eigennützigen Verehrung nur verspotten? Die Gleichberechtigung der Nationalitäten, was ist sie anders als die freie Concurrenz, welche dem größeren geistigen und materiellen Capital über das kleinere das Uebergewicht verschafft? Die Brüderlichkeit und Gerechtigkeit — wie können sie sich anders äußern als im Zwist und im Kampf der größeren Macht um die Anerkennung ihres Vorrechts? Allerdings konnte diese Freiheit der Concurrenz, die Folge des Nationalitätsprincips, im Kaiserstaat nur auftreten, nachdem der Absolutismus, der die nationale Bewegung unterdrückte, durch die Märzrevolution gebrochen schien — allein wenn einmal die Concurrenz eingeleitet war und der Kampf um das naturgemäße Vorrecht entbrannte, so war es auch eine unvermeidliche Folge, daß das dynastische Capital — mit seiner organisirten Heeresmacht und mit seiner disciplinirten Büreaukratie — das Gefühl seines Uebergewichts wieder erhielt und mit seiner ganzen Wucht über die uneinigen und sich zerfleischenden Concurrenten herfiel.

Die Czechen, die mit ihrer doppelzüngigen Schmeichelei den kaiserlichen Absolutismus zuerst wieder auf den Schlacht-

platz herbeigerufen hatten, sollten auch zuerst von der neu-erwachten Kraft desselben getroffen werden.

Sie hatten endlich ihre provisorische Regierung offen etablirt; ein Mitglied derselben war Palaczky. Zu gleicher Zeit wurde am 2. Juni der Slavencongreß zu Prag eröffnet — Palaczky zum Starosta desselben ernannt. Während die Mitglieder der provisorischen Regierung in einer Erklärung von demselben Tage gegen „Mißdeutungen", zu welchen ihre „Berufung zu verantwortlichen Regierungsräthen" Anlaß gegeben, sich dahin aussprachen, daß sie „entschlossen seyen, jedem Versuche der Reaction so kräftig entgegenzutreten, wie die alles Organische im Staatsleben zersetzen wollende Anarchie zu bekämpfen" — unter dieser zersetzenden Anarchie verstanden sie nämlich die Bemühungen der Deutschen in Wien, die auf die Wiederherstellung eines engeren Verhältnisses mit Deutschland gerichtet waren, — wollte der Slavencongreß den wahren Organismus Oestreichs begründen, indem er der slavischen Majorität die Herrschaft sicherte. Während die provisorische Regierung in jener Erklärung dem Ministerium in Wien offen den Gehorsam aufkündigte, weil „es sich nicht mehr in freiem Zustande befinde, sondern von Fremden beherrscht" sey, erklärte das slavische Nationalcomité des Congresses in einem Manifest an die Nationalversammlung in Frankfurt eben diesen Fremden, sie, die Slaven, würden es nimmer „erlauben", daß die Ansprüche, welche die Deutschen auf einen Theil der österreichischen Monarchie, als dem deutschen Bunde gehörig erhoben, erfüllt würden. Während ferner die provisorische Regierung in jener Erklärung „die constitutionelle Freiheit unter der die Einheit der Monarchie sichernden Aegide des

Kaiserhauses, dessen Farben sie nicht ohne tiefen Schmerz in der bisherigen Kaiserstadt selbst gemißhandelt und geächtet sehen könnten", über jeden andern Wunsch stellte, glaubten die Slaven auf dem Prager Congreß nicht nicht mehr an den Fortbestand Oestreichs und wollten sie nur aus dem Untergang desselben den ersten und größten Nutzen ziehen. Sie, die Slaven, sollten die einzige, die herrschende Nation werden, die auf den Trümmern der Monarchie ihr Organisationstalent bewährte, — im Vorgefühl dieser Oberherrschaft predigten sie gegen den Gräuel der Verwüstung in Wien, wollten sie Oestreich Moral und Gesetzlichkeit lehren, drohten sie den Ungläubigen und Gottlosen in Wien mit dem hussitischen Morgenstern und Dreschflegel, „protestirte" das slavische National-Comité, „feierlichst gegen jede Beschickung des Frankfurter Bundestags" und erklärte der Congreß am 5. Juni in seinem Manifest an die Völker Europa's, wie es den Slaven (vorzugsweise) „gegeben sey, die Idee der Gleichberechtigung des Individuums neben den andern auf die Gleichberechtigung aller Nationalitäten neben einander auf der Basis der Bruderliebe und des Christenthums auszudehnen."

Diese phantastischen und übertriebenen Tiraden, mit denen die Verblendung über das Maaß der eigenen Kräfte und die Selbsttäuschung über die geschichtlichen Mächte, gegen die die böhmischen Intriguanten ein leichtes Spiel zu haben glaubten, sich selbst überhoben, waren für die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt eine Aufforderung zu entscheidenden Entschlüssen, — d. h. man erließ eine Erklärung und setzte einen Ausschuß für die österreichisch-slavische Frage nieder.

Die Hartnäckigkeit, mit der die Czechen die Wahlen für Frankfurt vorzunehmen sich weigerten, war beleidigend, der bevorstehende Congreß in Prag schien wegen der panslavischen Bestrebungen, die sich auf ihm stärken konnten, gefährlich. Es war klar, der Zusammenstoß der nationalen Elemente in Oestreich konnte kaum noch verhindert werden und bei dem demokratischen Respect vor den Majoritäten, — einem Respect, der nicht erst den Märztagen seinen Ursprung verdankte, sondern die ganze bürgerliche Revolution der letzten Jahre charakterisirte, war es natürlich, daß man für das deutsche Element Besorgniß empfand. Als daher der Antrag Marek's von Gratz, der die Beschwichtigung des slavischen Argwohns gegen die Deutschen zum Zweck hatte, in der Sitzung vom 27. Mai zur Sprache kam, verlangte Achleitner aus Oestreich zugleich Garantieen zur Sicherstellung des deutschen Elements gegen die „slavische Majorität" und „die entschiedene Erklärung, daß Oestreich sich an Deutschland anschließe" [1]; die Versammlung hielt es indeß noch für ausreichend, die Slaven der deutschen Gnade zu versichern und zu erklären, „das fortan einige und freie Deutschland sey groß und mächtig genug, um den in seinem Schooß erwachsenen anders redenden Stämmen eifersuchtslos in vollem Maaß gewähren zu können, was Natur und Geschichte ihnen zuspricht."

Das Gefühl aber, daß mit dieser Gnadenversicherung nicht viel zu erreichen sei, ließ der Versammlung keine Ruhe; am 5. Juni beantragte ein Mitglied die Niedersetzung eines

---

1) Verhandl. der deutschen National-Versammlung. Stenographischer Bericht I, 120.

Ausschusses, der mit ausgedehnten Vollmachten ausgerüstet, die Angelegenheit der böhmischen Wahlen untersuchen und dem Reichstag die Maaßregeln vorschlagen solle, die geeignet wären, dem Nationalwillen in Böhmen Nachdruck zu verschaffen — (bis jetzt waren nämlich von den Abgeordneten, die Böhmen zu schicken hatte, nur sieben angekommen und mehrere, die gewählt waren, hatten ihr Mandat zurückgegeben; wo gewählt war, hatte sich nur eine kleine Anzahl von Wahlmännern eingefunden, während die Mehrzahl sich gegen jede Wahl ausgesprochen, obwohl das Wahlcomité in Wien die Wahlen auf alle mögliche Weise unterstützt hatte[1]) — die Versammlung war geneigt, jenen Antrag anzunehmen, und wies zunächst dem Legitimations-Ausschuß die Aufgabe zu, die erforderlichen Maaßregeln zu begutachten und vorzuschlagen.

Indessen erschien das Manifest des slavischen Vorparlaments an die deutsche Nationalversammlung und erfüllte, wie in der Sitzung vom 7. Juni Herr Glaß von Landau bemerkte, die Männer zu Frankfurt „mit Indignation" — mit dieser Erklärung, daß die Frankfurter Beschlüsse keinen slavischen Theil Deutschlands berühren sollen, rief das Mitglied für Landau, „ist der deutschen Einheit förmlich der Fehdehandschuh hingeworfen" — auf unsere Proclamation, rief Herr Ostendorf von Soest, antworten also die Slaven mit dem Congreß in Prag und mit ihrem Entschluß, ein slavisches Reich an die Stelle von Oestreich zu setzen — Herr Glaß wollte schon Truppen gegen Böhmen schicken und

1) Verhandl. der deutschen National-Versammlung. Stenographischer Bericht I, 214.

zu diesem Zweck die Bildung der Executivgewalt beschleunigt wissen, Herr Wiesner verlangte die Erklärung, daß „Deutschland nun und nimmermehr dulden werde, daß man einen Fußbreit Erde davon reiße“ [1]; es war aber der Versammlung schwer, fast unmöglich, sich über einen eingreifenden Entschluß zu vereinigen. Heere besaß sie nicht und konnte sie nicht in Bewegung setzen, der Zukunft Oestreichs traute sie selber nicht und die linke Seite, deren Beruf es noch am ehesten gewesen wäre, mit einer kühnen Entscheidung voranzugehen, wurde durch ihr Nationalitätsprincip gelähmt und zur passiven Freude an der scheinbaren Auflösung des Kaiserstaats, so wie an der tödtlichen Verlegenheit der österreichischen Regierung verurtheilt.

Nur um den Preis wollte Nauwerk dem Kaiser die Protection der Versammlung angedeihen lassen, wenn er seine italienische Schwärmerei aufgeben und bereuen wolle — „wenn wir die österreichische Regierung unterstützen wollen, so müssen wir auch, muthete Nauwerk der Versammlung zu [2], gegen ihre auswärtigen Thorheiten auftreten“ — als der Präsident, durch die Unruhe der Versammlung zum Ordnungsruf gemahnt, diesen Ausdruck beleidigend nannte, bemerkte der Abgeordnete von Berlin zu seiner Rechtfertigung, „von jeher habe die Unterdrückung eines fremden Volks für eine Thorheit gegolten“, doch wollte er, falls der Ausdruck beleidigend sey, ihn zurücknehmen und sagen: „eine Unbesonnenheit“ — als darüber der Lärm sich wiederholte, sagte er: „eine Ungerechtigkeit.“

1) Ebend. I. 236. 237.

2) Ebend. I. 239.

Und doch konnten selbst diese radicalen Vertheidiger des Nationalitätsprincips ihren Grundsatz nicht einmal in das oberflächlichste Detail zerlegen, ohne die Thorheit zu begehen, deren sie die Regierungen anklagten und auf die sich nach ihrer Ansicht die Weisheit der ganzen bisherigen Geschichte reducirte. Ruge z. B., dem die Weltgeschichte in zwei Epochen zerfiel, in die Zeit Ahrimans und des Ormuzd, in die „blinde Zeit, wo man Anführer wählte, um Länder zu erobern und zu theilen", und in die Zeit des Lichtes, die nun endlich gekommen und in der „sich die Völker mit einander zur Freiheit verbinden", mußte mit jedem seiner Worte beweisen, daß er sich Deutschland nicht ohne die Ungerechtigkeit des Anspruchs auf das Principat über die Slaven, die sich gegen diese blinde Anmaaßung des Germanismus erhoben hatten, denken konnte. Deutschland schrieb er vorzugsweise die Aufgabe zu, „daß es den einzelnen Völkern — (also aus octroyirender Gnade) — erlaubt" — — aber wohlweislich und consequenter Weise, wenn es nur ein Gnadenact ist, nur — „so viel wie möglich erlaubt, sich frei zu constituiren", und wenn diese Erlaubniß gegeben, „nachdem die einzelnen Völker von Deutschland abgefallen sind", wollte er, erwartete er von ihrer Dankbarkeit, verlangte er im Namen und auf Grund der Rechte Deutschlands, „daß sie sich wieder mit ihm vereinigen und verbrüdern." „Aus der ganzen Fassung des slavischen Programms, rief er der Versammlung zu, werden Sie ersehen, daß die Herren in Prag nicht verlassen sind vom Gedanken des Jahrhunderts. Sie wollen eine demokratische Grundlage, aber (!) sie wollen eine Demokratie als solche. Sie haben kein Interesse am Königthum, an Altöstreich,

sondern wollen sich in sich vereinigen und als Bundesstaat, als deutscher Föderativstaat gelten" — aber als deutscher? Wenn sie die Erlaubniß zum Abfall benutzt haben? Als Speise des deutschen Molochs, über dessen Gier nach slavischen Opferstücken die Czechen in ihren Volksversammlungen nicht genug eifern konnten?

Sollte also die Versammlung die Böhmen freilassen, bis sie durch die Dankbarkeit bewogen, der deutschen Oberherrschaft sich wieder freiwillig fügen? Sollte sie Armeen herzaubern, um dem Kaiserhause die unruhigen Slaven zu erhalten? Sollte sie wieder durch Erklärungen und Drohungen die Einheit Deutschlands sichern? Sie that das Beste, was sie thun konnte, und beschloß die Bildung eines besondern Ausschusses für die österreichisch-slavische Frage.

Die österreichische Regierung half sich für diesmal noch selber. Als das Ministerium durch die constitutionelle Prager Zeitung vom 31. Mai und durch amtliche Anzeigen zur Kenntniß gelangte, daß sich in Prag eine provisorische Regierung für Böhmen gebildet habe, stellte es dem Kaiser sogleich das Ungesetzliche dieses Vorganges vor, um jedem Einschreiten einer böhmischen Deputation für Anerkennung dieses Schritts zu begegnen. Zugleich erklärte der Minister des Innern 1) in einem Erlaß an den Landeschef in Böhmen den ganzen Act für illegal und ungültig, und forderte denselben auf, diesem Vorgange unter seiner Verantwortung keine Folge zu geben. Gleichzeitig wurde an alle Landeschefs eine Weisung erlassen, „im Falle ähnlicher Zumuthungen sich jeder ungesetzlichen Constituirung zu enthalten und unter

1) Siehe Wiener Zeitung. Nr. 154, vom 3. Juni.

ihrer schweren Verantwortung jeden Schritt zu vermeiden, welcher in diesem wichtigen Momente die Einheit der Regierung schwächen und sie in jener Kraftentwickelung hindern könnte, welche die Ehre, das Wohl und der Bestand der Monarchie mehr als je in der größten Ausdehnung unerläßlich fordern."

Auch der Kaiser ließ sich durch sein officielles und geheimes Ministerium überzeugen, daß die Czechen ihm für jetzt durch ihre drohende Stellung gegen Wien, durch ihre Opposition gegen Frankfurt und durch ihren Eifer für die Erhaltung Altöstreichs gegen die deutschen Einheitsbestrebungen genug gedient haben, und desavouirte mittelbarer Weise die eigenmächtige Selbsthülfe der Slaven, indem er in dem Manifest „an seine getreuen Niederöstreicher" — aus Insbruck vom 6. Juni — „seinen unerschütterlichen Willen einer vollständigen Erfüllung seiner Verheißungen" betheuerte und die Vollendung seines Werkes von der „klugen und kräftigen Mitwirkung" des Reichstages erwartete, von dem er nochmals versicherte, daß er ein „constituirender" seyn solle.

Es blieb nun noch das czechische Alterthum, die slavische Suprematie, die Phrase der Völkerverbrüderung, die auf dem slavischen Congreß ihren Spuk trieben: — die Aristokraten der provisorischen Regierung, die die gefährliche Concurrenz des Congresses von dem Augenblick an erkannten, wo er sein „demokratisches" Programm abfaßte und die Verbrüderung der freien Völker als seinen Grundsatz bekannte, die Aristokraten, die vor der phantastischen Phrase erschraken und von ihr die verwirrendsten Folgen, am Ende eine freie Verständigung zwischen der Slava und Germania, eine Bundesgenossenschaft zwischen dem bedächtigen Frankfurter Parlament

und dem schwärmenden Congreß zu Prag fürchteten, die Aristokraten, die auf dem Parlament zu Frankfurt und dem Reichstag zu Wien ihre Sache verloren gaben, zur Sicherung ihrer ständischen Vorrechte den böhmischen Landtag eigenmächtig einberiefen und die provisorische Regierung zu Prag nur als Rückhalt gegen das constitutionelle Ministerium, gegen den bevorstehenden Reichstag und den revolutionären Vorgang von Wien benutzen wollten, entschieden das Schicksal des Congresses, sagten sich von der phantastischen Aufregung desselben los und verriethen dieselbe, gaben sie Preis an den commandirenden General, Fürsten Windischgrätz. 1)

Die Mitglieder des Congresses schmeichelten sich mit der Hoffnung, daß sie am 14. Juni mit der slavischen Föderation, deren Hauptpunkte man schon entwarf, ins Reine kommen würden — einer Hoffnung, die schwach genug begründet war, wie schon der Umstand bewies, daß jeder der repräsentirten Stämme für sich die Suprematie in Anspruch nahm und die drei Sectionen, in welche sich die Slaven des Kaiserreichs gruppirt hatten, nur durch Dolmetscher mit einander verkehren konnten, — allein ehe es zur gefährlichen Probe ihrer schwärmerischen Berechnung kam, trat die Katastrophe ein. Am Pfingstmontage, den 12. Juni, sangen Swornostmänner, die aus einer feierlichen Messe kamen, vor dem Generalcommando Spottlieder auf die Deutschen, es entsteht eine Reibung mit dem commandirenden Officier, es fallen Schüsse, es werden Barrikaden gebaut, kurze Zeit nach der Ankunft des Grafen Leo Thun im Lager des Fürsten Windischgrätz beginnt das Bombardement von Prag.

---

1) Oesterreichisch-deutsche Zeitung. Nr. 57, vom 20. Juni.

Der Fürst, der mit außerordentlicher Langmuth unter seinen Augen eine provisorische Regierung bilden ließ, die nicht aufhörte, den 15. Mai zu desavouiren, selbst nachdem ihn der Kaiser von Insbruck abermals anerkannt hatte, der den Grafen Thun für seine Widersetzlichkeit gegen die oberste Regierung nicht zur Verantwortung zog, der Fürst, der sich nicht weniger wie Thun weigerte, die Autorität des Wiener Ministeriums anzuerkennen, und seine Stelle, die ihm sein Benehmen vorschreibe, unmittelbar und nur aus den Händen des Kaisers empfangen haben wollte, — er also ist der Freiheitsheld, der deutsche Bildung und deutsches Recht gegen die slavische Reaction vertheidigt — der germanische Freiheitsheld, der mit seinen Grenadieren, als Aposteln der Freiheit den reactionären Slavencongreß zersprengt hat?

Er ließ sich als diesen Helden, selbst in den Wiener Zeitungen, rühmen, sprach sich aber, wenn sein Selbstgefühl übermächtig wurde, bestimmter über diesen Sieg des deutschen Elements aus und wußte auch unter seinen Soldaten die richtige Ansicht über ihren Sieg zur Geltung zu bringen, während die Wiener noch glaubten, daß es der Sieg der deutschen Demokratie über das aristokratische Czechenthum und über die slavische Phantastik gewesen sey.

Der vereinigte Ausschuß der Bürger der Nationalgarde und der akademischen Legion von Wien schickten eine Deputation nach Prag, um den Zustand der „slavischen Frage" an Ort und Stelle zu untersuchen. Die österreichischen Soldaten in Prag bewillkommneten dieselbe mit dem Gruß: „deutsche Hunde! schlagt die Hunde aus Wien todt!" Die Deputation wurde entwaffnet, gefangen gesetzt und vor Windischgrätz vorgelassen erklärte ihr derselbe: „anderwärts

hat die Revolution gesiegt, hier habe ich gesiegt; ich bin der Diener meines Kaisers und werde die Freiheiten nicht antasten, die er gewährt hat; aber hier habe ich gesiegt." Unter den Truppen war allgemein die Ansicht verbreitet, daß man, sobald Prag hinlänglich niedergedrückt ist, nach Wien marschiren und den Wienern zeigen werde, „was eine Constitution ist." [1])

Und Thun, der Alles gethan und zugelassen hatte, was gegen die constitutionelle Regierung gerichtet war, der die Widersetzlichkeit gegen die Ausschreibung der Wahlen zum Frankfurter Parlament, die Errichtung einer provisorischen Regierung mit völliger Nichtachtung der gesetzlichen Gewalten des Reichs, die Absendung einer Deputation an den Kaiser, um die Anerkennung dieser provisorischen Regierung hinter dem Rücken des Ministeriums zu erschleichen, die Einberufung des böhmischen Landtags ohne Ermächtigung des Kaisers, halb leitete, halb zugab — derselbe Mann, der zur rechten Zeit aus dem Lager der czechischen Chimäre ins Lager des Fürsten Windischgrätz überging, hatte schon am 21. Juni den Muth, in der Proclamation, die er als Gubernialpräsident erließ, zu erklären, daß „die Revolution, — die Revolution gegen die rechtmäßige Regierung in Prag besiegt" sey.

Die militärische Contrerevolution, der österreichische Absolutismus, der die Gleichberechtigung der Nationalitäten in der gleichen Niederdrückung Aller ausführt, hatten in Prag das phantastische Vorwerk der Revolution nieder-

1) Ebend. Nr. 60. Verhandl. der deutschen National-Versamml. Stenogr. Bericht I, 674.

geworfen und bedrohten unter diesem Titel ihres leichten Sieges über die slavische Phantastik auch die Revolution in Wien und in Frankfurt.

Das Parlament in Frankfurt wurde durch die österreichischen Mitglieder, die die wirklichen Verhältnisse kannten, in der Sitzung vom 1. Juli auf die Gefahr aufmerksam gemacht und es antwortete durch den kühnen Beschluß, wonach die österreichische Regierung aufgefordert werden sollte, „die in den deutsch-slavischen Reichslanden des österreichischen Staats rückständigen Wahlen zur Volksvertretung in Frankfurt anzuordnen, den Wahlact zu schützen, noch abwesende Vertreter zum Antritt ihrer Bestimmung anzuweisen oder Ersatzwahlen anzuordnen."

Auch in Preußen hatte der versuchte Aufschwung der slavischen Provinz die Kräftigung der militärischen Reaction zur Folge.

Als am 23. März eine Posener Deputation in Berlin beim König zur Audienz gelassen war und der Erzbischof von Posen, der die Petition vorlas, erklärte, „der ganzen Bevölkerung Posens habe sich, nachdem Deutschlands Regierungen und Völker sich zu einem nationalen Staat vereinigten, der einmüthige Gedanke bemächtigt, daß hiermit auch die Stunde der Wiedergeburt Polens geschlagen habe," und demnach „eine Nationalreorganisation des Großherzogthums Posen" verlangte, sprach der König seine Hoffnung und seinen Wunsch aus, daß „die Besonnenheit der Bewohner des Großherzogthums Posen dieselben vor unbe-

dächtigen und verderblichen Unternehmungen abhalten werde" — er erklärte ihnen, daß „sie sich mit eitlen Hirngespinsten schlagen", wenn sie auf dem kleinen Terrain ihrer Provinz eine Bewegung versuchen wollten, die dieselbe „in jedem Fall in die Hände Rußlands spielen würde" — „ich bin den Kaiser von Rußland, eröffnete er ferner der Deputation, mit flehentlichen Bitten angegangen, damit er in keinem Falle, was auch geschehen möge, einschreite, und ich habe die Versicherung erhalten, daß er dieß vor der Hand nicht thun und der Entwicklung Deutschlands keine Hindernisse in den Weg legen wolle. Auf das Wort dieses Kaisers kann ich mich fest verlassen, denn sein Entschluß ist unerschütterlich und er ein Mann von eisernem Willen, von dem edelsten, festesten Charakter, der mächtigste, weiseste, der alleinige unter den Souveränen Europa's, der seine Macht mit unerschütterlicher Kraft und Energie aufrecht zu erhalten weiß. Sein Wort ist ja, ja; nein, nein! Er würde sich gewiß jedes Einschreitens enthalten, so lange seine polnischen Besitzungen nicht bedroht werden. Wenn aber mit oder ohne meinen Willen eine freie nationale Entwicklung im Großherzogthum Posen versucht werden sollte, die auf seine polnischen Provinzen von Einfluß und mit Gefahr für dieselben verbunden wäre, so würde er, hierdurch gereizt, zum Schutze seines eignen Reichs sofort seine Truppen ins Großherzogthum Posen einrücken lassen." [1])

Wenn selbst in Deutschland die Meinung herrschte, daß die Bewegung, die die gemeinsame Volksvertretung zu Frank-

---

1) Beiträge zur Beurtheilung der Ereignisse im Großherzogthum Posen im Jahre 1848, von A. Lipski. Berlin 1848. Heft I. p. 49, 50.

furt schuf, eine rein nationale sey, und der Gedanke des einigen Deutschlands den tausendjährigen Kampf mit den Slaven für den Augenblick in Vergessenheit brachte, wenn in dem nationalen Aufschwung die liberale Sympathie für Polen zum erstenmal eine Art von officiellem Ausdruck erhielt und das Vorparlament auf den Antrag Struve's mit fast einhelliger Zustimmung erklärte, daß es „heilige Pflicht des deutschen Volkes sey, Polen wiederherzustellen, indem die Theilung Polens ein schreiendes Unrecht sey" — wenn das Volk in der revolutionären Aufregung seine Geschichte vergaß oder seine bisherige Ohnmacht und Kurzsichtigkeit anklagend, seinen Kampf mit den Slaven nur für eine dynastische Intrigue ausgab, seine Erfolge über die Slaven als den Erwerb diplomatischer Hinterlist verurtheilte, so war es den preußischen Polen nicht zu verdenken, daß sie das Recht ihrer Nationalität zurück verlangten und neben der nationalen Reorganisation der Deutschen auch die ihrige durchsetzen wollten.

Allein beide, die Deutschen und die Polen täuschten sich. Das Nationalitätsprincip mit seiner Opposition gegen die künstlichen Staatenbildungen, die angeblich allein den dynastischen Interessen und dem „Lug und Trug" der Diplomatencongresse ihren Ursprung verdankten, auf Deutschland angewandt, hätte nur ein Kleindeutschland zur Folge gehabt, welches in seiner Zerknirschung über seine tausendjährigen Uebergriffe nach dem slavischen Osten Buße übte — auf das Großherzogthum Posen angewandt mußte es sich blutig parodiren und ein dumpfes Abwürgen, in welchem der Kampf des deutschen und slavischen Elements auf einem engen Terrain sich wiederholte, zur Folge haben.

Aber der Krieg mit Rußland, die Oeffnung der russischen Gränze? Als ob — die schwachen Kräfte der Polen im Posenschen nicht zu erwähnen — die unbestimmte Unzufriedenheit, mit der das deutsche Volk auf seine bisherige Geschichte zurücksah, die Unklarheit, die alles Drückende der Gegenwart, Alles Verfehlte der Vergangenheit nur der Hinterlist der Diplomaten zum Vorwurf machte — als ob namentlich das Nationalitätsprincip, welches im Gegentheil die kleinmüthige Resignation zur Pflicht machte, zu einem großen Eroberungszug die Kraft hätten geben können! Die Vorsätze der mißgestimmten Unzufriedenheit öffnen keine Gränzen, bringen kein Eroberungsheer zusammen, die gutgemeinten Wünsche für Polen waren ohnmächtig, der gute Wille stürzt die Diplomatie nicht, das deutsche Pflichtgefühl kann Polen nicht wiederherstellen, selbst wenn es möglich seyn sollte, daß ein Volk aus der Hand eines andern seine Freiheiten zurückerhalten könnte.

Obwohl der König in jener Audienz erklärte, daß unter den gegenwärtigen Umständen, wo im Westen, in Frankreich „hundert und abermals hundert Stimmen nichts anderes als ein gewaltsames Revolutioniren predigen, ein Krieg mit Rußland unmöglich, gegen seine Pflicht und sein Gewissen und mit seiner Ehre vollends unverträglich" sey, war die Regierung für den Augenblick doch zu schwach — selbst zu rathlos und ohne Uebersicht der Verhältnisse, als daß sie dem revolutionären Andringen hätte Widerstand leisten, die unbestimmte Wallung auf ein von ihr selbst gestecktes Ziel hätte leiten können. Sie gab der deutsch-nationalen Unzufriedenheit, die in der Befreiung Polens die Garantie ihrer

eignen Befriedigung sah, nach und ließ sich von der Bewegung im Posenschen fortreißen.

Am 20. März, nachdem der Ruf der Berliner Bevölkerung die gefangenen Polen aus ihrem Kerker befreit hatte, wurde eine polnische Nationalgarde gestiftet, die bis zu ihrer Abreise nach Posen als eine Abtheilung der Berliner Bürgerwehr öffentlichen Dienst verrichtete und von einem Policeibeamten im Policeipräsidium die Waffen aus dem Zeughause empfing.[1]) Die Märzminister machten im Geheimen sogar zu einem Krieg gegen Rußland Aussicht: „um Gottes Willen nur noch vierzehn Tage mit dem Aufstand und dem Uebertritt (nach Rußland) warten, sagte der Ministerpräsident Camphausen in einer Conferenz mit Posenschen Deputirten, dann wird Alles gut, dann sind Ihre gerechten Wünsche erfüllt"[2]); — hochgestellte Officiere nannten im Gespräch mit Polen, die der Deputation angehörten, den Krieg mit Rußland ihre Lieblingsidee und die Minister ließen schon einen preußischen General mit einem polnischen Feldherrn vom Jahre 1831 einen Feldzugplan gegen Rußland berathen[3]) — hohe Personen wußten sogar davon, daß der „Hauptschlag von Galizien und Krakau aus geschehen" werde[4]), und in der Finanzabtheilung des vereinigten Landtags sprach sich einmal der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herr von Arnim, über Oestreich dahin aus, es sey wahrscheinlich, „daß die verschiedenen Nationalitäten des Kaiserreichs ab-

1) A. a. O. p. 58. 59.

2) Ebend. p. 82.

3) Ebend. Ferner: die deutschen Hegemonen. Offenes Sendschreiben an Herrn Gervinus von J. K. Berlin, 1849. p. 9.

4) A. Lipski, Beiträge, p. 74.

gesonderte Staaten bilden werden, und bei der durch den Kaiser ausgesprochenen Manifestation für die Freiheit aller Völker und insbesondere des gesammten deutschen Vaterlandes wundersam, daß sich gegenwärtig in Wien eine bedeutende Reaction gegen die Befreiung des lombardischen Kaiserreichs ausgebildet habe, da man doch andern Völkern dieselbe Freiheit gönnen müsse, die man sich selbst wünscht." 1)

Für ihre Schwäche und Rathlosigkeit, die dem Brande auf dem kleinen Terrain des Großherzogthums freien Spielraum gegeben, rächte sich die Regierung, als sich Rußland, durch den General von Berg in Berlin mit Preußen verständigt hatte und die Nothwendigkeit der Selbsterhaltung die großen Staatsmittel zur Dämpfung des Brandes in Bewegung setzte. Jetzt mußte die Revolution dafür büßen, daß sich die Regierung einen Augenblick vor ihr schwach gezeigt hatte — die dumpfe Unklarheit, in welcher der Gedanke der nationalen Reorganisation hier, in dem zerrissenen Posen auftrat, dafür büßen, daß er die Regierung anfangs rathlos gefunden hatte. Hier, wo sich die ganze Unbestimmtheit, Schwäche und Unklarheit der Märzrevolution in einen verschlossenen Winkel zusammengedrängt hatte, hier mußte der erste Schlag gegen die Revolution geführt werden, als der Kampf unausbleiblich geworden war, hier mußten alle Mächte des alten Preußen Rache finden, ihre geschwächten Kräfte stärken und sich zum Kampf mit der ganzen deutschen Revolution in voraus üben.

Das Beamtenthum, das nach dem 18. März zusammengefallen war und sich in dem Grade vor sich selber schämte,

---

1) Ebend. p. 84.

daß es in den vorbereitenden Wahlversammlungen während des April für seine Existenz fast um Verzeihung bat, raffte hier sich selber wieder auf und gab durch seine Nothrufe der Centralverwaltung wieder Selbstgefühl und Gelegenheit, ihre Kräfte zu proben.

Der Absolutismus offenbarte hier zuerst wieder der bedrängten deutschen Bevölkerung seine rettende Kraft: der commandirende General empfing seine Befehle unmittelbar vom Hof, statt vom verantwortlichen Ministerium [1]), er muß mit Gewalt die Ordnung herstellen, während der Friedens-Commissar Willisen sie durch gütliche Verhandlungen herbeiführen soll.

Durch die Brutalitäten des Bürgerkriegs wird die Soldateska wieder zum Selbstgefühl gebracht, sie lernt hier Executionen gegen den revolutionären Feind ausführen und bereitet sich zum Schlage gegen Berlin vor.

Die Landwehr besonders bewährt sich als die bürgerliche Macht des Heeres: wie der Bürger in den deutschen Hauptstädten durch sein Ruhegebot die unbestimmten Forderungen der Revolution niederschlägt und entnervt, so fiel die Landwehr, durch die Unterbrechung ihres bürgerlichen Geschäfts gereizt und in Wuth gebracht, über die unklare Unruhe im Posenschen her und erstickte sie durch den Schrecken ihrer Mißhandlungen und Executionen.

Der Berliner Ruf: „es lebe Polen! es lebe die Freiheit!“ wurde hier in Posen, durch die Landwehrmänner verspottet, durch Mißhandlungen Unbewaffneter verhöhnt.

---

1) Die deutschen Hegemonen. p. 19.

In dem Hauptort des Großherzogthums und in andern Städten traten zuerst jene fanatisirten Haufen auf, die durch Honoratioren, Beamte und hohe Militärpersonen begünstigt und angeleitet gegen Freigesinnte toben, sie selbst in Posen trotz des Belagerungszustandes mit dem Tode bedrohen und erst seit dem Juli und August in den andern Provinzen der Monarchie ihre Nachfolger fanden.

Kurz, alle Mächte und Bundesgenossen der Contrerevolution wurden hier zuerst eingeschult und sie wußten, was ihr Ziel und wer ihr Bundesgenosse war. Den Deputirten des Berliner Volksvereins, die in der Mitte des Mai nach Posen kamen, um die dortige „Frage" in Augenschein zu nehmen, aber durch die Volkshaufen bedroht alsbald wieder abreisen mußten, erklärten die Führer des deutschen Comite's, Beamte, Stadtverordnete, Kaufleute: „wir wollen Nichts von Berlin wissen; wir werden hier erst Ruhe schaffen und dann wollen wir euch Berliner in Gemeinschaft mit den Pommerschen Regimentern schon zu Paaren treiben." [1]) Dagegen wurde Rußland als Bundesgenosse des Königs allgemein gefeiert und die Leute hatten Recht, denn das Bündniß mit dem „einzigen mächtigen", dem ungeschwächten Souverän war hier, in Posen, von neuem besiegelt worden.

Die Phrase der nationalen Reorganisation des Großherzogthums hatte keinen anderen Erfolg als die Demarcationslinie, die von Tag zu Tag verändert, den überwiegend germanisirten Theil von dem andern, der reiner polnisch ge-

1) Berliner Zeitungshalle. 1848. Nr. 122.

blieben, abtrennte. Der Bundestag sprach noch im April die Aufnahme jenes deutschen Theils in den deutschen Bund aus, Deutschland trug also den Reingewinn der verheißenen nationalen Wiedergeburt Polens davon; wenn es aber sein Verhältniß zum slavischen Osten nur damit ins Reine bringen konnte, daß es die Beute hinnahm, die ihm der neu erwachte Absolutismus aus einem dumpfen Winkelkrieg zuwarf und die russische Gnade zu nehmen erlaubte, wird es mit seiner eigenen nationalen Reorganisation glücklicher seyn? Wird es nicht auch durch Demarcationslinien bedroht, eingeschnürt oder getheilt werden? Werden der Absolutismus, dessen Geschenk es annahm, die russische Gnade, die ihm zuwinkte, ihr Recht, wenn ihre Zeit gekommen, nicht in Anspruch nehmen?

Im Fünfziger-Ausschuß regte sich, selbst nachdem die Aufnahme des deutschen Theils von Posen in den Bund ausgesprochen war, die deutsche Unzufriedenheit mit der Vergangenheit, sprach sich noch einmal der Wunsch für Polen aus, dessen Wiederherstellung man von dem Gedanken der eignen Wiedergeburt nicht trennen konnte. In der Sitzung vom 26. April erstattete nämlich Herr Pagenstecher im Namen des Comite's für auswärtige Angelegenheiten Bericht über die Polen-Frage. „Deutschland, erklärte derselbe, erkennt sich für verpflichtet, Polen seine Selbstständigkeit wieder zu geben; Deutschland wünscht, daß die polnische Nation ein Vaterland und in demselben eine freie Entwicklung ihrer eignen Angelegenheiten wiedererhalte" — aber der Ausführung traten, wie man jetzt bemerkte, „noch sehr erhebliche Hindernisse entgegen, Hindernisse, die sowohl in dem jetzigen Zustande Polens als in dem gegenwärtigen

Zustande Deutschlands — das mit sich selbst beschäftigt ist und seine eigne Unabhängigkeit und Selbstständigkeit erst einigermaaßen feststellen muß, ehe es zu Gunsten eines benachbarten Volksstammes sein Wohl und Heil in Frage stellen darf — ihren genügenden Grund fanden."

Herr Reh stellte zwar den Antrag: „den Bundestag zu bitten, derselbe möge im Sinn des Beschlusses des Vorparlaments, daß die Schmach der Theilung Polens von Deutschland abgewälzt werde und den Deutschen die Pflicht obliege, den Polen ihr Vaterland wiederzugeben, schleunigst dahin wirken, daß den preußischen und österreichischen Polen Freiheit und Selbstständigkeit gewährt werde" — der Ausschuß beschloß jedoch, „den Gegenstand zur weiteren Verhandlung an die constituirende Versammlung zu verweisen."

Und die Nationalversammlung? Sie war dieser Erklärungen der Unzufriedenheit mit der Geschichte und Vergangenheit so müde, daß sie am 27. Juli den Antrag des Herrn Schaffrath, die Theilung Polens als ein schmachvolles Unrecht und die Mitwirkung zu Polens Wiederherstellung als heilige Pflicht des deutschen Volkes anzuerkennen, mit großer Majorität verwarf.

Wenn aber die Unzufriedenheit des deutschen Volks mit seiner Vergangenheit in der Theilnahme an den polnischen Leiden sich aussprach und selber stärkte, wenn die Hoffnung auf die eigne Organisation aus den W ü n s c h e n für Polens Wiederherstellung einen großen Theil ihrer Nahrung zog — welche Zukunft kann die Versammlung ihrem heimischen Werk versprechen, wenn sie von der Unzufriedenheit

mit der Theilung und Zerstücklung der benachbarten Nation Nichts mehr wissen will und zugleich keinen Funken des erobernden Muthes hat, keine Regung des Selbstgefühls empfindet, welches ihr ein Recht giebt, den slavischen Osten als ihr Eigenthum zu beanspruchen? Was wird ihr Loos seyn? Wird sie Deutschland erobern, wenn sie von dem slavischen Gebiet nur zugeworfene Fetzen sich aneignen kann, die die Angst des Absolutismus, die Flüche der Landwehrleute, die bestochenen Pöbelhaufen, die Bundesgenossen der deutschen Honoratioren, den getäuschten Polen abgenommen haben?

An Wien, an Deutschöstreich wird sich zeigen, ob sie wirklich erobernde Kraft besitzt und ob sie den Gedanken der Suprematie über die slavischen Gränzvölker im Osten fassen und zur Ausführung bringen kann — wird sich zeigen, ob sie dem dynastischen Absolutismus gewachsen ist oder ob sie an den Landwehrleuten, deren Kriegsbeute sie angenommen, ihre Herrn und Meister erhalten hat.

III.

Das deutsche Oestreich.

Der Schlag, von dem Prag getroffen, verfehlte in Wien, dem er zugleich galt, seine Wirkung nicht und die Ueberzeugung, daß „eine Reaction noch immer möglich sey", das bange Vorgefühl der Entscheidung, die über die Hauptstadt hereinbrechen würde, verband sich mit der Unsicherheit und Rathlosigkeit, von der die Revolutionäre von Anfang an gequält waren und die sie offen genug in ihren Selbstbekenntnissen eingestanden hatten. Auch jetzt sprach sich der deutsche Hamlet über das Wachsthum seiner innern Qual aus — er mußte sprechen, da ihm die That, nach der er lechzte, durch die „Bosheit" der Welt in eine unerreichbare Ferne gerückt wurde, und er hoffte durch den Monolog und durch die Reflexionen seiner Selbstbeschaulichkeit die Bangigkeit, mit der ihn die zunehmende Schwierigkeit seiner Aufgabe erfüllte, zu zerstreuen.

„Seit einigen Tagen, klagte die österreichische deutsche Zeitung am 3. Juli[1]), ist Wien von einem gewissen Gefühl der Unheimlichkeit ergriffen, es herrscht eine gewisse Ab-

1) Nr. 69.

spannung verbunden mit dem Gefühle der Furcht vor einem großen Etwas, das man eigentlich nicht kennt. Die Ueberreizung der letzten Zeit hat das Gefühl der Kraft und des männlichen Muthes herabgestimmt und es ist eine gewisse Trostlosigkeit, ein Gefühl der Bangigkeit vor dem, was da kommen wird, eingetreten." Außer dem Prager Ereigniß, welches die Kraft der „Reaction" bewies, drückte der Krieg in Italien, die fortdauernde Abwesenheit des Kaisers, die Schwierigkeit der Arbeiterfrage, endlich das bange Vorgefühl, daß „der Reichstag kein genügendes Resultat geben würde."

Jene Männer, von deren Tüchtigkeit sie sich den besten Erfolg versprachen, hatten die österreichischen Deutschen, in der Meinung, daß bis zur Eröffnung des heimischen Parlaments ihre nationale Sache bereits zu einer Reife gediehen seyn würde, die es ihnen möglich machte, sich bequem und friedlich mit den nicht-deutschen Oesterreichern abzufinden, nach Frankfurt gesandt. An Herrschaft und Suprematie dachten sie nicht — die Wappenschilder, die der österreichische Adler auf seiner Brust trug, schienen ihnen ihren Zusammenhalt für immer verloren zu haben, einzelne derselben hatten sie schon für immer aufgegeben: — in dem Wiener Reichstag sahen sie kaum etwas anders, als die Gelegenheit, den nicht-deutschen Oesterreichern ein freundschaftliches Lebewohl zu sagen. Jetzt bemerkten sie zu ihrem Schrecken, daß sie sich geirrt hatten. Während ihre Abgeordneten „draußen" an der Constituirung Deutschlands arbeiteten, machten sie sich darauf gefaßt, daß die slavische Majorität ihnen sogar den sehnsüchtigen Blick nach Frankfurt als Hochverrath gegen die Gesammtmonarchie

anrechnen und ihren deutschen „Separatismus" verfolgen würde. „Gewöhnen wir uns an den Gedanken, klagten sie in ihrer Resignation, daß die Deutschen auf dem Reichstage eine Stellung nach der andern verlieren" und die Slaven unter Anführung der Czechen, die für ihre Niederlage Rache schnauben, uns überflügeln werden. „Die Deutschen in Oestreich werden keine deutschen Gesetze haben: Alles wird gegen sie seyn — das Gesetz, die Nationen, die Umstände" [1]). Auch der Anblick der ersten Deputirten, die sich in Wien einfanden, schlug die Verzagten nieder, da ihnen die polnischen Bauern für die Berathung der Constitution gerade nicht die passendsten Männer schienen.

Und warum hörte man Nichts von einem Ergebniß der Untersuchung, die gegen die Urheber des Prager Aufstandes eingeleitet war? Wollte die Regierung die Aristokraten, die durch den Verrath der slavischen Revolution ihren Ungehorsam gegen die constitutionelle Behörde wieder gut gemacht hatten, schonen und zu gleicher Zeit die Slaven beschwichtigen, um sich an ihnen die Waffe gegen die deutschen Revolutionäre zu erhalten? Der vereinigte Ausschuß zu Wien faßte Argwohn und verlangte vom Minister Pillersdorf Aufklärung über die böhmische Angelegenheit, dieser erklärte ihm aber, daß er sich in Angelegenheiten, die nicht ausschließlich Wiener Interessen beträfen, nicht zu mischen habe. Die Presse beleuchtete das Verhalten des Grafen Thun: der Minister wollte auch davon Nichts wissen und wies die Kritik eines Beamten, der sich gegen die Oberbehörde offenbare

1) Oesterreichische deutsche Zeitung. Nr. 69.

Widersetzlichkeit hatte zu Schulden kommen lassen, als Schmähungen der Presse zurück.

Dennoch fiel Pillersdorf trotz der herrischen Sprache, die er gegen die Führer der Wiener Bewegung angenommen hatte — oder vielmehr gerade, weil er sich und die Absichten der Regierung, denen er bisher nur im Geheimen und zum Theil ohne sein Wissen diente, verrathen hatte. Das Volk, welches ihn am 26. Mai unangefochten ließ, weil es keinen andern Minister hatte und ein Insbrucker Ministerium fürchtete, kam jetzt dahinter, daß es den Ausbruch seiner Wuth eigentlich gegen ihn und nicht gegen Montecuculi hätte richten sollen, der zur Ausführung der Idee, die der Ministerpräsident erfaßt, nur seinen Namen geliehen hatte. Der Hof konnte den Minister aber auch nicht mehr gebrauchen, nachdem der Nimbus seiner „Freisinnigkeit", der ihn zum nützlichen Mittel der ersten Reactionsversuche gemacht hatte, gefallen war. So wurde das Ministerium Dobblhof gebildet, während der Reichstag, am 11. Juli, zusammentrat.

Bis jetzt hatte das revolutionäre Wien regiert — es fiel den Ministern in die Zügel, wenn sie ihm einen falschen Weg einzuschlagen schienen, lenkte sie wie Fiquelmont und Pillersdorf, warf sie, wie den ersteren endlich zu Boden oder nutzte sie wie den letzteren ab. Aber dieser unregulären Regierung war durch ihre eigene Natur ihre Gränze gesetzt — schon Pillersdorf war nicht mehr durch den Ausbruch eines Volkssturms gestürzt, sondern der Hof hatte ihn fallen lassen, weil er ihm nicht mehr dienen konnte und nicht mehr im Stande war, die Wiener in ihrer Ansicht, daß sie eine volksgemäße Regierung hätten, zu erhalten. Diese Ansicht war

freilich nur eine Täuschung, da die Revolution, über ihre Natur und ihr Ziel selbst im Unklaren, zu ihrer wirklichen Organisation kein Ministerium hatte schaffen können — der Hof, durch das Prager Ereigniß ermuthigt, beschloß aber auch dieser Täuschung ein Ende zu machen; wenn daher Wien noch weiter regieren wollte, so hätte es Insbruck regieren müssen, aber dasselbe — lag ihm zu fern, war ihm zu weit, um es mit Erfolg zu regieren oder auch nur an seine Unterwerfung zu denken. Wien gestand sich daher jetzt, daß es „mit seiner Revolution am Ende sey"[1]) — es war ruhig, aber nicht befriedigt, es mußte sich gestehen, daß es „keine That", vor lauter Regieren keine Arbeit vollbracht habe.

Dieß unglückliche Bewußtseyn sprach sich in der Klage aus, daß „der Wiener das Bewußtseyn dessen, was er am 13. März, am 15. Mai vollbrachte, gradezu verloren habe"[2]), in der Forderung, daß der Revolution „eine Erneuerung und Auffrischung" zu Theil werde; — „eine That, eine großartige That" muß vollbracht werden! Aber wer soll sie vollbringen? Der Reichstag, antwortete man, denn er selbst ist die leibhaftige That der Wiener Revolution — Wien rief ihn am 15. Mai ins Leben; seine Sache ist es also, die glimmende Kohle wieder anzufachen, seiner Mutter, der Revolution, Leben einzuflößen.

Mit Thaten ging aber eine andere Macht voran, um den Reichstag allmählig zu überflügeln, endlich zu erdrücken. Die Hoffnung der Hofparthei, der Instinct der öffentlichen

---

1) Allgemeine österreichische Zeitung. Nr. 103. vom 14. Juli.

2) Ebend. a. a. O.

Meinung und die Furcht der Revolutionäre stimmten darin überein, daß sie die wahre Volksvertretung in der Armee, den Congreß der österreichischen Völker im Lager Radetzky's sahen.

„Glück auf, mein Feldherr", sang Grillparzer schon mehrere Wochen vor den Siegen des Generals in Italien,

„Glück auf, mein Feldherr, in deinem Lager ist
Oestreich!
Wir Andern sind nur einzelne Trümmer!"

und während die Radicalen in Frankfurt nach der Niederlage der Italiener entsetzt ausriefen[1]: „Radetzky ist jetzt der thatsächliche Leiter der Geschicke Deutschlands, im Hauptquartier Radetzky's ist die Hauptstadt Deutschlands thatsächlich", sahen die Wiener ein, daß sie dem Völkerkampf, den die Revolution in Oestreich zur Folge hatte, mit ihren „humanen und socialen" Ideen nicht gewachsen waren, daß die Armee ihnen den Vorsprung bereits abgewonnen und Wien nicht mehr der leitende Kopf der Monarchie war.

Um sich zu stärken, richteten sie immer ängstlicher ihren Blick nach Frankfurt, um die Slaven zu beschwichtigen, beschworen sie dieselben, sie möchten in der Einigkeit mit den Deutschen ihre wahre Kraft suchen, hielten sie ihnen die Herrlichkeit des deutschen Wesens vor, welches Kraft seiner Gedankenmacht „das Eigenthum aller Nationen, die Gastfreundschaft des Socialismus, die Herberge der Völkergemeinschaft sey",[2] — allein die Regierung verspottete Frank-

---

1) J. B. Nauwerk. Verhandlungen der deutschen Nat.-Versamml. Stenogr. Bericht 2, 1564.

2) Allgem. österreichische Zeitung. a. a. O.

furt und erinnerte die Slaven an das eigne Recht, welches das Nationalitätsprincip ihnen einräume. Als z. B. nach dem 6. August im Reichstag die Nichtbeachtung des Frankfurter Huldigungsbefehls von Seiten der österreichischen Regierung zur Sprache kam, erwiderte der Kriegsminister Latour, „ein Ministerialbeschluß habe allen Nationalitäten gleiche Berechtigung zuerkannt und demzufolge dürften die deutschen Truppen die deutschen Farben nicht tragen, weil das eine Demonstration gegen die Slaven seyn würde."

Wie die Revolutionäre es für möglich hielten, daß der Gegensatz der Nationalitäten durch den gemüthlich-anmaaßenden Zuspruch: „seyd einig! einig! einig!" beruhigt und verwischt werden könne, so sprach sich ihre Angst vor einem Conflict zwischen der Bürgerschaft und den Arbeitern in der beständigen Bitte um Eintracht aus, ihr Mißtrauen gegen die Bürgerschaft in dem Flehen um Geduld, ihre Besorgniß vor den Ansprüchen der Arbeiter in der Behauptung, daß durch Belehrung und Ueberzeugung von den letzteren Alles, selbst das Aufgeben ihrer Ansprüche zu erreichen sey. Wie die Regierung aber die nationalen Friedenspredigten der Revolutionäre durch die Rücksicht, die sie den Slaven schenkte, wirkungslos machte, so beschloß sie endlich, die Bürgerschaft mit Einem Schlage von den Ansprüchen der Arbeiter zu befreien, indem sie denselben das revolutionäre Opfer, welches ihnen der Staat bis dahin dargebracht hatte, plötzlich entzog. Herr von Schwarzer, der Arbeitsminister, dessen Berufung ins Ministerium Dobblhof eine jener Sommermaaßregeln war, zu denen sich die Höfe nur unter dem geheimen Vorbehalt baldiger Rache verstanden, ließ sich in seiner Unselbstständigkeit zur Ausführung jenes Beschlusses benutzen. Er

mußte den Lohn, den der Staat bei dem Mangel der Privatarbeit den Arbeitern in den letzten Monaten gegeben hatte, herabsetzen, d. h. die Arbeiter der bürgerlichen Concurrenz wieder Preis geben, sie der Bürgerschaft, die den Tagelohn nicht für immer so hoch stellen konnte, wie in einem Augenblick der Angst der Staat, von neuem zur Verfügung stellen.

Der Hof war indessen zurückgekehrt; am 19. August, unmittelbar vor der Publication der Schwarzer'schen Maaßregel fand die Parade der Nationalgarde vor dem Kaiser statt; dem Ministerium war zur Pflicht gemacht, jeden Schein der Schwäche und Abhängigkeit von der Volkspartei zu vertilgen: — die Ausführung jener Maaßregel gab dem Ministerium die Gelegenheit, den Beweis zu liefern, daß es Kraft zu entwickeln vermöge, — ein großer Theil der Nationalgarde war durch die Parade geschmeichelt, gewonnen und in seiner Angst, in seiner Wuth über die Unsicherheit seines Verhältnisses zu den Arbeitern, in seiner Gereiztheit über deren Ansprüche das geeignete Mittel, welches die Hofparthei zur Herbeiführung des Bruchs zwischen der Bürgerschaft und dem Arbeiterstande und das Ministerium zu seiner ersten Kraftentwicklung benutzen konnte. Es folgte nämlich das Blutbad, welches die Nationalgarde am 23. August unter den unzufriedenen Arbeitern anrichtete, — ein Blutbad, auf welches das Ministerium den Kaiser selbst mit allerhöchstem Wohlgefallen hindeuten ließ, indem es ihm in dem Handbillet vom 25. August, in welchem er in Bezug auf die Parade vom 19. seine „Anerkennung der bedeutenden Stufe von Ausbildung von W a f f e n m a c h t", die das „nützliche Institut" der Nationalgarde bereits erreicht habe, aussprach, zugleich die ausdrückliche Erklärung seiner Zufriedenheit, daß

die Garde von der Erkenntniß ihrer „hohen Bestimmung, die Gesetze der constitutionellen Monarchie mit Kraft und Ausdauer zu schirmen, in den letztverflossenen Tagen bereits entsprechende Beweise gegeben habe", in die Feder dictirte.

Wenn vorher, so lange eine Collision mit ihrem Ausbruch drohte und die Verhältnisse ungewiß hin und herschwankten, das Selbstgefühl der revolutionären Masse nur durch ihre Angst und durch das Grauen vor der Zukunft angestachelt und unterhalten wurde und ihre ganze Thätigkeit sich auf die geschäftige Bemühung, die Gefahr zu vertuschen beschränkte, so war die natürliche Folge vom Ausbruch des Conflicts und von der gewaltsamen Durchführung desselben, daß die Masse mit ihren Führern der Apathie verfiel und mit ihrer Hilflosigkeit sich in eine Resignation flüchtete, deren Stille nur durch das Bekenntniß der Niederlage und des Verfalles unterbrochen wurde. Aus dießmal klagte man wieder: „das Volk scheint abgespannt und ermüdet und läßt sich, wie es scheint, in dumpfer Passivität wieder die Schlinge um den freien Hals werfen" [1]) — das Ministerium baute auf diese Ermattung und Abgespanntheit, wagte es sogar, in einem Artikel der Wiener Zeitung [2]) offen auszusprechen, daß „wer nur ein wenig geübten politischen Blick besitzt, zugeben werde, daß dem ermatteten Volke die Kraft und der gefährliche Wille fehlt, sich neuerdings in den Strudel der Umwälzung zu werfen", im Vertrauen auf diese Passivität führte es den entscheidenden Streich gegen den Reichstag und die Revolution vom 15. Mai.

1) Der Radicale. (Fortsetzung der österreichisch deutschen Zeitung). Redigirt von Dr. A. J. Becher. Nr. 69. vom 6. September.

2) Nr. 240.

Als ein Abgeordneter im Reichstag am 2. September eine öffentliche Kundmachung über die Beschlüsse in Bezug auf die bäuerliche Unterthänigkeisfrage beantragte, wurde dieser Antrag von der gemäßigten Majorität verworfen und der Justizminister Bach erklärte gradezu: „der Reichstag habe die hohe Aufgabe, die Verfassungsurkunde zu entwerfen, zu berathen, zu beschließen, andererseits Gesetze zu vollenden, die hier gefaßten Beschlüsse seyen durch das Ministerium Sr. Majestät zu unterbreiten und durch die Vereinbarung folge die sanctionirende Unterschrift; — ein unmittelbarer Verkehr des Reichstags mit einzelnen Individuen oder mit dem Volke könne nicht stattfinden."

„Herr Bach vernichtet also; riefen die Unzufriedenen [1]), die Revolution vom 15. Mai ganz in dem Sinne, wie ein Kind ein kostbares Juwel zu Grunde richtet, weil es den Werth nicht kennt. Herr Bach vernichtet den 15. Mai, weil er keine Ahnung von dessen unzerstörbarem Kern und Gehalt hat. Herr Bach vernichtet den 15. Mai, weil ihm die große europäische Revolution von 1848 ganz unverständlich ist — weil er in keiner geistigen Beziehung zu den Ideen steht, durch deren Macht diese große Völkerbewegung entstanden ist."

Aber waren sich denn die Radicalen über den Sinn der Revolution vom 15. Mai klar? War ihre Vorstellung von der constituirenden Kraft des Reichstags selber eine klare? Ihre Ansicht, daß der constituirenden Versammlung gegenüber die Monarchie nur als politische Tradition, als ein einfaches Factum anerkannt und respectirt werden könne

1) Der Radicale. Nr. 68.

— war sie haltbar? Die Monarchie, wenn sie sich als Factum erhalten hat, wird sie es ruhig dulden, daß ihre Rechte erst aus der Berathung der „constituirenden" Versammlung hervorgehen sollen? Ist es ihr möglich, nie daran zu denken, wie sie zu rechter Zeit in die Beschlüsse der Versammlung eingreifen kann? Kann das Factum sich erhalten, wenn es sich nicht als Thatsache beweist?

Herr Bach, sagten die Radicalen, kennt noch nicht das A B C der constitutionellen Formen und Alles was sie von der Kraft und Bedeutung des constituirenden Reichstags wußten und dachten, beschränkte sich auf die Vorstellung, daß die kaiserliche Sanction der Beschlüsse desselben „eine sich von selbst verstehende Sache" sey[1]).

Wenn aber das gelten sollte, was sich von selbst verstand, so hatten das absolute Veto der Krone, die Unterwerfung der zweiten Kammer unter das Vorrecht der ersten, die Beschränkung der Presse und des Assotiationsrechts diesen Vorzug — denn der Bürger wollte diese Garantieen seiner Ruhe, wollte den „ewigen" Kampf und die Unruhe nicht, die die wirkliche constituirende Arbeit und Anstrengung erfordert und in ihrem Gefolge gehabt hätten — auch die Revolutionäre wollten die ernstliche Constituirung nicht, da sie sich ihnen von selbst verstand — auch die Majorität des Reichstags wollte von dem ewigen Kampf Nichts wissen, indem sie in der Sitzung vom 6. September den Antrag des Herrn Schmitt annahm, wonach die in der Grundlastenfrage gefaßten Beschlüsse durch das Bureau redigirt und hierauf durch die Minister der kaiserlichen Sanction unterbreitet werden sollten.

1) Der Radicale. Nr. 68. a. a. O.

Nicht Bach, nicht Dobblhof haben den 15. Mai „vernichtet", sondern der Reichstag selbst hat sich seiner constituirenden Kraft begeben und die Revolution vom 15. Mai ging unter, weil die Unlust des Bürgerthums sich ihrer Organisation widersetzte und die Unzufriedenen, die sie als Dogma festhielten, die Unklarheit des ursprünglichen Princips nicht auflösen, von den nothwendigen Folgen desselben also auch nur überrascht werden konnten.

Das Ministerium, welches bei seinem ersten Auftreten im Reichstag der Märzrevolution auch sein Opfer dargebracht und von Gleichberechtigung der Krone und des Volks gesprochen hatte — Herr Bach erwarb sich z. B. den stürmischen Beifall des Reichstags, als er am 19. Juli seine Ansicht über die sogenannte Souveränitätsfrage in die Worte zusammenfaßte: „die Majestät des Volkes und die Majestät des Thrones stehen auf gleichem Standpunkte" — kannte jetzt nur Eine Majestät, die der Krone, nachdem mit der Aufregung und Schlagfertigkeit der bürgerlichen Masse auch ihre Majestät ein Ende genommen zu haben schien. Aus der Gleichberechtigung der Krone und der Volksvertretung folgerten sie die Nothwendigkeit der Vereinbarung — „unter Vereinbarung verstehen wir aber, erklärte Dobblhof am 6. September, die Sanction des Kaisers für die Verfassungsurkunde." In einer Art von ministeriellem Programm, welches die Wiener Zeitung vom 19. Juli enthielt, war noch von „der dauerhaften Begründung der constitutionellen volksthümlichen Monarchie auf der Grundlage des

gesetzlich ausgesprochenen Gesammtwillens", war noch davon die Rede, daß „eine Regierung nur kräftig ist, wenn sie im Volk wurzelt" — jetzt aber kannte Dobblhof nur Einen entscheidenden Willen, „den freien Willen des Monarchen", durch welchen — wie er in der Sitzung vom 6. September erklärte — auch der Reichstag versammelt ist, jetzt war „der gleiche Standpunkt", auf welchem noch vor wenigen Wochen zwei Majestäten neben einander standen, in den reinen „monarchischen Boden" verwandelt und vereinfacht, auf welchem auch der Reichstag stehe.

Als die Krone wieder „die Interessen und die Ehre" der Monarchie vertrat und nach der Unterwerfung Italiens im Interesse der Gesammtmonarchie auch an die Unterwerfung Ungarns dachte und die Märzzugeständnisse zuzücknehmen begann, merkten die Männer in Frankfurt die Gefahr, die ihnen drohte, und traten selbst Solche, deren unbegränztes Vertrauen bisher jede Warnung vor den fürstlichen Absichten zurückgewiesen, mit dem Bekenntniß ihres Unrechts auf. Herr Eisenmann z. B. fühlte sich in der Sitzung vom 29. August gedrungen[1]), „der Versammlung Mittheilungen zu macher, die ihn überzeugt hatten, daß sich eine furchtbare Reaction vorbereite; früher habe er keine Reaction gesehen, aber jetzt sehe ich sie, rief er, von Croatien aus bereitet sich ein wichtiger Schlag nicht bloß gegen Ungarn, sondern auch gegen Deutschland vor — die Armee Jellachichs soll durch Regimenter aus Italien, 24,000 Croaten, die durch Polen, Böhmen u. s. w. abgelöst werden, verstärkt werden:

---

1) Verhandlungen der deutschen Versammlung. Stenographischer Bericht 3, 1773.

mit Ungarn fängt man an, mit Deutschland hört man auf." Herr Eisenmann verlangte in seiner Angst, daß die Centralgewalt einen Gesandten nach Pesth schicke, — mit welchen Vollmachten, welchen Mitteln hätte sie aber einen Botschafter ausstatten sollen, da es ihr nicht einmal gelingen wollte, die österreichische Regierung zur Zurücknahme einer Maaßregel zu bewegen, die sogar den Privatverkehr zwischen Deutschland und dem deutschen Oestreich beschränkte, zum Theil vollständig aufhob.

In der Sitzung vom 16. Juli hatte die Frankfurter Versammlung die Erklärung abgegeben, daß das Geldausfuhrverbot vom 2. April „mit der deutschen Einheit unverträglich", und zugleich beschlossen, daß diese Erklärung der österreichischen Regierung auf geeignetem Wege mitzutheilen sey. Der mit dieser Angelegenheit beauftragte Ausschuß berichtete jedoch am 23. September, daß die gerechte und zuversichtliche Erwartung — die Erwartung, „daß die österreichische Regierung sich beeilen würde, den ausgesprochenen Wunsch der Nationalversammlung zu erfüllen, um dadurch für ihre Bereitwilligkeit, der deutschen Sache zu dienen, Zeugniß abzulegen", „leider" nicht in Erfüllung gegangen sey [1]), und stellte demnach den verstärkten Antrag, die Centralgewalt solle die österreichische Regierung „auffordern, das Ausfuhrverbot aufzuheben." Herr Berger von Wien, der noch in der Sitzung vom 14. Juli [2]) von der sofortigen Zurücknahme des Verbots einen allgemeinen Sturm auf die Bank befürchtete, forderte diesmal noch mehr als der Aus-

---

1) Ebend. 3, 2255.

2) Ebend. 2, 905.

schuß — daß nämlich die Versammlung „die deutsche Frage bezüglich Oestreichs selbst in die Hand nehme, da das Verhältniß Oestreichs zu Deutschland klar werden und der Bundesstaat in Oestreich gegen die slavische Majorität auf dem Wiener Reichstag zur Durchführung kommen müsse." [1]) Herr Wiesner von Wien bezeichnete die Maaßregel der österreichischen Regierung als ein Mittel der Reaction — „früher, unter Metternichs System hat man die Absperrung Oestreichs von Deutschland dadurch versucht, daß man die deutschen Gedanken ächtete; jetzt strebt man eine solche Absperrung durch das Geldausfuhrverbot an, welches durchaus nicht nothwendig wäre, wenn nicht so ungemein viel Geld, namentlich Silber in das Lager Jellachichs flöße und den Gläubigern Oestreichs entzogen würde, damit es den Bürgerkrieg nährt" [2]); Herr Makowiczka aus Böhmen machte endlich darauf aufmerksam, daß die Aufhebung des Verbots von dem österreichischen Reichstag, mit seiner slavischen Majorität, nicht zu erwarten sey, die Regierung habe an ihn zwar die Angelegenheit verwiesen, aber nur in der Absicht, um die Spaltung gegen Deutschland zu vergrößern, diese Ueberweisung und die Verzögerung der Angelegenheit im Reichstag sey selbst nichts weiter, als ein „slavisches Manöver." [3])

Die Versammlung that das Aeußerste, was sie thun konnte, sie nahm den Antrag des Ausschusses an, wurde indessen trotz ihres heroischen Beschlusses vom Gefühl ihrer Ohnmacht und von der Ahndung der unvermeidlichen Kata-

---

1) Ebend. 3, 2257.

2) Ebend. 3, 2260.

3) Ebend. 3, 2261.

strophe gedrückt. Als Herr Berger in der Sitzung vom 2. October[1]) die Anfrage an das Ministerium stellte, „welche Stellung die Centralgewalt den reactionären particularistischen Bestrebungen Oestreichs gegenüber einzunehmen gedenke, um das deutsche Oestreich gegen jeden Versuch der Abtrennung von den deutschen Bundesstaaten kräftig zu schützen", durfte es Herr von Schmerling wagen, seine Phrase, die er auf jede Interpellation bereit hatte und die er zur Leitung der deutschen Angelegenheiten für ausreichend und gut genug hielt, die Phrase, „das Ministerium werde jeder reactionären und particularistischen Bestrebung eben so entschieden entgegentreten, als es die Anarchie bekämpft hat und bekämpfen wird", zu wiederholen; — ein Ministerium aber, dessen Staatsweisheit sich auf diese Eine Phrase beschränkte, eine Versammlung, deren Majorität nur von dieser ministeriellen Phrase beherrscht werden wollte — was war von ihnen zu erwarten, als die Katastrophe ausbrach und das deutsche Oestreich von der Rache der Slaven getroffen wurde?

Die Wiener Zeitung vom 5. October enthielt ein kaiserliches Rescript, wonach der ungarische Landtag aufgelöst und Jellachich zum Civil- und Militärgouverneur von ganz Ungarn ernannt wurde. Am 6. sollten Truppen aus Wien nach Mähren abmarschiren, um sich daselbst mit der Armee, die gegen Ungarn ziehen sollte, zu vereinigen. Die Nationalgarde und Legionäre aber, die wie die Oestreicher in Frankfurt voraussahen, daß nach Ungarn Wien an die Reihe kommen würde, wollten den ersten Schlag erschweren,

---

1) Ebend. 4, 2372.

ihm wo möglich zuvorkommen, widersetzten sich dem Abmarsch der Hilfstruppen, Grenadiere traten sogar zum Volk über, der Kampf entbrannte mit den Truppen, die dem Kaiser gehorsam geblieben — das Volk siegte. Aber nur in diesem Augenblick der ersten Aufwallung und des Vorgefühls der ihm selbst bevorstehenden Katastrophe. Der Reichstag, der sich in seiner Permanenz als vermittelnde Behörde zwischen Volk und Monarch aufgeworfen hatte, verliert die ersten Tage, indem er Deputationen und Adressen an den entflohenen Kaiser schickt, in denen er um Bildung eines volksthümlichen Ministeriums, um Entsetzung Jellachichs von seiner Gouverneursstelle und Rücknahme der letzten Erlasse an die Ungarn bittet. Nachdem der Kaiser durch die Antwort, er werde die Vorstellungen des Reichstags in Erwägung ziehen, Zeit gewonnen hatte und indessen die Nachricht in Wien eintraf, daß Jellachich den österreichischen Boden betreten habe, um gegen Wien zu ziehen, beruhigt der Reichstag die Einwohner über den Aufenthalt des Banus mit seinen Croaten in Schwadorf und über die günstige Stellung, die General Auersberg mit seinen Truppen, nachdem er ruhig aus Wien abgezogen war, vor der Stadt eingenommen hatte.

Der Reichstag fährt fort, auf den gesetzlichen Boden zu lauern und zu zaudern, und will wie der Gemeinderath eine „friedliche Ausgleichung der obschwebenden Verhältnisse anstreben." Zu dem Ende schickt er neue Adressen, Deputationen und ein Ultimatum nach dem andern zum Kaiser nach Ollmütz, versichert, daß Ruhe und Ordnung in Wien herrsche, und bittet den Monarchen, daß er zum Abmarsch des Banus seinen Befehl gebe. Nachdem aber Alles vor-

bereitet, erklärt der Kaiser in einem Manifest an seine Völker — unterm 16. October, daß er „sich genöthigt sehe, dem Aufruhr mit Anwendung der Waffengewalt entgegenzutreten, und solchen bekämpfen werde, bis er gänzlich überwunden, Ordnung, Ruhe und Gesetzlichkeit wiederhergestellt sind" — er hatte zu dem Zweck dem Feldmarschall Windischgrätz den Oberbefehl über sämmtliche Truppen im ganzen Bereich seiner Staaten, mit Ausnahme der italienischen Armee ertheilt. Der Reichstag antwortete mit seinem Manifest an die Völker Oestreichs — unterm 20. October — in welchem er dieselben beschwor, ihn in der Ausübung seines Friedensberufes zu unterstützen: „kräftiget uns mit eurer ganzen moralischen Kraft für das bedrängte Wien, rief er ihnen zu, unterstützt unser Wort durch die Allgewalt eurer Stimme: helft uns den Kaiser beschwören, daß er durch Einsetzung eines neuen volksthümlichen Ministeriums und durch Zurückziehen der Truppen aus Niederöstreich der Stadt Wien und dem Reiche den Frieden wiedergebe." Allein die Völker Oestreichs, diejenigen wenigstens, die in diesem entscheidenden Augenblick die Ehre dieses Namens für sich in Anspruch nahmen und ihren Anspruch mit der Gewalt der Waffen zu unterstützen bereit waren, standen vor den Mauern Wiens, rissen es im Sturm von Deutschland ab, nahmen es als eine Beute, die sie der deutschen Revolution abgewonnen, in Besitz und namentlich die Slaven standen in der Meinung, daß sie es nun vollständig ihrem Interesse, ihrem neuen, slavischen Oestreich unterworfen hätten.

Die Verhältnisse des Augenblicks — die Noth, in der sich der Hof befand, die Verlegenheit, die ihn gezwungen hatte, um das deutsche Element der Revolution abzuerobern,

der slavischen Nationalität zu schmeicheln — Alles schien diese Meinung zu rechtfertigen.

Die Hofparthei hatte sich für die slavische Nationalität entschieden. Einer der eifrigsten Panslaven, der in einer Prager Zeitung, als das Frankfurter Parlament den verschiedenen Nationalitäten in Deutschland Schonung und Duldung versicherte, offen erklärte: „wir wollen lieber die russische Knute als die deutsche Freiheit" — Herr Hawlitschek war am Hofe sehr beliebt und befand sich in der unmittelbaren Umgebung des Kaisers [1]); der Prager Juniproceß war nicht nur unterdrückt, sondern die Führer und Leiter der Verschwörung waren am Hoflager längst wieder zu Gnaden angenommen und sogar begünstigt. Die böhmischen Deputirten, die sogleich nach Ausbruch des Wiener Aufstandes den Reichstag verlassen hatten, um nicht durch ihre Gegenwart, am Ende durch ihre erzwungene Mitwirkung die Sache des Aufstandes zu unterstützen, diese Swornost-Männer, früher die erbittertsten Gegner des Fürsten Windischgrätz, waren auf einmal seine Verehrer geworden und hatten sich ihm zur Disposition gestellt. Die Kanonen, die von Prag gegen Wien gesandt wurden, bekränzten die czechischen Studenten mit Blumen [2]) — es waren dieselben Kanonen, aus denen Prag im Juni beschossen war, aber man wußte in Prag, daß sie jetzt dazu dienen würden, das letzte Vorwerk, welches die deutsche Sache in Oestreich hatte, zu zertrümmern. Als die Nachricht von der Wiener Bewegung nach Krakau gelangte und man anfänglich glaubte, daß der

---

1) A. a. O. 4, 2782.

1) Ebend. 4, 2813.

Aufstand ein rein „demokratischer" sey, bereitete man sich alsbald zu einer gleichen Erhebung vor, die aber noch zur rechten Zeit unterdrückt wurde, da slavische Sendlinge kamen und den Verschwörern zuriefen: „für jetzt müßt ihr noch inne halten, denn die Bewegung ist nicht für, sondern gegen uns." [1])

Das Schreckenssystem, zu dem man die Slaven in den obern Regionen benutzte, trieb man so weit, daß man selbst in Deutschland, in der Frankfurter Oberpostamtszeitung [2]) den Deutschen in Oestreich die Slaven als Muster der Ordnung und als schulmeisterliche Herren hinzustellen wagte und ihnen drohte: wenn ihr euch nicht fügt, so werden wir endlich so weit kommen, daß wir die Hülfe Rußlands in Anspruch nehmen.

In diesem Selbstgefühl des Schul- und Zuchtmeisters sagte Jellachich im October zu einem ungarischen Abgesandten: „Glauben Sie nicht, daß meine Aufgabe beendigt ist, wenn ich Pesth eingenommen habe; sie wird vielmehr erst dann vollbracht seyn, wenn ich das Gesindel in Wien gezüchtigt habe" [3]). Eine der ersten Thaten, die er bei seinem Vorrücken vor Wien vollbrachte, war, daß er die deutsche Fahne vom kaiserlichen Lustschloß in Schönbrunn herabnehmen ließ [4]) und damit den Slaven zeigte, was ihr Kreuzzug

---

1) Ebend. a. a. O.

2) Wie sich ebend. p. 2814 in der Sitzung vom 23. October Herr Reitter von Prag mit schmerzlicher Klage über die „Schmach u. Schande", der Deutschland in Folge seiner Revolution entgegengetrieben würde, beschwerte.

3) Ebend. 5, 3686.

4) Ebend. 4, 2814.

gegen Wien zu bedeuten habe; in seinem Brief an die Slovanska Lipa wagte er es sogar mit seiner Redseligkeit öffentlich auszusprechen: „nur die Ueberzeugung, daß ich gegen den Feind des Slaventhums ziehe, führte mich vor Wien und ich hege die Hoffnung, daß ihr Männer nicht nur meine That verstehet, sondern auch unterstützen werdet.... Ich wandte mich mit meinem Heer gegen Wien, damit ich den Feind der Slaven in der Hauptstadt Oestreichs bändige. Oestreich ist für das Slaventhum eine nothwendige Bedingung."

„Slava, Slava!" riefen die Rothmäntel, als sie endlich im Sturm Wien einnahmen, die deutsche Revolution in Oestreich erdrückten und — zur Theilung Deutschlands den Grund legten.

Aber noch gab es zu Frankfurt eine mächtige und kühne Centralgewalt, die es nicht dulden konnte, daß durch die Rothmäntel Jellachichs die deutsche Einheit verhöhnt und vernichtet würde. Kraft und Entschiedenheit hatte sie immer gezeigt, wenn es galt, ihre Oberhoheit in den einzelnen Staaten geltend zu machen. Ihren Muth und ihre Umsicht, ihre Thätigkeit, die es nicht verschmähte, selbst den unbedeutendsten Vorfall zu berücksichtigen, hatte sie z. B. bewiesen, als sie am 28. September bei den Regierungen von Preußen und Würtemberg anfragte, was sie gethan hätten, um die in Heilbronn, Coblenz und Cöln vorgefallenen Unruhen und Störungen der öffentlichen Ordnung zu verhindern, und welche Maaßregeln sie getroffen hätten, um die Uebertretung der Gesetze zu bestrafen. Von der Schärfe ihres militärischen Blicks legte sie ein glänzendes Zeugniß ab, als sie, wie das

Ministerium am 2. October verkündete, die Aufstellung eines Truppencorps in Thüringen anordnete, weil es aus strategischen Gründen nothwendig sey; um die thüringischen „Republikaner" von der Allmacht der Centralgewalt vollends zu überzeugen, ernannte das Ministerium wenige Tage darauf, am 9. October, sogar noch einen Reichscommissar für die sächsischen Herzogthümer und reußischen Länder. Während die Aufmerksamkeit des Reichsministeriums durch Jellachich und Windischgrätz, durch die Slaven und ihr Vorrücken gegen Wien in Anspruch genommen wurde, hatte es noch ein Auge für den unschuldigen demokratischen Congreß zu Berlin und fordert es die preußische Regierung zur Beaufsichtigung desselben in einem besondern Erlasse auf — können die politischen Vereine seinem Scharfblick und seiner Fürsorge nicht entgehen und verlangt es am 11. October von den Einzelregierungen, sie sollen ihm die Beschlüsse derselben, die Zahl der Theilnehmer und deren Charakter mittheilen.

Der gerechten Erwartung, daß sie mit gleicher Umsicht und Kraft die deutschen Interessen in Oestreich unter ihre Obhut nehmen würde, kam die Centralgewalt in der That nach, als sie die Herren Welcker und Mosle als Reichs-Commissäre abschickte, und diese Botschafter führten ihre Aufgabe in einer Weise durch, die ein genügendes Zeugniß dafür ablegte, wie ernstlich es die Centralgewalt mit ihrer Intervention in Oestreich meinte und wie sehr sie selbst die Wichtigkeit ihrer Sendung begriffen hatten.

Am 13. October[1]) reisten sie von Frankfurt ab und

1) Siehe ebend. 5, 3673. 3714 die Ausführung von Giskra und Venedey.

am 21. October langten sie in Stammersdorf, im Hauptquartier des Fürsten Windischgrätz an; sie gebrauchten also eine volle Woche, um an das Ziel ihrer Reise zu gelangen — eine unverhältnißmäßig lange Zeit, die sie bei den Nachrichten, die ihnen unterwegs zukamen, bedeutend abgekürzt hätten, wenn es in ihrer Instruction und in ihrem Sinn gelegen hätte, in die Katastrophe wirklich einzugreifen. Während sie hörten, daß die Croaten in Deutschland eingebrochen sind, daß sie sich mit Auersberg vor Wien vereinigt und gegen die Stadt eine drohende Stellung eingenommen haben, begaben sie sich nach München, um über den flüchtigen Kaiser Erkundigungen einzuziehen und das Haupt von Oestreich zu suchen — berathen sie anderthalb Tage lang mit den bairischen Ministern und dem österreichischen Bevollmächtigten — suchen sie am Münchner Hofe über die Wiener Zustände die ihnen nöthige Aufklärung.

Nachdem sie sich in München hinlänglich über das Ziel ihrer Reise unterrichtet, bedurften sie noch weniger der Eile, um an Ort und Stelle die Lehren, die ihnen der Münchener Hof gegeben, zu prüfen oder zu berichtigen, erließen sie vielmehr in Passau eine Proclamation an die Wiener, in welcher sie „ihre Sendung als eine Mission des Friedens und der Versöhnung" ankündigten, den Wienern den alten heitern Lebensgenuß wiederzugeben versprachen und sie aufforderten, „die Stimme des deutschen Reichs und des deutschen Reichsverwesers zu hören und den blutigen Kampf der Waffen, noch ehe er weiter entbrennt, mit der friedlichen Unterhandlung zu vertauschen" — d. h. den Slaven sich auf Gnade und Ungnade zu übergeben — ergötzten sie sich ferner in Linz im behaglichen Beschauen der bunten deutschen Fahnen,

freuten sie sich der Musik und der Zurufe der deutschen Bevölkerung.

Noch von Linz aus hatten sie dem Reichstag in Wien und dem Minister Kraus gemeldet, wie sie hofften, „recht bald als Boten des Friedens und der Versöhnung nach Wien zu kommen“ — alleim am 24. schrieben sie dem Reichsminister des Innern nach Frankfurt, daß sie nicht nach Wien gehen und vielmehr die Entscheidung abwarten würden. Also hatten die Ereignisse ihre Vorsätze durchkreuzt — war vielleicht Windischgrätz, den sie in der Nacht vom 21. zum 22. sprachen und der „jede Einwirkung von ihrer Seite, wie sie nach Frankfurt melden, mit einer gewissen Schroffheit ablehnte, ja nicht einmal ihre Vollmachten einsehen wollte“, an ihrer Sinnesänderung schuld? Vielmehr waren sie schon vor der Unterredung mit Windischgrätz — wie sie wiederum in ihrem Bericht vom 24. melden, zur Einsicht gekommen, daß ihnen für ihre Wirksamkeit nur noch das Eine übrig blieb, sich, so viel an ihnen liege, zu bemühen, daß die Entscheidung der Dinge „nicht allzublutig“ würde — vielmehr hatten sie bereits aus Linz — im Widerspruch mit ihrer Meldung an den Wiener Reichstag, — geschrieben, sie würden für die erst nicht nach Wien gehen, da „ihre Wirksamkeit daselbst wahrscheinlich leichter werden würde, wenn durch die Fortdauer der Einschließung die Sachen dort eine bestimmte Gestalt angenommen hätten“; ja, wie sie wiederum in ihrem Schreiben vom 21. aus Linz eingestehen, stand ihr Entschluß, Wien zu meiden, in Uebereinstimmung mit dem Wunsch, den der Reichsverweser schon in Frankfurt ausgesprochen hatte und der ihnen das kaiserliche Hoflager zu Ollmütz als das Ziel ihrer Irrfahrt anwies. Als das

Publicum den Aufenthalt des flüchtig gewordenen Kaisers noch nicht kannte, wurden die Reichscommissäre bereits am 12. October vom Reichsverweser in Frankfurt nach Ollmütz dirigirt — während die Leichtgläubigen in ganz Deutschland auf den Erfolg von der Wirksamkeit der Reichscommissäre im Kriegslager gespannt waren und der Reichstag in Wien ihre verheißene Ankunft erwartete, ließen sich die Commissäre von denen leiten und gebrauchen, die auf den Sieg des Fürsten Windischgrätz hinausarbeiteten. In allen Briefen und Depeschen Schmerlings wird der Sieg des Fürsten als sicher vorausgesetzt und die Vollendung des Siegs als der Termin für den Anfang der commissarischen Thätigkeit bezeichnet: „nur zu leicht, heißt es z. B. in der Depesche vom 24. October, wird der Sieg gemißbraucht" — „wir rechnen darauf, schreibt der Minister am 29. October, daß dem Siege Mäßigung folge, und die Herren Reichscommissäre werden bereit seyn, dahin zu wirken."

Auch in München „ahnete" der österreichische Gesandte, an den sich die Commissäre wandten, daß der Kaiser in Ollmütz sey, und wurden die Botschafter der Centralgewalt in der Ueberzeugung gestärkt, daß erst nach dem Siege ihre Wirksamkeit beginnen könne. „Eine gewaltsame Entscheidung, schreiben sie aus München am 17. October, ist vorerst so unvermeidlich, so nahe bevorstehend, daß vor derselben ein heilsam wirkendes Einschreiten der Reichscommissäre unmöglich erscheint. Aus diesen Gründen hielten es auch die hiesigen Minister wie der österreichische Geschäftsträger für rathsam, hier — in München — zu verweilen, bis sich die Sachen einigermaaßen bestimmter gestaltet hätten. Die uns gestern Abend von dem Grafen Bray mitgetheilte De-

pesche des bairischen Gesandten in Wien vom 14., welche berichtet, daß am 15. bereits eine Armee von 60000 Mann vor den Thoren Wiens versammelt seyn werde und daß man das Eintreffen des Fürsten Windischgrätz und seiner Truppen in wenigen Stunden erwarte, stellt auch eine vorläufige gewaltsame Entscheidung der Dinge in allernächste Aussicht."

Nachdem Windischgrätz im Vertrauen auf die unbeschränkte Vollmacht gegen die, wie er sagte, selbst der Kaiser Nichts mehr thun könne und die ihn allein bestimmt habe, seinen Degen gegen Wien zu ziehen, jede Intervention der Reichscommissäre schroff zurückgewiesen, blieb ihnen, wie sie zur Beschönigung ihrer Scheu vor einer persönlichen Berührung mit der Anarchie in Wien erklärten, Nichts weiter übrig, als nach Ollmütz zu gehen, wohin sie schon in Frankfurt dirigirt waren, sich an den Kaiser zu wenden, von dem sie gehört hatten, daß er durch die unbeschränkte Vollmacht des Fürsten Windischgrätz gefesselt sey, und bei dem Minister Wessenberg, der dem Fürsten diese Vollmacht ausgewirkt hatte, ihre Aufgabe „auseinanderzusetzen", milde Bedingungen für die Unterwerfung Wiens zu „befürworten" und der kaiserlichen Regierung die Vortheile der Reichsvermittlung zu schildern.

Nach dem schroffen Empfang, den sie bei Windischgrätz gefunden, konnten sie sich in Ollmütz in der That erholen, — „von Seiten des Ministers, Baron Wessenberg, schreiben sie in ihrer Genugthuung nach Frankfurt, wurde uns eine viel zuvorkommendere Aufnahme" — vor Allem durften sie wenigstens sprechen, — sich aussprechen und in einer Conferenz dem Minister auseinandersetzen, „wie auch

unter den gegenwärtigen, für die österreichische Regierung günstigen Umständen eine Annahme der Einwirkung der deutschen Reichsgewalt in doppelter Beziehung günstig wirken könne, einmal, weil die jetzt unterliegende Parthei in Wien dem Rathe und der Vermittlung der Abgeordneten Deutschlands sich leichter fügen würde, dann auch, weil die Annäherung und das innige Verhältniß Oestreichs zu Deutschland Jedermann aufs Neue vor die Seele trete": — die Commissäre hatten auch die Freude, bemerken zu können, daß Herr von Wessenberg ihr Anerbieten „keineswegs von der Hand zu weisen schien und die gute Absicht mit lebhaftem Dank annahm" — selbst der Kaiser, dem der Baron von Wessenberg die Commissäre vorstellte, „sprach seine anerkennende und dankende Gesinnung gegen den Reichsverweser aus" — „freilich nicht ohne hinzuzusetzen, daß Höchst Sie selbst die Kraft gefunden hätten, der Unordnung in ihren Staaten zu steuern."

Also auch am letzten Ziel ihrer Irrfahrt wurden sie abgewiesen und als der Sieg, die Absicht ihrer Vollmachtgeber und des kaiserlichen Hoflagers erreicht war, der Sieg, nach dessen Eintritt sie mit ihrer Wirksamkeit erst den eigentlichen Anfang machen wollten, sahen sie selber ein, daß sie in Wien und Oestreich Nichts mehr zu thun hatten, und kehrten sie nach Frankfurt zurück.

Aber konnten wir mehr leisten, antwortete Hr. Welcker[4]) auf die Angriffe, die die unzufriedene Linke gegen ihn richtete, blieb uns überhaupt Etwas zu thun übrig, nachdem der Kaiser Alles, was wir hätten fordern können, gethan hatte?

---

1) Ebend, 5, 3693. Sitzung vom 29. November.

„Das constitutionelle System war, ehe wir zur Wirksamkeit kamen — d. h. als wir in Passau Proclamationen schrieben, in Linz uns an den Huldigungen der Bürgerschaft ergötzten — auf eine Weise gesichert, wie wir wenigstens es hätten nicht besser sichern können; lesen Sie die Proclamation des Kaisers vom 19. October, wo er mit seinem kaiserlichen Wort alle constitutionellen Freiheiten, die Fortsetzung des Reichstags und alles das verbürgt, was in dieser Hinsicht verbürgt werden konnte. Ob diese Proclamation vom 19. sehr verschieden von denen der vorhergehenden Tage, wegen der Nachricht, daß die Centralgewalt Emissäre schicke, oder wie immer erfolgt ist, weiß ich nicht; aber die deutsche Sprache, die Sprache unter ehrlichen Menschen kennt keine entschiedenere Zusicherung als die förmlich und ausdrücklich durch das kaiserliche Wort besiegelte."

Der constitutionelle Enthusiast, den nur die Schläge der Erfahrung darüber belehren konnten, daß die „gewährten Rechte und Freiheiten", von denen die Proclamation vom 19. October spricht, in der Macht und Willkühr des Geschenkgebers verbleiben und nach seiner Berechnung verändert, verkürzt, sogar ganz zurückgenommen werden können, hatte aber in Oestreich mehr thun wollen, als den Wienern nur die Segnungen der Constitution zu sichern, er hatte Windischgrätz daran erinnert, daß auch er der Centralgewalt verantlich sey, er hatte den Fürsten, nachdem derselbe diese Berufung auf seine Verantwortlichkeit schroff zurückgewiesen, gebeten, er möge doch Oestreich nicht in die Lage bringen, seine Stellung zu Deutschland zu verderben, er hatte endlich den Minister in Ollmütz durch die Aussicht auf das rührende Bild von dem innigen Verhältniß Oestreichs zu Deutschland

für die Annahme der Reichsintervention zu gewinnen gesucht — aber an diese Vertretung der Reichsmacht und Centralgewalt war die Erinnerung zu peinlich und zu drückend, nachdem Oestreich jede Einmischung des Reichs in seine innere Angelegenheit abgewiesen und Windischgrätz durch die Hinrichtung Robert Blums gezeigt hatte, was Frankfurt in in Oestreich gelte. (Robert Blum hatte nämlich am 8. November, Nachmittag vier Uhr in Gemeinschaft mit seinem Mitgefangenen Fröbel [1]) einen schriftlichen Protest eingegeben, in welchem er seine Eigenschaft als Deputirter geltend machte und die Rechte der Frankfurter Versammlung gegen seine Verhaftung und das weitere gerichtliche Verfahren gegen ihn wahrte. Dieser Protest wurde in der Weise berücksichtigt, daß Blum um 6 Uhr zum Verhör gerufen und nachdem ihm um 6 Uhr des folgenden Morgens das Urtheil verkündet war, eine Stunde darauf erschossen wurde.)

Und dennoch, während die Botschafter der Reichsgewalt in Oestreich an der Schroffheit eines Generals abprallten und an dem Hofe hörten, daß der Kaiser in der Schlichtung der innern Angelegenheiten seiner Staaten des Reiches nicht bedürfe und selbst die Kraft gefunden habe, der Revolution ein Ziel zu setzen, während die Slaven vor Wien lagen und die Botschafter der Centralgewalt im Gefühl ihrer Schwäche nicht einmal den Versuch wagten, es der Rache seiner Feinde zu entziehen, — beschloß das Parlament zu Frankfurt — am

1) Siehe Ebend. 5, 3420 dessen Bericht.

27. October — daß das deutsche Oestreich Eigenthum und ein integrirender Theil des deutschen Reichs sey: (seit dem 20. October wurde nämlich der zweite und und dritte Paragraph der Reichsverfassung berathen, wonach „kein Theil des deutschen Reichs mit nicht-deutschen Ländern zu einem Staat verbunden seyn darf und wenn ein deutsches Land mit einem nicht-deutschen dasselbe Staatsoberhaupt hat, das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach der reinen Personalunion zu ordnen ist").

Man glaubte noch an die Auflösung der österreichischen Monarchie, lebte noch unter dem Eindruck der Völkergährung, die sogleich nach der Märzrevolution ausbrach, und sah in Oestreich keine Macht, die die Fähigkeit und Kraft hatte, die Verwirrung zu lösen und zu einer neuen Einheit zurückzuführen.

Das Dogma von der historischen Nothwendigkeit Oestreichs formulirt sich dahin, sagte Herr Berger von Wien[1]), es sey nothwendig, die dort von ihren Hauptstämmen losgerissenen Nationalitätsfragmente, die dort bloß gestellten nationalen Elemente, die keinen eignen Mittelpunkt hätten und und von den Hauptmassen, von denen sie losgetrennt sind, Nichts mehr wüßten, mit einander zu verbinden — aber, bemerkte er dagegen, die Astronomen werden durch alle ihre Beobachtungen nicht die Nothwendigkeit beweisen, daß die Asteroiden, die Fragmente eines zertrümmerten Weltkörpers, in den Urplaneten zurückkehren.

„In den Märztagen, als der Absolutismus in Oestreich bestand, da zweifelte Niemand, selbst die eifrigsten Ver-

1) Ebend. 4, 2886. folgdd.

theidiger der österreichischen Gesammtmonarchie nicht, daß Oestreich bei dem ersten Freiheitshauche auseinanderstäuben würde, und kaum war der 15. März vorbei, da kamen Deputationen aus allen Provinzen, czechische, galizische, croatische Deputationen, petitionirten um ihre Selbstständigkeit, die Letzteren setzten ihren Willen durch, in Italien brach der Aufstand aus — ist das der Drang jener losgerissenen Völker, sich in die Einheit zu fügen? Ist etwa das blutige Rendezvous, das sich in diesem Augenblick die Völker Oestreichs unter den Mauern von Wien geben, ein Symptom der Politik des Weltgeistes" — ein Ausfluß von Oestreichs historischer Nothwendigkeit?

Warum nicht? Wenn es in der Geschichte auf einen so großen Zweck, wie die Bildung einer neuen und verstärkten Staatseinheit abgesehen war, so sind immer heroische Mittel angewandt worden; die Feste, die die Völker und und Nationalitäten bei ihrer Vermählung zu einem Staatsganzen feierten, waren gewöhnlich Bluthochzeiten, aus deren kriegerischen Eckstasen eine neue und gesteigerte Völkerbildung hervorging.

Und wenn in den Märztagen das Dogma von der Auflösung Oestreichs so fest stand, daß jeder Zweifel daran, daß jede andere Ansicht als politische Ketzerei, ja als Reaction galt, wenn das Dogma durch das Anstürmen der nationalen Deputationen seine Bestätigung erhielt, so sind die Geschichte und die Macht der Verhältnisse jeder Dogmatik überlegen und hat die Geschichte ihre Freude daran, die Dogmen aufzulösen. Jede Revolution ist in ihrem Ursprunge von Illusionen umgeben, Illusionen erleichtern ihre Geburtswehen, Illusionen verdecken und schützen sie auf ihrem Fortschritt

und gewinnen ihr Theilnehmer, deren Unterstützung sie ohne diese Hülle ihres Kerns würde entbehren müssen: — die Revolution gebraucht endlich die weiterreichende Triebkraft der Illusionen, um das Uebermaß der angespannten Kräfte desto sicherer zur Erreichung des Ziels zu benutzen, welches niemals an der Gränze der Illusionen, sondern innerhalb des von ihnen gezogenen Kreises liegt.

Muß daher der Aufstand der aufgeregten Nationalitäten das Letzte — muß die Illusion der Völker, die von der bisherigen Einheit abgelöst ein selbstständiges Leben führen wollten und sich dieser Selbstständigkeit für fähig hielten, der wahre Sinn und das Ziel der Revolution seyn? Ist es nicht möglich, daß der Aufstand und die Befreiungsversuche der einzelnen Nationalitäten aus dem Gefühl von dem Ungenügen der bisherigen Einheit, aus dem Widerwillen gegen diese lockere Verbindung hervorgegangen sind und am Ende doch nur das Mittel für die Gründung einer mächtigen Centralisation bilden, die die neuen Kräfte der nationalen Aufregung für ihre kräftigere Anspannung benutzt? Das blutige Rendezvous endlich, welches sich die auseinandergerissenen Nationalitäten geben, ist es nicht das sicherste Zeichen, daß sie von einander nicht lassen können, — liefert es nicht den Kitt, ohne den die Geschichte noch nichts Großes gebaut hat?

Die Männer zu Frankfurt wollten ein Reich gründen, dessen Daseyn mit einer allgemeinen europäische Revolution gleich bedeutend war, und sie berechneten die Zukunft nach den Illusionen, in denen die augenblickliche revolutionäre Aufregung lebte.

Die pragmatische Sanction, den Vertrag der einzelnen

Landschaften mit dem Herrscherhause, hielten sie für aufgelöst, denn sie ist, setzte Herr Berger auseinander, „von den historischen Ständen contrahirt; — wo sind aber die historischen Stände? Hat sie nicht die Revolution vernichtet? Jetzt ist das Volk hinzugekommen, welches den Vertrag nicht geschlossen hat, denn die Stände vertreten nicht das Volk, sondern wie der König von Preußen in der Rede, mit der er den vereinigten Landtag eröffnete, gesagt hat, nur sich selbst" — weiß aber das Volk mit dem Band, welches die pragmatische Sanction um die Landschaften der Gesammtmonarchie geknüpft hat, nichts weiter anzufangen, als es fallen zu lassen, so werden die historischen Stände mit der Dynastie die ironische Aufforderung, die ihnen Herr Berger im Vertrauen auf das Vernichtungswerk der Revolution zurief, ernstlich nehmen oder vielmehr diese Aufforderung nicht einmal abwarten und den Gesammtstaat aufrecht zu erhalten suchen.

Dennoch wollte auch Herr Berger, wie Alle, die für den zweiten und dritten Paragraphen der Reichsverfassung sprachen, eine gewisse Einheit für die auseinandergefallenen Glieder des österreichischen Staates — er wollte sogar Wien, trotz der Vereinigung des deutschen Oestreichs mit Deutschland die Ehre der Repräsentation dieser Einheit erhalten, er „glaubte, daß aus dem zertrümmerten Polen, Ungarn, den südslavischen Reihen ein mitteleuropäisches Föderativ-System geschaffen werden müsse, ein Staatenbund, dessen Knotenpunkt Wien wäre."

Aber mit welchen Mitteln sollte dieß System zusammengehalten? Mit welchen Mitteln geschaffen werden!

Die Gewalt, die rohe Gewalt, die bisher in der Ge-

schichte geherrscht hat und nur das Werkzeug des „dynastischen Interesses" ist, hat nach der Ansicht der deutschen Revolutionäre dem „Princip der Humanität" weichen müssen, ist mit dem Absolutismus, dessen Waffe sie war, der allgemeinen Verachtung anheim gefallen. Jetzt werden Staaten auf den freien Willen, die selbstständige Ueberzeugung und den eignen Antrieb der frei gelassenen und wieder zusammentretenden Nationalitäten gegründet.

So sprach sich Herr Vogt aus Gießen für die beantragten Paragraphen aus [1]), weil er und seine Freunde darin „das Princip der nationalen Befreiung verwirklicht, die Gliederung Oestreichs nach freien Nationalitäten angebahnt sehen." Er und seine Freunde „jauchzen jeder Nationalität zu, die sich befreien will, Croaten, Ungarn, Slaven, Italienern" — „wenn aber diese Nationalitäten im Uebermuth der Befreiung weiter gehen und andere Völker unterdrücken wollen, dann treten wir ihnen in Gemäßheit unsers Princips entgegen" — also ohne Anwendung der „rohen Gewalt"? Ohne daß das Rendezvous „blutig" wird?

Allerdings, erwiderten die liberalen Revolutionäre, indem sie im Namen der Völker dasselbe Vertrauen forderten, welches bisher die Fürsten als Monopol für sich in Anspruch genommen, und den Völkern mit denselben Vertrauensversicherungen huldigten, mit denen die Liberalen bisher das Mißtrauen der Fürsten und deren Uebergriffe bekämpft hatten. „Geben Sie Freiheit diesen zusammengebundenen Nationalitäten, rief Herr Vogt, und dann werden sie einsehen, was ihnen frommt" — sie werden dann

1) Ebend. 4, 2890. 2891.

selbst einsehen, wo die Macht liegt, der sie sich anschließen müssen — „aus eignem Antrieb durch völkerrechtliche und Handelsbündnisse wird dann ein inniger Anschluß an Deutschland zu Stande kommen, aus freiem Bewußtseyn werden sich solche Bündnisse schließen" — die Methode, die die geschichtlichen Völker bei der Gründung und Erweiterung ihrer Staatsmacht befolgt haben, wird dann gründlich und für immer widerlegt seyn.

Gegen den Uebermuth ihrer befreiten Nachbarn und und deren Uebergriffe werden sich die Deutschen in Frankfurt durch die Berufung auf die bessere Einsicht derselben wehren, sie werden es dann wie der Centralausschuß der deutschen demokratischen Vereine machen, „ernste Worte" an die Nationen richten, Adressen abfassen, aber es auch „wegen der Verwicklungen der Zeit" für das gerathsamste halten, dieselben „zurückzulegen" [1]).

Die Vertheidiger der Personalunion glaubten, die Sache werde damit ihr Bewenden haben, daß sich ein zwiefaches Oestreich bilden werde, ein deutsches und ein nichtdeutsches; Herr Ignatz Kaiser von Wien zeigte dagegen [2]), daß die Ausführung der beiden Paragraphen „noch mehr zur Folge haben werde: — ein selbstständiges Norditalien, ein selbstständiges Galizien, ein selbstständiges Ungarn, ein selbstständiges südslavisches Reich; diese einzelnen Staaten werden eben so wenig unter sich verbunden seyn, als in Einheit mit dem

---

1) Siehe den Bericht des Centralausschusses in der Sitzung des zweiten demokratischen Congresses vom 27. October zu Berlin. Verhandlungen desselben p. 4. Beilage zu den Volksblättern von J. Schönemann und H. Benary. Berlin. 1848.

2) Verhandl. der deutschen Nat.-Vers. 4, 2852 folgdd.

deutschen Oestreich, also mit Deutschland selbst stehen. Jedes dieser Reiche wird eine selbstständige Politik haben, nach seinen Neigungen und Sympathieen, — (falls nämlich in der That selbstständige Staaten die Folge dieser Freilassung seyn werden und nicht vielmehr Italien den Franzosen überliefert, Galizien Rußland in die Arme geworfen wird) es werden in Folge dieser Paragraphen selbstständige Reichstage in Mailand, Lemberg, Pesth und Agram zugestanden werden müssen, jeder Theil wird sein nationales Heer haben, wird seine besondern Gesandten nach auswärts schicken und empfangen wollen; wie Ungarn in diesem Augenblicke beweist, werden sie ihre freundschaftliche Gesinnung gegen Oestreich und Deutschland damit an den Tag legen, daß sie sich gegen die Industrie desselben durch Prohibitivzölle zur Wehr setzen, sie werden sich alle gegen einander mit einer feindlichen Handelspolitik waffnen, sie werden sich am Ende, ein Theil gegen den andern durch Festungen sichern."

Die linke Seite sprach für die Freiheit der Nationalitäten und war bereit, ihrem Grundsatz der freien Entwicklung soweit als möglich Folge zu leisten — als Herr Kaiser sie fragte, ob aus den Zugeständnissen, die sie für die Magyaren verlangte, nicht nothwendig folge, daß die slavonischen und croatischen Nebenländer Ungarns den gleichen Anspruch auf eine selbstständige Constituirung erheben könnten, antwortete sie[1]: „ja freilich", — „ja freilich!" rief sie wieder, als er fortfuhr: „wenn Sie diesem Grundsatz huldigen und jedem Volke freistellen wollen, sich dorthin zu wenden, wohin es ihm beliebt", und sie hielt erst inne

1) Ebend. 4, 2853.

und rief: „oho!" als er den Schluß zog, „dann müssen sie es nicht nur jedem Lande, nicht nur jeder Provinz, dann müssen Sie es jedem Kreis, jeder Stadt zugestehen" — — diese Bereitwilligkeit, alle Nationalitäten, die der deutschen Herrschaft bisher gehuldigt hatten, freizulassen, was war sie aber anders als dieselbe Zerfahrenheit des Bewußtseyns und Willens, die sich vor dem Ausbruch der Märzrevolution als lichtfreundliche Duldung und Mattigkeit geäußert hatte? Die Predigt von der politischen Gleichberechtigung, was bewies sie anders, als daß auf dem politischen Gebiet die organische Gestaltung derselben passiven Auflösung gewichen war, die als die lichtfreundliche Gestaltlosigkeit des bürgerlichen Bewußtseyns sich bisher geäußert hatte? Die Schonung und Geduld, die Herr Vogt für jede Nationalität und deren Versuche, sich über das, was ihr „frommt", und über ihr eignes Interesse aufzuklären, forderte, was ist sie anders als der lichtfreundliche Mangel der Selbstmacht, was anders als die lichtfreundliche Schwäche, die das Eingreifen in die Geschichte und die gestaltende Macht für Anmaaßung und Ueberhebung hält? Der Edelmuth dieser lichtfreundlichen Schwäche wie wird er anders enden können, als mit der Uhlich'schen Bitte um Schonung und Geduld zu Gunsten der eignen Existenz und Entwicklung?

Mit Einem Wort: die beiden Paragraphen der Reichsverfassung, die das deutsche Oestreich zu Deutschland fügten und die nicht-deutschen Länder Oestreichs ihrer freien Selbstgestaltung überließen, waren das Geständniß, daß die Deutschen in Oestreich und mit ihnen ganz Deutschland nicht die geschichtliche Kraft besäßen, dem Lande, welches von seiner

Staats-Bibliothek Bamberg

östlichen Bestimmung seinen Namen erhalten, seine Zukunft und sein geschichtliches Terrain zu sichern.

Dieses Gefühl der Schwäche und Zerfahrenheit war der Grund, weshalb Herr Vogt gegen die „rohe Gewalt“ sprach, die bisher in der Geschichte geherrscht habe und die er durch die Verachtung, mit der er ihr den Rücken kehrte, in voraus zu entwaffnen hoffte. Dasselbe Gefühl äußerte sich in den Declamationen der Gemäßigten über die „entscheidende Macht“ der Aussprüche des Parlaments, flößte ihnen, wie Herrn Riesser[1]) die „zuversichtliche Hoffnung“ ein, daß den beiden Paragraphen „auch in Bezug auf die österreichischen Lande die Ausführung in keiner Weise fehlen werde“, begeisterte sie, wie dasselbe Hamburger Mitglied zu der poetischen Tirade über den Unterschied „zwischen einer Macht, die auf die Freiheit und die Gerechtigkeit, auf Erkenntniß des Volkswillens gegründet ist, und zwischen einer Macht, die auf die Gewalt und Uebermacht gegründet, niemals zurückweichen darf und ihren ehernen, zermalmenden Schritt über die Fluren des Völkerglücks und der Völkereinheinheit fortsetzen muß, damit der Schrecken ihrer Macht den Glauben an ihre Gewalt aufrecht erhalte“, — diese Schwäche erklärte sich somit in voraus dazu bereit, obwohl sie hofft, daß diese Nothwendigkeit nicht eintreten werde, wenn es sich ihr als eine innere, durch die Gerechtigkeit gebotene Nothwendigkeit darstellt, auch einen Schritt zurückzuthun.

Für jetzt wollten die Gesetzgeber die Frage, „welche Macht sie hätten, um ihren Beschlüssen Folge zu geben“,

---

1) Ebend. 4, 2911.

Staats-Bibliothek Bamberg

unerörtert lassen, aber das stand ihnen fest, daß sie dem deutschen Element in Oestreich den Beistand ihres Beschlusses schuldig seyen, da dasselbe zu schwach sey, um sich in Oestreich zu erhalten, und aufgegeben, der slavischen Majorität ausgeliefert werde, wenn „seine Pflege dem Gesammtstaat überlassen" bleibe[1]).

Einige Abgeordnete, die die Tradition der deutschen Herrschaft noch festhielten, erklärten sich gegen die beabsichtigte Theilung Oestreichs. Herr Arneth von Wien erinnerte daran, daß es in Deutschlands eignem Interesse liege, „die Entstehung selbstständiger Slaven- oder Magyarenreiche an der Ostgränze Deutschlands", diese neue Staatenbildung, die aus der Losreißung der nicht-deutschen Provinzen in Oestreich unzweifelhaft hervorgehen würde, zu hindern, Herr Beidtel von Brünn erklärte sich gleichfalls gegen diese Trennung, weil die deutschen Provinzen das Bindungsmittel seyen, welches Oestreich zusammenhält, der Kitt, der die sämmtlichen Provinzen bisher aneinandergebunden hat[2]) — allein die Schwäche und Zerflossenheit ließ die Erinnerung an die Tradition nicht aufkommen, das deutsche Gemüth bebte vor dem Gedanken des Völkerkampfes zurück und flüchtete zur Resignation. Die Gemäßigten und die Revolutionäre waren zu sehr von derselben lichtfreundlichen Liebe und Milde beseelt, um sich die zukünftige Geschichte anders denn als eine freundschaftliche Transaction zu denken — vielmehr stimmten sie beide darin überein, daß sie den Deutschen die freiwillige Fügsamkeit zur Pflicht machten.

---

1) Ebend. 4, 2907. Die Rede des Herrn Wurm.

2) Ebend. 4, 2847.

Herrn Waitz von Göttingen z. B. stand die Voraussetzung fest, daß „die andern Stämme in Oestreich nicht zugeben werden, daß die deutsche Minorität den Charakter der Monarchie für alle Zukunft bestimmen und die Gesammtherrschaft eine deutsche sey" 1) — also müssen die Deutschen sich fügen; er erinnerte daran, daß die Slaven „den Vorrang fordern, weil sie der Zahl nach die ersten sind" — also müssen sich die Deutschen nach dem demokratischen Grundsatz von der Majorität imponiren lassen; er „glaubte allerdings, daß es für die österreichischen Deutschen schwer seyn würde, die alten historischen Erinnerungen aufzugeben und von der Idee, über Millionen zu herrschen, die ihnen nicht unmittelbar angehören, sich zu trennen" — aber er erleichterte ihnen die Trennung von ihrer Vergangenheit, indem er sie fragte, ob es ihnen nicht eben so schwer seyn würde, wenn sie die Idee aufgeben sollten, „Deutschlands Geschicke zu theilen", und gestand ihnen dann offen, wie er nicht glauben könne, daß sie „die Aufgabe, daß sie wenigstens die Kraft besäßen, um gleichzeitig nach Deutschland und aus Deutschland heraus zu wirken."

Aber auch dann nicht, wenn Deutschland seine Kraft mit der ihrigen verbindet? Nein! So lange Oestreich ungetheilt bleibt, traut er auch Deutschland die Kraft nicht zu, auf dasselbe Einfluß zu üben und durch dieses Mittelglied das Geschick des Ostens zu bestimmen.

Die Revolutionäre und die Gemäßigten hatten keine Hintergedanken, als sie für Deutschland das Gebiet verlangten, welches die Gränzen des alten deutschen Bundes um-

---

1) Ebend. 4, 2787.

schlossen, und sie verdienten die kühnen Vermuthungen und Vorwürfe nicht, die in den letzten Tagen des December der österreichische Lloyd gegen sie richtete. Sie wollten nicht ganz Oestreich, indem sie einen Theil desselben beanspruchten; sie wollten nicht die dreißig Millionen Nicht-Deutsche, die in Oestreich wohnen, als sie die sieben Millionen Deutsche nicht aufgeben wollten; sie wollten nicht die ganze Donau, noch weniger das schwarze Meer, am wenigsten die Anwartschaft auf die reiche Erbschaft, die das osmanische Reich für den kühnen Eroberer aufgespart hat — sie wollten wirklich nur das deutsche Oestreich und betrachteten „das neue Deutschland, das festere, das bessere Deutschland", von welchem Graf Deym von Hohenelbe Kraft des „Revolutionsrechts" sprach[1]), den „mitteleuropäischen Riesenstaat", der die „Verstümmlung Oestreichs und die Verkleinerung Deutschlands" zu gleicher Zeit verhütet, als eine Chimäre oder als eine Intrigue, mit deren Hilfe Oestreich seine alte Suprematie erhalten, die Slaven sich ihr Uebergewicht sichern wollten.

Wenn ihr aber nur aus Mißtrauen gegen die schwachen Kräfte der deutschen Österreicher, denen ihr die Kraft der Herrschaft über den Osten nicht mehr zutraut, die Personalunion verlangt — wenn ihr aus Furcht vor Oestreich, dem „aufgelösten" Oestreich die Zertheilung des Gesammtstaats decretirt — dann wird die Strafe euch auf den Fuß nachfolgen. Ihr wolltet Oestreich veruneinigen und Deutschland wir uneins werden — ihr wolltet Oestreich theilen und Deutschland wird getheilt werden — ihr wolltet den Herrn im Osten wehrlos machen und werdet euch mit dem zerrisse-

1) Ebend. 4, 2881. 82.

nen ohnmächtigen Deutschland dem Herrn im Norden in die Arme werfen.

Diese Consequenzen zog Herr von Gagern bereits im Lauf der Octoberdebatte[1]). Die Schwäche und die Furcht konnten das deutsche Oestreich nicht erobern, geschweiger denn den anmaßenden und gräuelhaften Gedanken fassen, der deutschen Herrschaft den Osten Oesterreichs zu erhalten — also war Resignation die einzig richtige Folge, aber die Folge der revolutionären Erschlaffung und lichtfreundlichen Mattigkeit. Deutschland war daher für Herr von Gagern „das übrige Deutschland" außerhalb Oestreichs und er glaubte, daß die resignirenden Gesetzgeber „ein Verhältniß suchen müßten, wobei Oestreich nicht genöthigt wird, seine deutschen von seinen nicht-deutschen Provinzen abzulösen, dennoch aber im innigsten Verband zu Deutschland erhalten wird." Zum Dank dafür, daß das Interesse der österreichischen Monarchie berücksichtigt wird, soll „wenigstens das übrige Deutschland" die Freiheit erhalten, sich fester zusammenzuschließen — „dabei aber nichts desto weniger ein enges Bundesverhältniß zwischen Oestreich und dem übrigen Deutschland erhalten werden."

Die Slaven haben also gesiegt — die Deutschen haben ihnen das Feld geräumt und die Frankfurter Versammlung wird ihre Niederlage bald genug eingestehen, wenn auch die Majorität für dießmal die Octoberdebatte damit schloß, daß sie die Auflösung Oesterreichs decretirte. Herr von Gagern, der Verbündete der Slaven wird das Geständniß herbeiführen und einleiten.

---

1) Ebend. 4, 2898.

„Die Slaven gerade sind es, warnte zwar ein Oesterreicher, Herr Riehl von Zwettl[1]), die jetzt für die Gesammtmonarchie schwärmen, nachdem ihre Sondergelüste plötzlich zurückgetreten sind; — ein panslavisches Reich zu gründen, schien ihnen zu schwer und mühselig, sie fanden es leichter, Oestreich, ein schon fertiges Reich zu einem slavischen umzugestalten, und keine Macht wird sie daran zu hindern im Stande seyn, wenn Oestreich sich nicht durch feste Verbindung mit Deutschland dagegen verwahrt", aber die Versammlung, von Furcht vor Oestreich gequält, wird bald eingestehen, daß ihre Kräfte nicht ausreichen, Oestreich für Deutschland zu gewinnen, — sie wird es den Slaven überlassen müssen.

Wenn Herr von Gagern seine Preisgebung des deutschen Elements in Oestreich damit beschönigte, daß er sie immer noch als das „einflußreichste Element" im Gesammtstaat bezeichnete und ihre Einwirkung auf denselben nicht unterbrochen wissen wollte, so warnte Herr Riehl: „man täusche sich nicht, daß man glaubt, der Einfluß der deutschen Bildung werde immer überwiegen: gerade die Männer, die am tiefsten aus dem Born der deutschen Wissenschaft geschöpft haben, waren es vielmehr, die die Idee des Panslavismus am meisten gehegt haben, die, als es galt, das Frankfurter Parlament zu beschicken, am heftigsten sich dagegen erhoben", — allein, was schadet es, konnten die Resignirenden antworten, wenn die Deutschen wie die alten Griechen werden und als Sclaven ihre Bildung dem Osten mittheilen? Es siegt doch ihre Bildung.

1) Ebend. 4, 2902 folgd.

„Das Völkerrecht verlangt, fuhr Herr Riehl fort, daß Sie in Gemeinschaft mit uns deutschen Oestreichern unsere Nationalität aufrecht erhalten, daß Sie nicht aus zu großer Empfindsamkeit für die übrigen Nationen in Oestreich die Rechte der deutschen Nation aus den Augen verlieren. Man verweist uns auf Oestreichs Mission im Osten: haben wir aber nicht die näher liegende Mission uns Deutsche selbst zu bewahren? Sollen wir um entfernter fremder Völker willen unsere eigene Freiheit und Entwicklung gefährden lassen? Sollten, während alle Völker zur Entwicklung ihrer Nationalität treiben, wir österreichische Deutsche allein nicht berechtigt seyn, in den deutschen Bund einzutreten, wohin uns die nationalen Sympathien, unser Wesen, unsere Existenz als Deutsche führen" — also die deutschen Oestreicher, das Gränzvolk, der erobernde Stamm der Monarchie, die Ost-Mark Deutschlands will sich nur bewahren, fleht um Aufnahme in den Bund, der sie gegen die Slaven nicht schützen konnte, und sie selbst fürchten von den „fremden Völkern", die sie im Lauf der Jahrhunderte unterworfen haben, für ihre Freiheit und Entwicklung? Sie helfen Deutschland Nichts, wenn Deutschland ihre gebrochene und geschwundene Siegesgewißheit gegen die Slaven nicht erneuern konnte, und sie werden dem Zuge nach dem deutschen Westen nicht folgen können, wenn ihre plötzliche Sympathie für den deutschen Bund nur die Folge vom Erlöschen ihrer feurigen Spannung mit dem Osten ist. Sie werden Deutschland nicht aufbauen, wenn sie im Kampf mit ihrer Regierung auf die Magyaren ihre Hoffnung setzen und die Zertrümmerung des eigenen Staats kaum erwarten können. Der deutsche Oestreicher ohne die völkervereinende Idee seines

Staats würde in Deutschland nur ein precäres Asyl finden und die Deutschen in Frankfurt konnten ihn nicht einmal aufnehmen und für ihren Bund gewinnen, wenn sie ihn nicht mit der Idee seines Staats aufnahmen.

Also bleibt es bei dem Gagern'schen Plane, bei dem „völkerrechtlichen Bündniß" zwischen dem übrigen Deutschland und Oestreich — wollen Sie aber nur ein solches Bündniß — eine Verbindung, die mit jeder andern fremden Nation eben so gut eingegangen werden kann — rief Herr Riehl [1]), „dann sagen Sie es lieber gleich, daß Deutschland in Preußen aufgehe."

Die Gesetzgeber werden es bald aussprechen.

---

1) Ebend. 4, 2904.

IV.

Das Gagern'sche Programm.

Die beste Waffe gegen eine Revolution, deren unbestimmtes Wesen nur zu einer allgemeinen Stockung führen konnte, die immer nur drohte, einen Ansatz nahm, den Arm zum Schlage emporhob und ihn sogleich wieder fallen ließ, war das Temporisiren. Wer die Mittel dazu hatte, die Sache ruhig anzusehen, konnte sicher darauf rechnen, daß die Ansprüche, die sich gegen ihn erhoben, allmählig sich legen und den Gesetzen, die das „Herkommen" geheiligt, der „Natur der Sache" sich fügen, vor der alten Gewohnheit sich beugen werden. In dieser Weise temporisirte der Bürgerstand, indem er die Ansprüche der Arbeiter durch einige Zugeständnisse besänftigte, sonst aber an sich hielt und die Forderungen, in deren Befriedigung er seinen Ruin sah, in der Stockung des Verkehrs sich allmählig ermatten ließ, — so temporisirten die Regierungen ihren Völkern gegenüber, indem sie dem revolutionären Anstürmen derselben die liberalen Ministerien entgegenstellten und hinter der Schutzwehr derselben darauf warteten, daß an der Unthätigkeit und Zaghaftigkeit derselben das unbehülfliche Verlangen der Völker scheiterte — in

derselben Weise temporisirten endlich die Regierungen dem Frankfurter Parlament gegenüber, am folgerichtigsten und durch die reichsten Mittel und die mächtigste Tradition unterstützt das österreichische Cabinet.

Selbst solche Oestreicher, die an die Auflösung des Gesammtstaats glaubten und in der Octoberverhandlung für die Personalunion stimmten, warnten das Parlament, es möge sich für den Fall, daß Oestreich mächtig und einig bleiben könne, über die Einigung desselben mit Deutschland keine Illusionen machen und vielmehr den Gedanken aufgeben, daß es den österreichischen Adler, wenn er seine Flugkraft wiedererhalten sollte, nach Belieben leiten würde. „Das wäre gegen unser Interesse, erklärte z. B. Herr Mareck aus Grätz [1]), ich würde dem nun und nimmermehr meine Zustimmung geben; können wir ein einiges Oestreich erhalten, dann sey von einem Anschluß an Deutschland nun und nimmermehr die Rede; ein einiges Oestreich und ein einiges Deutschland — das geht über unsere Begriffe."

Dem Unglauben eines großen Theils der österreichischen Abgeordneten in Frankfurt, dem Abfall Italiens und Ungarns, dem aufgelösten Bewußtseyn des erobernden Stammlandes, welches der Empörung der Provinzen sich freute und in der Einigung mit Deutschland den Ersatz für seine Herrschaft im Osten suchte, dem Groll der Wiener Revolutionäre, die in der Auflösung der Gesammtmonarchie den Trost für ihre Machtlosigkeit sahen, — allen diesen Vorzeichen der unvermeidlichen Auflösung setzte die Dynastie ihren Glauben an sich und die Zukunft Oestreichs, so wie die Armee als

---

1) Ebend. 4, 2892. 93.

die wirkliche Vertretung des Gesammtstaats entgegen und das Cabinet half sich im Lauf des Sommers durch ein passives Ansichhalten gegen Frankfurt und durch ein phlegmatisches Nichtbeachten von dessen Beschlüssen. Als aber die Revolution in Wien besiegt, der Bruch mit Frankfurt in Robert Blums Hinrichtung seine blutige Erklärung erhalten hatte, gab das neue Ministerium unter Schwarzenberg über das Verhältniß zu Deutschland die ersten offenen Aeußerungen, die dem Selbstgefühl eines großen Staates entsprechend waren und nur diejenigen überraschen konnten, die mit der Waffe ihres Unglaubens alle absolutistischen Großstaaten Europa's gestürzt zu haben meinten — allein auch jetzt noch behielt Oestreich seine temporisirende Haltung bei und warf es die ersten Fäden zu jenem Gewebe der Ungewißheit aus, in welchem die Frankfurter Versammlung sich verstricken und ihr Ende bereiten sollte.

Als „das große Werk, welches ihm im Einverständniß mit den Völkern Oestreichs obliege", bezeichnete das neue Ministerium in dem Programm, welches am 27. November dem Reichstag in Kremsier vorgelegt wurde, „die Begründung eines neuen Bandes, das alle Lande und Stämme der Monarchie zu Einem Staatskörper vereinigen soll", „von der Ueberzeugung durchdrungen, daß Oestreichs Fortbestand ein deutsches wie ein europäisches Bedürfniß ist, sehen die Minister der natürlichen Entwicklung des noch nicht vollendeten Umgestaltungsprocesses entgegen" — d. h. sie werden temporisiren und in dem Maaße, wie die Befestigung der österreichischen Verhältnisse vorschreitet, ihre Ansicht über Deutschlands Zukunft aussprechen, ihre Absichten gegen Deutschland zur Ausführung bringen. „Erst, wenn das

verjüngte Oestreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich seyn, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen" — bis dahin wird Oestreich temporisiren, die Sache in der Schwebe halten, — also sich rein passiv verhalten? Nein! Es wird mehr thun: während es Oestreich consolidirt, wird es die Verhältnisse Deutschlands mit Gewalt in der Ungewißheit zurückhalten, der Ungewißheit, wo die Frankfurter Gesetzgeber schon klar zu sehen glaubten, entgegentreiben, — — doch es thut jetzt schon mehr: es streckt seine mächtige rücksichtslose Hand nach den Illusionen, mit denen das deutsche Parlament seine Ohnmacht und Furcht vor Erschütterungen umkleidet hat, macht einen Riß in die Illusionen und läßt diejenigen, die noch sehen wollen, das Fatum sehen, welches über der deutschen Nationalversammlung selbst in den Augenblicken, wo sie sich durch den Heroismus ihrer theoretischen Erklärungen gehoben fühlte, geschwebt hat und ihrer Machtvollkommenheit ein schreckliches Ende bereiten wird — den alten deutschen Bund. „Bis dahin, heißt es im Programm von Kremsier, bis es nämlich möglich seyn wird, die gegenseitigen Beziehungen des verjüngten Oestreichs und des verjüngten Deutschlands zu bestimmen, wird Oestreich fortfahren seine Bundespflichten treulich zu erfüllen" — es verharrt aber darauf und ist dessen gewiß, daß es auch am Ende, wenn die Rechnung zusammengezogen wird, nichts als seine alten Bundespflichten zu erfüllen haben und seine hervorragenden Rechte in dem mit sorgfältiger Schonung modificirten Bundestage in Besitz nehmen wird.

In Frankfurt und in ganz Deutschland war man von der Auflösung des deutschen Bundes so überzeugt, daß man

die unerwartete Erwähnung desselben, als Preußen im Namen dieser unwiderruflich dem Untergang geweihten Form des Staatenbundes den Waffenstillstand mit Dänemark abschloß, für eine diplomatische Fiction hielt und mit der Verlegenheit des Augenblicks, mit der Ungewißheit des Provisoriums entschuldigte. Die Fiction wurde aber jetzt Ernst — das Provisorium sollte die Lösung der Fragen werden, an denen die Männer zu Frankfurt ihre Kräfte erschöpften: — Oestreich wollte es so haben und seine Stimme forderte Beachtung, wenn sich auch das Erstaunen über diese Enthüllung der deutschen Zukunft in dem Unwillen über die Zumuthung aussprach und mit dem Gedanken der völligen Unmöglichkeit tröstete.

Der in Ollmütz erscheinende „österreichische Correspondent" brachte am 16. December einen Artikel, der seinen Ursprung aus dem Cabinet nicht verläugnen konnte, der vielmehr dazu bestimmt war, die Frankfurter Pläne zu durchkreuzen, den Widerstand der bedrohten Cabinette und den Zwiespalt der Dynastien zu organisiren und dem Staat, der zuerst den Muth gehabt, die Herstellung des Bundestags als die Lösung der deutschen Frage zu bezeichnen, „welcher, der erste, die einzig mögliche Gestaltung Deutschlands klar erkannt und festgehalten hat", das Präsidium des deutschen Staatenbundes zu verwahren. Bis jetzt haben sich „die Herren in Frankfurt", sagt der Artikel, als ihre Machtsprüche an dem Widerstande Oestreichs scheiterten, „mit dem Glauben getröstet, daß nur dieses allein solche Selbstständigkeitsgedanken hege und durchzuführen im Stande sey und daß die Fürsten und Völker des übrigen Deutschlands verpflichtet und geneigt oder doch genöthigt seyen, der Reichs-

versammlung und Reichsgewalt sich unbedingt zu unterordnen." Dieser Glaube, fährt der Artikel fort, beruht aber auf schwachen Gründen. „Die gleiche Selbstständigkeit, die Oestreich für sich in Anspruch nimmt, steht auch jedem andern deutschen Bundesstaate zu. Die Bundesacte von 1815 ist noch nicht aufgehoben. Man fühlt ihre Ungenügenheit und berathet eine neue, innigere, auf andern Grundlagen beruhende; allein bis diese zu Stande kommt, besteht jene in Kraft und sie ist es, welche den einzelnen Bundesstaaten die volle Souveränetät verbürgt." Da es nun von dem freien Willen der einzelnen Staaten abhängt, ob sie dem neuen Bunde, den die Frankfurter Versammlung berathen wird, beitreten oder nicht, — da es nicht zu erwarten ist, daß sie sich den Beschlüssen derselben unterordnen werden, — da die Schöpfung einer neuen Macht, der alle deutsche Fürsten unterworfen würden, unausführbar ist, die Uebertragung der Obergewalt über das nicht-österreichische Deutschland an Preußen aber an den Antipathien der Rheinlande und des südlichen Deutschlands scheitern würde, — so „dürfen wir von den Bewegungen dieses Jahres für die Wiedergestaltung Deutschlands kein anderes Ergebniß erwarten, als eine Umbildung des alten Staatenbundes", in welchem nur einem österreichischen Prinzen „der einfluß- und ehrenreiche Posten des obersten Obmanns gebührt."

Herr von Schmerling, dessen Phrase, er werde der Reaction in gleicher Weise wie der Anarchie entgegentreten, zur Leitung der deutschen Angelegenheiten vollständig hingereicht hatte, war überflüssig geworden, nachdem Oestreich mit seiner Meinung hervorgetreten war. Bis jetzt hatte er nur

dazu gedient, das System des Temporisirens, für welches sich Oestreich entschieden, in Frankfurt selbst zu unterstützen, mit seiner Phrase den Argwohn der Revolutionäre zu beschwichtigen oder zu verhöhnen und die einzelnen Ausbrüche der Unzufriedenheit niederzuschlagen. Jetzt brauchte Oestreich in Frankfurt nicht mehr im Geheimen zu wirken, da es seine offene Wirksamkeit begann — Herr von Schmerling konnte nun ruhig abtreten und wenige Tage nach seiner Rückkehr nach Wien, Ende des December, vor den dortigen Wahlmännern, die ihm eine Abgeordnetenstelle in Kremsier zudachten, offen erklären, daß er auch in Frankfurt „keinen Augenblick vergessen habe, daß er vor Allem Oestreicher sey; daß ihm die Aufrechthaltung der Integrität des österreichischen Staats immer das Höchste und Wichtigste im Leben gewesen sey und seyn werde, daß er auch jetzt wieder einzig nur in der Absicht nach Frankfurt gehen werde, um in den nächsten Wochen, wo die Dinge in Deutschland zur festen Gestaltung kommen werden, für Oestreich zu streben und zu bewirken, daß auch von Deutschland anerkannt werde, daß Oestreich das mächtige Reich bleiben müsse, das es ist." Nach der öffentlichen Meinung hatte er den Vorsitz im Reichsministerium aufgeben müssen, weil die Schaam des Parlaments nach seiner Niederlage, die das Programm von Kremsier nach dem Beschluß über die Theilung Oestreichs ihm beigebracht hatte, den Oestreicher nicht mehr an der Spitze der Leitung der Reichsangelegenheiten dulden konnte: in Wahrheit aber hatte er geleistet, was er leisten sollte, und was noch zu thun übrig war, konnte er auch als Abgeordneter zu Frankfurt und in geheimen Sendungen an den deutschen Höfen ausführen.

Herr v. Gagern folgte ihm im Vorsitz des Ministeriums und legte sogleich nach dem Eintritt in sein Amt, am 18. December, der Versammlung sein Programm vor, in welchem er seiner Ansicht über den engern Bundesstaat, der sich ohne Oestreich zu bilden habe, die Autorität seiner neuen ministeriellen Stellung lieh und zugleich um die Ermächtigung nachsuchte, das „Unionsverhältniß Oestreichs zu Deutschland, welches nun mittelst einer besondern Unionsacte zu ordnen sey", auf dem Wege der „gesandtschaftlichen" Verhandlung mit Oestreich einzuleiten und herbeizuführen.

Aber *seiner* Ansicht? War es denn wirklich seine Ansicht? Um nicht zu erwähnen, wie ihn im Lauf der Octoberdebatte Herr Riehl daran erinnerte, daß er mit den slavischen Intriguanten, die Oestreich von Deutschland abtrennen und sich unterwerfen wollten, übereinstimme, um auch nicht das Zusammentreffen seines Plans mit den Berliner Gedanken und mit der englischen Rancüne zu erwähnen, die Oestreich durch die Abtrennung von Deutschland schwächen wollte und zugleich den „engern deutschen Bund" den Handelsinteressen Großbritanniens unterthan zu machen hoffte, — machte ihn die Uebereinstimmung seines Programms mit dem von Kremsier nicht bedenklich, hielt er das Zugeständniß des letzteren, wonach Oestreich und Deutschland ruhig ihrem Verjüngungsproceß überlassen werden sollten und die Möglichkeit, ihre gegenseitigen Beziehungen zu bestimmen, von dem Abschluß ihrer besondern Umbildung abhängig gemacht wurde, für vollen *Ernst*? Sah er nicht, daß sein Plan mit der *Intrigue* des temporisirenden österreichischen Cabinets zusammentraf — fürchtete er nicht, daß seine „Idee" nur der Vorwand einer Intrigue und zur Ausführung gar nicht

8*

bestimmt sey? Wußte er nicht, daß Herr von Schmerling im November einen Antrag im Ministerrath vorbereitet hatte und einzelnen Partheien der Reichsversammlung vorlegen ließ, der mit seinem Programm fast wörtlich übereinstimmt, in Betreff der selbstständigen Constituirung Oestreichs und Deutschlands von derselben Voraussetzung ausgeht und für das Reichsministerium die Ermächtigung verlangt, „mit der österreichischen Regierung zu dem Zwecke vorbereitender Verständigung über die möglichen Grundlagen der künftigen Verbindung Oestreichs mit Deutschland in Beziehung zu treten" 1)? Glaubte er, daß Herr von Schmerling wirklich eine Verständigung zwischen Oestreich und Deutschland vorbereiten wollte, daß Oestreich im Ernst die Selbstständigkeit Deutschlands und dessen Autonomie als Grundlage dieser Verständigung anerkenne, Deutschland freilassen, freiwillig aus Deutschland austreten würde?

Er kannte die Macht nicht, mit der er in Verhandlung treten wollte, und wurde dafür bald genug bestraft. Wenige Tage darauf, nachdem sie von dem Programm des Gagern'schen Ministeriums Kenntniß erhalten hatte, richtete die österreichische Regierung an ihren Bevollmächtigten zu Frankfurt — unterm 28. December — eine Note, in der sie sich deutlich darüber aussprach, was sie mit ihrer Betheuerung im Kremsierer Programm, daß Oestreich bis zur schließlichen Feststellung der gegenseitigen Beziehungen zwischen ihm und Deutschland fortfahren werde, seine Bundespflichten zu erfüllen, eigentlich gemeint habe. Diejenigen, die wie Herr von Gagern leichtgläubig genug gewesen, das Programm

1) Allgemeine Zeitung. Augsburg. 1849. Nr. 70.

von Kremsier als die Emancipationsurkunde des „übrigen Deutschlands" zu betrachten, und in jenem „bis dahin" nicht die Ankündigung sahen, daß Oestreich das übrige Deutschland über die Bundesverfassung nicht hinausgehen lassen wollte, mußten jetzt zu ihrer Beschämung und Betrübniß eingestehen, daß sie sich getäuscht hatten und Oestreich seine Bundesrechte nicht aufzugeben dachte.

Mit zarter Schonung glaubte das österreichische Cabinet in seiner Note vom 28. December „die Aufmerksamkeit" des Herrn von Gagern zunächst nur auf folgende Punkte „lenken zu müssen". Der Reichsminister hat das Programm von Kremsier so verstanden, als wolle Oestreich „in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat nicht eintreten, das heißt von demselben sich ausschließen." Eine solche Absicht hat aber das österreichische Cabinet „keineswegs ausgesprochen", vielmehr, wie die Darlegung seiner Politik im Programm von Kremsier beweist, „die Regelung der deutschen Verhältnisse einer weitern Vereinbarung vorbehalten." „Oestreich, heißt es sodann in der Note, ist heute noch eine deutsche Bundesmacht. Diese Stellung, hervorgegangen aus der naturgemäßen Entwicklung tausendjähriger Verhältnisse gedenkt es nicht aufzugeben" — (wird es niemals aufgeben, da es durch Behauptung des Vereinbarungs-Princips bewirken wird, daß Deutschland seiner Verjüngungs-Versuche überdrüssig endlich in den sichern Hafen des alten Bundes sich wieder flüchtet.) — „Kann es gelingen, wie wir aufrichtig wünschen und gern erwarten" — (aber stark bezweifeln und mit allen unsern Kräften hintertreiben werden) — „daß eine innigere Verschmelzung der Interessen der verschiedenen Bestandtheile Deutschlands zu Stande gebracht werde, so wird

Oestreich in diesem neuen Staatskörper seine Stelle zu behaupten wissen". Also sprecht nicht zu frühzeitig von dem „zu errichtenden Bundesstaate" — seht erst zu, ob ihr Kraft habt, ihn zu errichten! „Greift der künftigen Gestaltung des bisherigen deutschen Staatenbundes nicht vor", indem ihr „das Ausscheiden Oestreichs aus dem zu errichtenden Bundesstaate als eine ausgemachte Sache annehmt" — seht erst zu, wie ihr euch über „die gedeihliche Lösung der großen Frage" — die Verschmelzung der verschiedenen Interessen — mit den deutschen Regierungen verständigen könnt, erwartet es erst, wie ihr euch mit der kaiserlichen, die unter diesen „den ersten Platz einnimmt", vereinbaren werdet — dazu bedarf es aber keiner „gesandtschaftlichen Verbindung mit dem österreichischen Kaiserreiche": „wir haben eben so wie alle andern deutschen Bundesstaaten einen Bevollmächtigten am Sitze der Centralgewalt, seine Vermittelung wird wie bisher hinreichen, den Geschäftsverkehr mit dem Ministerium zu unterhalten", Herr von Gagern möge daher „von der Anknüpfung einer diplomatischen Verbindung abstehen" und bedenken — wir erwarten es von ihm und „seine ausgezeichneten staatsmännischen Eigenschaften rechtfertigen diese Hoffnung" — daß nur „eine richtige Würdigung der Verhältnisse", d. h. jene Schonung der verschiedenen Interessen, die am alten Bunde Nichts ändert, zu einer befriedigenden Lösung der großen Frage führen kann.

Die Vereinbarung mit allen Fürsten, die möglichste Berücksichtigung und Schonung der Particularinteressen, die freie Einwilligung aller betheiligten Partheien — dieser Weg der gütlichen und freundschaftlichen Einigung konnte nur zum Ausgangspunkte der Märzbewegung, zum alten Bundestage,

höchstens zu einer neuen, mit „Schonung" revidirten Auflage desselben zurückführen. Die Biedermänner, die im März für die deutsche Einheit schwärmten, die in Frankfurt Herrn von Gagern zujauchzten, als er bei der Einnahme des Präsidentenstuhls, in der Sitzung vom 19. Mai, „die Souveränetät der Nation" verkündete, und es überhörten, wie er in demselben Athemzuge [1]) die Vollmacht der Nation zur Schaffung ihrer Verfassung nur aus der „Schwierigkeit, eine Verständigung unter den Regierungen zu Stande zu bringen", ableitete, die Unschuldigen, die über seine Aufforderung, bei der Schaffung der Centralgewalt einen „kühnen Griff" zu thun, in stürmischen Jubelruf ausbrachen und nicht daran dachten, wie diese Idee im Geheimen längst vorbereitet und im Lauf der Verhandlungen bereits breit getreten war, — die Schwärmer, die im Gedanken ihrer Allmacht schwelgten und von Herrn von Schmerlings einziger Phrase sich leiten und zu tugendhafter Entsagung bewegen ließen, sie wurden auf einmal enttäuscht und hoffnungslos, als Oestreich den beabsichtigten Bundesstaat von seinem Zutritt abhängig machte und damit für unmöglich erklärte. „Dafür also, riefen sie [2]), dafür die ungeheuren Anstrengungen drei Vierteljahre hindurch! Dafür das Maaß und die Schonung für das Bestehende, welche sich die Reichsversammlung auferlegt hat mitten im gefährlichsten Strudel und wofür sie die Feindschaft der Weiterstrebenden auf sich genommen! Dafür, um wieder beim Bundestage anzukommen! Dafür

1) Verhandlungen der deutschen National-Vers. I, 17.

2) Siehe z. B. Allgemeine Zeitung. 1849. Nr. 10. Frankfurt den 6. Januar.

die Rettung der Monarchie, welche die Einheit Deutschlands so erschwerte!"

Sie wunderten sich darüber, daß das Bestehende die Schonung, die ihm geworden, damit vergalt, daß es neue Opfer, endlich die völlige Resignation verlangte.

Metternichs Sturz hatte sie zu dem Glauben berechtigt, daß Oestreichs Politik „sich geändert und in eine solche verwandelt hätte, die Deutschland wenigstens nicht hinderte, die Sehnsucht aller Nationen zu verwirklichen" [1]) — mehr wollten die Bescheidenen nicht, sie wollten wenigstens nicht gehindert seyn und es schmerzt sie nun, daß die Macht, der sie Gleiches mit Gleichem nicht vergelten können, ihnen ihre Befehle dictirt und ihren idealischen Traum unterbricht.

Auf Nichts weniger waren sie gefaßt als darauf, daß Oestreich sich zur Idee des Gesammtstaats aufraffen würde — nun, da es geschehen ist, wünschen sie sich Glück und greifen sie eilig zu, als das österreichische Cabinet so spricht, als ob es ihnen zur Gründung eines einigen Deutschlands neben dem österreichischen Kaiserstaat die Erlaubniß gebe; — als sie sehen, daß sie sich wieder getäuscht haben und der Discretion des kaiserlichen Cabinets überliefert sind, zerbrechen sie sich den Kopf darüber, was in Einem Monate in Oestreich vorgegangen war und den „klaren" Worten des Programms von Kremsier eine neue Deutung gegeben hat. Sie rathen: „man sah indessen in Oestreich den Augenblick kommen, wo man im eignen Hause Ruhe und Ordnung geschafft haben würde, und wollte nun wieder das Privilegium

1) Ebend. Frankfurt, den 5. Januar.

haben, im Nachbarhause das Regiment zu führen" [1]) — es war aber nur ihre Schuld, wenn sie es nicht wußten, daß Oestreich auf dies Vorrecht nie Verzicht geleistet hatte. Schmerling, sagten Andere [2]), hat „die Frankfurter Schwächen" in Ollmütz „enthüllt" — arme Gesetzgeber, die darüber erstaunen, daß ein großes Cabinet sie besser kennt, als sie sich selbst, die da glauben, daß man in Oestreich erst auf einen Besuch des Herrn von Schmerling wartete, um von ihm zu erfahren, was man den Männern in Frankfurt bieten könne — arme Staatsgründer, die statt im Kampf ihre Schwächen in Stärke umzuwandeln, das Studium und die Berechnung derselben einem Cabinet überlassen!

Sie erschraken, als Oestreichs Aufruf alle fürstlichen Interessen, alle Vorrechte der Dynastien gegen die Frankfurter Versammlung in das Feld schickte — sie sollten nun den Lohn dafür erndten, daß sie sich verrechnet und damit geschmeichelt hatten, das fürstliche Vorrecht würde die Schonung, die sie ihm bisher erwiesen, damit vergelten, daß es ihnen den Ruhm der Phrase wenigstens, die Phrase der Gagern'schen Volkssouveränetät lassen werde.

Schon im März hatten sie die Furcht des Bürgers vor der „ewigen Unruhe" vorgeschoben, um durchgreifende Aenderungen zu hindern, hatten sie die Ruheliebe des Bürgers allen Vorschlägen und Absichten entgegengestellt, deren Ausführung nicht ohne Erschütterung möglich gewesen wäre — was thut aber Oestreich jetzt, wenn es Neuerungen verbietet und offen verspricht, daß es die Verjüngung Deutschlands

---

1) Cölnische Zeitung. 1849. Nr. 14.

2) Frankfurter Oberpostamts-Zeitung. 1849. Beilage zu Nr. 5.

auf eine schonende Revision des alten Bundestages beschränken werde? Thut es nicht, was der Bürger haben wollte? Handelt es nicht im Sinne der Gagern und Bassermann, die im Namen des Bürgerthums schon im März der Bewegung Schonung und Besonnenheit empfohlen hatten? Freilich glaubten sie, daß die Stiftung eines engeren deutschen Bundes nicht so viel Unruhe machen und für die Ordnungsliebe des Bürgers nicht so viel Störung verursachen würde, als die Gründung eines „einigen" Deutschlands, dem auch das deutsche Oestreich angehörte: — aber bedenkt, ruft ihnen Oestreich zu, daß auch die Stiftung dieses kleineren Deutschlands nicht ohne Kämpfe möglich seyn, also auch den Bürger in seiner Gemüthsruhe stören wird, leistet daher auch auf diesen bescheidenern Plan Verzicht, laßt es nur beim Alten!

Die „Edeln" und Besonnenen, d. h. die schlechten Rechner wurden mit ihren eigenen Waffen geschlagen: sie hatten den Respect des Bürgers vor dem Bestehenden nicht genug rühmen können und Oestreich gab nun das Zeichen dazu, daß die geborenen Vertheidiger des Bestehenden sich im Geheimen darüber zu verständigen suchten, wie Deutschlands Verfassung ohne die Mitwirkung der Frankfurter festgesetzt und dem Parlament, welches durch sein bloßes Daseyn beunruhigende Erwartungen hervorrief, ein Ende gemacht werden könne.

Jetzt begann das Gewirre der Zeitungsnachrichten über die geheimen Pläne und Verhandlungen der Höfe und Cabinette, welches die Schwachen in Frankfurt betäubte und es ihnen vollends unmöglich machte, zu einem klaren und festen Beschluß zu kommen. Nachdem Herr von Gagern

nur die Absicht ausgesprochen hatte, mit einer Macht, von der er wissen konnte, daß sie ihn zurückweisen würde, in diplomatischen Verkehr zu treten, nahm das verwirrende und ermattende Concert der diplomatischen Noten seinen Anfang und merkte das Parlament, daß es nicht der Schwerpunkt sey, auf dem Deutschlands Zukunft beruhte, nicht das Forum, welches Deutschlands Geschicke entscheiden würde. Die Aufmerksamkeit und Theilnahme des Publicums wurde für immer von ihm abgelenkt — es selbst lauerte bis zur Stunde der Entscheidung auf Nachrichten von den Plänen und Entschlüssen der Cabinette, ließ sich bei seinen Abstimmungen durch bloße Gerüchte und die Combinationen seiner Angst bestimmen — die Zeitungsschreiber grübelten in ihrem schlaffen Hypochonder den eigentlichen Absichten der Cabinette nach und während sie als Tagelöhner des Publicums die Neugierde desselben zu befriedigen suchten, trieben sie es mit ihren Nachrichten und Vermuthungen jener Erschöpfung entgegen, in der es betäubt und willenlos Alles, was die Cabinette beschlossen, über sich ergehen ließ und zum widerstandslosen Gegenstand der Experimental-Politik der Höfe wurde.

Steht Oestreich allein, wollte das Publicum wissen, oder hat es sich seiner Bundesgenossen bereits versichert? „Man sagt", erwidert die Frankfurter Oberpostamts-Zeitung [1]), es habe sich ziemlich sicher gestellt; „Preußen habe sich verpflichtet, nicht ohne seine Zustimmung an die Spitze von Deutschland zu treten; die deutschen Könige hätten ihre Verabredung getroffen, Baiern und Hannover in London bereits angezeigt, daß sie einem Reichsoberhaupte sich nicht unter-

1) 1849. Beilage zu Nr. 5.

ordnen, sondern mit Oestreich das alte Bundesverhältniß in Deutschland festhalten würden; selbst das Parlament sey noch nicht aufgegeben, vielmehr hoffe man, daß es Herrn von Schmerling nach seiner Rückkehr gelingen werde, den deutschen Staatskörper durch Mehrheitsbeschlüsse zu dem Grade der Schwächlichkeit herunterstimmen zu lassen, der ihn der österreichischen Führung gerecht mache."

Also Preußen will nur in Uebereinstimmung mit Oestreich handeln? So ist es, antworteten die Berichterstatter auf die neugierige Frage des Publicums, der König hat sogar ausdrücklich erklärt: „Oestreich die Krone, Preußen das Schwert!" Das ist eine falsche Sage, erwiederten Andere — der König will also die Krone aus den Händen des Parlaments annehmen? Nicht ohne Zustimmung sämmtlicher deutscher Fürsten, wollten Andere wissen.

Nächst Oestreich und Preußen war es Bayern, welches die Zeitungen und das Publicum besonders beschäftigte. Während es nach der Nachricht der Einen beim Cabinet in London seinen Protest gegen das preußische Kaiserthum niedergelegt hatte, nach Andern mit Oestreich fest entschlossen war, nur eine Erneuerung des alten Bundestages aufkommen zu lassen, wird der deutschen Zeitung in den letzten Tagen des Jahres aus Potsdam geschrieben, daß der Feldmarschall Prinz Carl im Namen des bayrischen Hofes die Weglassung Oestreichs aus dem Reiche verlangt und ein Directorium in Vorschlag gebracht habe, in welchem Preußen und Bayern Jedes eine Stimme haben und die übrigen deutschen Fürsten aus ihrer Mitte den Dritten wählen sollten. Die Tugend Preußens widerstand aber den Lockungen des Verführers, Prinz Carl reiste unverrichteter Sache nach

München zurück und bald darauf waren die neuen Instructionen fertig, mit denen Freiherr von Closen nach Wien reiste, um für Baiern nicht mehr eignen Sitz und eigne Stimme in dem deutschen Directorium zu fordern, sondern nur das Vorschlagsrecht von Candidaten für den dritten Posten.

Das Parlament ließ in seiner Ohnmacht die Cabinette am Gewebe ihrer Intriguen ruhig fortarbeiten — es hatte keine Mittel der Gegenwehr — eine angreifende Bewegung zu machen war ihm durch seine eigene Vergangenheit und durch sein policeiliches Beruhigungssystem unmöglich geworden — was blieb ihm also anders übrig, als sich mit resignirender Passivität der Zukunft zu überlassen und von den Ereignissen die Lösung abzuwarten, selbst auf die Gefahr hin, daß das letzte Ereigniß, das Hauptereigniß sein Todesurtheil enthielte?

Der Verfall des Parlaments zeigte sich ferner in der täglich wachsenden Verwirrung seiner Partheien. Die Café's, Casino's und Wirthshäuser, in welchen sich seine Fractionen mit ihrer Privatweisheit abgesondert hatten, fanden keinen Heerführer und keine durchgreifende Idee, die der Zerklüftung und Zertheilung ein Ende gemacht und eine wirkliche Schlachtordnung herbeigeführt hätten. Die Frankfurter Correspondenten gaben sich die äußerste Mühe, Weltgeschichte zu schreiben und das Publicum über die geheimen Arbeiten des „Weltgeistes" aufzuklären, indem sie die wechselnden Verbindungen der Partheien und die täglichen Constellationen in den Café's, Casino's und Hotels beschrieben — aber es half ihnen Nichts, das Publicum erhielt nur den Eindruck eines unklaren Gewirres und es ging ihm wie dem Parla-

ment selber: es konnte sich aus der bunten Geographie der Wirthschafts-Politik nicht mehr herausfinden und sich eine freie Uebersicht verschaffen. Das einzig klare Bild gaben ihm die Klagen des Gagernschen Centrums über die „unnatürliche" Verbindung der äußersten Linken mit den Ultramontanen und den österreichischen und bayerschen „Particularisten" zur Vereitlung des Projects eines kleineren Bundesstaats, gaben ihm ferner die Ausfälle einiger Oestreicher gegen die Schleswig-Holsteinsche Professoren-Clique, die als Waffe gegen die dänischen Gelüste die Personalunion bedurften und darum an Holstein, Luxemburg, Posen und Oestreich dasselbe Maaß anlegten [1]) — allein diese Aufklärungen hatten nur zur Folge, daß das Publicum das gespaltene Parlament immer mehr aufgab und sich gleichfalls darauf gefaßt machte, daß die Ereignisse die Lösung herbeiführen würden.

Herr von Gagern glaubte zwar noch, daß die Betheurung des Biedermanns und seine Erklärung, er werde Stand halten, noch die Kraft hätten, den Lauf der Ereignisse aufzuhalten und das letzte Ereigniß zurückzuschlagen. „Gehalten, aber würdig" [2]) — „von derselben klaren Höhe des politischen Standpunkts", auf welcher seine „stolze und ebenbürtige Antwort" auf das Programm von Kremsier entsprang, antwortete er [3]) auch auf die österreichische Note vom 28. December. In seinem Schreiben an den Vorsitzenden des Ausschusses, der zur Begutachtung seines Antrags vom 18. December

1) Siehe z. B. Allgemeine Zeitung. 1849. Nr. 3. Frankfurt, den 25. December.

2) Wie die Cölnische Zeitung, 1849, Nr. 14, rühmt.

3) Wie die Zeitung für Norddeutschland rühmt. 1849. Nr. 16.

niedergesetzt war, erklärte er sich entschieden gegen die von Oestreich für sich und die deutschen Regierungen vorbehaltene Vereinbarung: „so wenig überall, schreibt er, der Weg der Verständigung zu vernachläßigen sein wird, wo er zum Ziele führen kann, so entschieden wird das mit der von der constituirenden National-Versammlung genommenen Stellung unverträgliche allgemeine Vereinbarungsprincip bezüglich des Verfassungswerkes zurückgewiesen werden müssen. Die Hoffnung, wo sie auch auftauchen möchte, daß die Zeit gekommen sey, den starken Bundesstaat mit dauerhafter, einheitlicher oberster Gewalt in der Geburt zu ersticken und durch ein Surrogat zu ersetzen, das dem alten Bunde mehr oder weniger ähnelt, diese Hoffnung wird zu Schanden werden." Wenn aber Herr von Gagern seinen Antrag vom 18. December, wonach er zu sofortiger Verhandlung mit Oestreich ermächtigt seyn wollte, in dem Schreiben an den Ausschuß „dahin wiederholt, daß er autorisirt werde, zu geeigneter Zeit und in geeigneter Weise, mit der Regierung des österreichischen Kaiserstaats, Namens der Centralgewalt über das Verhältniß Oestreichs zu Deutschland in Verhandlung zu treten", so gestand er seine Niederlage ein, gab er es zu, daß er machtlos sey, den Ereignissen vorzugreifen, legte er das Bekenntniß ab, daß die Ausführung seines Plans von einer ungewisssen Zukunft abhänge.

Wann wird die geeignete Zeit kommen? Oestreich hat die gesandtschaftliche Verhandlung zurückgewiesen; — also dann würde die geeignete Zeit daseyn, wenn alle andere deutschen Staaten außer Oestreich sich der Preußischen Oberhoheit unterworfen haben? Aber wenn nur Einer der übrigen Staaten dem neuen Oberhaupte sich nicht fügen will,

wird Oestreich diesen Einen dann nicht benutzen, um die Vereinbarung mit allen andern zu verlangen und den Unterhändler, der sich ihm Namens der Centralgewalt anbietet, zurückzuweisen?

Trotz seiner „würdigen und imponirenden" Erklärung hat Herr von Gagern das Recht der Vereinbarung allen deutschen Regierungen vorbehalten. Er sagt zwar nur „Verständigung", erklärt, der Weg der Verständigung solle nicht vernachläßigt werden, wo er zum Ziele führt — aber der geheime Vorbehalt des Biedermanns wird den gemeinten Unterschied der Vereinbarung und Verständigung gegen den Andrang der Regierungen nicht festhalten können, die Regierungen werden die Ansicht durchsetzen, daß die Verständigung d. h. die Vereinbarung jederzeit und nur sie allein zum Ziele führen kann, die Mißliebigen, die dem preußischen Kaiserthum widerstreben, werden das Recht der Vereinbarung, welches als Vorrecht nur der österreichischen Regierung vorbehalten ist, auch für sich geltend machen — alle werden es sich anmaaßen — d. h. der einzige Kern der stolzen Gagernschen Idee ist die Vereinbarung der Verfassung, die Auflösung der Versammlung, die auf ihre constituirende Macht Verzicht leistet, endlich die Octroyirung der verbesserten Auflage des Bundestags.

Die Versammlung ertheilte dem Minister am 13. Januar nach einer dreitägigen Debatte die von ihm beantragte Ermächtigung — aber was blieb ihr auch anders übrig? Konnte die Mehrheit unter einem besseren Vorwande sich der Zukunft überlassen und den Ereignissen die Entscheidung übergeben? War die Minderheit, die das ganze, einige Deutschland wollte, im Stande, den Ereignissen zuvorzukommen und

jenem geschlossenen Kern der Majorität, jenen dienstgewohnten Professoren, jenem Bund von ästhetischen, abgeschwächten Pietisten und trocknen, bürgerlichen Schwärmern ihre müde Seele, die nach dem Dienst schmachtete und im Vorgefühl der neuen kaiserlichen Zeit schwelgte, aus dem Leib zu ziehen und ihnen den Geist der Selbstmacht, der der Linken selber fehlte, mitzutheilen?

Herr Venedey, der Verfasser des Ausschuß-Berichtes, der sich gegen die beantragte Aufopferung des deutschen Oestreichs erklärte, hatte schon am 18. December, als das Gagernsche Programm der Versammlung mitgetheilt war, die augenblickliche Verwerfung desselben beantragt[1]: „wir sind hieher gekommen, rief er, um Deutschlands Einheit zu constituiren, und man schlägt uns hier vor, einen Theil Deutschlands aus Deutschland hinauszuwerfen. An dem Tage, wo wir diesen Antrag auch nur verhandeln, verhandeln wir eine Theilung Deutschlands" — auch Herr Reitter von Prag erklärte, mit diesem Programm frage es sich, „ob Deutschland ein zweites Polen werden solle" — „wenn Sie einen Theil Deutschlands an Oestreich überliefern, so haben Sie es an Rußland überliefert" — allein die Mehrheit der Versammlung fühlte, daß sie wider das Schicksal nicht ankämpfen konnte, und sie hatte sich durch ihre früheren Beschlüsse schon zu sehr gefangen gegeben, als daß sie den Kampf mit dem Fatum, das sie drückte, hätte wagen können. Alle Eroberungen, die der deutsche Geist im März gemacht zu haben glaubte, Schleswig, Oestreich mit Böhmen, Mähren, der südlichen Küste und Italien, hatte sie bereits fahren oder

1) Verhandl. der deutschen Nat.-Vers. 6, 4234.

sich nehmen lassen und nur einen Strich von Posen behalten, weil es ihr von Rußland gestattet war; — sollte sie nun jetzt, nachdem sie Alles gethan hatte, um den „erhabenen Flug" des deutschen Geistes ins Lächerliche zu ziehen, nachdem sie die Regungen, in denen sich die Unzufriedenheit des deutschen Volks mit seiner Vergangenheit und Gegenwart äußerte, zu Verbrechen gestempelt hatte, von neuem und vielleicht auf eigne Hand einen Eroberungszug beginnen? Sie fühlte, daß es unmöglich sey — sie mußte dulden, daß ihr Herr von Schmerling höhnend entgegenrief[1]: „bis jetzt gibt es keine deutsche Geschichte", sie konnte, das wußte sie, den österreichischen Bevollmächtigten nicht widerlegen und zu einer deutschen Geschichte den Grund legen. Im Gefühl ihrer Ohnmacht strich sie den deutschen Namen aus der Geschichte und beschloß sie, ihn in dem preußischen aufgehen zu lassen.

Während die Versammlung mit dem Gagernschen Programm sich beschäftigte, hörte man von einem Memorandum, welches die Südslaven, — Croaten, Slavonier und Serben — an die Regierung zu Kremsier gerichtet hatten, in welchem sie ihre nationale Unabhängigkeit, soweit sie sich mit einer kräftigen Centralregierung vertrage, geltend machten und für diese Anerkennung der Reichseinheit die Bedingung stellten, daß kein Theil Oestreichs irgend einem engern Bunde außerhalb des Kaiserstaats angehöre, die Bundesacte des Jahres 1815 demnach aufgehoben und die österreichischen Abgeordneten von Frankfurt abberufen würden. Hatte daher Gagern schon im October den Vorwurf hören müssen, daß er der Verbündete und Mitverschworene der Slaven gegen

---

1) Ebend. 6, 4581.

Deutschland sey, so konnten sich jetzt seine Gegner auf diese Rechtfertigung ihrer Anklage berufen und ihm den verstärkten Vorwurf machen, daß er selbst dazu behilflich sey, daß den Slaven für das Blut, das sie zur Unterwerfung des deutschen Elements in Oestreich verspritzt haben, der ausbedungene Tribut ausgeliefert werde. Die Slaven, diese „Bundesgenossen des Reichsministeriums", bemerkte z. B. Herr Vogt [1]), sind nur consequenter, „sie verlangen die Aufhebung der Bundesacte, während das Ministerium eine neue will", — Herr Simon von Trier machte endlich auf die beschämende Wendung der Dinge aufmerksam [2]), daß die Versammlung, die im Mai den Slaven ihre freie Selbstbestimmung zu schützen versprach, jetzt die Deutschen in Oestreich nicht mehr zu schützen vermöge, daß „Eigenthum, Sicherheit, Leben, ja Ehre der Deutschen den Slaven preisgegeben sey, denselben Slaven, welche die Versammlung damals ihrer Gnade versicherte" — die Mehrheit der Versammlung beschloß aber auch dieses Gefühl der Schaam in dem mächtigeren Gefühl ihrer Ohnmacht zu ersticken.

Herr Sepp von München erinnerte sie daran, wie sie sich zu wiederholten malen auf ihre Souveränetät berufen habe; „wohlan, fuhr er fort, zum Souverän gehört es, daß er Mehrer des Reichs sey, und wir sollen jetzt zu einer Verminderung des Reichs den Anstoß geben [3])?" Als ob in dieser ganzen bürgerlichen Welt, die in der Versammlung ihr Abbild erhalten hatte, souveränes Selbstgefühl, Selbst-

1) Ebend. 6, 4632.

2) Ebend. 6, 4586.

3) Ebend. 6, 4605. folgd.

macht, erobernde Kraft von vornherein vorhanden war! Als ob die Gagernsche Phrase ein besseres Schicksal verdiente, als ob für sie ein anderes Schicksal übrig blieb als der beschämende Rückzug in die pietistischen Professorenseelen, in deren Zerknirschung sie für ihre Ueberhebung Buße that!

Entweder, setzte Herr Sepp ferner auseinander, „müssen beide Großstaaten, Oestreich und Preußen in unsern Bundesstaat eintreten, damit nicht von einem derselben die übrigen kleinen Länder in ihrer Selbstständigkeit zu sehr bedroht, wo nicht gar verschlungen werden, oder beide mögen sich zurückziehen, dann werden die übrigen kleinen Staaten Deutschlands sich für sich constituiren" — auch das rührte die Gagernsche Mehrheit nicht: die Einen betrachteten das übrige Deutschland für die gewisse Beute Preußens und die süddeutschen Führer, Gagern an ihrer Spitze, kannten aus eigner Erfahrung die Zerfahrenheit und Haltlosigkeit dieser constitutionellen Kleinstaaten zu gut, um von ihnen die Schöpfung eines selbstständigen politischen Gebildes zu erwarten, trauten ihnen die Kraft der eignen Constituirung nicht zu und waren bei alledem in ihrer Kleinstaaterei [1]) so befangen, daß sie sich das künftige Deutschland nur als „Kleindeutschland" vorstellen konnten.

Den Hauptschlag gegen den Gagernschen Plan versuchte Herr von Würth, der frühere Unterstaatssecretär. „Oestreich, wenn es von Deutschland gegen seinen Willen getrennt wird, sagte er [2]), wird den Einfluß, den es bisher

---

1) Wie bei späterer Gelegenheit, am 22. Januar Herr Beda Weber sich ausdrückte. Ebend. 7, 4812.

2) Ebend. 6, 4611. folgd.

immer in Deutschland gehabt hatte und den es jetzt aufgeben soll, zu erhalten suchen. Es wird die Mißstimmung benutzen, die in vielen Theilen Deutschlands gegen die neue Gestaltung der Dinge vorhanden seyn wird, es wird auf die Schwäche und Zerrissenheit Deutschlands speculiren. Deutschland dagegen wird, wenn Sie die Trennung vornehmen, mit den abgetrennten österreichischen Provinzen, deren Verlust es nicht verschmerzen kann, beständig liebäugeln; es wird die abgerissenen deutschen Länder wieder zu sich herüberzuziehen suchen, es wird auf den Zerfall des österreichischen Kaiserstaats hinarbeiten — Oestreich wird Deutschland, Deutschland wird Oestreich zu erobern suchen, beide werden aber unter dem Hohn und Jubel der gemeinsamen Feinde sich verbluten" — sind *wir* aber *daran* schuld, konnten Gagerns Freunde antworten, wenn eine *allgemeine Mißstimmung* die Folge von der Ausführung unseres Vorschlags und Beschlusses ist? Leben wir denn in einem andern Element als dem der allgemeinen Verstimmung und Unzufriedenheit mit dem eignen Geschick? Können wir, die nur deshalb das Ziel eurer Angriffe sind, weil wir mehr als Andere dies Element in uns aufgenommen haben, können wir etwas dafür, wenn das Wesen, das wir in die Welt setzen, die Zeichen der Verstimmung an sich trägt und Unzufriedenheit und Mißliebigkeit um sich her verbreitet?

Oestreich, fuhr Herr von Würth fort, wollt ihr ausschließen, weil es die Centralgewalt nicht anerkannt hat; — aber hat Preußen, dem ihr Deutschland in die Arme werfen wollt, diese Anerkennung geleistet? Hat es sich nicht am 6. August eine offene Auflehnung zu Schulden kommen lassen? Enthielt nicht sein Waffenstillstand mit Dänemark eine völlige

Umgehung der Centralgewalt? „Als das Reichsministerium am 29. October die Absendung eines Reichscommissars nach Berlin beschloß, protestirte die preußische Regierung in einem Tone, der die schärfste Erwiderung nöthig machte. Es erfolgten bald darauf die Novemberereignisse, die Reichscommissare Simson und Hergenhahn wurden nach Berlin gesandt, die preussische Regierung erklärte aber, daß sie sich selbst helfen würde und daß es sich um eine bloß innere Angelegenheit Preußens handle, wobei die Centralgewalt und Nationalversammlung kein Recht des Einschreitens und Vermittelns hätten. Die Beschlüsse der Versammlung vom 20. November und die Proclamation des Reichsverwesers vom 21. hatten nur den Einen Erfolg, daß man in Potsdam grade deshalb, weil diese Beschlüsse gefaßt waren, das Ministerium Brandenburg nicht zu entlassen beschloß, während man sich früher schon dazu hingeneigt hatte." Den Beweis! rief die Rechte über diese Aufklärungen erschreckt. „Das Reichministerium, antwortete Herr von Würth, hat die Beweise in seinem Archiv. Man mußte in dieser Beziehung für das Verhältniß der preußischen Regierung zur Centralgewalt das Aeußerste befürchten. Herr von Gagern ging selbst nach Berlin, auch seine Bemühungen scheiterten, das Aergste folgte nach. Am 4. December Abends 5 Uhr begaben sich die Reichscommissare zum Grafen Brandenburg, machten ihm noch Vorstellungen gegen das Bleiben des bisherigen Ministeriums, erklärten ihm die Ansicht der Centralgewalt, namentlich, daß eine Octroyirung der Verfassung nicht wünschenswerth sey. Es schien auch so, als höre man sie geneigten Ohres an. Sie gehen nach Hause und finden daselbst das Blatt des

Staatsanzeigers, welches die Auflösungsverordnung und die neue Verfassung enthielt."

Wenn es aber weiter Nichts ist, mußten die Edeln und Besonnenen bei sich selber sprechen, wenn das der Fortschritt vom Argen zum Aergern, wenn das endlich, wie Herr von Würth, um uns zu schrecken, ankündigt, „das Aergste" ist, so möge er sich beruhigen: auf unsern Irrfahrten als Reichscommissäre haben wir uns an verachtendes und schroffes Entgegenkommen gewöhnt, wir wissen es längst nicht anders, als daß die Centralgewalt, wo sie Gehorsam fordert, Verachtung findet — darum suchen wir eben einen Herrn und denken, derjenige wird der beste seyn, der selbst das offene Verfahren, welches Herr von Würth an Oestreich wenigstens rühmlich fand, mit seinem Benehmen gegen die Reichsgewalt überboten hat.

Was endlich den Vorwurf betrifft, daß Oestreich sich die Zustimmung zu den Beschlüssen der Nationalversammlung vorbehalten habe und in seiner Note vom 28. December sich dahin aussprach, daß das deutsche Verfassungswerk nur auf dem Wege der Verständigung mit den deutschen Regierungen gedeihlich zu Stande kommen könne, so „sind alle größeren Regierungen Deutschlands, bemerkte noch Herr von Würth, nicht Eine von den größeren ausgenommen, in dieser Beziehung mit Oestreich einverstanden, gehen sie mit Oestreich nur Einen Weg — die preußische Regierung hat sich nur nicht mit jener männlichen Offenheit ausgesprochen wie die österreichische — sie hat auf die vom Reichsministerium bereits durch Herrn Bassermann an sie gestellte Frage, ob sie das Werk der deutschen Verfassung, so wie sie aus den Händen der Nationalversamm=

lung hervorgehen werde, annehmen wolle, bis zum heutigen Tage noch keine Antwort gegeben."

Auch diese Insinuation konnte die Freunde des Herrn von Gagern nicht treffen, da in dem Programm ihres Führers die Verständigung mit den Regierungen zugelassen war, und außerdem preßte ihnen ihre Unsicherheit und das böse Gewissen, das sich hinter der Phrase ihres Führers versteckte, das geheime Geständniß ab, daß ihnen am Ende die Vereinbarung auch nicht so fürchterlich und sogar willkommen seyn würde, da sie ihnen einen Theil der Verantwortlichkeit abnimmt. Ihr Entschluß stand fest: Berlin sollte[1]) die Hauptstadt des neuen byzantinischen Kaiserthums werden, welches ihrer gebrechlichen Kunst und Wissenschaft durch die Erhebung derselben zur Hofphilosophie, Hofhistoriographie und Hofkunst eine sichere Fortdauer und durch die theologische Färbung aller Partheikämpfe ihrer geschwächten Religiosität einen neuen Reiz versprach.

Und Preußen wird ihnen, wie sie es durch die Ausdauer ihrer Bewerbung und die Wegwerfung ihrer selbst verdient haben, entgegenkommen.

---

1) Wie sich Herr Lassaulx, ihr Gegner, ausdrückte, ebend. 6, 4775.

V.

Die preußische Note vom 23. Januar.

War es nur die Verlegenheit über die plötzliche Isolirung, war es die Berechnung der Minister, daß die unbestimmte revolutionäre Erregtheit des Volks durch dieses unerwartete Hervortreten gedämpft und in eine unschädliche Richtung geleitet werden müsse, was den König am 21. März auf die Straßen von Berlin hinunterführte und zu seinem Kaiserzug bewog — oder war es das Gefühl, daß die innere Erschütterung Preußens von dem Uebermaaß der Kräfte herrührte und der Kampf des 18. März im Grunde nur gegen die Schranken gerichtet war, die den Ausfluß der Kräfte nach außen hinderten und Preußen von dem Gebiet einer ihm unentbehrlich gewordenen Wirksamkeit absperrten, was dem König für die „höchste Gefahr", in der das deutsche „Vaterland schwebte [1]), die Augen öffnete und ihm den Muth gab, „für die Tage der Gefahr die Leitung zu übernehmen"?

1) Siehe den Aufruf vom 21. März 1848: „An mein Volk und an die deutsche Nation."

War es nur die Sentimentalität des Volkes, dem sein Kampf leid that und welches im Kaiser nicht mehr den gekränkten und angegriffenen König wiederzuerkennen hoffte, was den Kaiserzug nicht ganz verunglücken ließ — war es nur ängstliche Berechnung, die die Kaiserkrone hervorholte, um das Andenken an den kämpfenden König zu verwischen, verlegene Schmeichelei, die dem König das deutsche Kaiserthum als ein Recht darreichte, welches er sich durch die Genugthuung, die sich die Arbeiter am 19. März erzwangen, durch die Huldigung, die er den gefallenen Kämpfern darbrachte, erworben habe[1]) — oder fühlte sich das Volk zu stark, um sich nur mit jenem Preußenthum zu begnügen, zu schwach, um gegen die erwachte deutsche Nationalität noch seine besondere Aufgabe zu behaupten, und sprach es deshalb[2]) vom „Anschluß an das deutsche Volk", von dem „Ruhm und der Wonne, ein deutsches Volk zu seyn"?

War es wirklich nur die kindische Albernheit, welche die gelehrten Staatsmänner[3]) „bei so stürmischer Witterung ein Obdach suchen und in der sichern Stätte des eigenen Gemüths finden ließ", die gelehrte Albernheit, die den Deut-

---

1) So heißt es z. B. in dem poetischen Flugblatt: Friedrich Wilhelm IV., Berlin. 1848:

„Als er die Krone beugte
Vor Volkes Majestät
Und für die Wahrheit zeugte,
Hat er den Thron erhöht."

2) Siehe z. B. das Gedicht, welches der Berliner Handwerkerverein am 19. März drucken und am 20. in einer Auflage von vielen Tausenden in den Straßen vertheilen ließ.

3) Siehe z. B. den leitenden Artikel der deutschen Zeitung. 1849. Nr. 1. Zur Beherzigung. Eine Neujahrsgabe von Dahlmann.

schen hier, in der Stille des Gemüths auf die Frage nach der Macht, die den Beschlüssen „seines Volksraths zu Frankfurt“ Kraft verleiht, auf Preußen hinwies, — die Albernheit, die gleichwohl von der äußern Politik der Macht, die sie an der Spitze Deutschlands sehen wollte, sagte, daß sie „durch österreichischen Einfluß seit 30 Jahren verdorben und zerstört“ sey [1]), und darüber seufzte, daß es „noch Mühe und Arbeit kosten würde, Metternichs Vermächtnisse in der preußischen Politik zu tilgen“ — war es diese Simplicität der Professoren, was Preußen und Deutschland in einander wirrte — — oder war es die Furcht vor dem geschichtlichen Fatum, was Deutschland in die Kreise der preußischen Politik hineintrieb, die Furcht vor einer wirklichen Zukunft Deutschlands, was Preußen lähmte und ihm auf halbem Wege Halt gebot?

Es war Alles das zusammen — Nichts von dem Angeführten ausgenommen — was Preußen und den König vorwärts trieb und wieder Halt machen, zuweilen selbst zurückweichen ließ. Die Unklarheit und Unbestimmtheit — dieselbe Unsicherheit, die die Revolutionäre in den Kampf hineinzog und den Augenblick darauf zu Ruhepredigern und Schwärmern für den passiven Widerstand machte, drückte auch die Nationen, beunruhigte das Königthum über seine Zukunft und machte es für die Gegenwart unschlüssig.

Das Preußen, welches dreißig Jahre lang, während Süddeutschland mit den Halbheiten des Liberalismus sich abmühte und erschlaffte, die Wissenschaft zur Vollendung brachte, der Lehrer der Süddeutschen, der Gegenstand

1) Ebend. Beilage zu Nr. 20. p. 2.

ihrer Bewunderung und zugleich ihres Neides, ja ihrer Abneigung war — das Preußen, welches in der Wissenschaft die Befreiung von dem Staatsmechanismus und die völlige Auflösung der kirchlichen Unfreiheit vorbereitete, welches in den letzten Jahren des vorigen Königs und in den ersten des jetzigen den Kampf gegen seinen eignen Mechanismus und seine innere Unfreiheit theoretisch zu Ende führte und mit den Waffen der Kritik nicht nur seine Engherzigkeit bekämpfte, sondern auch die Illusionen auflöste, die die Befreiungsversuche des vorigen Jahrhunderts zur Halbheit verurtheilt hatten — — es bestand nicht mehr: seine Staatsautoritäten waren so geistlos, daß sie den Kampf nicht mehr verdienten, seine Kirche war der Polemik nicht mehr werth, nachdem sie auf der Generalsynode sich öffentlich compromittirt hatte, seine Universitäten fristeten ein unnützes Daseyn, nachdem sie ihre Aufgabe vollendet hatten. Dieses Preußen konnte nicht herrschen und war unfähig, Deutschland zu erobern. Zwar hatte es noch seine innere Disciplin, besaß es noch das Uebergewicht seiner formellen Organisation, mußte es endlich einmal das Capital, welches es in seiner Kriegsmacht gesammelt hatte, in Bewegung setzen: aber wer sollte die Leitung übernehmen, die Anwendung dieser mächtigen Capitalien dirigiren? Das Beamtenthum etwa, welches in den letzten Jahren die geistige Kraft des Landes mit tödtlichem Haß verfolgt hatte? Oder die lichtfreundliche Bürgerschaft, die in den letzten vier Jahren hinreichend gezeigt hatte, daß sie den Kampf für eine Sünde hält, die nicht vorschreitet, sondern sich mit ihrer Massenhaftigkeit nur fortschiebt und fortwälzt und gegen die ebenbürtige Bürgerschaft des Südens keinen geschichtlichen Vorzug hat?

Oder das Königthum? Aber das absolutistische Königthum, welches auf unmittelbarem Vertrauen beruht, war durch die Wissenschaft unterhöhlt, war bereits gestürzt. Das Königthum, welches vom Thron herab mit den Lichtfreunden über den phlegmatischen Ueberrest der aufgelösten Theologie disputirt und zuletzt sich damit hilft, daß es seinem bürgerlichen Gegner das Wort verbietet — das Königthum, welches zu einer deutschen Kirche den Grund gelegt zu haben glaubt, wenn die Hofgeistlichen, die es sich von den befreundeten Höfen zu einer Conferenz ausgebeten, sich einmal die Hand drücken und versichern, wie lieb sie einander haben — das Königthum, welches die Landeskirche wiederherstellt, wenn die Herren Nitzsch und Stahl auf der Generalsynode den Bankerutt ihrer Weisheit erklären — welches auf dem vereinigten Landtag zu Ständen zu sprechen glaubt und doch nur mit Bürgern verkehrt und deren Forderungen gegenüber die Ansprache, mit der es sie empfangen und in den Umkreis ihrer ständischen Rechte verwiesen hatte, vergißt — — dieses Königthum war auch bereits widerlegt und bürgerlich geworden, ehe die Bürgerschaft nach dem 18. März seinen Sieg über dasselbe feierte und mit ihm als Bürgerkönigthum seinen Vertrag abschloß.

Die Kräfte aber, die Preußen im Kampf mit seiner eignen Starrheit und Halbheit im Lauf von dreißig fruchtbaren Friedensjahren entwickelt hat, sind dem Haß des Beamtenthums nicht erlegen, wirken fort, auch nachdem die lichtfreundliche Bürgerschaft sich Raum verschafft und fast die ganze Oeffentlichkeit für die Langeweile ihrer Phrase in Besitz genommen hat — der Kampf mit der lichtfreundlichen Erschlaffung und Abgestumpftheit wird sie vielmehr

steigern, zu neuer Entwicklung treiben. Diese Kräfte, dazu die formelle Disciplin und Organisation, die zur bürgerlichen Schlaffheit den Gegensatz bildet, das Heer, welches der lichtfreundlichen Zerfahrenheit als Gegner gegenübersteht und der Oberleitung harrt, die es auf ein großes Ziel leitet — — sind das nicht Elemente, die Preußen noch eine Zukunft und das Uebergewicht in der deutschen Politik sichern? Ist es nicht möglich, daß jene überlegenen Kräfte dem Bürgerthum für jetzt den Kampfplatz nur in der Absicht überließen, damit es sich vollständig erschöpfe und sich in seiner Passivität bloß stelle? Hat nicht auch das Königthum eine Zukunft, wenn es mit den Kräften, die es doch vergeblich bekämpft hat und die den Sturz seines halben und patriarchalischen Absolutismus herbeigeführt haben, die Form der Disciplin und Organisation erfüllt und eine neue Epoche der kühnen Gestaltung und der Eroberung beginnt?

Oder ist es Preußen nicht möglich, sich von seiner Halbheit loszusagen? Liegt es in seiner Natur, Kräfte großzuziehen, um sie dann mit kleinlichem Haß zu verfolgen? Ist es seine Bestimmung, Aufgaben sich zu setzen und in der Mitte der Ausführung inne zu halten? Vorwärts zu bringen und auf der Hälfte des Weges vor der eignen Ueberhebung zu erschrecken?

Der König hatte also am 21. März erklärt, daß er „die Leitung Deutschlands für die Tage der Gefahr übernehme." Seine Proclamation war aber mit den öffentlichen Blättern kaum in Wien angekommen, als der Minister Fiquelmont augenblicklich, noch am 24., eine Circular-Depesche an sämmtliche Vertreter Oestreichs bei den deutschen Bundesstaaten und an den Bundesgesandten abgehen ließ, in welcher

gegen jede einseitige Aenderung an den Grundlagen des Bundes feierlich protestirt, eine Uebersiedelung der Bundesversammlung nach Potsdam, in welche das österreichische Cabinet noch vor zwei Wochen gewilligt hatte, abgelehnt und der kaiserliche Präsidialgesandte angewiesen wurde, nur in Frankfurt und nur nach den bestehenden Bundesgesetzen an dem großen Werk der Verfassungsrevision Theil zu nehmen, da diese lediglich durch das Zusammenwirken aller, mit gleichem Rechte ausgestatteter Bundesglieder zu Stande gebracht werden könne[1]).

Der Plan war vereitelt, ehe die Ausführung begonnen, von Oestreich durchkreuzt, während die süddeutschen Zeitungen ihn mit den leidenschaftlichen Ergüssen ihres Hohns und ihrer Erbitterung über den Vertreter des Königthums in Deutschland empfingen. Man vermuthete allgemein, daß der Ausspruch: „Preußen geht in Deutschland auf" umgekehrt zur Wahrheit werden solle[2]), und die Wiener Zeitungen nannten die „angemaaßte Hegemonie" „eine Verletzung des Oestreich vertragsmäßig eingeräumten Vorsitzes am Bundestage", sprachen ihre Ueberzeugung aus, daß Deutschland „sich neuerdings um das verjüngte, constitutionelle Oestreich schaaren werde, das keine Gelüste nach Vergrößerung der eignen Macht und des eignen Einflusses hegt, sondern nur die Wahrung der deutschen Einheit und Unabhängigkeit im Auge hat." [3])

Als der Reichsverweser gemäß dem Beschluß der Nationalversammlung vom 28. Juni — einem Beschlusse, den die

1) Wiener Zeitung. 1848. Nr. 87, (vom 27. März).

2) Ebend. Nr. 84, vom 24. März.

3) Ebend. Nr. 87. 94.

preußische Regierung auf Rechnung ihres vertraulichen Einflusses und ihres unablässigen Treibens auf eine Vertretung der staatlichen Sonderinteressen neben der Vertretung der Gesammtinteressen im Parlament zu setzen liebte[1]) — alle deutschen Regierungen aufforderte, Vertrauensmänner nach Frankfurt zu senden, die ihm berathend zur Seite stehen sollten, bemühten sich die Ministerien Auerswald und Pfuel, aus dieser provisorischen Vertretung der Einzelstaaten ein officielles mitberathendes Collegium herauszubilden und den Vorsitz desselben, da der Reichsverweser schon dem österreichischen Hause angehöre, Preußen zu verschaffen. Allein „das aufrichtige Streben Preußens nach deutscher Einheit scheiterte an dem Mangel an deutschem Einheitssinn bei den einzelnen Regierungen" [2]) — d. h. die einzelnen Regierungen wollten sich nicht mit der Eile, die Preußen erwartete, gefangen geben.

Allmählig sonderten sich die Fürsten in feste Gruppen, erkannten besonders die kleinern Fürsten die Wichtigkeit des Frankfurter Verfassungswerkes und der Gagern'schen Volkssouveränetät für ihr eignes Interesse. Alles kommt darauf an, dachten sie, ob Preußen die in der Nationalversammlung vertretene Gesammtsouveränetät der deutschen Nation und die damit zusammenhängende Einheit Deutschlands anerkennt oder sich auf die Seite der particularen Souveränetät stellt und demnach mit Oestreich und den Königreichen des Rheinbundes, die bereits gegen die Vertretung der Gesammtnation

---

1) Siehe z. B. Frankfurter Oberpostamts-Zeitung. 1849. Beilage zu Nr. 18, den halb-officiellen Artikel aus Berlin, vom 18. Januar.

2) Wie sich die Oberpostamts-Zeitung a. a. O. ausdrückt.

conspiriren, gemeinschaftliche Sache macht; im letztern Fall ist es um uns geschehen, im ersteren Falle ist das Verfassungswerk die einzige Garantie unserer ferneren Existenz und wird Preußen als das erbliche Oberhaupt selbst zu unserm Schutz gezwungen seyn.

So liefen denn, als die Debatte über das Gagern'sche Programm und die Berathung über das Reichsoberhaupt bevorstanden, von den Bevollmächtigten fast aller kleineren Fürsten bei der Centralgewalt die Erklärungen ein, in welchen sie die Bereitwilligkeit ihrer Regierungen, sich einem einzigen und erblichen Oberhaupte des deutschen Bundesstaates zu unterwerfen, meldeten. Der Haß gegen Preußen hatte sich gelegt und der Berechnung des eignen Vortheils Platz gemacht — bei alledem waren aber diese Erklärungen streng abgemessen, ja frostig; es fehlte jener Ton des Gemüths, welchen der Fürst, auf dessen Person sie zielten, so gern hörte und von dem er glaubte, daß er die Zaubermacht der Geschichte sey; von Anerkennung und Neigung war in ihnen allen Nichts zu finden, viele von ihnen waren sogar so unbestimmt gehalten, daß sie Preußen nicht einmal namentlich als die Macht bezeichneten, von der sie erwarteten, daß sie nach dem wahrscheinlichen Beschluß der Nationalversammlung Deutschland das einige Oberhaupt geben solle — kurz, es fehlte ihnen allen jene Begeisterung, die eine große geschichtliche Wendung bezeichnet, und was das Bedenklichste war: die Könige beobachteten ein hartnäckiges Stillschweigen.

Auch dem Parlament schien die historische Zeugungskraft zu fehlen. Am 20. Januar beschloß es zwar, daß einer der regierenden Fürsten das Reichsoberhaupt werden solle, —

aber am 23. verwarf es die Erblichkeit desselben, ferner die Wahl auf Lebenszeit, sodann die Wahl auf 12 Jahre, ebenso die auf 6, endlich auch die Wahl auf 3 Jahre, so daß es nur ein Subject ohne Prädicate, ein Nichts hervorgebracht hatte.

Die Schwärmer, die die Herstellung der deutschen Einheit von der Kraft der Bruderliebe und vom Parlament eine recht warme, recht begeisterte, recht pathetische Proclamation des preußischen Kaiserthums erwartet hatten, rächten sich für diese Enttäuschung und für den „niederschlagenden Eindruck", den die letzten Verhandlungen des Parlaments und die Abstimmung über das Reichsoberhaupt auf sie gemacht hatten, indem sie dem Undank der Welt die Herrlichkeit ihrer Hoffnungen entgegenhielten und mit der Ungebärdigkeit des Knaben, der über die Zurückweisung seiner Forderungen außer sich geräth, die Grausamkeit der Welt, die ihre schönsten Ideale zertrümmert, anklagten. Die Cölnische Zeitung z. B. [1]) klagte bitterlich darüber, daß es nun mit Deutschland — dem Deutschland wenigstens, das in der Zeit der Märzbegeisterung dem Patrioten „vor der Seele stand" — zu Ende sey; „finis Germaniae" rief sie mit tragischem Pathos aus und in ihrem Schmerz, in ihrem Hader mit dem Schicksal und der grausamen Wirklichkeit war sie so unbesonnen, die kindische Natur ihrer Hoffnungen bloßzustellen, die Machtlosigkeit ihres Ideals zu verrathen. „Vor zehn Monaten, trauert sie, — o, es war eine selige Zeit des Hoffens: in unserm Geist dachten wir uns schon das deutsche Reich in seiner alten Glorie aus dem Grabe

1) 1849. Nr. 23.

des Kyffhäuser wieder auferstanden" — schlimm genug aber, wenn ihr aus Gräbern und Ruinen eure Ideale holt! Aber konnten wir, antwortet sie, vor zehn Monaten diese Wendung erwarten? „Das große einige Vaterland — war nicht diese Idee die erste mächtige Riesenwelle, die durch die zersprengten Schleusen des Absolutismus flutete? Schlug nicht dieses Losungswort der Deutschen wie ein Donnerschlag über unsere Gränzen bis zur Newa und Themse hinaus"? Als ob gestaltlose Riesenwellen geschichtliche Gestaltungen schaffen können und nicht vielmehr endlich ermatten, sich legen und die geschichtlichen Marksteine hervortreten lassen! Als ob ein Donnerschlag in dem Augenblick, in dem er in die Luft fährt, der Welt bleibende Gesetze dictiren könnte!

Allerdings war die deutsche Bürgerschaft im März plötzlich aufgebraust — die Volksmasse ins Wogen gerathen, allein nicht zu erwähnen, daß das dumpfe Aufbrausen und Wogen für einen Augenblick die Fürsten, als Träger der besondern Vorrechte wohl schrecken aber keinen neuen Zustand schaffen konnte — hatte nicht das Parlament zu Frankfurt, die einzige Ablagerung, welche die Riesenwelle aus dem aufgerührten deutschen Boden zusammengebracht hatte, aus Furcht vor der Aufregung selbst zuerst den Wogen Ruhe geboten? Hatte es nicht, statt die Volkskraft zusammenzufassen und den Versuch zu wagen, ob Deutschland wirklich die Fähigkeit habe, sich unter den Nationen Europa's zur Geltung zu bringen, seinen Ursprung verläugnet, die Wogen, die es in Frankfurt abgesetzt hatten, in ihr altes Bett, in die gesetzlichen Niederungen und Sümpfe zurückgepeitscht, hatten sie nicht der aufgeregten Masse, der sie

in der Wahlzeit geschmeichelt, Abhülfe aller Mißstände und Befriedigung ihres Instincts, Erfüllung aller ihrer gerechten Wünsche versprochen hatten, den Rücken gekehrt — hatten sie nicht dem Bürger Recht gegeben, der Ruhe haben und die leidige Bewegung beendigt wissen wollte? Jetzt saßen sie isolirt da, glaubten im Spiel ihrer Abstimmungen Deutschland zu constituiren, und gestanden es mit ihrer letzten Incompetenzerklärung doch endlich ein, daß sie nicht viel mehr Werth und Macht hätten, als die Vereine und Versammlungen, in denen sich während der letzten drei Jahre die bürgerliche Opposition zusammengefunden hatte, als die Germanistenversammlung, deren Toaste das einige Deutschland feierten, als die Versammlung der Advocaten, die auf die Entdeckung eines gemeinsamen deutschen Rechts ausgegangen waren, als die Köthner Versammlungen der Lichtfreunde, die über den Begriff der Kirche abstimmten und wie ihre Freunde, die Advocaten und Germanisten nur den bürgerlichen Trost mit nach Hause brachten, daß sie sich „doch ausgesprochen" haben.

Von diesem ohnmächtigen Germanistenverein hatte die preußische Regierung eine Entscheidung erwartet, die sie zwar nicht als bindend, noch weniger als einen Ausfluß der Gesammtsouveränetät der Nation anzuerkennen, aber doch je nach der Gestaltung der Umstände für ihre Zwecke zu benutzen gedachte. Sie machte deshalb den Anhängern des preußischen Erbkaiserthums entfernte Hoffnungen; Herr Camphausen, ihr Bevollmächtigter bei der Centralgewalt, der sich in dieser Stellung in derselben Weise als vorgeschobenes Schild für geheime oder noch nicht bestimmt genug detaillirte Absichten gebrauchen ließ, wie in Berlin während seiner

ministeriellen Wirksamkeit, war kurz vor der letzten Abstimmung in Potsdam gewesen und nach seiner Rückkehr nach Frankfurt zischelten sich die Vertrauten, die Bevorzugten, die in die Staatsgeheimnisse einen Blick thun durften, die wichtige Nachricht in die Ohren, daß das Resultat seiner Sendung ihnen, den Anhängern des preußischen Erbkaiserthums durchaus nicht ungünstig sey, namentlich habe sich der König dahin geäußert, daß er sich zur Zeit nicht bestimmt im voraus aussprechen könne, sondern eine officielle Mittheilung und Anfrage erwarten müsse[1]).

Nach der Abstimmung vom 23. Januar war diese Anfrage unmöglich geworden. Dennoch mußte sich Preußen endlich aussprechen: die kleineren Fürsten, durch Andeutungen und Winke, die sie aus Frankfurt und Berlin erhielten, dazu bewogen, hatten die Kaiseridee zu deutlich und öffentlich mit seinem Namen in Verbindung gebracht, als daß es über seine Absichten länger schweigen konnte — außerdem mußte das Schicksal der Nationalversammlung endlich entschieden werden, drängte ferner der kühne und offene Vorgang Oestreichs, drängten dessen fortdauernde und geheime Intriguen.

So entstand die Circularnote an die bei den deutschen Regierungen beglaubigten Missionen — sie wurde vom 23. Januar datirt; der Staatsanzeiger brachte sie in seiner Nummer vom 29.

In welchem Grade das Parlament verfallen war, wie sehr es das Publicum — von einem Volke war nämlich keine Rede mehr — verloren hatte, bewies die Aufnahme,

1) Allgemeine Zeitung. 1849. Nr. 24. Frankfurt, den 21. Januar.

welche diese Note — die erste, die sich über die Ansicht eines der größern Cabinette ausführlich aussprach — in fast allen öffentlichen Blättern fand.

Keine Parthei und kein einzelner Partheiführer — Niemand im Parlament hatte sich über das Gewirre der Tagesdebatte erheben und die Nation zu einer Höhe führen können, wo die Verhältnisse in der natürlichen Einfachheit ihrer Gegensätze und Beziehungen überschaut werden konnten: das Publicum sah nur einen verwirrten Knäuel von Interessen, Partheileidenschaften, Ansichten und Widersprüchen, — einen Knäuel, den ein Tag dem andern in immer größerer Verwirrung zuschob — man begrüßte daher diese Noten der Regierungen als den Leitfaden, der endlich aus dem Labyrinth führen würde.

Da die Parlamentsdebatte von keinem ordnenden Geiste zusammengefaßt wurde, so ging für das Publicum auch der wirkliche Gehalt derselben verloren, in welchem sich die natürliche und unzerstörbare Gewalt der Verhältnisse geltend machte, und erhielt es nur den Eindruck eines zwecklosen Streites, dessen interessanteste Punkte ihm noch die ärgerlichen Auftritte waren, in denen sich die Gereiztheit und die Verstimmung einer Versammlung, die vom Gefühl der eignen Schwäche gequält wurde, Luft machten: um so verführerischer wirkte nun auf das Publicum die rücksichtsvolle und geschraubte Sprache der preußischen Note und die große Masse derjenigen, die Ruhe um jeden Preis haben wollten, freute sich, daß nun der Augenblick nahe sey, wo die Regierungen, die „so würdig, so edel und so bescheiden sprechen", die Leitung der Angelegenheiten wieder in die Hände nehmen

und aller Ungewißheit, sammt dem Quell derselben, dem Parlament, ein Ende machen würden.

Wenn z. B. für einen Correspondenten der deutschen Reichszeitung die bloße Erörterung der Form des Circulars einen „wahrhaften Reiz" hatte, begrüßte die Breslauer Zeitung dasselbe als „ein hochwichtiges und willkommenes Ereigniß, weil es Klarheit in Verhältnisse bringt, die eben durch ihre Verworrenheit und Dunkelheit jede schaffende Thätigkeit lähmten"; — während die deutsche Reform im Namen derjenigen, die von den Ereignissen die Lösung erwarteten und somit der Zukunft sich auf Gnade und Ungnade ergeben hatten, aufathmete und bekannte: „die Note hat uns einen schweren Stein vom Herzen genommen", nannte die Casseler allgemeine Zeitung die Note „eine Besitznahme — die Besitznahme einer Position, die nach und nach gegeben war", rief die Frankfurter Oberpostamts-Zeitung: „wir sehen Land!" und überbrachte dieselbe Zeitung Preußen „den ganzen und vollen Dank des deutschen Volkes." Was also dem Parlament nicht gelingen wollte: die Zaghaften ermuthigen, die Verzweifelnden widerlegen, die Verhältnisse aufklären, Positionen besetzen, festen Fuß fassen — das ist der preußischen Regierung mit Einer Note gelungen.

Dennoch aber wurde der „erfreuliche Eindruck" den die Note bei „allen Besonnenen" machte, durch einige bedenkliche Sätze — vielmehr gerade durch ihre wichtigsten Sätze getrübt. Indem die Note von der Voraussetzung ausgeht, daß „der österreichische Staat mit allen Banden an Deutschland gekettet ist und das übrige Deutschland seinerseits auf die alte Verbindung mit Oestreich nicht verzichten kann", versichert sie die „hohe Befriedigung", mit welcher die könig-

liche Regierung „nunmehr", nach der Ungewißheit des vorigen Jahres, „festgestellt sieht, daß Oestreich mit ihr den deutschen Bund als fortbestehend betrachtet, in demselben beharren und an dessen kräftiger Entwicklung theilnehmen will." Diese hohe Befriedigung ist aber, sagt die Cölnische Zeitung [1]), wenigstens in Frankfurt und wohl auch in ganz Deutschland nicht empfunden worden, alle Patrioten wurden vielmehr unangenehm überrascht, als die österreichische Regierung in der Note vom 28. December ihre Ansicht über die Fortdauer des deutschen Bundes aussprach.

Von der „Verständigung", die Oestreich den deutschen Regierungen in Aussicht gestellt hat, nimmt die Note vom 23. Januar an, sie „werde jedenfalls von der Art seyn müssen", daß in ihr weder die Einheitsbestrebungen Oestreichs, noch die Einigungsversuche Deutschlands „ein Hinderniß finden" — „das sind aber nur Worte ohne rechte Bedeutung, fährt die Cölnische Zeitung fort, da diese beiderseitigen Bestrebungen sich durchkreuzen müssen und die naturgemäße Entwicklung beider Staatsorganismen durch eine solche Verständigung nur verfälscht, aber nicht ausgeglichen werden kann" — Worte, „Worte ohne einen rechten Kern des Gehalts" nennt es ferner dieselbe Zeitung, wenn die Note die weitere Erwartung ausspricht, daß die österreichische Regierung zu den deutschen Einheitsbestrebungen die Hand reichen und „auch bei der Gestaltung der innern Verhältnisse der österreichischen Monarchie auf die Beziehungen zu Deutschland die möglichste Rücksicht nehmen werde."

---

1) 1849. Nr. 30.

Wenn ferner die preußische Regierung für den Fall, daß Oestreich „nicht glauben sollte, an der angedeuteten Entwicklung Deutschlands in vollem Maaße theilnehmen zu können", die Gagern'sche Idee von dem „engern Verein, dem Bundesstaat innerhalb des Bundes" aufnimmt, war es der Cölnischen Zeitung bedenklich, daß Deutschland für diesen Fall nur nicht „ausschließlich zu den wesentlichen Grundlagen des alten Staatenbundes zurückkehren", fand sie es anstößig, daß „der mit Begeisterung erfaßte Plan einer bundesstaatlichen Verbindung" nur nicht „gänzlich verlassen werden solle"; — — wenn sodann die preußische Regierung aus der Möglichkeit des Zollvereins den Schluß zieht, daß „auch ein noch weitere Interessen umfassender Verein innerhalb des Bundes bestehen könne", wenn sie also den künftigen Bundesstaat, statt ihn gegen Oestreich zu vertheidigen, nur entschuldigt und sogar verkleinert und selbst herabsetzt, um die Erlaubniß für ihn zu gewinnen, nannte die Cölnische Zeitung die Bezeichnung desselben als einer Fortbildung des Zollvereins einen doch zu „matten und kleinen Ausdruck für das, was das deutsche Volk von seiner staatlichen Gestaltung erwartet."

Ihre Bedenklichkeit nahm aber noch zu und sie hielt „besorglich inne", als sie weiter las, wie „der König und höchst dessen Regierung nicht der Ansicht sind, daß die Aufrichtung einer neuen Kaiserwürde zu der Erlangung einer wirklichen und umfassenden deutschen Einigung nothwendig sey", als sie ferner die preußische Regierung die „Befürchtung" äußern hörte, „daß das ausschließliche Anstreben gerade dieser Form des an und für sich nothwendigen Einheitspunktes der wirklichen Erreichung jenes Ziels der Einigung

wesentliche und schwer zu überwindende Hindernisse in den Weg legen würde", als sie sich endlich mit der Vertröstung abgefertigt sah, „es dürfte wohl eine andere Form gefunden werden können, unter welcher das dringende und höchst gerechtfertigte Verlangen des deutschen Volks nach wahrhafter Einigung vollständig befriedigt werden könnte." „Auch uns, erwiederte die Cölnische Zeitung im Namen der Patrioten, liegt wenig an dem Namen des Kaiserthums" — wenn aber die Note die Kaiserwürde nur eine Form nennt, „geht das auf den Titel oder auch auf das Wesen des Einheitspunkts"? Natürlich hatten die Besonnenen nicht den Muth und die Fähigkeit, diese Ungewißheit aufzulösen, sich die Frage selbst zu beantworten, sie ließen sich lieber von neuem „bedenklich" machen, indem die Note erklärte, „Preußen werde keine ihm angebotene Stellung annehmen, als mit freier Zustimmung der verbündeten Regierungen," und starrten nun, von den tausendfachen Bedenken irre gemacht, rathlos einer ungewissen Zukunft entgegen, in welcher das Vereinbarungsprincip, welches ihr Freund und Held Gagern zuerst etablirt hatte, sein verwirrendes Werk vollbringen würde.

Aber ist es denn wirklich noch die Gagern'sche Idee, was die Circularnote als letzte Aushülfe in der Noth anempfiehlt? Wenn es heißt: „Preußen strebt nach keiner Machtvergrößerung oder Würde für sich selbst; es begehrt, wie auch die deutsche Verfassung sich gestalte, keinen andern Antheil an der obersten Leitung der Bundesgewalt, als denjenigen, welchen seine Stellung in Deutschland und die Bedeutung der geistigen und materiellen Kräfte, die es dem gemeinsamen Vaterland zur Verfügung stellen kann, der

Natur der Dinge nach ihm anweist"? — ist dieser Antheil an der Oberleitung das Gagern'sche Kaiserthum? Setzt er nicht eine Theilung der Regierungsgewalt voraus, eine Theilung wenigstens mit Oestreich — am Ende auch mit den übrigen deutschen Regierungen — folglich ein Directorium?

Gagerns Plan, sagten die Freunde des Reichsministers [1]), hatte etwas „Entschiedenes, Revolutionäres in sich: er enthielt die Niederdrückung der Dynastieen, die Vertilgung des Particularismus, die wirkliche Auflösung des preußischen Staats in Deutschland. Dieser Charakter, der Stempel der Kraft und raschen That, in welchem der Plan Gagerns gezeichnet war, die letzten Züge, in denen wir das Antlitz der Revolution wiedererkannten, sind nun auch verblaßt, geebnet, breit und unbestimmt geworden durch die offene Erklärung Preußens gegen das Kaiserthum. Es ist Gagern nicht gelungen, was er gewollt hat. Der letzte revolutionäre Plan ist mißglückt. Die Illusion, mit einem raschen Entschluß in Frankfurt ein rasches Ja von Preußen zu erobern, konnte nur bestehen, so lange man nur mit Preußen zu thun zu haben glaubte; jetzt verschwindet sie, da Preußen die doppelte Verhandlung der Regierungen unter sich und der Regierungen mit der Reichsversammlung offen eingeleitet hat."

Der Plan war also, wie seine Vertheidiger selbst eingestanden, eine Illusion, die sich nur so lange halten konnte, als man mit Gewalt vor der Wirklichkeit die Augen schloß und sich im Glauben wiegte, daß man es nur mit Preußen

1) Siehe z. B. Zeitung für Norddeutschland. 1849. Nr. 29.

zu thun habe. Der Plan war auf eine Ueberraschung berechnet; Preußen, so sehr seine Dynastie im Einverständniß mit Oestreich die Garantie gegen die Gefahren sucht, denen sie sich durch die Nachgiebigkeit gegen ihre eigene Neuerungslust und die Bewegungselemente des eignen Staats ausgesetzt glaubt, so sehr seine Dynastie unter dem Titel der Gemeinsamkeit des Handelns den dominirenden Einfluß Oestreichs verbirgt, dem sie in der Zaghaftigkeit und Halbheit ihrer eignen Reformbestrebungen huldigt, so sehr sie die Pietät gegen Oestreich vorkehrt, wenn sie über ihre eigenen Angriffe auf die Integrität des deutschen Reichs bestürzt wird und auf halbem Wege stehen bleibt — — Preußen, so rechnete man, ist bei alledem auf seine Selbstständigkeit Oestreich gegenüber im höchsten Grade eifersüchtig, es hat den Drang nach großen Dingen, nach europäischer Geltung — es sieht sich durch die Machtentwicklung, die Oestreich durch seine Centralisation gewinnen muß, eben so bedroht wie durch den raschen Fortschritt, zu welchem die Revolution die kleinern deutschen Staaten gedrängt, und durch das gesteigerte Selbstgefühl, welches sie ihnen mitgetheilt hat: es muß fürchten, seine bisherige Stellung als europäische Großmacht zu verlieren, wenn es nicht die Kräfte von ganz Deutschland in sich aufnimmt: — bieten wir sie ihm daher an, es wird zugreifen und wir dürfen hoffen, daß es in Deutschland aufgehen und seine Auflösung finden wird.

Doch das war nicht einmal der Gagern'sche Plan. Gagern traute den rein deutschen Staaten zur Eroberung Preußens nicht die Kraft zu, er wollte sie vielmehr, er wollte also das Bestehende durch die preußische Oberhoheit

vor Erschütterungen und vor der Auflösung bewahren. Wenn es aber nur auf diese Erhaltung des Bestehenden ankommt, dachte Preußen, so ist auch der Schein der Revolution, den die Kaiseridee noch an sich trägt, unnöthig und sogar vom Uebel, und es war sicher, daß es eine Ausnahmsstellung über den rein deutschen Staaten gewinnen könne, auch wenn es das Kaiserthum ablehnte. Was endlich die Vereinbarung betrifft, noch dazu die unendliche Vereinbarung aller Regierungen unter einander und zwischen ihnen wiederum und der Versammlung, so war sie als Princip selbst im Gagern'schen Programm enthalten und der Minister sammt dem Parlament wurden nur durch ihr eignes Zugeständniß geschlagen, wenn Preußen in seiner Note alle Consequenzen des Princips zog und das Zugeständniß zu seinem eignen Vortheil und im monarchischen Interesse ausbeutete.

Die Revolution ist demnach für die Note nur ein Zwischenact in der Geschichte, den die Regierungen zugelassen haben und über den sie jetzt ihre Meinung sagen werden. Die Revolution hat das Werk der Regierungen unterbrochen — die Regierungen ließen es einmal zu, daß auch das Volk auf die Schaubühne trat — jetzt werden sie über die Acteurs ihr Urtheil aussprechen. Als die Revolution ihr erstes Grollen hören ließ, hatten die Fürsten eine Revision der Bundesverfassung beschlossen, jetzt, da sie die Volksleistungen kritisiren werden, ist es natürlich, daß sie ihren vorrevolutionären Beschluß wieder aufnehmen und zur Ausführung bringen.

„Zur Zeit des Zusammentritts der Nationalversammlung, heißt es im Eingang der Note, war die begonnene

Revision der Bundesverfassung nicht so weit gediehen, daß es den deutschen Regierungen möglich gewesen wäre, einen gemeinsam verabredeten Verfassungsentwurf der Versammlung vorzulegen und vor derselben zu vertreten." Nur dieser zufällige Umstand, sodann der weitere Umstand, daß die Regierungen sich gerade in dieser Zwischenzeit zufällig einmal „passiv" verhalten mußten, da „viele ihre ganze Kraft durch innere Angelegenheiten in Anspruch genommen sahen", endlich „die greifbare Schwierigkeit der Vereinbarung mit 37 verschiedenen und unabhängigen Regierungen mochten dazu mitwirken, die Vorstellungen über den Umfang der staatsrechtlichen Befugnisse der Versammlung hoch zu steigern" — mochten dazu beitragen, daß das Volk einmal sich einbildete, Geschichte zu machen. Aber es war nur ein Zwischenspiel, zu welchem die Regierungen ihre hohe Erlaubniß gegeben haben: „die Nationalversammlung, sagt die Note, hat sich beinahe acht Monate hindurch in freier Bewegung ihrer Verfassungsarbeit widmen dürfen" — die Concession naht sich ihrem Ende und die Regierungen werden sich bald „über das Resultat der Arbeiten der Versammlung auszusprechen haben."

Die Note erläßt nun an die deutschen Regierungen den Aufruf, sich auszusprechen und ihre Erklärungen über den Verfassungsentwurf vor der zweiten Berathung desselben dem Parlament „zur Erwägung zu übergeben"; — d. h. die preußische Regierung führt die Fürsten in den Kampf gegen das Parlament, um demselben für seine Besonnenheit und für die erwiesene Schonung den Lohn zu geben — sie beschwichtigt und gewinnt selbst die Rheinbunds-Könige, die über die Kaiser-Phantasien der Versammlung ungehalten

waren, indem sie ihren Widerstand gegen dieselbe billigt und ihrer Unzufriedenheit mit den anmaaßenden Gesetzgebern Worte leiht — sie gibt sogar dem Unwillen Oestreichs gegen die Versammlung Recht — sie besänftigt den Argwohn aller ihrer Gegner, indem sie ihre Ueberzeugung ausspricht, daß man Deutschland erneuern und doch zu den Grundlagen des alten Staatenbundes, wenn auch „nicht ausschließlich" zurückkehren, daß man den Plan des Bundesstaats aufgeben könne, wenn es nur nicht „gänzlich" geschehe — bei alledem läßt sie den künftigen Oberherrn und souveränen Gesetzgeber hören, indem sie Alles Mögliche zu leisten, das deutsche Volk „vollständig zu befriedigen" verspricht, — ja sie läßt sich sogar jetzt schon zu dieser oberherrlichen Vermittlung in einer ziemlich verschränkten Wendung herab, indem sie „die Hand dazu bietet", daß die Erklärungen der Staaten möglichst „gleichmäßig" ausfallen, und „von den andern Regierungen ein gleich vertrauungsvolles Entgegenkommen erwartet."

Dahin also hat es Herr von Gagern mit seiner „Idee" gebracht, dahin hat sich die Versammlung bringen lassen.

Herr von Gagern, sagt die Mannheimer Abendzeitung [1]), nachdem sie die Contrerevolution in der preußischen Note nachgewiesen, wird nun den Beweis liefern, daß „die Verfassung des Bundesstaates nicht Gegenstand der Unterhandlung seyn könne" — er wird seine Drohung erfüllen

1) 1849. Nr. 28.

und die Hoffnungen derer, die die einheitliche Verfassung durch „ein Surrogat, das dem alten Bundesstaat mehr oder weniger ähnelt", zu Schanden werden lassen.

Er wird sich aber beeilen müssen, wenn die Verwirrung, die er angestiftet, nicht ihm und dem ganzen Parlament über den Kopf wachsen soll.

VI.

Die österreichischen Noten.

Während Herr von Gagern vergeblich auf eine Erwiderung von Seiten Oestreichs wartete, nachdem er am 22. Januar durch ein Schreiben an den kaiserlichen Bevollmächtigten zu Frankfurt, Herrn von Schmerling, die Einleitung zu der gesandtschaftlichen Verhandlung mit Oestreich vorausgeschickt hatte, bemühten sich seine Gegner, sein preußisches Kaiserthum im Publicum in voraus um allen Credit zu bringen, indem sie meldeten, wie sehr man sich für dasselbe am Hofe der Königin von England interessire. In London, sagte die Hannoversche Zeitung, ist die Hand zu suchen, die am „ungenähten Rock der deutschen Einheit webt" [1]) — Palmerston ist es, der Gagern inspirirt und für das preußische Kaiserthum arbeitet, um seine Feindseligkeit gegen Oestreich zu befriedigen und den deutschen Zollverein in das englische Freihandelssystem zu ziehen — der englische Minister fürchtet, daß Deutschland am Mittelmeer festen

1) Siehe Allgemeine Zeitung. 1849. Nr. 34. Siehe auch Nr. 23. Berlin, den 19. Januar.

Fuß fasse, die Donau gewinne, er will es im Süden und im Osten vom Meer abschließen und für Triest, für das Mittelmeer, für die Donau ihm in seiner Großmuth vielleicht Flensburg geben, oder auch nur die Aussicht auf Flensburg lassen — ja, nur die Aussicht will er ihm lassen, darum dringt er darauf, daß die „deutschen Bundesländer" von Holland und Dänemark dem engern Bunde, den Gagern und Preußen innerhalb des alten Bundes herbeiführen wollen, nicht beigefügt werden, und er muß bei Preußen bereitwilliges Gehör gefunden haben, da in der Note vom 23. Januar „das deutsche Gebiet der Niederlande und Dänemarks" ausdrücklich aus dem engern Vereine innerhalb des deutschen Bundes ausgeschlossen wird.

Sonst aber, wird der Allgemeinen Zeitung aus Coburg — unterm 26. Januar — geschrieben [1]), ist man in London, am Hofe wie im Cabinet für das neue Kaiserthum ganz Theilnahme, ganz Sympathie. Prinz Albert, der an die Märztage die schönsten Hoffnungen knüpfte und „die großartige Bewegung der deutschen Union", wie er sich ausdrückte, freudig begrüßte, der es weder an gut gemeinten Rathschlägen noch an diplomatischen Instructionen und Schritten aller Art sowohl in Potsdam als in Frankfurt fehlen ließ, um die deutsche Kaisereinheit ins Leben zu rufen, gab sogar seine Muse in den öffentlichen Dienst, indem er in einem Gedicht [2]) mit wahrer Meisterschaft der Sprache der Bewerbung Germania's um Preußens Arm in Reime brachte.

1) Ebend. Nr. 34.

2) Entschließe dich! Germania an Borussia. Ebend. a. a. O. Die deutsche Zeitung brachte es zuerst.

Der Prinz und die Königin gingen von der verständigen Berechnung aus, daß Oestreich zu sehr europäische Macht sey und die Verpflichtung habe, sich in dieser Eigenschaft Europa zu erhalten, als daß es sich an dem deutschen Bundesstaate betheiligen dürfe, woraus dann naturgemäß folge, daß Preußen die deutsche Kaiserkrone gebühre und daß es die diplomatische und militärische Leitung des neuen Bundesstaats übernehmen müsse; damit aber das wiedergeborene Deutschland im Innern gekräftigt werde, damit es andererseits zwischen Frankreich und der neuen österreichisch-russischen Allianz nicht allein stehe, hatte man am englischen Hofe den Plan gefaßt, zeitgemäße Arrondissements vorzunehmen und zur Stiftung einiger neuen Königskronen die Hand zu bieten, wobei die Idee eines Königreichs Thürungen und der Gedanke an den zweiten Sohn der Königin, den Prinzen Alfred, ohnehin präsumtiven Nachfolger des Herzogs Ernst, gleich nahe lagen und Deutschland sicher darauf rechnen konnte, daß ihm die Sympathieen der brittischen Nation sich eben so lebhaft und uneigennützig wieder zuwenden würden, als dieß im vorigen Jahrhundert wegen Hannovers der Fall war.

Der Hof und das Cabinet von Großbritannien rechneten bei der Verfolgung dieses Plans auf die Einsicht und Energie des „edeln" von Gagern, auf die Zustimmung des Ministers des auswärtigen Angelegenheiten in Berlin, Herrn von Bülow, auf die Geschäftigkeit des Herrn Bunsen, der in London durch seine schwarz-roth-goldnen Hemdsknöpfchen seine Begeisterung für das wiedergeborne Deutschland zur Schau trug und im Januar mit dem König persönlich zu Charlottenburg conferirte, endlich auf die Unterstützung, welche

Graf Westmoreland in Berlin und Lord Cowley zu Frankfurt den patriotischen Bestrebungen aller dieser Männer widmeten.

Während der König zum Warten, dem sichersten Ausweg in einer Frage, deren „übereilte" Lösung zu viele und mächtige Interessen verletzen und zu Gegnern machen würde, seine Zuflucht nahm, zwang ihn Oestreich durch das Schreiben, welches die kaiserliche Regierung unterm 17. Januar an ihn richtete, diese wartende Stellung aufzugeben und mit einem Entschluß hervorzutreten. Trotz der Note vom 28. December glaubte man immer noch, daß die österreichische Regierung durch die innern Kämpfe der Monarchie viel zu sehr mit sich beschäftigt sey, als daß sie sich in die deutschen Angelegenheiten mischen könne. Gleichwohl hatte sie im Gedränge, in dem sie sich befand, Zeit gefunden, jenen Vorschlag vom 17. Januar an den Berliner Hof zu richten, der den Beweis lieferte, daß sie Absichten verfolge und dieselben durchaus nicht aufzugeben gedenke.

Die beiden deutschen Großmächte, das war der Inhalt des Vorschlags [1]), sollten sich mit den königlichen Höfen als provisorische Gesammtsouveränität Deutschlands constituiren. Während Oestreich und Preußen von jeder Vergrößerung ihrer Territorien absähen, sollte einem jeden der vier Königreiche ein gewisser Umkreis von Staaten zugestellt werden, die in Bezug auf militärische Leitung, Justizpflege und Verwaltung sich mit ihm verschmelzen sollten, während die Gemeinsamkeit ständischer Vertretung innerhalb eines solchen Kreises der fernern Entwicklung der vaterländischen Zustände anheim-

1) A. a. O. Nr. 38. Deutsche Zeitung Nr. 84.

gegeben würde. Unmittelbar nach erfolgter Verständigung über die Gränzen dieser Kreise sollte jeder der vier Kreiskönige seine Kreisstände einladen, in diese vorgeschlagene innige Verbindung mit ihm einzutreten. An der friedlichen Lösung dieser Angelegenheit glaubte Oestreich nicht zweifeln zu dürfen, da es darauf rechnete, daß die Gesandten der beiden Großmächte die etwa widerspenstigen Fürsten durch geeignete Ermahnung überzeugen würden; dann erst, wenn die Kreisverhältnisse geordnet wären, sollte von der Constituirung der neuen Gesammtobrigkeit an die Frankfurter Versammlung eine Mittheilung ergehen. Wahrscheinlich würde die Versammlung, durch die Macht der Ereignisse gedrängt, sich nachgiebig erweisen. Bei dem aufgeregten Zustande der öffentlichen Meinung jedoch und dem möglichen Rückhalt, den die Unzufriedenheit einiger Kreisfürsten einer Opposition der Paulskirche gewähren könnte, wurde vorgeschlagen, noch vor jener Mittheilung in der Nähe von Frankfurt ein Heer von 40000 Mann unter den Befehlen des Königs von Würtemberg zusammenzuziehen: Preußen sollte 20000 Mann, Bayern 10000, Würtemberg eben so viel stellen. Nachdem in dieser Weise, wahrscheinlich mit Zustimmung der Frankfurter Versammlung, die Obrigkeit in Deutschland gehörig geordnet, würde es ein Leichtes seyn, zwischen den sechs Kreisen des Reichs eine neue Bundesverfassung durch diplomatische Verhandlungen zu begründen, wie das wohlverstandene Interesse der hohen Verbündeten sie erheische.

Weder das vorgeschlagene Attentat auf die Nationalversammlung, noch der Gedanke, auf diplomatischem Wege eine Reichsverfassung zu begründen und dieselbe sodann den Völkern zu octroyiren, war es, was Preußen stutzig machte

und seine Besorgniß erweckte, sondern der Gedanke, daß vier neue Königreich ihm zur Seite und als Schranke gegen seine Tendenzen aufgestellt werden sollten. Es antwortete mit der Note vom 23. Januar, in der es zugleich Oestreich zu beschwichtigen und in voraus zu entwaffnen und seine eigenen Ansprüche mit vorsichtiger Behutsamkeit aufrecht zu erhalten suchte. Es willfahrtete dem österreichischen Cabinet, indem es durch die Einleitung der Vereinbarung die Octroyirung vorbereitete, es durchkreuzte aber auch seine Pläne, indem es sämmtliche Regierungen zur Vereinbarung aufrief.

Oestreich half sich gegen diesen Gegenschlag damit, daß es den kaiserlichen Bevollmächtigten die Note vom 29. Januar zuschickte, von welcher jedoch, da sie über Preußens Verhalten, darüber, daß es die Unterhandlungen plötzlich abbrach und ohne Vorwissen Oestreichs auf die Oberhauptswürde Ansprüche erhob, nicht geringes Mißvergnügen aussprach, den Betreffenden nur mündliche Mittheilung gemacht wurde[1]. Die Note beruft sich auf den Beitritt Preußens zu dem Grundsatze, daß die Verfassung nur unter Zustimmung der Regierungen zu Stande kommen könne und daß die Regierungen sich untereinander zu verständigen hätten, und sie beschwert sich sodann darüber, daß während nach der Ansicht des österreichischen Cabinets die größeren Staaten — schon zur Erleichterung der Verständigung — in erster Linie stehen sollten, das preußische Cabinet einseitig den Vorschlag gemacht habe, daß sämmtliche Regierungen ihre Erklärungen in Frankfurt abgeben sollten. Endlich erhebt sie

1) Allgemeine Zeitung. Nr. 47. Frankfurt, den 12. Februar.

Einwendung gegen die Idee eines doppelten Bundes, — eine Idee, die nicht nur unklar, sondern auch gefährlich sey, da sie auch Oestreich das Recht gebe, mit Bayern, Würtemberg, Sachsen u. s. w. einen Sonderbund zu schließen, also vielmehr, statt Deutschlands Einheit zu stärken, zur Zerspaltung desselben führe.

Schon am 22. December hatte der bayrische Gesandte in London an Lord Palmerston in Bezug auf das Project, Preußen an die Spitze von Deutschland zu stellen, geschrieben, daß sein König im Vertrauen auf das Recht, welches die unter Garantie aller Großmächte in Wien unterzeichneten Verträge ihm geben, „jedes Einverständniß mit diesem Project von sich weise und demselben überhaupt entgegen sey". Bayern hatte seinen Rückhalt an Oestreich und das letztere verdoppelte jetzt seine Bemühungen, die Höfe von München und Stuttgart für seine Operationen gegen Preußen zu gewinnen. Beide gaben das Versprechen, nur mit ihm zu gehen; auch die Höfe von Dresden und Hannover, mit denen es sich gleichfalls zu verständigen suchte, schienen nicht geneigt zu seyn, Preußen zu folgen.

Die Unterhandlungen mit den königlichen Höfen waren noch im Gange, als die österreichische Regierung ihre Note vom 4. Februar nach Franfurt schickte. Zeit gewinnen, — das war auch ihre Absicht, die sie mit dieser Note zu erreichen hoffte. Sie konnte unterdessen ihre geheimen Unterhandlungen mit den königlichen Höfen zu Ende führen — sie gab dem Widerstand der Könige gegen den preußischen Plan größere Kraft, einen offenen Rückhalt — sie konnte vielleicht die Umgestaltung der deutschen Verhältnisse so weit hinausschieben, daß es ihr endlich nach der Consolidirung

der einheimischen Verhältnisse möglich würde, mit einem bestimmten Plane aufzutreten und denselben mit den Kräften des Kaiserreichs zu unterstützen.

So erklärte sie, daß sie „mit den deutschen Volksstämmen diesseits und jenseits der österreichischen Gränzen das tiefgefühlte Bedürfniß der Wiedergeburt Deutschlands in vollem Maaße theile und mit ihnen in einem engern Verbande der einzelnen Staaten die erste Bedingung dazu erkenne und weit entfernt davon sich ausschießen, vielmehr zur ernstlichen und aufrichtigen Mitwirkung bereit sey."

Aber — während sie für sich zu Hause die Herbeiführung eines einheitlichen Staats sich zur Aufgabe gesetzt hat, während sie mit den Provinzen, die sich auf die Ueberlieferungen der Vergangenheit berufen, kämpft, alte Rechte vernichtet, die Berufung auf die mannigfaltigen Bedürfnisse der einzelnen Theile nicht anerkennt und durch die Einheit der Gesetzgebung und Verwaltung für immer zu ersticken sucht, während „die Presse", Stadions Organ, noch in ihrer Nummer vom 3. Februar „das Princip großer Staatensysteme" als das mächtigste Triebwerk der jetzigen Bewegung in Europa, die Einigung als das sicherste Mittel zur Entfaltung großer noch unentwickelter Kräfte bezeichnet und darum behauptet, daß Oestreich kein Föderativ-Staat werden darf — erklärt die Regierung in der Note vom 4. Februar, daß es sich für Deutschland „um Einigung handelt, nicht um gänzliche Umschmelzung der bestehenden Verhältnisse, um Wahrung der verschiedenen lebenskräftigen organischen Glieder Deutschlands, nicht um deren Aufhebung und Vernichtung." Indem sie sich im Geheimen die Erklärung darüber vorbehält, welches diese lebenskräftigen Glieder seyen, ob die

vier königlichen Höfe, oder alle Glieder des bisherigen Bundes, erklärt sie sich gegen das Gagernsche Programm, weil es einen „einheitlichen Staat" begründen würde, durch welchen „den einzelnen Gliedmaaßen, der Geschichte und den Bedürfnissen der Gegenwart entgegen, jedes selbstständige Leben entzogen und nach einem künstlich geschaffenen Brennpunkt, (— gleichviel ob es Frankfurt oder ein anderer Theil Deutschland seyn soll —) übertragen würde" — sie greift aber noch weiter, baut jeder Verletzung des Bestehenden vor, will nirgends in Deutschland die „Mannigfaltigkeit der Bedürfnisse, die Ueberlieferungen der Vergangenheit und die Ansprüche an die Zukunft" verletzt wissen und beruft sich sogar auf die „europäischen Verträge", die es ihr zur Pflicht machen, sich jeder „einseitigen Aufhebung des deutschen Bundesverhältnisses" zu widersetzen.

Eine Revision der alten Bundesverhältnisse will Oestreich wohl gestatten, aber nicht eine durchgreifende Umwandlung derselben, — eine Stärkung des Bundestags, aber nicht dessen Sturz, — die höhere Kräftigung des Staatenbundes, aber nicht die Auflösung in einem Bundesstaat. Auch schon vor den Märztagen war in Frankfurt die kräftigere Anziehung des Bandes, welches die deutschen Staaten zusammenhält, besprochen worden — auch schon früher hatte man Aenderungen in dem Stimmenverhältniß, permanente Vollzugseinrichtungen in Vorschlag gebracht — also konnte Oestreich für die Aufrechterhaltung der alten Bundesverhältnisse eintreten und dennoch den Plan seiner Reichskreise und königlichen Kreisfürsten beibehalten, ja die Ausführung dieses Plans als die zweckmäßigste Garantie der äußern und innern Sicherheit immer wieder in Vorschlag bringen.

Oestreich war aber consequent, wenn es den Einheitsstaat bei sich zu Hause herzustellen suchte und denselben „für Deutschland nicht wünschenswerth" nannte. Die Deutschen betrachteten die Bewegung, von der sie im März ergriffen waren, vorzugsweise als eine nationale — sie wollten eine nationale Einheit, Befriedigung ihres Nationalgefühls, eine nationale Gesetzgebung; Oestreich dagegen benutzte wohl in der Verlegenheit des Augenblicks die Nationalitäten, die es enthielt, schmeichelte der Einen und ließ sie für eine kurze Zeit gewähren, um mit ihrer Hilfe eine andere für ihre Ueberhebung zu bestrafen, aber auch diese augenblicklichen Zugeständnisse gewährte es nur mit dem innern Vorbehalt der baldigen Zurücknahme und während es der einen Nationalität schmeichelte und ihr freundlich war, stand schon sein Entschluß fest, derselben, sobald sie den beabsichtigten Dienst geleistet, bei der ersten Gelegenheit die Vorstellung von ihrem besondern Werth zu nehmen und sie zu dem Niveau aller andern herabzudrücken. Wie jeder große geschichtliche Staat bekämpfte Oestreich das Natonalitätsprincip und suchte es vielmehr seine Größe und Zukunft auf eine starke Concentration und eine gemeinsame Gesetzgebung zu gründen. Mit der Gier und Zähigkeit des Sammlers und Geizigen hatten die früheren Regierungen Oestreichs in den zusammengerafften Ländern und Nationalitäten ein Capital zusammengebracht und festgehalten, welches durch die Revolution in Fluß gesetzt wurde und, richtig angewandt, da es die geschichtlichen Raçen Europa's enthielt, also auch die Gesammtaufgabe Europa's in ein einziges Staatsleben zusammenfaßte, einen außerordentlichen Ertrag und der Regierung, die die Anwendung leitete, ein mächtiges Selbstgefühl und

weltgeschichtliche Bedeutung im vollen Sinn des Worts versprach. Während die Völker Oestreichs durch das Scheitern ihrer nationalen Bestrebungen verstimmt und geschwächt waren, Ungarn für seine alten Gerechtsame noch kämpfte, Wien in sich selbst verfallen und durch die Militärgewalt gefesselt darniederlag, hatte die Regierung die Erbschaft der Revolution angetreten und es war für sie kaum noch eine Frage, ob Deutschland ihm zuvorkommen, die Revolution ernstlich durchführen und als Eroberer auftreten werde.

Wenn die Bildung und Macht einer Person sich in der Beherrschung und Unterwerfung ihrer Natürlichkeit beweist und in der freien Benutzung derselben zur Geltendmachung ihres Selbsts — wenn die weltgeschichtlichen Nationen nur durch den Kampf mit ihrer eignen Nationalität groß geworden sind, wenn sie durch ihr übermächtiges Selbstgefühl, dem die Schranke der eignen Naturbestimmtheit nicht genügte, zum Kampf mit ihrer Natürlichkeit und zu Schöpfungen in Kunst, Wissenschaft, Gesetzgebung oder militärischer Organisation getrieben sind, die ihrem Einfluß und ihrer Macht diejenigen Nationen unterwarfen, die nicht *aus eigner Kraft* diesen Kampf mit ihrer Naturbestimmtheit durchführen konnten — kurz, wenn die Größe der geschichtlichen Nationen darin begründet ist, daß die Nationalität den Gegensatz gegen sich selbst enthielt und den Kampf gegen sich selbst aushalten konnte, — — welcher Nation müßte dann die weltgeschichtliche Herrschaft sicherer seyn als der deutschen, die in ihren hervorragendsten Geistern mit seltener Gründlichkeit *ihre eigne Beschränktheit bekämpft* und Schöpfungen hervorgebracht hat, denen der Stempel welthistorischer Bedeutung tief eingedrückt ist?

Bis jetzt ist es aber der deutschen Nation noch nicht gelungen, ihren innern Bruch aufzuheben, und hat sie mit den Einzelnen, in denen sie sich über ihre natürliche Schranke erhoben, nichts Anderes anzufangen gewußt, als sie der Masse als Gegenstand des Hasses, der Verfolgung und Unterdrückung preiszugeben. Die Frage, ob es ihr gelingen wird und vorbehalten ist, ihre eigene Masse den erobernden Geistern zu unterwerfen, von diesen durchdringen und zum Eroberungszug fortreißen zu lassen, steht vor ihr noch ungelöst da. Die Märzbewegung wenigstens ist noch die verneinende Antwort auf diese Frage, in der es sich um die ganze Existenz der Nation handelt, — die Bewegung, die sich als Revolution ankündigte und von ihren eignen Führern zum Stillstand gebracht wurde, war und blieb nur die Gährung der lichtfreundlichen Masse — eine Gährung, die sich nicht nur als Ermattung und Erschlaffung der herrschaftlichen Kraft der Nation darstellte, sondern auch gegen die Idee der übergreifenden Herrschaft überhaupt auflehnte. Die Ermattung und Erschlaffung war so allgemein und durchgreifend, daß selbst diejenigen Männer, die die Nation als ihre extremsten Vertreter in die Parlamente schickte, die Nationalitäten, die der deutschen Macht bereits unterworfen waren, frei lassen wollten und so bescheiden waren, daß sie für Deutschland nichts als bie Erhaltung und Darstellung der eignen, durch die Natur begränzten und vorgezeichneten Nationalität verlangten.

Völker aber, die so genügsam und schonungsvoll sind, daß sie jeden Uebergriff über die Schranken der eignen Nationalität scheuen und ein Unrecht nennen, sind von der Schonung der geschichtlichen Nationen abhängig — sind viel-

mehr als Naturvölker die sichere Beute derselben, die Speise und Nahrung, deren die erobernden Völker zur Erhaltung der eignen Kraft bedürfen. Gegen dieses Deutschland, welches sich die bescheidene Stellung eines Naturvolkes als sein Ideal dachte, hatte Oestreich ein entschiedenes Uebergewicht und es ließ die Wucht seiner größern Kraft den naturwüchsigen Träumer in der That fühlen. So hatte es seine Deutschen sich nicht nur von neuem unterworfen und dem Naturstaat Deutschland zum Besten seines geschichtlichen Staates einen großen Theil entzogen, sondern es versagte sogar dem übrigen Deutschland die Erlaubniß zu seiner bescheidenen nationalen Wiedergeburt, verbot ihm für seine eigne Nothdurft zu sorgen, und wollte sich in ihm Nahrung für die Zukunft erhalten.

In der Note vom 4. Februar verwahrt sich die Regierung „auf das feierlichste gegen eine Unterordnung Sr. Majestät des Kaisers unter die von einem andern deutschen Fürsten gehandhabte Centralgewalt" — also gegen das preußische Kaiserthum. Dennoch war es möglich, daß Preußen seinen alten Plan, mit dessen Erfüllung die französische Republik und Napoleon in ihren Friedensunterhandlungen ihm trügerisch geschmeichelt hatten, seinen Plan eines norddeutschen Reichs endlich zur Ausführung bringen würde. Es war möglich, daß das deutsche Nationalbewußtseyn, wenn sein Trieb nach Einheit durch eine bloße Restauration des Bundestages und des Staatenbundes verspottet würde, sich endlich auch mit einem Surrogat begnügen und die Unterwerfung Nord- und Mitteldeutschlands unter Preußen dulden würde. Es war ferner vorauszusehen, daß in den kleineren constitutionellen Staaten Volk und Fürst ihres

unfruchtbaren Streites, der beständigen und zufälligen Schwankungen der Stimmung und der öffentlichen Meinung in dem kleinen Kreise ihres Lebens endlich überdrüssig werden und die stumpfen Waffen, mit denen sie sich bisher bekämpft, niederlegen würden — wahrscheinlich, daß die Fürsten die constitutionellen Reibungen in den kleinen Verhältnissen ihrer Ländchen bald unerträglich finden und sich mit dem Ruheposten königlicher Regierungspräsidenten begnügen würden — wahrscheinlich, daß ihre Unterthanen endlich sich glücklich schätzen, wenn sie dem Mechanismus eines Staats eingefügt würden, mit dessen größerem Druck sie doch zugleich das Bewußtseyn eintauschen, einem mächtigen Ganzen anzugehören und in einen Partheikampf einzutreten, dem die zufälligen Schwankungen ihres bisherigen kleinstaatlichen Treibens fremd sind. Für diesen Fall arbeitete Oestreich im Geheimen an der Bildung eines Rheinbundes, dessen Protectorat ihm zu Theil werden und dessen Gebiet nur das Vorland des Kaiserreichs bilden sollte, erklärte sogar der angeführte Artikel der Presse, daß es Preußen frei stehen sollte, seinen nordischen Bundesstaat zu bilden, vorausgesetzt, daß auch Oestreich die Freiheit habe, einen Bundesstaat der süddeutschen Länder zu stiften, der mit jenem nordischen zusammen erst jenes Bündniß schließen würde, welches das preußische Circular vom 23. Januar einen Staatenbund nenne.

Die österreichische Regierung kannte also weder ein Deutschland, noch nationale Interessen desselben. Sie erklärte eine nationale Wiedergeburt Deutschlands für unzulässig, indem sie auf eine bloße Modification des alten Bundes drang und sogar den Umfang dieser Reform unbestimmt ließ; — sie sprach der deutschen Revolution die

staatenumbildende Kraft ab, läugnete sogar, daß die deutsche Nation eine Revolution gemacht habe, jetzt noch nachträglich machen könne oder auch nur machen wolle, die mehr als eine Revision des alten Bundesverhältnisses zur Folge habe. Sie erklärte sich und das Kaiserreich für den Zweck, Deutschland nur für das Mittel, welches zur Stärkung und Erweiterung des österreichischen Einflusses dienen müsse, und selbst wenn sie in ihrer Note vom 4. Februar das Nebelbild eines Deutschlands zeichnet, welches „nach außen fest und mächtig, im Innern stark und frei, organisch gegliedert und doch in sich einig alle deutschen Staaten und alle ihre außerdeutschen Landestheile“ umfaßt, so ist auch dieser große Centralstaat, der nicht nur ganz Oestreich, sondern auch ganz Holland und Dänemark umfaßt, eine Idee, die dem Deutschen in seiner Bescheidenheit zu ungeheuer erscheint und am wenigsten das bietet, was nach der Ansicht der Stimmführer in den Parlamenten Deutschland will und Deutschland noth thut.

Aber auch Preußen, obwohl es in der Note vom 23. Januar dem deutschen Volke die vollständige Befriedigung seiner Wünsche und Bedürfnisse versprochen hatte, wurde durch die österreichische Erklärung zu einer so bescheidenen, fast resignirenden Ansicht über Deutschlands Zukunft zurückgetrieben und sprach sich in der Note an den Bevollmächtigten zu Frankfurt — (vom 16. Februar) — der Kühnheit Oestreichs gegenüber mit so großer Behutsamkeit aus, daß selbst seine aufrichtigsten Freunde es „schmerzlich bedauerten“ und sich darüber beklagten, daß es „seine hergebrachten Kreise nicht zu überschreiten, den großen Moment nicht zu fassen, der harrenden Nation so gar nichts Verständliches,

Starkes, Aufrichtendes zu sagen wußte" [1]). Seine Ergebenen mußten in der neuen Note förmlich nach Wendungen suchen, die darauf hindeuteten, daß es mehr als den alten Staatenbund wollte und sich eine Meinung erlaubte, die mit der Ansicht Oestreichs nicht ganz zusammenfiel. Wenn die königliche Regierung z. B. versichert, daß nach ihrer Ueberzeugung „die Erhaltung des engen, durch Jahrhunderte befestigten Bandes, welches Oestreich mit dem übrigen Deutschland verkettet, für beide Theile ein großes und unentbehrliches Bedürfniß sey, daß sie dasselbe in keiner Weise gelockert, vielmehr gekräftigt und befestigt wissen wolle und in diesem Punkte vollständig den Gesinnungen begegne", die die kaiserliche Regierung in ihrer Note vom 4. Februar ausgesprochen, so freuten sich die Ergebenen und Hoffenden, daß diese zarte Wendung die ausdrückliche Andeutung enthielt, daß die preußische Regierung in manchen Punkten auch anderer Ansicht sey als die österreichische. Sie wiesen ferner mit einer gewissen Genugthuung darauf hin, wie die Regierung sich auf die übereinstimmende Ansicht „aller wahren Freunde des Vaterlandes" berief, die sämmtlich die „Errichtung eines starken Einheitspunktes" als eine Nothwendigkeit erkennen — sie freuten sich endlich des Ernstes, mit dem Preußen „die Befriedigung dieses Bedürfnisses nicht von ungewissen Eventualitäten abhängig gemacht, nicht in eine unbestimmte Form hinausgeschoben" wissen wollte, also auch die österreichische Intrigue, wonach die Constituirung Deutschlands so lange hinausgeschoben werden sollte, bis das Kaiserreich mit dem ganzen Ansehn seiner neubefestigten Macht auftreten konnte, — vollständig vereitelte.

1) Deutsche Zeitung. 1849. Nr. 55.

Die Freunde und Ergebenen suchten Trost und Beruhigung, suchten in der Note nach Wendungen, die die Unschlüssigkeit der preußischen Regierung verdeckten und ihren eigenen Erwartungen entgegenkämen — aber vergebens: — am Ende mußten sie es doch eingestehen, daß Oestreichs Ansprüche nicht zurückgewiesen seyen, daß es der kaiserlichen Regierung vielmehr gelungen war, Preußen zur tugendhaften Entsagung zu bewegen und für den Fall, wenn es dennoch den Lockungen des Ehrgeizes folgen sollte, in ein Labyrinth zu verwirren, in dem es die Strafe für die Halbheit seiner Entschlüsse finden mußte.

Die Cölnische Zeitung z. B. machte, nachdem sie sich aus der Note ihren bescheidenen Trost geholt, die Entdeckung[1]), daß dieselbe doch „eine abscheuliche Hinterthür" habe, die sie „mit tiefster Besorgniß wieder und wieder betrachtete, ohne sich doch Rechenschaft darüber geben zu können, wohin sie führe." Sie fand es nämlich auch dießmal wieder „bedenklich und anstößig", wenn es in der Note zuletzt heißt, die königliche Regierung „verkenne nicht, daß die noch vorbehaltenen Erklärungen der übrigen Regierungen die Nothwendigkeit herbeiführen können, das Verfassungswerk in wesentlichen Punkten umzugestalten" — sie konnte die Vermuthung nicht unterdrücken, daß die wesentliche Umgestaltung des Verfassungswerkes auch dem wesentlichen Charakter des Bundesstaats Gefahr drohe, und nur deshalb „konnte sie es nicht über sich gewinnen, den bedenklichen Satz in seinem übelsten Sinn zu deuten", d. h. ernstlich zu nehmen und die wirkliche Gefahr ins

1) 1849. Nr. 48.

Auge zu fassen, weil er „dem ganzen bessern Inhalt der Note zu sehr widerspreche".

Aber hatte denn die preußische Regierung in dieser Note einen abgeschlossenen Plan aufgestellt und die Versicherung gegeben, daß sie an demselben festhalten und nicht zugeben wolle, daß der Bundesstaat überhaupt in Frage gestellt werde? Hatte sie wirklich, wie die Cölnische Zeitung meint, Oestreichs Drohungen zurückgewiesen, Deutschlands Zukunft gegen Oestreichs Intriguen ernstlich in Schutz genommen? Hat die Note nicht „die letzte Entschließung des Königs von Oestreichs Vorschlägen und von den Erklärungen der andern mitverbündeten Regierungen, die sich noch nicht ausgesprochen haben — (d. h. der vier Könige) — abhängig" gemacht? Gibt es eine deutlichere Sprache — ist damit nicht offen ausgesprochen, daß Preußen am Ende jeder Veränderung zustimmen — jeder, auch der wesentlichsten Umgestaltung des Bundesstaats seine Zustimmung geben werde? Hat es nicht in voraus erklärt, daß es, wenn der Lauf der Dinge den Bundesstaat nicht mit sich bringt, auch nicht widerstreben, seiner Verpflichtungen gegen Deutschland und seiner Versprechen sich für entledigt halten und sich in die Glorie seiner eignen Größe zurückziehen werde?

Oestreich gedenkt in seinen innern Kämpfen nicht nur seine alte Macht und Herrlichkeit zu behaupten, sondern sich selbst in einer neuen und größern Gestalt wiederzuerobern — an die Macht und Größe des Gesammtstaates erinnert es seine Völker, indem es sie auffordert, ihre besondern Privilegien aufzugeben, und während es noch mit dem Nationenknäuel in seinem Inneren kämpft, hat es Zeit und

Macht übrig, um Deutschland seinem Interesse zu unterwerfen und seinen Antheil an der Beute sich vorzubehalten. In Preußen dagegen gab es kein Volk, welches vom Gefühl für geschichtliche Macht und Größe gehoben, der Herrschaft über Deutschland zur Stütze dienen oder Deutschlands Interessen über Preußens Unentschlossenheit den Sieg verschaffen konnte, gab es vielmehr nur eine Regierung, die von Traditionen lebend sich wunderte, daß Deutschland nicht alsbald ihr zu Füßen lag und die Weisheit ihrer Hintergedanken anstaunte, und die sich nun über die Verkennung, die sie fand, mit dem Ruhm der tugendhaften Entsagung und der heimischen Größe tröstete. „Preußen, sagt die Note, für den Fall, daß die Regierung mit ihren edeln Absichten nicht durchdringen und sich gezwungen sehen sollte, der Welt ihren eignen Lauf zu lassen, Preußen bedarf des Bundesstaats nicht um seiner selbst willen — seine Größe, seine staatliche Consistenz, seine Traditionen geben ihm mehr als den andern Staatskörpern Deutschlands die Fähigkeit, sich selbst zu genügen, nöthigenfalls für sich beharren zu können" — d. h. Preußen geht es wie den Partheien, deren Verfall in diesem deutschen Schauspiel sich entwickelt, es ist verstimmt wie sie, theilt ihr Mißbehagen, ihre Unsicherheit im Augenblick eines vorübergehenden Sieges, strebt wie alle Andern vergeblich nach Reform und Neugestaltung, wird gleich ihnen vom Bewußtsein gequält, daß es zu einer eingreifenden Veränderung nicht die Kraft in sich trägt und weiß wie sie Alle nicht, woher die Kraft zur Lösung der Verwicklungen kommen solle.

Warum hat es sich aber in das Labyrinth dieses Verfassungswerkes eingelassen? Warum gibt es in der Note

vom 16. Februar von neuem seine Rathschläge zur Lösung des Problems, wie eine Centralisation ohne „Einheitsstaat" möglich und die Gründung einer starken Centralgewalt mit der Erhaltung einer gewissen Selbstständigkeit der einzelnen Glieder zu vereinigen sey? Warum ist die königliche Regierung, wie die Note mit großer Absichtlichkeit hervorhebt, „aus freier Entschließung bereits durch die Proclamation des Königs vom 18. März des vorigen Jahres mit der Erklärung vorangegangen, daß sie der Umgestaltung des deutschen Staatenbundes zu einem Bundesstaate ihre Kräfte widmen wollte"?

Warum? Sie wollte dem deutschen Volk eine Gnade erweisen, ein Zeugniß ihrer Hochherzigkeit geben, Deutschland einen uninteressirten Dienst leisten. „Wenn Preußen den Bundesstaat will, sagt die Note, so will es ihn nicht um seiner selbst, sondern um Deutschlands willen; die Opfer, die es demselben bringt, die Lasten, die es übernimmt, trägt es um der Gesammtheit willen."

Der preußischen Regierung kann es daher auch gleich seyn — denn sie ist nicht selbst dabei interessirt — ob der Bundesstaat zu Stande kommt oder nicht.

Ihr ist es genug, wenn sie das Volk, welches so schwach und gutmüthig war, auf ihre Erklärungen zu warten und zu hören, durch die Unbestimmtheit und durch die schwankende Haltung derselben irre gemacht hat.

Ihr ist es genug, wenn sie das Volksbewußtseyn durch den Ruhm der Hochherzigkeit, die aus reiner Gnade Deutschland dienen und Opfer und Lasten übernimmt, ohne des Bundesstaats selbst zu bedürfen, gedemüthigt und erniedrigt hat.

Sie kann sich nun zurückziehen und den Dingen, in die sie nicht einzugreifen wagt, ruhig ihren Lauf lassen, denn sie ist nun auf alle Fälle sicher gestellt und kann mit ihrer Entschließung sogar warten, bis Oestreich seine Vorschläge gemacht hat.

Und wenn der Bundesstaat am Ende nur eine gelinde Umformung des bisherigen Bundesverhältnisses wird, so kann sie die Unzufriedenen auf ihre guten Absichten verweisen und mit ruhigem Gewissen sagen: es ist nicht meine Schuld; das haben Oestreich, das haben die „mitverbündeten" Regierungen gethan. Ich wollte die Einheit und Selbstständigkeit Deutschlands — aber tröstet euch mit mir und seyd ruhig, Oestreich und die mitverbündeten Fürsten wollten nicht, daß meine edeln und uninteressirten Absichten zur Ausführung kämen: — ich kann euch daher auch nur so viel deutsche Einheit und Selbstständigkeit geben, als Oestreich und die Fürsten erlauben.

Tiefer konnte eine Nation nicht erniedrigt werden, als es der deutschen Nation durch diese preußischen Noten widerfuhr. Ihre Vertreter sitzen noch in Frankfurt zusammen, berathen die Verfassung und die Regierung, die in ihrer ersten öffentlichen Erklärung — vom 23. Januar — die Gründung der deutschen Einheit allenfalls für möglich erklärte, wenn die deutschen Oestreicher, die Limburger und Schleswig-Holsteiner aus der Gesammtvertretung der Nation ausgewiesen würden, die Regierung, die der Nation, wenn sie sich von diesen Fremden gereinigt hätte, ihre gnädige Protection in Aussicht stellte, erklärt jetzt, es sey ihr gleich, ob die übrigen Fürsten die rettende That zulassen würden, mit der sie Deutschland beglücken wollte — ihr

Interesse, ihre Größe, ihre Zukunft seyen von der deutschen Einheit unabhängig, aber die mitverbündeten Regierungen möchten nur sehen, wie sie der Zerstörung und Vernichtung entgehen würden, wenn sie sich nicht unter den schützenden Schirm ihrer Macht flüchten.

Diese Großmuth mußte endlich ihre Anerkennung und ihren Lohn finden, und der Mann, der schon zur Zeit des Funfziger-Ausschusses [1]) Feuer und Flamme war, um von den Regierungen die Gefahr, daß ihnen die Reichsverfassung von der Nationalversammlung octroyirt würde, abzuwenden, der die Funfziger durch das erhebende Bild der Zukunft, wie die constituirende Versammlung, nachdem sie bei der Gründung der Reichsverfassung mitgewirkt, von den Fürsten nach Hause geschickt würde, aus der Illusion ihrer Machtvollkommenheit zog, — Herr Welcker war dazu bestimmt, auch die Nationalversammlung dazu zu bringen, daß sie ihr Todesurtheil aussprach. Nachdem er sich vom Bundestag hatte düpiren lassen, hatte er keine Ruhe, bis er sich nicht vollends ruinirt und die Versammlung, die gleich ihm über die Verwirrung der Verhältnisse den Kopf verlor, in den Ruin mit hineingezogen hatte.

---

1) Siehe: die bürgerliche Revolution in Deutschland, von B. B. p. 227.

VII.

Der Welcker'sche Antrag.

Eine Täuschung, die durch die drohenden Wendungen der österreichischen Noten unterhalten wurde, half den Untergang des Parlaments beschleunigen. Das Publicum, welches Nichts davon merkte, daß das österreichische und preußische Cabinet die Gründung der „deutschen Nationaleinheit" für eine gefährliche Chimäre hielten und beide in gleicher Weise gegen die revolutionären Tendenzen, die auf die Errichtung eines „einheitlichen Staats" gerichtet waren, die Fortdauer des deutschen Bundes behaupteten, hielt ihren Zwiespalt — der allerdings vorhanden war — für tödtlich, den Krieg für unausbleiblich und gab bei dieser Aussicht auf die Entscheidung der Waffen jeden Gedanken an eine Lösung der Frage auf dem Wege der Gesetzgebung endlich vollständig auf. Das Parlament zu Frankfurt war höchstens noch ein Gegenstand der Neugierde, indem der zeitungslesende Bürger darauf gespannt war, wie es sich bei dem Ausbruch des Gewitters, das sich über ihm zusammenzog, benehmen würde — es selbst erwartete in peinlicher

Spannung die Ereignisse und rechnete darauf, daß ihm dieselben die letzten Paragraphen der Verfassung, an die es sich endlich begeben mußte, inspiriren würden.

Die preußische Parthei in Berlin that in der zweiten Hälfte des Februar besonders kriegerisch. Die deutsche Reform z. B. erinnerte daran, daß „Preußen, als die erste deutsche Macht, seit Friedrichs des Großen Siegen das Gehorchen im Reich verlernt habe", Preußen, meinte sie, sey „stark genug für sich allein, Andern den nachgesuchten Schutz zu gewähren und die deutsche Ehre wiege in den 16 Millionen Preußen viel zu schwer, als daß sie sich einer fremden Nationalität jemals zu beugen vermöchten". Die Berliner Parlamentscorrespondenz versicherte, die österreichische Note vom 4. Februar habe auch denjenigen alten Preußen, die der deutschen Idee noch abgeneigt gewesen, den Anstoß gegeben, sich ihr indirect zu befreunden, d. h. sie habe ihnen Lust dazu gemacht, die Fremden, die Oestreicher aus dem Reich zu treiben und ihnen den „großen Fritz" in Erinnerung zu bringen. Dieselbe Correspondenz vom 24. Februar bringt sogar die ungeheure Nachricht, an der Berliner Börse seyen die Fonds gefallen, weil man wegen der letzten preußischen Note Krieg mit Oestreich befürchte. Selbst die deutsche Zeitung, die die Schwäche dieser Note besser zu würdigen wußte, „freut sich, von Preußens kriegerischen Rüstungen zu hören", und schließt denselben Artikel, in welchem sie sich über die Zaghaftigkeit der preußischen Staatsmänner beklagt[1]), mit dem heroischen Ausruf: „Preußens Schwerdt klirrt schon in der Scheide und wenn es, was

1) Nr. 55, vom 24. Februar.

Gott verhüte, gezogen werden muß, so kennen wir Alle die Losung: „Deutschland!""

An demselben Tage aber, an welchem die gelehrten Herren der deutschen Zeitung das Schwerdt des „großen Fritz" in der Scheide klirren hörten, wurde dem Reichsministerium die Collectivnote Preußens und der 27 kleineren Staaten, die sich im Gefühl ihrer Unselbstständigkeit demselben angeschlossen hatten, übergeben — eine Note, deren Vorschläge zur Constituirung der Reichsgewalt auf eine bloße Modification des Bundestages hinauskamen und deren Bescheidenheit sich auch darin bewies, daß sie dem revolutionären Ausdruck „Reich" den legitimen des „Bundes" wieder substituirt wissen wollte, obwohl, wie es im Eingang der Note heißt, diese letztere Benennung der schließlichen Entscheidung nicht vorgreifen solle, wenn sie besage, was wirklich geschaffen werden solle.

Wenn es aber der Wiederherstellung des alten Bundes galt, brauchte das Schwerdt gegen Oestreich nicht gezogen werden — höchstens konnte es gegen einige Unzufriedenen, denen die Schaam über ihre getäuschten Hoffnungen keine Ruhe ließ, seine Dienste leisten. Auch die preußische Absicht, auf dem Bundestage, der innerhalb des alten Bundes für einen kleineren Kreis von freiwillig zusammentretenden Staaten gebildet werden sollte, den Vorsitz und die executive Leitung sich vorzubehalten, verdiente es nicht, daß ihretwegen das Schwerdt gezogen würde, und in diesem Augenblicke zumal erschien die Möglichkeit der Ausführung noch so fern und ungewiß, daß man es in Berlin vorzog, Oestreichs Argwohn durch die zuvorkommendste Zustimmung zu dessen Plänen zu beschwichtigen. Am 27. Februar hatte die

österreichische Regierung ihre Bevollmächtigten über ihre Ansichten „in Betreff der Bildung einer obersten Centralexecutivgewalt in der deutschen Bundesverfassung" instruirt — sie wiederholte nämlich ihre Idee von sieben Reichskreisen, die Reichsregierung sollte ein Directorium der sieben Kreisfürsten bilden und an der Spitze der Regierung ein Reichsstatthalter stehen, dessen Würde von Jahr zu Jahr abwechselnd der Kaiser von Oestreich und der König von Preußen bekleiden. Und während man zu Frankfurt, wo Herr von Schmerling am 8. März in einer Conferenz mit den Bevollmächtigten der andern Staaten die Vorschläge seiner Regierung vorlegte, in denselben nur die „österreichische Hauspolitik und Verderben für Deutschland" erblickte, — was that Preußen, um Deutschland zu schützen? Es meldete in der Circularnote an die königlichen Missionen bei den deutschen Regierungen — unterm 10. März — wie es „der königlichen Regierung zur großen Befriedigung gereicht, daß nun auch Oestreich den von ihr vorgeschlagenen Weg der Verständigung in Frankfurt betreten hat" — wie sie „sich daher auch nur mit Vergnügen habe bereit erklären können, die österreichischen Vorschläge einer reiflichen Erwägung zu unterziehen", daß sie endlich den Bevollmächtigten zu Frankfurt zu den Berathungen instruiren werde, von denen sie die „Hoffnung hegen dürfe, daß sie zu dem immer von ihr angestrebten Ziele der Verständigung unter den Regierungen und mit der Nationalversammlung führen werden."

Aber man bedenke doch nur, sagten diejenigen Freunde Preußens, die ihm die erste Stelle in Deutschland verschaffen wollten und zugleich so unbefangen waren, erst von einer vieljährigen Arbeit die „Tilgung der Metternich'schen Hinter-

lassenschaft" in der preußischen Politik zu erwarten, man bedenke doch nur, wie Preußen von der österreichischen Intrigue umgarnt wird: es kann noch nicht frei auftreten, rücksichtslos und „deutsch" sprechen: wir müssen es zwingen, eine Sprache zu führen, die seiner und unserer würdig ist, indem wir es an die Spitze Deutschlands stellen.

Jetzt gerade, als die Zeit, wo die Oberhauptsfrage entschieden werden mußte, immer näher rückte, wußten die Freunde Preußens von Intriguen zu erzählen, die so fürchterlich waren, daß der bloße Gedanke daran, Preußen solle in seiner Unschuld das Opfer derselben werden, ihm die Sympathie aller Deutschgesinnten erwecken mußte.

Oestreich, erzählte man[1]), hat nicht ohne Grund allen Interpellationen in der Frankfurter Versammlung zum Trotz seine unmittelbare Verbindung mit Dänemark festgehalten und seinen Gesandten in Kopenhagen gelassen: — es wollte der Gefahr vorbeugen, daß Preußen in den Herzogthümern sich eine politische Provinz erobere, und durch den Schutz, den es dem König von Dänemark angedeihen ließ, an demselben einen Bundesgenossen in der deutschen Frage gewinnen. Es erndtet jetzt den Lohn seiner Anstrengungen und hat namentlich Preußen auf jenen schwierigen Entscheidungspunkt hingedrängt, wo dasselbe entweder mit den legitimen Mächten brechen oder sich fügen und in den Augen der Völker, vor denen es einen gewissen Ruf behaupten möchte, compromittiren muß. In diesem

1) Allgemeine Zeitung. 1849. Nr. 74. Schleswig-Holstein, den 6. März. Deutsche Zeitung. Nr. 76. Altona, den 13. März.

Augenblicke, nachdem es sich Rußlands versichert, hat es durch seinen Geschäftsträger in Kopenhagen sich „für die gerechte Sache des Königs von Dänemark gegen seine rebellischen Unterthanen" erklärt und seine Hoffnung ausgesprochen, daß es „der guten Sache", wenn es auch nicht offen für dieselbe auftreten könne, durch seine „ernsten Vorstellungen" bei dem Berliner Hof Vorschub leisten werde.

Dahin also, riefen die Freunde Preußens, hat die österreichische Politik das Cabinet in Berlin gebracht, daß es entweder mit allen Höfen brechen, also sich fast allein in einen europäischen Krieg stürzen, oder nachgeben, einen Frieden zu Gunsten des legitimen Königs von Dänemark herbeiführen, seine Stellung im Norden verderben, sich in den Augen der Völker ruiniren muß — also stehen wir ihm bei — Preußen ist unschuldig, es ist rathlos, — stellen wir ihm die Kräfte Deutschlands zur Verfügung — geben wir ihm die Kraft, den Frieden, der in Voraus verabredet ist, zu vereiteln — machen wir es ihm möglich, daß es den neuen Feldzug im Norden nicht in der Absicht beginnt, um den Aufstand der Herzogthümer gegen den schmachvollen Friedensschluß in voraus niederzuschlagen, daß es vielmehr im Namen Deutschlands einen Frieden erobern kann, der uns unsere Position im Norden und in der Ostsee sicher stellt.

Preußen ist unschuldig, fuhren seine Vertheidiger fort, aber das Vaterland in Gefahr. Oestreich und Rußland haben sich gegen den engern Bund vereinigt und die russische Note, die dem beabsichtigten Bundesstaat den Krieg erklärt, existirt — existirt wirklich und kann nicht mehr abgeläugnet

werden[1]). Rußland läßt die Verhältnisse des Augenblicks als Entschuldigung für die Einsetzung der Centralgewalt gelten[2]), wird aber keine Aenderungen weder an der Bundesverfassung noch an den Verfassungen der Einzelstaaten ohne die Zustimmung der Theilnehmer an den Verträgen des Jahres 1815 gestatten. Deutschland kann den Frieden mit Rußland und dessen Verbündeten noch bewahren, wenn ihm der Preis nicht zu hoch ist: wenn es nämlich den Frieden mit Dänemark unter den Bedingungen abschließt, die Rußland vorschreibt, wenn es zu der alten Bundesverfassung zurückkehrt, den Bundestag kräftigt, indem es ihn auf sieben Mitglieder mit neun Stimmen reducirt, wenn es Oestreich den Vorsitz einräumt und jeden Gedanken an ein Volks- und Staatenhaus aufgibt.

So will Rußland das preußische Cabinet für sein Coquettiren mit dem „einigen Deutschland" und für die kraftlosen Sympathien, die es in Deutschland gefunden, durch das Sinken seiner Macht und durch den Verlust seiner Stellung im Bunde bestrafen, die kleineren Fürsten für ihre Hinneigung zu Preußen durch ihre Zurückstellung am neuen Bundestage züchtigen, die Könige zweiten Rangs für ihr Widerstreben gegen den Bundesstaat durch ihren Antheil an der Macht des neuen Bundesdirectoriums belohnen — die ganze Nation aber für die Anmaaßung ihrer constituirenden Versammlung büßen lassen.

Sollen wir aber diesen Preis des Friedens zahlen?

---

1) Frankfurter Oberpostamts-Zeitung. Nr. 60, vom 10. März.

2) wie Preußen in der Note vom 23. Januar als Entschuldigung für die Selbsttäuschung der National-Versammlung über ihre Allmacht.

Nein! und abermals nein! riefen die Geängstigten, Deutschland muß sich „rasch zusammennehmen" und Preußen muß schon um seiner selbst willen an die Spitze treten, da es entweder mit Hilfe der 30 Millionen nicht-österreichischen Deutschen sich mit Deutschland zugleich behaupten oder aus der Reihe der europäischen Mächte treten muß[1]).

Ein unbefangener Blick in die öffentlichen Erklärungen Preußens hätte die Armen darüber belehren können, was sie und Deutschland von dieser Macht zu erwarten hatten — aber den Blick, wenn sie ihn je besaßen, hatten sie längst verloren; sie fühlten wohl, daß Preußen nur deshalb der Coalition Rußlands und Oestreichs noch nicht vollständig und aufrichtig beigetreten, weil es aus dem Bankerutt Deutschlands doch noch einen besondern Gewinn zu ziehen hoffte, aber die Angst trieb sie weiter, trieb sie der Macht in die Arme, die nicht einmal ganz Deutschland im Auge hatte, sondern nur einen Theil der Bruchstücke, in die es bald zerfallen mußte, für sich aufheben wollte.

Die Nachricht von der Auflösung des Reichstags zu Kremsier und die Ankunft der Verfassung vom 4. März, die die Einheit und Untheilbarkeit der österreichischen Monarchie zur Grundlage hatte, führten die Entscheidung herbei.

Herr Welcker, der Politiker, der immer ganz Feuer und Flamme ist, der wahre Liberale, der sich an der Täuschung, die ihn so eben verlassen, damit rächt, daß er sich sogleich einer andern in die Arme wirft, der Held, der das Schicksal, wenn es ihn gezüchtigt, dadurch zu gewinnen hofft, daß

---

1) Frankfurter Oberpostamts-Zeitung. Nr. 69.

er sich zu neuen Schlägen preisgibt, der bisherige Verthei-
diger Großdeutschlands und des Directoriums stellte am 12.
März den Antrag, die Versammlung möge die erbliche
Kaiserwürde dem König von Preußen übertragen.

Der Liberale, der sich von dem Glauben, daß die Weltgeschicke durch Proteste entschieden würden, nicht trennen wollte, forderte die Versammlung im Eingange seines Antrags dazu auf, „angesichts der wiederholten öffentlichen Nachrichten von fremder Einsprache gegen die von der deutschen Nation zu beschließende Verfassung ihre Entrüstung gegen solche Eingriffe in das heiligste Urrecht freier Völker und zugleich die feste Erwartung auszusprechen, daß die deutsche Nation wie Ein Mann ihre Ehre vertheidigen und deren Verletzung zurückweisen werde" — allein nicht zu erwähnen, daß eine Versammlung, die sich gegen die Eingriffe in ihre Verfassungsarbeit nur mit ihrer Entrüstung, gegen den Landesverräther, „der solche Eingriffe hervorrufen möchte", nur mit ihrem „Abscheu" waffnen kann, daß eine Versammlung, die im Kampf mit ihren politischen Gegnern nur Empfindungen als ihre Waffen in Bewegung setzt, damit nur ihre Armuth und Mittellosigkeit bekennt — — sind es nicht Herr Welcker und seine liberalen Genossen — sind sie es nicht, die zuerst erschrecken und außer sich gerathen würden, wenn es die Nation sich einfallen lassen sollte, nicht nur innerhalb der vier Wände ihre Anhänglichkeit an die Verfassung zu betheuern — sind sie es nicht, die zuerst zurückweichen und alle Mächte der Erde gegen den rohen Unfug herbei beschwören würden, wenn die Nation auf die Straße herab steigen wollte, um ihre Ehre zu vertheidigen?

Der Absolutismus Oestreichs hat den Liberalen auf einmal erschreckt und fast um die Besinnung gebracht — „wer aber, fragte die Prager Zeitung vom 17. März, wer unterstützte diese absolutistische Regierung, die endlich die constitutionelle Maske abwirft? Wer gab ihr die Kraft wieder, über die Völker Oestreichs zu gebieten? Wer drückte dieser Regierung das Schwerdt in die Hände und wer sah ruhig zu, wie die deutschen Sympathieen in Oestreich gemordet wurden? Wer versagte die Hand, als Deutsch-Oestreich bei Deutschland, bei der Nationalversammlung um Hülfe schrie? War es nicht dieselbe Majorität, die Gagern und Schmerling stützte und Welcker nach Ollmütz schickte?"

Der kurzsichtige Liberale war unfähig, Oestreichs Ansichten, die noch dazu offen genug ausgesprochen waren, zu durchschauen; — ehe er daran glaubte, daß Oestreich „nicht in den deutschen Bundesstaat eintreten wolle, wollte er, wie er in der Begründung seines Antrags erklärte [1]), alle Mittel erschöpft wissen", d. h. nicht eher daran glauben, bis Oestreich seinen Hohn gegen das Parlament erschöpft hatte, nicht eher an den Ernst glauben, bis Oestreich die Aufdringlichen eines Tritts nicht mehr für werth hielt.

„Jetzt" — nach dieser übeln Erfahrung, aus der es so leicht war, eine allgemeine Lehre zu ziehen, wenn er noch nicht wußte, was von solchen Bundesgenossen zu erwarten war, mußte er es mit einer andern Macht versuchen, d. h. sich und die Versammlung noch einmal, — zum letztenmale der allgemeinen Verachtung preisgeben.

Im weinerlichen Predigerton preist Herr Welcker die

---

1) Verhandlungen der deutschen Nat.-Vers. 8, 5667.

Vorsehung, die die Versammlung so weise geführt, preist er die Weisheit der Versammlung, daß sie so lange mit dem rettenden Beschluß gewartet habe. Es sey gut, meint er, daß mit der Anerbietung der Krone an Preußen so lange gewartet wurde, bis Oestreich sich absonderte: — wir, wir haben unsere Schuldigkeit gethan — wir waren ganz Bruderliebe und haben indessen unsere Bruderpflicht erfüllt: „wir wollten unsere österreichischen Brüder in brüderlichem Verband mit uns erhalten. Wir wollten ihnen das Bewußtseyn lassen, daß hier in Deutschland deutsche Herzen für sie schlagen, die jeden Augenblick bereit sind, ihnen die Bruderhand zu reichen, wenn sie wieder zu uns kommen" — das lebhafte Bravo, zu welchem sich die Freunde des Antragstellers durch diese Erinnerung an ihre brüderliche Gesinnung hinreißen ließen, bewies, daß sie sich des Heroismus erinnerten, mit dem sie in den Octobertagen ihren „Brüdern" in Oestreich geholfen hatten.

Die Versammlung hatte Deutschland nicht erobern können — und sie hofft nun, Preußen werde ihr seinen Beistand leisten, damit sie wenigstens „das übrige Deutschland" gewinne.

Sie fühlt, daß ihre Verfassungsarbeit vergeblich war — und redet sich nun ein, läßt es sich von den liberalen Schwärmern einreden, daß Preußen ihr seine Macht leihen werde, damit sie ihre Constitution mit einem Staatsstreich einführen und dem deutschen Volke octroyiren könne.

Sie gesteht es sich selbst, daß sie Ehre, Lebenskraft und den Glauben des Volks verloren habe — und sie hofft nun, läßt es sich von dem liberalen Prediger einreden, daß Preußen mit Einem Schlage ihr Ansehn von neuem beleben

werde. Die Noth ist da, ruft Herr Welcker, „unsere Versammlung droht ihre Lebenskraft und den Glauben des Vaterlandes zu verlieren und auseinanderzufallen .... retten wir die Ehre der Nationalversammlung durch einen schnellen, kräftigen, möglichst einmüthigen Beschluß für das, was Noth thut im Vaterlande; dann werden wir nicht mit einer octroyirten Charte nach Hause gehen."

Der trockne Schwärmer, der am 17. März, als die Berathung über seinen Antrag begann, es selber zugestand, daß das Parlament an dem Entschlusse Oestreichs Nichts mehr ändern könne, ging in der Kühnheit seiner Phantasieen endlich so weit, daß er meinte[1]), „wenn es irgend noch möglich wäre, einen Bund mit den Brüdern in Oestreich wieder herzustellen, noch eine Veränderung des Entschlusses, eine Modification, eine Zusage für die Zukunft zu erhalten, so könnte sie als ein Ultimatum von Preußen gefordert werden, wenn die Versammlung die Geschicke Deutschlands in dessen Hände gelegt habe" — d. h. Preußen sollte seine Macht am Ende nur dazu anwenden, um sich für Deutschland überflüssig zu machen — Oestreich für Deutschland erobern und dann abtreten.

Von ihrer eignen Schwäche und der Ohnmacht der Versammlung waren diese Liberalen so überwältigt, daß sie irre redeten und den Ausdruck ihrer Feigheit ins Heroische übertrieben. „Sie nannten es Einheit, wie ihnen Herr Schüler von Jena am 21. März vorhielt[2]), wenn sie damit anfingen, Deutschland in zwei Theile zu sondern, in Klein-Deutsch-

---

1) Ebend. p. 5804.

2) Ebend. p. 5895.

land und Oestreich; sie nannten es Einheit, wenn sie in dem übrig bleibenden Deutschland den Gegensatz zwischen einem herrschenden Staat und mehreren beherrschten Staaten aufstellten." Die Nationalversammlung fürchtet jeden Augenblick zu scheitern und während sie in den Nothhafen flieht, ruft man ihr zu: thun Sie eine große That! Herr Wurm sagt: eine verwegene That! Herr Beseler will ein großen kühnen Act! „Was ist das aber für eine verwegene That, für ein großer, kühner Act, fragte Herr Schüler, wenn wir uns unter den Schutz der preußischen Kanonen flüchten?"

Die Irreredenden waren von der übertreibenden Phrase so beherrscht, daß Herr Riesser, der unmittelbar nach Herrn Schüler auftrat, sie trotz der Frage desselben nicht unterdrücken konnte und seine Vertheidigung des Welckerschen Antrags mit der pomphaften Aufforderung schloß[1]: „Krönen Sie Ihr Werk, erfüllen Sie den alten, edeln Traum des deutschen Volks von seiner Einheit, Macht und Größe, fassen Sie einen großen, rettenden, weltgeschichtlichen Entschluß!" Allein gesetzt den Fall, daß Preußen stark genug und geneigt dazu war, dem Aufruf Folge zu leisten und Deutschland zu retten, war es dann nicht gewiß, daß die kühne That des Parlaments nichts als sein Selbstmord war? Die deutsche Reform wies in ihrer Nummer vom 18. März auf die „unläugbare" Möglichkeit hin, „daß ein Zeitpunkt eintreten könnte, wo der gesetzliche Weg zu einer Verfassung zu gelangen, die deutsche Nation nicht zum Ziele führt, daß das Vaterland, wenn es nicht

1) Ebend. p. 5911.

mehr zu bezweifeln ist, daß die Reichsversammlung ihr Werk nicht zu Stande bringen kann, als einem Retter und Erlöser demjenigen deutschen Fürsten huldigen würde, der den deutschen Nationalwillen aus eigener Machtvokommenheit zur Geltung brächte" — — es konnte in der That kein Geheimniß seyn, in welcher Weise das preußische Cabinet die Rettung Deutschlands, wenn es zu derselben die Aufforderung erhielte, versuchen würde — — Herr Welcker und seine Freunde irrten also, irrten sogar doppelt, als sie Deutschlands und der Nationalversammlung Geschick Preußen zu Füßen legten, sie irrten, wenn sie glaubten, daß sie ihren Untergang durch die Ueberraschung dieser Macht verzögern würden, sie irrten, wenn sie glaubten, daß Preußen die schwankende Haltung, die es in seinen Noten behauptet, aufgeben und um Deutschlands willen einen großen geschichtlichen Kampf wagen würde. In seiner ganzen Vergangenheit bis zu den letzten Noten stand es geschrieben, — und die Hilfeflehenden hätten es darin lesen können — daß Preußen nur bei besondern schreienden Gelegenheiten und nur durch die dringendste Noth herbeigerufen seine rettende Thätigkeit entwickeln und daß das Parlament als Opfer der ersten Hilfsleistung fallen werde.

Das Parlament war lebenssatt, als es sich Preußen auf Gnade und Ungnade übergab, — es verzweifelte daran, daß es Deutschland organisiren könne, als es die Fetzen des „übrigen Deutschlands" Preußen zu Füßen warf und ängstlich darauf harrte, ob dasselbe den Muth haben würde, die Bruchstücke aufzulesen und im Zweikampf mit Oestreich zu behaupten. Wie groß aber die Angst der Gesetzgeber war, bewiesen sie damit, daß sie, die Ordnungsliebenden, die

Ruhestifter, die geschworenen Gegner der Revolution für den Fall, daß der König ihr Geschenk nicht annehmen sollte, auf eine „Palast- und Straßenrevolution" hofften [1]) und darauf rechneten, daß der König durch diese drohende Gefahr sich zur Annahme werde zwingen lassen.

Als es am 21. März zur Abstimmung kam, bewirkte es noch die Schaam über die Zumuthung des feigen Selbstmords, daß sich die Majorität gegen den Welcker'schen Antrag erklärte. Was am meisten zu diesem Widerstreben beitrug, war die würdelose Eile, mit welcher der Antragsteller die Selbstauflösung der Versammlung bewirkt wissen wollte, indem er verlangte, daß vor der Ernennung des erblichen Kaisers die gesammte deutsche Reichsverfassung, deren zweite Lesung bevorstand, „durch einen einzigen Gesammtbeschluß der Nationalversammlung angenommen würde." Außerdem wirkten noch die Besorgnisse vor der preußischen Politik, die Furcht vor dem Absolutismus Preußens, der Haß gegen dessen Büreaukratie, gegen seine Hof-Doctrinärs, der Widerwille gegen seine byzantinische Theologie. So naiv war allerdings schwerlich noch ein Zweiter wie Herr Eisenmann, der bis zur Behauptung fortging [2]), daß die „Freiheit bisher nur im südlichen Deutschland ihre Altäre hatte, daß es namentlich das kleine Baden war, welches mit geistiger Hegemonie vorausging", und der auf seine Frage, „was man inzwischen in Preußen gethan habe", die Antwort gab: „man hat sich Anekdoten vom alten Fritz erzählt." Die süddeutschen Liberalen, namentlich Herr Welcker wußten es besser,

---

1) Ebend. p. 5889.

2) Ebend. p. 5846.

daß man in Preußen, während sie den „Altar der Freiheit" bedienten und ihre constitutionellen Illusionen opferten, mehr gethan und sich nicht nur Anekdoten erzählt habe — Herr Welcker hatte nicht ohne Grund ein Menschenalter hindurch gegen die „absolutistische" Wissenschaft geeifert und in ihr den Gegner seiner Täuschungen und die Vorschule zu einer Befreiung bekämpft, von der er dunkel ahndete, daß sie der Altäre im Süden nicht bedürfen und den mechanischen Absolutismus des Nordens zerbrechen würde. Die Liberalen des Südens fühlten die Ueberlegenheit des Nordens, erstickten ihre Antipathie gegen denselben, hofften immer noch, daß es ihnen gelingen würde, ihn mit ihrer Huldigung zu überraschen und ihn durch die Verbindung mit dem Süden aus seiner exclusiven Stellung herauszureißen. Ein Theil der Linken schwankte aber noch, bezweifelte es noch, ob die preußische Politik zu Gunsten Deutschlands ihre bisherige abgesonderte Stellung aufgeben würde, wo sie immer wieder im Fall der Noth sich mit Rußland und Oestreich verbinden und mit diesen gemeinsam gegen die unruhigen Elemente im übrigen Deutschland und die Freiheitsbestrebungen der Völker operiren konnte.

Die Schwankenden aber — sie hatten keine eigene Kraft, keinen innern Mittelpunkt, der ihnen in dieser Ungewißheit einen sichern Halt geben, keinen Blick, der ihre Unklarheit lösen, kein Auge, das ihnen sagen konnte, ob Deutschland zum Opfer der preußischen Politik bestimmt oder fähig sey, Preußen in sich aufzunehmen. Die Versammlung — sie wußte keinen andern Ausweg aus ihrer tödtlichen Verlegenheit als den Welcker'schen Antrag. Nachdem sie den Anstand wenigstens gerettet und ordnungsmäßig die zweite Lesung

des Verfassungsentwurfs vorgenommen hatte, beschloß sie am 27. März, dem deutschen Volk einen Kaiser zu geben, und schloß sie den Tag darauf ihre Verfassungsarbeit, indem sie den König von Preußen zum Kaiser der Deutschen erwählte.

Die „gewaltige, rettende That" war damit vollbracht und das Geläute aller Glocken verkündigte am 28. März den Frankfurtern, daß die Versammlung von Deutschland Abschied genommen und sich in das von ihr selbst gegrabene Grab gestürzt habe.

Während die Deputation der Versammlung mit ängstlicher Langsamkeit ihre Botschaft nach Berlin schleppt, läßt sie uns Zeit, auf die Regierung und das Volk, denen sie die Entscheidung über Deutschland überbringt, einen Blick zu werfen.

VIII.

Die octroyirte Verfassung und die Kammern in Preußen.

Erobernden Geist, wie ihn Deutschland brauchte, wird die Frankfurter Deputation in Berlin reichlich und in der Blüthe der Entwicklung antreffen.

Der Eroberer des vorigen Sommers, das Bürgerthum hatte zwar den Platz räumen müssen: ohne die Kraft der Auflösung und wirklichen Eroberung hatte es die Revolution wie einen glücklichen Fund nur benutzen und von ihr profitiren wollen, indem es sie erstickte — ohne den Muth des Kampfes wollte es Freiheiten, die es nicht selbst geschaffen, genießen und um der Ruhe willen der Bewegung, aus der die Freiheit hervorgeht, ein Ende machen — als der ewige Dilettant und phlegmatische Genüßling wollte es sich die Resultate aneignen und suchte es in seinem Haß und Argwohn gegen alles Schöpferische und Ursprüngliche die geschichtliche Arbeit, die die Resultate gebiert, zu unterdrücken.

Der bürgerliche Eroberer war gefallen: — der königliche hatte seine Stelle eingenommen.

Der Parvenü hatte sich nach dem März des vorigen Jahres nicht wenig darauf eingebildet, daß er mit seinem Rücken den gefährdeten Thron deckte, daß er der Dynastie als Schild diente, — die Krone hatte ihn jetzt für seine Hilfe in der Noth mit einem Gnadengehalt belohnt und abgefunden; Ein Ruck war hinreichend gewesen, ihn bei Seite zu schieben.

Die Bürgerminister nach dem März hatten den Beweis geliefert, daß die Märzrevolution keine Revolution war und den Zusammenhang mit dem früheren Regierungssystem nicht unterbrochen habe — sie hatten sich somit selbst überflüssig gemacht und das Königthum konnte sie, nachdem sie ihren gelegentlichen Dienst geleistet, in Gnaden entlassen.

Das Heldenthum der Mittelmäßigkeit, welche die bürgerliche Angst vor Erschütterungen in die Nationalversammlung geschickt hatte, war unfähig gewesen, mit seinen guten Absichten, Anläufen und heroischen Velleitäten einen neuen Staat zu schaffen: — jetzt, nachdem die Krone ihr angeborenes Recht wieder angetreten hatte und das Königthum als die ausschließliche Macht da stand, war das bürgerliche Heldenthum zum Verbrechen und selbst die Erinnerung an dasselbe peinlich und drückend geworden.

Als das Königthum gegen die Revolution sich mit dem passiven Widerstand half und die Kunst des Temporisirens anwandte, hatte es zugleich die Kriegslist gebraucht, daß es die Lichtfreundschaft und den bürgerlichen Liberalismus in seinen Rath zog und von der gährenden und unbefriedigten Volksmasse absonderte. Es entwand mit Hilfe dieser List der Revolution ihre ursprünglichen Waffen und

zwang sie, zum passiven Widerstand ihre letzte Zuflucht zu nehmen.

„Wir, wie die Nationalversammlung, riefen die Berliner Stadtverordneten in der Proclamation vom 12. November ihren Mitbürgern zu, beschwören euch, keinen offenen Widerstand der Gewalt entgegenzusetzen. Im Kampf unterliegt die Freiheit, im ruhigen Widerstand wird sie siegen.“ Während der ruhige Bürger den Kampf als den Feind der Freiheit meidet und die Gewaltthat als ein Verbrechen betrachtet, verspottet ihn die Contrerevolution, indem sie die Revolution zu ihren Gunsten ausbeutet und die Gewalt, die Seele derselben, sich aneignet.

Auch der Magistrat beschwor die Bürger Berlins in seiner Ansprache vom 12. November, in der „Krisis“, in welche „der Proceß der Staatsentwicklung getreten“, „die ruhige würdevolle Haltung“ zu bewahren, die „in ihrer imposanten Wirkung ein moralisches Recht documentirt, gegen welches alle physische Gewalt machtlos zerschellen wird.“ „Darum bitten, beschwören wir euch, rief er ihnen zu, setzt einer solchen physischen Gewalt keinen andern, insbesondere keinen thätlichen Widerstand entgegen. Achtung vor dem Gesetz ist der oberste constitutionelle Grundsatz.“ Der Magistrat sprach es damit aus, daß die Gewalt das oberste Gesetz ist.

Mit allen ihren Anträgen, Forderungen, Interpellationen, ihren Anläufen und Demonstrationen hatte es die Revolution nicht erreichen können, daß das Ministerium Camphausen sie als einfache Thatsachen anerkannte — jetzt erhielt sie durch die Contrerevolution ihre thatsächliche Anerkennung — die Gewalt der militärischen Contrerevolution

war das factische Zeugniß, daß eine Revolution zu bekämpfen sey — die Gewalt, die die Revolution zu bethätigen zu schwach und muthlos war, hatte die Contrerevolution in Besitz genommen, die That, die jene nicht auszuführen vermochte, wurde von dieser vollbracht. Die Illusion des Rechtsbodens, mit welcher der schwache Camphausen die noch schwächere Revolution schreckte, — sie wurde von der Contrerevolution aufgelöst, als diese endlich den Beweis zu liefern wagte, daß die Gewalt die entscheidende Macht in der Geschichte sey.

Die Liebe, die Brüderlichkeit und Humanität der lichtfreundlichen Revolution konnten die Gewalt nicht handhaben und mußten nun mit mönchischer Entsagung die Schläge der Gewalt dulden, mit denen die Contrerevolution ihre Schwäche belohnte.

Den Vereinbarungsstandpunkt, auf welchem die Revolution unter Vermittlung des vereinigten Landtags mit der Krone ihren Frieden geschlossen, hatte sie trotz aller Gelüste, Versuche und Angriffe nicht auflösen können, — was ihr nicht gelungen war, gelang der Regierung — sie wies die Vereinbarung von sich ab, griff nach dem Recht der Revolution und octroyirte.

Wenn es aber die Aufgabe der Revolution ist, zu organisiren und in ihrer eigenen Gestaltung sich ihren Schluß zu setzen — wird es der Regierung gelingen, zu schaffen, oder wird sie gleich unfähig wie ihr bürgerlicher Gegner in der Ohnmacht der Contrerevolution die Revolution permanent erklären müssen?

Mit demselben Mittel, mit dem sie die Souveränität dem Volke abgerungen, mit Hilfe der Gewalt wird sie

ihre Eroberung zunächst nur behaupten können — sie hat das Vorrecht der Gesetzgebung sich wieder angeeignet und übt es auf den Trümmern der Volksvertretung und des Standpunkts der Vereinbarung, den sie selbst hatte gründen helfen — aber wird es ihr endlich gelingen, dem Strom der Gewalt, den sie entfesselt, Schranken zu setzen, aus ihren zerschlagenen Gegnern wieder ein Volk zu bilden und in demselben den Glauben an das Gesetz wieder zu befestigen — oder wird sie, eine Beute des revolutionären Stroms, während sie im Besitz der Gewalt zu seyn glaubt, in der Gewalt dee Verhältnisse sich befinden und sich gezwungen sehen, auch auf den Trümmern der octroyirten Verfassung, im Octroyiren unablässig fortzufahren, bis sie die Geister der Gewalt, die sie heraufbeschworen, nicht mehr bannen kann?

Die Neue Preußische Zeitung gab es zu 1), daß „der 5. December durch die Octroyirung der Verfassung der Anfang einer langen Revolutionsperiode voll schwerer, ungewisser Kämpfe sey", — nur tröstete sie sich damit, daß das Octroyiren gegen die Gefahren seiner revolutionären Natur zugleich das Heilmittel enthalte, daß es als „ein mehr oder weniger willkührlicher Anfang auch ein gleich willkührliches Ende" haben könne, daß Gebäude, die auf „solchen" — willkührlichen und revolutionären — „Grundlagen" stehen, wie das Jahr 1848 gelehrt habe, leicht zusammenstürzen; sie erinnerte ferner an das Sprüchwort: „wie gewonnen, so zerronnen" — an den juristischen Grundsatz, „daß ein rechtlicher Verband in der

---

1) 1848. Nr. 140. Beilage.

Regel eben so, wie er entstanden, auch wieder gelöst werden kann."

Allein die Klagen derselben Zeitung [1]), daß der König in der octroyirten Verfassung sich zu treu an die gegebenen Verheißungen gehalten, daß er nicht vielmehr jene „tiefer gehende Treue" geübt habe, die „ein auf übeln Rath oder in unbewachter Eile gegebenes Wort nicht unbedingt hält", die Klagen über den „Fluch der bösen That, daß dem Vaterlande auf der Basis der unglückseligen Märzverheißungen eine Verfassung gegeben" — was bewiesen sie anders als daß die Regierung, die über die Revolution zu gebieten glaubte, sich doch noch in der Gewalt derselben befand und sich höchstens nur von ihr befreien konnte, wenn sie sich mit dem Märzereigniß in einen revolutionären Wettkampf einließ, dessen Gefahren sie nicht in voraus abmessen konnte?

Das Königthum machte Versuche auf Versuche, sich als die einzige schaffende, als die der Revolution überlegene Kraft zu beweisen. So war es die Absicht jenes Schreibens an die Urwähler des Dorfes Nessin bei Colberg durchaus nicht nur, auf die Wahlen zu den beiden revidirenden Kammern einzuwirken, noch weniger drängte es die Regierung, die Scrupel der Nessiner Urwähler, ob es wirklich der allerhöchste Wille sey, „das Grundeigenthum zu theilen", aufzulösen, sondern die pommersche Dorfgemeinde mußte auf einmal sich mit staatsrechtlichen Problemen martern und bei dem König in einer unmittelbaren Vorstellung anfragen, ob er „wirklich durch seine Rathgeber gezwungen worden", die National-

1) A. a. O. Nr. 142. Beilage. Nr. 139. Beilage.

versammlung aufzulösen und die Verfassung vom 5. December zu verleihen, damit derselbe seinen eignen freien Willen wieder zeigen und ihnen antworten konnte, er habe jene Versammlung „auf den Rath seiner Minister, aber aus *eigener freier Entschließung* aufgelöst und demnach ebenfalls aus *eigener freier Bewegung* seinem Volke ausgedehnte Rechte und Freiheiten in einer Verfassungsurkunde *verbrieft*.“

So sprach der König ferner zu jener Breslauer Deputation, die ihm in der Mitte des December ihre Loyalität versicherte, von „der Schmach“ der letzten sieben Monate, von der jeder Patriot nur wünschen könne, daß sie aus der Geschichte Preußens „ausgelöscht werde“, erwähnte er, um seinen unverwüstlichen Rückhalt zu zeigen und die revolutionären Stadte zu „beschämen“, wie „das platte Land“ während jener sieben Monate der Schmach ihn gebeten habe, „als Zuzug nach Berlin kommen zu dürfen, um *seine Feinde niederzuschlagen*.“

In dem Armeebefehl, in dem er seinem Kriegsheer Glück zum neuen Jahr wünschte, wies er ferner darauf hin, wie er vor der „*Empörung*“ des 18. März „sein Volk freisinnigen Institutionen *besonnen entgegenführen wollte*“ und wie nur „der Hochverrath die friedliche Entwicklung derselben gestört“ habe.

Das Königthum hörte es endlich nicht ungern, wenn die byzantinischen Hoftheologen in der Neuen Preußischen Zeitung ihm die Sünde vorhielten, daß es sich am 19. März *schwach* erwiesen, die Truppen unnöthigerweise vor den Empörern zurückgezogen und *ohne Grund* sich dazu herabgelassen habe, die liberalen Sünder des vereinigten Landtags in seinen Ministerrath aufzunehmen, — das Königthum

ließ sich diese Vorwürfe gefallen, denn was schadete es ihm, wenn die Männer Gottes und die Untadelhaftesten der Geheimenräthe ihm die Möglichkeit zeigten, daß es strenger und entschiedener habe handeln können? Kamen nicht diese Strafpredigten seinem Vorsatze der unnachsichtigen Strenge entgegen und erinnerten sie nicht das Publicum daran, daß es wirklich das Königthum von Gottes Gnaden sey, da die Gnade des Himmels es trotz seiner augenblicklichen Schwäche erhalten und unversehrt aus dem Strudel der Revolution herausgezogen habe?

Auf das Publicum aber machten die Strafpredigten dieser Byzantiner nicht den gewünschten Eindruck, da es sich nur zu lebhaft der Feigheit und Angst erinnerte, mit welcher dieselben in der Nacht vom 18. zum 19. März sich in das Schloß schleppten und in ungläubiger Verzweiflung den König auf den Knieen beschworen, der „Empörung" nachzugeben und seine Truppen zurückzuziehen.

Die Erinnerung an die großmüthigen Absichten, deren besonnene Ausführung die Empörung des 18. März unterbrach, war auch nicht geeignet, die Revolution zu schließen und die Schmach der letzten sieben Monate zu tilgen, da die Unzufriedenheit der lichtfreundlichen Bürgerschaft sich an Verheißungen von bedeutend älterem Datum entzündet hatte und zum gewaltsamen Ausbruch des 18. März gedieh, weil sie die Besonnenheit der Regierungsexperimente satt hatte.

War es ferner der Ausdruck wirklicher geschichtlicher Superiorität, wenn die Regierung das Königthum in dem Schreiben an die Urwähler einer Dorfgemeinde seine freie Entschließungskraft versichern ließ — sprach sich nicht vielmehr in diesem Dispüt mit den gemachten Zweifeln der

Nessiner Bauernschaft die Unsicherheit des Selbstgefühls, der Zweifel an der eignen geschichtlichen Vollmacht aus?

Und das platte Land war während der sieben schmachvollen Monate die Stütze und der Trost des Königthums gegen die Städte gewesen? Also die Dumpfheit und Rohheit des platten Landes stand der Bildung und Cultur der größern Städte gegenüber? Die Contrerevolution des November war der Sieg des platten Landes und dessen Stabilität über die Strebsamkeit der Mittelpunkte der Cultur? Die Armee, der wirkliche Zuzug der Provinzen, vollbrachte die Reaction gegen die Strebsamkeit der städtischen Intelligenz — erstickte auf dem Heerde der Bildung das Feuer, weil es zu schwach gewesen, um weiter um sich zu greifen?

Wenn die neue Preußische Zeitung schildern will, wie kräftig das „langersehnte Wort" gewirkt hat, welches der König „nun endlich gesprochen und welches dem gesammten Vaterlande die Wiederkehr gesetzlicher Zustände sichern und der wachsenden Anarchie ein Ziel setzen wird", so berichtet sie von den Gewaltthätigkeiten, die ein bestochener Pöbelhaufe und Soldatentrupps gegen ein Paar Freigesinnte in der Provinz ausgeübt haben. Wenn sie „den Leumund" einer Landschaft „retten und von dem Makel, den ihre Deputirten auf sie geworfen haben, waschen" will, so erzählt sie, wie die Leute vom platten Land in der Kreisstadt, z. B. in Tilsit den demokratischen Verein gewaltsam überfallen und die Mitglieder desselben mit ihren Knütteln gestraft haben — „auch das Rathhaus, setzt sie in ihrer Freude hinzu, entging der Zertrümmerung nicht, da in demselben

einige Tage zuvor eine Vertrauens-Adresse an den Clubb-Unruhe zu Stande gebracht war" [1]).

„Die Gesinnung der hiesigen Gegend, wird ihr aus Camin geschrieben [2]), ist vorzüglich, auch in der ganzen Gegend", denn — „in Naugard ist vor einigen Tagen die hohe Demokratie gewaltig durchgeprügelt worden". Also nur nicht den Muth verloren! Man bleibe standhaft in Berlin: „Alles wird gut, wenn nur der König diese Minister nicht entläßt und sich dadurch schwach und ängstlich zeigt!" Das Volk ist fest und treu und wenn dasselbe gegen Einzelne vom Nicht-Volk sich Brutalitäten zu Schulden kommen läßt, wie z. B. Soldatenhaufen vom 20. Regiment gegen den Redacteur des Wochenblattes in Liegnitz, so ist das nur „die Züchtigung von Uebermüthigen" [3]).

Mein ist die Rache! sagt das Volk und das Nicht-Volk muß die Züchtigung als gerechte Strafe hinnehmen.

Die Regierung wollte nicht nur siegen, sie beschloß auch, zu organisiren.

Nachdem der Bürger den Arbeiter niedergehalten und dessen Ansprüche mit seinem zähen Widerstand abgeschwächt hatte, wurde er selbst noch zu guter letzt vom Feuer der Revolution ergriffen und erhitzte er sich für dieselben Forderungen, die ihm noch vor einem halben Jahre, als sie der

1) 1848. Nr. 134. Litthauen, den 25. November.

2) Ebend. Nr. 135.

3) Ebend. 1849. Nr. 10. Liegnitz, den 10. Januar.

Arbeiter aufstellte, als Gräuel und Wahnsinn galten und von ihm als ein Angriff auf die Ordnung der Gesellschaft bekämpft wurden. Mit Einem Wort: er verlangte vom Staat die Garantie seiner Existenz und die Organisation der Arbeit.

Die Aufregung, die sich im December und Januar des gesammten Handwerkerstandes bemächtigte, war das letzte Wetterleuchten der Revolution, ihr Nachzittern im bürgerlichen Gehirn — sie war das bürgerlich-revolutionäre Stöhnen nach Ruhe und Ordnung, die für immer und ewig gesichert wären. Die Wahlbewegung jener beiden Monate gab dem Bürger die Gelegenheit dazu, mit seinen Forderungen aufzutreten, das Versprechen und Gelöbniß, sein Ideal auszuführen, war der Kaufpreis, für den er allein seine Stimme gab, die Candidaten der rechten und linken Seite schmeichelten ihm in gleicher Weise und stimmten darin wenigstens überein, daß sie ihm ihre Mitwirkung zur Ausführung seines Ideals verhießen und ihm betheuerten, daß die „sociale Frage" lösbar sey. Wenn die Handwerker verlangten [1]), daß „endlich dauernde Ruhe im Vaterlande hergestellt werde", dieß aber „nur für möglich hielten, wenn solche Vorkehrungen im Staate getroffen würden, daß jeder Mensch sein Stück Brot habe", und wenn sie noch „außerdem eine vernünftige Freiheit" verlangten, so gaben ihnen die Candidaten der linken Seite Recht, sagten es ihnen nach, daß eine definitive Gewerbeordnung Noth thue, stimmten sie ihnen auch darin bei, daß der „bedenklichste Mangel" der octroyirten Verfassung darin bestehe, daß sie keine Gewerbe-

---

1) Siehe z. B. Magdeburger Zeitung. 1849. Nr. 9. Beilage I.

ordnung enthalte [1]) und ohne daran zu denken, wie mit diesem Verlangen ihr „Princip der Freiheit" zu vereinigen sey, trieben sie ihre Zärtlichkeit für die octroyirte Verfassung so weit, daß sie erklärten, „mit der Gewerbeordnung fehle ihr auch ihr wesentlichster Bestand, ihre einzige und innerliche Sicherheit."

Auch die Regierung gab dem bürgerlichen Schwärmer Recht. Als am 18. December eine Deputation von Handwerkern aus allen Provinzen beim König eine Audienz hatte, um ihm eine Vorstellung zu überreichen, in der sie ihre Bedenken darüber aussprachen, daß weder in der Verfassung noch in den versprochenen Gesetzen einer Gewerbeordnung Erwähnung geschehen und ein Deputirter aus Sachsen die Bildung von „zeitgemäßen Innungen, in denen der, der Arbeitslust und Arbeitskraft habe, seine Fähigkeit zur Geltung bringen und sein Stück Brot verdienen könne", für „dringend nöthig" erklärte, erwiderte der König: „das ist ganz meine Idee". Die Staatsregierung hoffte im Bund mit den Handwerkern eine ihr genehme Volksvertretung herbeizuführen und bestärkte dieselben in ihren Forderungen, um die Wahlen von den Revolutionären der Nationalversammlung abzulenken: „Ihr Wohl liegt in Ihrer Hand, sagte z. B. der König zu jener Deputation, sorgen Sie für eine geeignete Vertretung, sorgen Sie, daß Männer in die Kammern kommen, die das Wohl des Handwerkerstandes ernstlich wollen" — was ihr aber am meisten schmeichelte, was die Regierung für die bürgerlichen Forderungen am

1) Siehe z. B. den Bericht des Herrn von Unruh an seine Wähler. Ebend. 1848. Nr. 307. Beilage I.

meisten einnahm, war die Aussicht darauf, daß sie mit Hilfe derselben ihr eignes revolutionäres Ideal verwirklichen und ihrer Allmacht die Arbeit der ganzen Gesellschaft unterwerfen könne.

Sie berief im Januar einen Congreß von Handwerkern, berieth mit denselben die staatliche Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse und erließ in Folge dieser Berathungen das Gewerbegesetz vom 9. Februar.

„Dem jetzigen ordnungslosen Zustande, erklärten die Abgeordneten der Provinzial-Handwerks-Vereine auf dem Congreß, müssen heilsame Schranken gesetzt werden, denn in dem Gewerbe herrscht jetzt keine wahre Freiheit, sondern Anarchie, indem Jeder thun kann, was er will" — welche Aufforderung also für die Regierung, der schrecklichen Freiheit entgegenzutreten, die Anarchie im bürgerlichen Treiben zu ersticken, die Arbeit der ganzen bürgerlichen Gesellschaft zu regeln — der Unordnung endlich auf dem Gebiet, wo sie eine unerreichbare Zufluchtsstätte gefunden zu haben schien, ein Ende zu machen! Die Regierung folgte der Aufforderung und setzte die Staatsautorität an die Stelle der freien Bewegung und Entwicklung, so daß die Gesellschaft nur von oben ihre Seele erhalten, der Regierungsgewalt unbedingt gehorchen, vor dem eisernen Scepter einer policeilichen Hierarchie sich beugen, einer mystischen Größe, dem Moloch des allmächtigen Staats sich opfern sollte.

Das Gesetz vom 9. Februar überwies der Policei die Aufgabe, die Theilung der Arbeit zu regeln und rechtlich zu fixiren — es wollte z. B. die Gewerbe sondern, die besondern Verrichtungen derselben abgränzen, die gleichzeitige

Ausübung verschiedner Theile dieser willkührlich abgetheilten Verrichtungen beschränken — indem die Regierung in dieser Weise der Trägheit und Unlust den Absatz sicherte, der bürgerlichen Furcht vor der Zukunft die Entwicklung und den Fortschritt zum Opfer brachte, fehlte es nur noch, daß sie sich zugleich das Recht des Urtheils, der Billigung oder Verwerfung aller neuen Erfindungen vorbehielt und sich mit der Waffe des Gesetzes gegen das erfindende Genie sicher stellte, — fehlte es nur noch, daß sie ihren Haß und Argwohn gegen die Bewegung vollständig befriedigte und den erfindenden Galiläi für immer und in gesetzlicher Weise ihrem päbstlichen Richterstuhl unterwarf.

Aber sie scheute sich noch, diese letzte Consequenz ihres Gesetzes auszusprechen, dem Fortschritt diesen offenen Krieg zu erklären und die präventive Censur, die sie auf dem Gebiet des Gedankens hatte aufgeben müssen, auf dem Gebiet der gewerblichen Thätigkeit wieder einzuführen.

Sie kannte die Consequenzen ihres eignen Gesetzes nicht — es fehlte ihr wenigstens der Muth dazu, es offen auszusprechen, daß sie in demselben Augenblick, indem sie die Freiheit der Gewerbthätigkeit beschränkte, auch jedem Einzelnen, dessen Schutz sie mit ihrem Gesetz beabsichtigte, seine Existenz garantiren müsse. Allerdings wollte sie mit ihrem Gesetz dem Bürger die schmeichelnde Aussicht eröffnen, daß seine Existenz nun gewährleistet sey — indem sie die Meisterschaft von Prüfungen abhängig machte und einen Standesunterschied zwischen Meister und Gesellen einführte, gab sie dem ersteren das Recht, um seiner Selbsterhaltung willen, die Unterdrückung der freien Thätigkeit Anderer und jedes Fortschritts zu verlangen — in den Gewerberäthen ferner,

die sie in der Verordnung vom 9. Februar einführte, gedachte sie die policeiliche Macht zu schaffen, die unter ihrer Oberaufsicht und mit ihrer Genehmigung den Gewerbebetrieb unter die Linie des Mittelmäßigkeit beständig herabdrücken und die Trägheit und Furcht vor der Zukunft gegen den Trieb der Entwicklung sicher stellte — — es fehlte nur noch das Eine Wort: ich bin die Herrin der Arbeit, die Macht über Arbeit und Existenz und garantire jedem nach seinem standesgemäßen Rechte die Arbeit und Existenz.

Doch sie brauchte diese Consequenz nicht zu ziehen, brauchte den bürgerlichen Blödsinn nicht bis zu dieser Spitze fortzuführen, da an ihrer Stelle die liberalen Wahlcandidaten das Aeußerste in der Ausbeutung jenes revolutionären Blödsinns leisteten und dem staunenden Bürger das Ideal eines Staats vorzeichneten, für dessen Allmacht es ein Leichtes ist, sich an die Spitze der Arbeit zu stellen und Jedem nach Herzenswunsch Existenz und Arbeit zu schenken und für immer zu garantiren.

Als die Aufregung des Bürgers nach Vollzug der Wahlen augenblicklich schwand und seine phantastischen Ansprüche in sich selbst zusammenfielen, verlor auch das Gewerbegesetz seinen Boden: — es war nur eine revolutionäre Phantasmagorie — ein Organisationsversuch der bürgerlichen Schwärmerei.

Der Regierung ging es wie dem Bürger, — sie begeisterte sich für Ideale, setzte sich Aufgaben und es fehlte ihr wie dem Letzteren an dem Willen, ihre Ideale auszu-

führen. Sie war nur der officielle Ausdruck von der bürgerlichen Schwäche und selbst wenn sie in ihren Organisationsversuchen das Alte unter dem Schein des Neuen festhielt, führte sie nur den Willen des Bürgers aus.

Wie hatte der lichtfreundliche Bürger in den letzten vier Jahren für die Idee geschwärmt, daß er der Inbegriff aller geistlichen Vollkommenheiten, also auch die wahre Urkraft der Kirche und dazu berufen sey, dieselbe vom Druck des Staatsregiments zu befreien und sie auf ihrem eignen Grunde von neuem aufzubauen! Die Staatsregierung und der König hatten der bürgerlichen Neuerungslust und dem lichtfreundlichen Schöpfungsdrange so weit nachgegeben, daß sie zu wiederholtenmalen ihre Sehnsucht nach dem Augenblick aussprachen, wo es ihnen vergönnt seyn würde, die Bürde des Kirchenregiments abzulegen und derjenigen Macht, der sie zukomme, zurückzugeben: — jetzt war die Zeit gekommen, die sie beide am Wort hielt, die Staatsregierung mußte beweisen, daß es ihr Ernst war, die Kirche freizulassen, der Bürger, daß er fähig sey und wirklich Lust habe, die Kirche auf seinen Schultern zu tragen. Allein — organisiren? Sonderbare Zumuthung! Der Bürger sollte auf einmal eine abgerundete Gestalt schaffen? Ein selbstständiges Wesen ins Daseyn setzen? War seine Thätigkeit während der letzten vier Jahre nicht die schlaffe Auflösung? War sie nicht die Folge des allgemeinen Verfalls und des elementarischen Zergehens? Gab es ferner noch eine Kirche zu organisiren? Hatten nicht die Verhandlungen der Generalsynode im Jahr 1846 bewiesen, daß die Bedingung jedes kirchlichen Verbandes, das Glaubensbekenntniß, durch alle Kunst der geistlichen Virtuosen, beim besten Willen der Auserwählten nicht wieder

herzustellen sey? Und allein stehen? Selbstständig, aus eigner Kraft schaffen — welcher Schrecken für den Bürger, wenn damit Ernst gemacht werden soll! Er hütet sich vor dem gefährlichen Experiment — denn welche Erschütterungen würden eintreten, wenn der Bevormundung des Staats ein Ende gemacht wird — wie viel Vorstellungen würden ihr Grab finden, wenn ein neues Fundament gelegt werden sollte — also ist es besser: es bleibt beim Alten, wenigstens muß es in der Form der Unbestimmtheit und des Provisoriums — in der Form, die das eigentliche Werk der Märzrevolution ist — festgehalten werden.

Die Regierung stimmte dem Bürger bei und hütete sich gleichfalls, das gefährliche Experiment, mit dem sie während der letzten vier Jahre öfters gedroht hatte, wirklich vorzunehmen. Dem bürgerlichen Freiheitsdrange that sie vollständig Genüge, indem sie in der Verfassung vom 5. December — § 12 — bestimmte, daß „die evangelische und römisch-katholische Kirche, so wie jede andere Religionsgesellschaft ihre Angelegenheiten selbstständig ordnen und verwalten.“ Der Ordnungsliebe des Bürgers, die den Tumult der eingreifenden Neuerung vor Allem haßt, kam sie entgegen, indem sie, wie der Staatsanzeiger in den letzten Tagen des December dem Publicum mittheilte, diejenigen Maaßregeln in Erwägung zog, „die erforderlich seyen, um jene Selbstständigkeit der kirchlichen Gemeinschaften in geordneter Weise zur Wahrheit werden zu lassen.“ Da das Provisorium dem bürgerlichen Revolutionär genügte, eine Lehne demselben außerdem Bedürfniß war, so „verstand es sich ihr in besonderer Beziehung auf die evangelische Kirche von selbst, daß die geschichtlich entwickelte, sich an den Staat

anlehnende Verfassung derselben, mithin auch die Wirksamkeit der dermaligen Behörden fort bestehen muß, bis ein anderer Rechtszustand begründet seyn wird" [1]). Auch das Publicum wünschte Vorsicht und Behutsamkeit — also war es Pflicht der Regierung, „die umsichtigste und besonnenste Erwägung" anzustellen, bevor sie „zur Lösung der großen Schwierigkeiten" schritt, mit denen die Befreiung der Kirche verknüpft war [2]). Die größte Schwierigkeit lag in der Frage, wie „die enge Verbindung, in welcher die Kirche mit dem Staat bisher gestanden", gelöst, die Verbindung selbst aber behauptet werden könne — allein hatte die Generalsynode in dem Oberconsistorium nicht schon die Lösung gefunden? War es nicht genug, wenn [3]) an die Stelle des Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten „die Abtheilung des Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten für die innern evangelischen Kirchensachen" trat — von dem geistlichen Ministerium eine Abtheilung für die evangelische Kirche abgezweigt und mit den Attributen beschenkt wurde, die bisher der Minister ausübte?

Können die Kirche, der Bürger mehr verlangen? Bleibt ihnen in ihrer Freiheit nicht immer der Rückhalt des Staats, da dem Minister in besondern Fällen die Mitwirkung mit der Abtheilung vorbehalten wurde? Heißt das nicht orga-

---

1) Erläuterungen, die Bestimmungen der Verfassungsurkunde vom 5. December über Religion, Religionsgesellschaften und Unterrichtswesen betreffend. Berlin, 1848. p. 8.

2) Siehe den Erlaß des geistlichen Ministeriums an die Consistorien vom 7. Februar 1849.

3) Siehe denselben Erlaß.

nisiren, wie es der Bürger haben will — organisiren und doch das längst zerfallene Gebäude schonen, die Ruine liegen lassen, wie sie einmal liegt?

Der bürgerliche Enthusiast der letzten vier Jahre hatte die Freiheit der Forschung und der Wissenschaft zu seinen Stichworten gemacht — sein Wille mußte geschehen und die octroyirte Verfassung erklärte (§ 17): „die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei". Damit war aber auch dem Bürger genug geschehen: seine Freiheit der Forschung war eine Phrase — also darf auch die Freiheit, die die Verfassung garantirt, nur eine Phrase seyn. Anmaaßend schilt der Bürger die Forschung, die mehr als Phrase seyn will, gegen ihren Hochmuth fährt er auf, wenn sie mehr ist als die Wiederholung seiner Stichworte, ihren Stolz verdammt er, sobald sie die Geleise seiner Tagesvorstellungen verläßt, als frevelhaft verurtheilt er sie, wenn sie sein väterliches Erbtheil, den idealen Haushalt, den er auch seinen Kindern unverkürzt und unangegriffen hinterlassen wird, anzutasten wagt, sie ist ihm verhaßt, sobald sie wirkliche Forschung ist. Die gesetzgebende Weisheit, die Nichts als den Willen des Bürgers vollzog, hatte daher leichte Arbeit, als es galt, den ganzen idealen Staatshaushalt gegen die Forschung sicher zu stellen, das mittelalterliche Unterrichtssystem unversehrt zu erhalten und namentlich das sanfte Verscheiden der Universitäten vor jeder rohen Störung durch die Forschung zu bewahren. Dem Publicum gab sie die Redensart, die demselben genügte — der Forschung, falls dieselbe es noch für

möglich und passend halten sollte, mit dieser bürgerlichen Regierung sich in einen wirklichen Kampf einzulassen, zeigte sie die Schrecken des Strafgesetzes. „Einer weitern Garantie als des Satzes: „die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei", sagten z. B. die officiellen Erläuterungen des geistlichen Ministeriums [1]), bedarf in der Verfassungsurkunde das peeußische Volk für eines seiner heiligsten Güter nicht" — mehr aber als diesen Satz will es auch nicht. „Die Wissenschaft und ihre Ausübung, sagt die ministerielle Auslegung der octroyirenden Gnade, sollen fernerhin keine anderen Schranken kennen, als ihre eigne Wahrheit" — aber „die Heiligkeit des Strafgesetzes" bestimmt den Umfang dieser Schranke und wendet sich gegen die Forschung, die so frevelhaft seyn sollte, diese gesetzliche Schranke ihrem Urtheil zu unterwerfen und zu überschreiten. Wehe der Forschung, die keine andere Schranke anerkennen will, als sich selbst und ihren eigenen Ertrag — sie gibt nur den Vorwand zu den Freveln, die sich „gegen die höchsten Interessen und Rechte der Menschheit und des Staats" richten [2]), es wird daher zur Beruhigung des bürgerlichen Publicums dienen, wenn es hört, daß die Regierung „ein besonderes Unterrichtsgesetz" erlassen wird [3]), welches den Böswilligen auch diesen Vorwand entziehen und die Euthanasie der Universitäten mit einem undurchdringlichen Schirm umgeben wird.

1) Erläuterungen, p. 7.

2) Ebend. a. a. O.

3) Art. 23 der Verfassung vom 5. December.

Das ist der übereinstimmende Wille des Staats, des Bürgers, der gesammten Menschheit.

Aber ist es denn wirklich so gewiß, daß die Regierung in ihren „rettenden Thaten" nur den Willen des Bürgers vollzieht? Kann diese Uebereinstimmung wirklich vorhanden seyn, wenn ein großer Theil des Publicums der Regierung grollt und die Männer, die ihm als die entschiedensten und einsichtigsten Freunde der Freiheit gelten, als seine Vorkämpfer in die Kammern schickt? Ist der dumpfe und rathlose Absolutismus, der sich nur damit hilft, daß er das Provisorium der matten Auflösung so viel wie möglich zu erhalten sucht, wirklich der Wille der Bürgerschaft? Hat das Volk eine tapfere und unermüdliche Opposition nur deshalb in die Kammern geschickt, um diesem Absolutismus der Erschlaffung die gesetzliche Zustimmung zu geben?

Die Verhandlungen der beiden Kammern [1]) werden die Antwort geben.

Der Adreßentwurf der ersten Kammer ging von der Voraussetzung aus, daß es vor Allem darauf ankäme, den Zweifel, den die Verfassung vom 5. December im Augenblick ihrer Geburt und beim Eintritt in den Kreis der Erwar-

---

1) Die „unpartheiische Kritik der preußischen Kammern", herausgegeben von Dr. J. A. Chr. Voigtländer, Berlin, 1849 — (es sind nur zwei Nummern erschienen) — ist die einzige Erscheinung der Tagesliteratur, in der die Adreßdebatten der beiden Kammern eine treffende Beurtheilung gefunden haben.

tungen, Verheißungen, Hoffnungen und Aufregungen der Revolutionsepoche noch gegen ihre eigene Beständigkeit enthielt, zu tilgen und sie selbst „als die zu Recht bestehende Grundlage des preußischen Staatsrechts freudig anzuerkennen.“ Die Kammer leistete diese Anerkennung — nur fehlte derselben das Eine, was ihr die Kammer hatte mittheilen wollen — der Charakter der Freudigkeit, da die Redner, die diesen Bewillkommnungsgruß begründeten, in ihrer Angst und Beklommenheit nach Motiven griffen, die den Absolutismus wegen seiner Selbstentäußerung anklagten, wegen seiner Bundesgenossen verurtheilten oder ihn vergeblich zu beschwichtigen suchten und statt der Anerkennung der Verfassung vielmehr deren Verwerfung, statt der Constituirung der Kammern auf dem Grund der Verfassung vielmehr die augenblickliche Auflösung derselben hätten zur Folge haben müssen.

Herr Kuh z. B., für den es „jedenfalls entschieden war, daß der Ursprung der Verfassung kein constitutioneller und rechtmäßiger“ sey [1]), und der gleichwohl der Anerkennung sich nicht entziehen wollte, hoffte sein Gewissen damit zu beschwichtigen, daß er das Amendement in Vorschlag brachte, wonach die Kammer „den Act der Verleihung als die Grundlage des preußischen Staatsrechts für zu Recht bestehend anerkenne“ — dieser Act aber, der allein dadurch der Verfassung das Recht zu bestehen geben konnte, daß er dem Willen des absoluten Monarchen entsprungen ist, würde als die zu Recht bestehende Grundlage des Staatsrechts, der Verfassung

1) Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der ersten Kammer. p. 84.

die Rechtsbeständigkeit entziehen, die ihr Herr Kuh verschaffen möchte, ja, er wäre sogar ein momentanes Unrecht des absoluten Monarchen gegen sich selbst, gegen die Rechte, die ihm seine Vorfahren als Fideicommiß hinterlassen und die er selbst seinen Nachfolgern unverkürzt wieder übergeben muß — ein Unrecht, welches derselbe nur damit aufheben kann, daß er die Verfassung zurücknimmt. Das heißt, Herr Kuh beweist, indem er die Rechtsbeständigkeit der Verfassung aufzeigt, daß sie nicht zu Recht besteht und in den Urquell, dem sie in einer schwachen Stunde entsprungen, wieder zurückfallen muß.

Wenn Herr Kuh in der Angst seines liberalen Gewissens zur Anerkennung des zu Recht bestehenden Absolutismus getrieben wurde und daher statt die Verfassung anzuerkennen, vielmehr auf die Verwerfung derselben hätte antragen müssen, so gestanden die Andern, die von vornherein auf das Recht des Absolutismus sich beriefen, die unsichere Zukunft der Verfassung ein und sie wiesen sogar diejenigen, die sie als Gegner derselben betrachteten und durch die Furcht vor dem Verlust der letzten Freiheiten zu ihrer Anerkennung zwingen wollten, auf die Möglichkeit hin, daß der absolutistische Monarch sein Geschenk auch wieder zurücknehmen könne.

Herr Hülsmann z. B. begründete die Rechtsgültigkeit der Verfassung in ihrer rettenden Kraft und berief sich auf den Grundsatz, daß die Rettung und Existenz des Staats das höchste Gesetz ist[1]) — wenn es aber in der allgemeinen Verwirrung und Rathlosigkeit, in der es sich um die

1) Ebend. p. 93.

Existenz des Staats handelt, nur die absolutistische Macht ist, die die Rettung bewirken kann, hat diese dann nicht auch das Recht, sobald sie findet, daß die Umstände es erfordern — und ihr allein steht das Recht des Urtheils über diese Nothwendigkeit zu — die Verfassung wieder zurückzunehmen und auch ohne dieselbe den Staat zu retten?

Allerdings, sprachen es Andere offen aus, hat die Krone dieß Recht, aber es liegt nur an uns, beschwören sie die Zögernden [1]), ihr zuvorzukommen, sie wenigstens nicht selbst in die Lage zu versetzen, entweder nach Auflösung der Kammern die Verfassung so wie sie jetzt ist, ohne Revision bestehen zu lassen oder auch sie ganz zurückzunehmen, wenn die Umstände sie zu diesem Schritt drängen — — als ob die Regierungsmacht, sobald ihre absolutistische Oberhoheit anerkannt ist, nicht das Recht behielte, die Verfassung auch dann noch aufzuheben, wenn dieselbe anerkannt und zumal aus dem Grunde anerkannt ist, weil der Drang der Umstände deren Verleihung nothwendig machte.

Die Regierung, die das Recht und die Macht zu geben hat, hat auch das Recht und die Macht zu nehmen; sie kann sogar nur geben, indem sie zugleich nimmt; sie schenkt dem Volk durch die Verleihung der Verfassung die Freiheit, erlaubt ihm, einen Willen zu haben, indem sie in demselben Augenblick ihm die Fähigkeit eines eignen Willens und die verfassungsbildende Kraft abspricht — sie schenkt dem Volke eine Verfassung, indem sie ihm die Versammlung, die zur Vereinbarung der Verfassung berufen war, entzieht.

---

1) So z. B. Herr Bergmann, ebend. p. 86.

Herr Rosenkranz ahndete Etwas von der Gefahr, schlug aber grade den Weg ein, der ihn in die — Grube führte. Geben wir der Regierung, mahnte er[1]), geben wir ihr dadurch, daß wir uns gegen die Anerkennung der Rechtsgültigkeit sperren, nicht die Ursache dazu, daß sie sich ihrerseits auch nicht an die verliehene Verfassung für gebunden hält, — Herr Rosenkranz war in der Dialektik so ungeübt, daß er die Regierung durch die Anerkennung ihrer octroyirenden Vollmacht zu binden hoffte, — sie zu verpflichten, indem er ihr zugestand, daß sie nur an ihre Einsicht, nur durch ihren Willen gebunden sey, sie zu binden, indem er ihr einräumte, daß sie allein binden und lösen könne und an ihre augenblicklichen Schöpfungen selbst nicht gebunden sey.

Dabei drückte und schreckte die Gesetzgeber die Erinnerung an die Nationalversammlung, an deren vergebliche Mühen und an ihr unglückliches Ende. Herr Rosenkranz z. B. rechtfertigte die octroyirende Thätigkeit der Regierung mit der Nothwendigkeit, daß sie dem Vaterlande „für alle Eventualitäten einen Halt geben mußte" — er meinte, man müsse die Rechtsgültigkeit der Verfassung durchaus anerkennen, da „zu diesen Eventualitäten auch die gehöre, daß möglicherweise die gegenwärtig zusammenberufenen Kammern wiederum nicht zu einem glücklichen Resultat gelangten" — unter diesem Gesichtspunkte aber die Rechtsgültigkeit der Verfassung anerkennen: — was heißt das anders, als der Regierung in voraus das Recht und die freie Verfügung über ihre eignen Zugeständnisse zustellen, nachdem sie das-

---

1) Ebend. p. 97.

selbe Recht, dieselbe Freiheit nach der Auflösung der Nationalversammlung in sich selbst gefunden und aus eigner Kraft geübt hatte? Indem Herr Rosenkranz [1]) die Auflösung der Nationalversammlung und die Verleihung der Verfassung als einen berechtigten Act der Regierung bezeichnet, indem er anerkennt, daß die Märztage, das Wahlgesetz des vereinigten Landtags und die Verantwortlichkeit der Minister den Absolutismus nicht beschränkt haben, gibt er der Regierung in voraus das Recht zur Auflösung der Kammern, zur Vernichtug des Wahlgesetzes und der octroyirten Verfassung. Er will dem Absolutismus entgehen und wirft sich, die Kammern, die Verfassung, das Land demselben zu Füßen. Er will wie alle Andern die Rechtsbeständigkeit der Verfassung beweisen und beweist die allgemeine Rechtslosigkeit — er will mit seinem ängstlichen Flehen einen festen Rechtszustand herbeiführen und stabilirt den Absolutismus.

Aber was für einen Absolutismus? Nicht den Absolutismus der Selbstmacht, die rücksichtslos und mit ursprünglicher Sicherheit sich als das einzige Recht proclamirt und durchführt — sondern den schlaffen Absolutismus, der nur der Ausdruck der allgemeinen Erschlaffung, den matten, der das Abbild der bürgerlichen Mattigkeit ist, den unproductiven, der nur deshalb keine bleibende Gestaltung schaffen kann und seine Gesetze, nachdem sie kaum erlassen, wieder zurücknimmt, weil sich in ihm die allgemeine Unproductivität, der allgemeine Pauperismus zusammenfaßt, — den Absolutismus, der

1) In Uebereinstimmung mit Herrn Bergmann, p. 86.

für sein eignes Daseyn und Wirken nach Entschuldigungsgründen sucht und sie in der Rathlosigkeit des Publicums, in der Verwirrung des bürgerlichen Bewußtseyns, in der Unfähigkeit der Volksvertretung, in der Schwierigkeit der beabsichtigten Vereinbarung, d. h. in seiner eignen Unfähigkeit zu einer geordneten und durchgreifenden Herrschaft findet. Die Redner der ersten Kammer entschuldigten den Absolutismus mit dem Drang der Umstände, entschuldigten die Verleihung einer Verfassung — in ihren Reden legte aber der Absolutismus, der für diese bürgerliche und passive Auflösung der einzig mögliche war, das Geständniß ab, daß er für sein eignes Daseyn um Entschuldigung und für die Unhaltbarkeit, die Gebrechlichkeit seiner Schöpfungen um Nachsicht bitten müsse.

Der Absolutismus war so schwach, daß er sich seiner selbst schämte. Seine Vertheidiger, ein wirrer Haufe von zerfahrenen und erschlafften Geistern, die er nicht zusammenhalten und kühn auf ein großes Ziel führen konnte, wichen sogar so weit von ihm ab, daß sie endlich im Volkswillen die Begründung des neuen Rechtszustandes und die rechtliche Weihe der octroyirten Verfassung suchten. Herr Kuh z. B. meinte, der Makel, der der Verfassung ursprünglich anhaftete, „der Makel der illegitimen Geburt sey durch die von dem Volk vorgenommene Wahl beseitigt — die Nation habe entschieden“ und so sey „der Rechtsmangel“, der in der Octroyirung liege, aufgehoben. Auch Herr Milde meinte[1], „die Verfassung bestehe zu Recht, weil

1) Ebend. p. 82.

das Volk sie angenommen habe" — Herr Hülsmann berief sich auf die Adressen, in denen das Volk seine Zustimmung zur Verfassung ausgesprochen habe, Herr Bergmann erinnerte daran, daß die dreißig Tausend Bürgerwehrmänner von Berlin die Auflösung der Nationalversammlung geduldet und damit gebilligt haben — zu jenen Adressen der Nation und der stillschweigenden Zustimmung der Berliner Brügerwehr fügte endlich Herr von Vincke[1]) „die That", die sich darin aussprach, daß „40000 der waffenfähigen Mannschaft auf den Ruf des Königs zu den Waffen eilten" — diese Bundesgenossenschaft aber, die die Redner in ihrer Angst und Verlegenheit gegen den Absolutismus herbeirießen, was war sie anders als die Hilfsmacht desselben und noch dazu eine Hilfsmacht, die den Verfall und die Geistlosigkeit dieses Absolutismus bezeugte? Jene ängstliche Masse, die in ihren Adressen die Auflösung der Nationalversammlung billigte, weil sie eines andauernden geschichtlichen Kampfs nicht fähig ist und froh war, als die Last der Vereinbarung ihr angenommen wurde — jene passive Masse der Bürgerwehr, die sich nicht für würdig hält, Rechte zu besitzen, die eines Bluttropfens werth sind — die unentschiedene Masse, die von ihren Vertretern erst das Urtheil über die Verfassung erwartet, — sie sollen die Rechtsbeständigkeit der Verfassung begründen? Sie sind vielmehr die Stütze des Absolutismus und werden jeden neuen Act desselben, auch die Veränderung und Aufhebung der Verfassung entweder mit ihrer ausdrücklichen Zustimmung billigen oder in ihrer Passivität zulassen und rechtfertigen.

1) Ebend. p. 95.

Die Gesetzgeber sprachen sich ihr Urtheil, indem sie sich auf die Massen beriefen; während sie die Rechtsbeständigkeit der Verfassung begründen wollten, indem sie an den willenlosen Haufen appellirten, stießen sie dieselbe vielmehr um; sie bekannten endlich ihre eigene Willens- und Urtheillosigkeit, forderten somit ihre eigene Auflösung, indem sie behaupteten, daß die Verfassung durch das Volk bereits ihre Gültigkeit erhalten habe, also auch weder ihrer Anerkennung noch Revision bedürfe — was ihnen höchstens übrig blieb, war die urtheilslose, blinde Annahme derselben, wie auch Herr von Vincke seinen Collegen den Vorschlag machte, sie sollten die Verfassung „sobald als möglich" anerkennen, da jeder Zweifel an der Rechtsbeständigkeit derselben, wenn nach der Zustimmung des Volks noch einer möglich sey, „dadurch am schnellsten beseitigt würde."

Die unglücklichen zerfahrenen Geister — sie wollten Alle so schnell wie möglich gerettet seyn; sobald sie aber einmal gerettet waren und die Rettung mit ihrer freudigen Anerkennung begrüßt hatten, trat ein Zwiespalt unter ihnen ein, da die Einen nicht nur Einmal, sondern immerfort gerettet seyn wollten, d. h. die Rettung noch nicht für vollendet hielten, die Andern aber über die fortgesetzten Rettungsacte entsetzt, wenigstens einen Theil des eignen Willens zu behalten wünschten und die Regierung beschworen, sie möchte endlich einmal ihre rettende Thätigkeit einstellen.

Die Cölnische Zeitung, der Ausdruck jenes Liberalis-

mus, der jeden Augenblick am Ende der Welt steht, nach Hilfe schreit und wenn sie gewährt wird, den Retter wegen seiner Thätigkeit lästig findet, das Organ des aufbrausenden Bürgers, der die Regierung bald bedroht, bald zur Hilfe ruft, des Bürgers, der Himmel und Erde gegen die Regierung beschwört, wenn sie ihm einmal seinen Willen nicht gethan, und der erste ist, der die Leichtsinnigen, die ihm glauben und helfen wollen, an die Regierung verräth, — die Cölnische Zeitung, die die Auflösung der National-Versammlung und die Octroyirung der Verfassung mit Dank dahin genommen, war sogar so naiv, von dem rettenden Ministerium zu verlangen, es möge sich „an den Ehrenerklärungen des Landes, welche die mehrfachen auf seine Mitglieder gefallenen Doppelwahlen zur ersten Kammer ihm ausgestellt hatten, genügen lassen und nun das Opfer bringen, möglichst bald seinen Rücktritt zu nehmen" [1]).

Diese ehrenwerthen „Conservativ-Liberalen", die nur bis hieher gerettet seyn wollten, bedachten nicht, daß Andere mit demselben Recht die Fortsetzung der rettenden Thätigkeit verlangen konnten und daß sie selbst durch die dankbare Anerkennung des ersten Acts sich des eignen Willens begeben hatten.

Die Verordnungen vom 2. und 3. Februar die Justizorganisation betreffend, gaben den Anlaß dazu, daß der Streit über die Gränze der Rettung in der ersten Kammer ausbrach. Die Herren Milde und Leue hatten unterm 5. März die Sistirung der Ausführung beider Verordnungen

1) Cölnische Zeitung. 1849. Nr. 53.

beantragt; am 21. März begann die Berathung, nachdem der Centralausschuß die Verwerfung des Antrags und die Tagesordnung in Vorschlag gebracht hatte.

Die Liberalen versuchten noch einigen Widerstand zu leisten; ja, sagten sie[1]), „als es sich darum handelte, das Land vom Rand des Abgrundes zu retten, da mußte das Wohl des Ganzen das oberste Gesetz seyn, diese Nothwendigkeit der rettenden That ist aber für die Erlasse vom 2. und 3. Januar nicht vorhanden" — „wir haben zu denjenigen gehört[2]), die wegen der innern Nothwendigkeit, die Verfassung zu octroyiren, die Gültigkeit derselben anerkannt haben; aber wenn man diesen außerordentlichen Fall zur Regel erheben und behaupten will, jedes Gesetz, welches nothwendig ist, könne deshalb octroyirt werden, dann fragen wir, ob wir noch in einem constitutionellen Staate leben."

Naive Frage — nachdem sie Alle dem Absolutismus ihre Huldigung dargebracht und ihm das Vorrecht zugestanden haben, daß ihm allein das Urtheil über die Nothwendigkeit der Rettung zusteht!

Sie haben die Verfassung freudig anerkannt, sie ohne Vorbehalt genehmigt — der Artikel 105 derselben ist daher, wie ihnen der Justizminister bemerklich machte[3]), „ein vollkommen gültiger Verfassungsgrundsatz" und sie thun Unrecht, sich über eine unconstitutionelle Thätigkeit der Regierung zu beschweren, da dieser von ihnen selbst genehmigte Artikel „ohne Ausnahme in Fällen der Dringlichkeit

1) Z. B. die Herren Maurach und Gräff, stenogr. Ber. p. 189. 191.

2) So Herr Tamnau, ebend. p. 183.

3) Ebend. p. 192.

gestattet, durch vorläufige Verordnungen Feststellungen zu treffen."

Die Verfassung, brachte der Justizminister den Unzufriedenen ferner in Erinnerung [1]), enthält die Grundsätze, nach denen die Organisation des Gerichtswesens geschehen soll — ihr habt es aber selber anerkannt, daß die Verfassung zu Recht besteht, also „stehen auch jene Grundsätze fest, sie stehen verfassungsmäßig fest" — ihr habt keine Gewalt, kein Recht des Urtheils mehr über dieselben und ihre „Ausführung ist Sache der Executivgewalt" allein.

Als die Kammer die Rechtsbeständigkeit der Verfassung im Willen des absoluten Monarchen begründete, hatte sie aber vielmehr anerkannt, daß die Verfassung nicht zu Recht bestehe, daß der absolutistische Wille Herr und Meister über dieselbe sey, hatte sie sich also das Recht des Urtheils über die Regierungsacte abgesprochen, das Recht des Volkes, an der Gesetzgebung Theil zu nehmen, selber zur Illusion herabgesetzt — hatte sie also auch kein Recht, mit der Regierung, die die Gesetzgebung als ihr ausschließliches Vorrecht betrachtete und ausübte, zu hadern oder unzufrieden zu seyn.

Es bedurfte daher auch nicht der an das öffentliche Erbarmen sich richtenden Wendung des Herrn Bornemann, der dem Ministerium, „eben deswegen, weil Viele, sehr Viele annahmen, daß es ein Ministerium der Unterdrückung der Freiheit sey", den „innern Beruf" zuschrieb, wonach es nicht nur die Autorität wiederherzustellen, sondern auch zu zeigen hatte, daß es „die Mission habe, der Freiheit eine Gasse zu

1) Ebend. p. 179. 180.

bahnen"[1]) — d. h. die Freiheit in absolutistischer Weise zu schenken und sich damit den Vorbehalt zu sichern, wonach es dieselbe jederzeit wieder modificiren, endlich ganz zurücknehmen konnte.

Eben so wenig bedurfte es der juristischen Grübelei des Herrrn Stahl, der herausgefunden hatte[2]), daß die Erlasse vom 2. und 3. Januar nicht in § 105, sondern im Patent vom 5. December begründet seyen, einem Patent, „welches die Verfassung gewissermaaßen zum Vollzug bringt" — also zum Vollzug bringt, ehe die Kammern die Verfassung revidirt oder auch nur anerkannt haben — einem Patent ferner, welches allein „die rechtliche Begründung des vorläufigen Wahlgesetzes für die erste Kammer enthalte" und auch zu Bestimmungen berechtige — Herr Stahl sagt: „Bestimmungen treffen könne" — „die von der Verfassung abweichen."

Es bedurfte nicht dieser Marter, welche die Besorgten und Dienstfertigen ihrem Gefühl und Verstand anthaten und dem Gefühl und Verstand aller Andern anthun wollten, da die Kammer ihnen längst zuvorgekommen war und mit der Rechtsbeständigkeit des Absolutismus die Ungültigkeit der Verfassung anerkannt hatte.

Freilich fehlte den Armen die Einsicht in die Bedeutung ihrer eignen That, also auch der Muth dazu, den Absolutismus, den sie nicht bekämpfen konnten, rein und unbeschränkt anzuerkennen — sie konnten daher in ihrem Beschluß vom 22. März die freie Stellung des Absolutismus über

1) Ebend. p. 178.

2) Ebend. p. 183.

der Verfassung nicht anerkennen, getrauten es sich nicht einmal, die Begründung der beiden Verordnungen in § 105 der Verfassung zuzugestehen, und halfen sich mit der motivirten Tagesordnung, indem sie den Antrag der Herren Milde und Leue aus dem Grunde ablehnten, weil es „im Interesse des Landes nicht räthlich sey, die fast beendete Justizorganisation zu sistiren."

Wenn sie aber weder Einsicht noch Muth hatten, so schlug in ihrer Brust doch noch ein Gewissen und sagte ihnen, daß ihr Beschluß vom 22. März nur eine Halbheit sey. Wir haben nur verneint, gab ihnen Herr Bornemann am 28. März zu bedenken[1]), wir haben den Antrag der Herren Milde und Laue nur abgelehnt, nur erklärt, daß die Verordnungen vom 2. und 3. Januar „in dem Artikel 105 der Verfassungsurkunde, auf deren Grund sie erlassen worden, nicht begründet sind, da wir aber eine andere rechtliche Begründung nicht angegeben haben, so könnte der Schein entstehen, als sprächen wir diesen Verordnungen alle rechtliche Begründung ab — dem müssen wir vorbeugen, indem wir zu der stillschweigenden Genehmigung der Verordnungen vorläufig die ausdrückliche hinzufügen" — unser Beschluß, fügte Herr Goldtammer hinzu[2]), kann das Gewissen der Richter möglicherweise beunruhigen, das Land mit Gefahr bedrohen, wir müssen daher die Initiative ergreifen, den Schaden heilen.

Dadurch nämlich, daß wir den Schaden größer machen, die Rechtsunsicherheit zum Princip erheben,

---

1) Ebend. p. 235. 237.

2) Ebend. p. 235.

ohne Urtheil und Grund den Verordnungen unsere Genehmigung schenken oder vielmehr es offen aussprechen, daß wir sie in der That bereits genehmigt, aber blind genehmigt haben, — es offen aussprechen und anerkennen, daß die Krone, ohne die Kammer zu befragen und ohne rechtlichen Grund thun kann, was ihr beliebt und was sie für Recht hält — also auch aussprechen, daß es im Grunde unserer Genehmigung nicht bedarf und die Verordnungen auch ohne dieselbe zu Recht bestehen.

Dann ist „die Wiederholung unseres früheren Beschlusses überflüssig", schloß der Centralausschuß seinen Bericht über den Bornemann'schen Antrag[1], d. h. die ausdrückliche Genehmigung wird die Rechtsbeständigkeii der Verordnungen nicht erhöhen, wenn unsere stillschweigende Genehmigung dieselbe bereits gesichert hat — mit andern Worten: wenn wir trotz unseres Beschlusses vom 22. März an die Rechtsbeständigkeit jener Verordnungen noch nicht glauben können, wird die ausdrückliche Genehmigung unsern Glauben nicht stärken, unser Gewissen und das Gewissen des Landes nicht beruhigen; — wir haben einmal den Absolutismus, das Recht desselben, die Ungültigkeit der Verfassung anerkannt — weshalb die Anerkennung also wiederholen, zumal in derselben das Zugeständniß liegt, daß er auch ohne sie besteht und die einzige, die entscheidende Macht ist?

Die Kammer fühlte die Richtigkeit dieser Bedenken, gab dem Centralausschuß Recht, daß ihr Beschluß vom 22. März „bereits eine vorläufige Genehmigung der Ausführung

---

1) Ebend. p. 340.

und Anwendung beider Verordnungen enthält", und ging unter Anführung dieses Motivs am 20. April über den Antrag des Herrn Bornemann zur Tagesordnung über.

Durch die Anerkennung des Absolutismus hatte die erste Kammer ihre eigene Ueberflüssigkeit anerkannt und die Auflösung der zweiten Kammer als nothwendig bezeichnet; — werden die Männer des Volks, die Revolutionäre in der letztern, die entschiedenen Kämpfer, die kräftigen und wirksamen Helden — kurz, jene Männer der gesprengten Nationalversammlung, die die populäre Verehrung als das Aeußerste der revolutionären Tapferkeit und der gesetzgebenden Weisheit verehrt und die das Volk, um gegen die Auflösung der Nationalversammlung und die Octroyirung einer Verfassung zu protestiren, wiederum zu seinen Vertretern gewählt hat[1]) — werden sie nun den Kampf aufnehmen, den Absolutismus der Krone durch die That und durch die Darlegung der Principien widerlegen? Werden sie zeigen, daß sie fähig sind, die Revolution zu Ende zu führen, zu organisiren, zu gestalten?

---

1) Ein Mitglied der aufgelösten Nationalversammlung sagte nach seiner Wiederwahl zu Breslau am 5. Februar im demokratischen Verein: „die Stadt Breslau hat heute ihre politische Ehre gerettet. Im November hat die Regierung die Volksvertreter mit Bajonetten zur Stadt hinausgetrieben und an das Volk appellirt. Das Volk hat durch die heutige Wahl der Regierung die Antwort gegeben: „hier hast Du die Deputirten wieder." (Siehe Breslauer Zeitung. 1849. Nr. 31. Beilage I.)

Die Revolution hatte vielmehr ihre Vertheidiger auf der rechten Seite und die Männer der Linken baten in der Adreßdebatte, man möge ihnen den Kampf ersparen, hielten den Männern der rechten Seite die Uhlich'sche Bitte um Schonung und Geduld entgegen.

Sie baten die Revolution auf der rechten Seite um Frieden, appellirten an ihr Zartgefühl, statt die Verworrenheit derselben zu enthüllen, ihre Verlegenheit aufzudecken, statt sie als Caricatur der Revolution aus dem Felde zu schlagen — statt das Recht der Revolution sich anzueignen und ihre Kraft der Gestaltung zu beweisen.

Die Verwirrung der Revolution sprach sich z. B. aus, als der Graf Renard[1]) den „Beruf" des Deputirten dahin erklärte, daß er „die Verfassung des Volks in seiner Gesammtheit, in seiner Totalität, also das Volk mit dem Fürsten zu vertreten habe", — er wollte sagen: der Fürst ist das Volk, der Fürst ist die wahre Verfassung, die Idealität des Volks, und er sagte statt dessen: der Deputirte ist der Fürst und das Volk — die Souveränetät, in der der Gegensatz von Fürst und Volk aufgehoben ist.

Herr von Bodelschwingh wollte im Namen der rechten Seite „den Principienstreit aufnehmen"[2]), behauptete gegen die Linke, daß es allerdings „an der Zeit sey, diesen Kampf auszukämpfen," und er konnte ihr nur damit drohen, daß sie, wenn sie die Verfassung nicht anerkennen und nicht zugestehen wolle, daß sie auf Grund derselben berufen und ge-

---

1) Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der zweiten Kammer, p. 153.

2) Ebend. p. 156.

wählt sey, „sich selbst den Boden unter den Füßen wegziehe und die constitutionelle Monarchie in eine absolute verwandle" — d. h. er hatte nicht die Klarheit des Bewußtseyns und den Muth, den Absolutismus rücksichtslos anzuerkennen und warf sich demselben nur aus Furcht und auf der vermeintlichen Flucht vor demselben in die Arme. Er behauptete nicht nur, daß „die Krone das Recht hatte, die Verfassung zu octroyiren", sondern wollte auch das Recht des Absolutismus begründen, fand z. B., daß „in den Gefahren des Vaterlandes eine hinlängliche Rechtfertigung für die Octroyirung" liege, aber er erklärte zugleich, daß ihm die Frage nach diesen Gründen am Ende gleichgültig sey und daß ihm das „Endresultat" das „nunmehrige Bestehen" der Verfassung genüge, gleichviel, auf welche Weise es herbeigeführt und ob es überhaupt in einer Nothwendigkeit begründet sey: „die Krone mußte, — (und dieß einfache Müssen genügt ihm) — zu irgend einem Entschlusse greifen" — ob aber der Entschluß, zu dem sie griff, der einzig mögliche, ob er der geschichtlich richtige, der nothwendige war, danach hat der Unterthan nicht zu fragen, er braucht es auch nicht zu wissen, ihm muß es genügen, daß „durch den Entschluß, den die Krone faßte, das Vaterland factisch gerettet ist."

Die Verwirrung dieses conservativ-revolutionären Bewußtseyns drückte endlich der Graf Arnim in einer Wendung aus, in der ihm Herr Baumstark in der ersten Kammer bereits vorangegangen war[1]) — er begründete den Absolutis-

---

1) Verhandlungen der ersten Kammer, p. 81.

mus in der Nothwendigkeit einer Verfassung — (d. h. damit der Absolutismus verhütet wird, muß ihm die Herrschaft zugestanden werden) — die Anerkennung des absolutistischen Acts, der in der Auflösung der Nationalversammlung sich durchsetzte, hält er deshalb für nöthig, weil ein neuer absolutistischer Act wahrscheinlich, ja gewiß ist, also auch durch die Anerkennung der Verfassung in voraus legalisirt werden muß: „Denn, fragt er[1]), ist es denn so sicher, daß das Geschäft der Revision zu einem Resultat führen wird? Wie dann? Wenn die drei Staatsgewalten sich nicht einigen über das, was in der Verfassung zu ändern ist? Wie soll es dann seyn? Was gilt dann für ein Grundgesetz?" Welche Frage! Der Absolutismus wird das Grundgesetz seyn — also huldigen wir ihm in voraus, indem wir seinen letzten Act, die Octroyirung anerkennen! Der Graf sagt zwar: „auch für diesen Fall muß ein Rechtszustand vorhanden seyn, muß das Volk eine Verfassung haben" — er meint aber und es fehlt ihm nur für seine eigentliche Meinung der reine Ausdruck und das wirkliche Bewußtseyn: die Rechtslosigkeit wird dann den allgemeinen Rechtszustand bilden und wir müssen sie durch die blinde Unterwerfung in voraus als unser gerechtes Schicksal anerkennen.

Diesen verwirrten und das Erbarmen des Zufalls anflehenden Revolutionären gegenüber flehten die Lichtfreunde der linken Seite um Schonung und Geduld.

Herr Waldeck z. B. konnte es seinen fürchterlichen Gegnern auf der rechten Seite nicht oft genug, nicht ein-

2) Verhandlungen der zweiten Kammer, p. 158.

dringlich genug in „Erinnerung" bringen, wie er und seine Parthei „auf das energischste gegen die Adresse protestirt haben und zwar hauptsächlich deshalb, um den Principienstreit zu vermeiden"[1]) — „wir glauben, betheuert er, wir haben uns deutlich genug darüber ausgesprochen, daß dieser Principienstreit gar nicht hätte erhoben werden sollen" — er appellirt an die bessere Einsicht der rechten Seite, die es „recht gut wisse, daß die Versammlung diesen unfruchtbaren Streit, der — seiner Meinung nach — vor dem Lande kein Interesse haben kann, auf sich beruhen lassen könne" — er erinnert sich dessen also nicht, weiß nichts davon, weiß es wenigstens nicht zu würdigen, wie ein Mitglied der rechten Seite am 8. März, als seine Parthei um Waffenstillstand bat, dagegen die Ueberzeugung aussprach[2]), „daß der Kampf um das höchste Princip, welches gegenwärtig in diesen Kammern zu entscheiden ist, nicht vermieden zu werden braucht, daß der Kampf, wenn er nicht provocirt wäre, provocirt werden müßte" — er wiederholt die Bitte um Waffenruhe — feilscht mit den Gegnern und gibt ihnen zu bedenken, wie sie „bei ihrer Ansicht nicht verlieren würden, wenn sie die Frage bis nach endlicher Revision ruhen lassen" — er kennt also seine Gegner so wenig, daß er an eine wirkliche Revision glaubt, und bittet, bis sein Glaube widerlegt, seine Illusion zerstört ist, um Schonung, um Schonung für seine Ansicht, denn er und seine Parthei haben und kennen nur Ansichten, da der Streit über das Princip ihnen als unfruchtbar gilt

---

1) Ebend. p. 154. 155.

2) Ebend. p. 82.

und sie sich nicht die Kraft zutrauen, das Interesse des Landes für denselben zu gewinnen — „schonen Sie, ruft er, die Ansichten Anderer“ — „Sie verlieren bei ihrer Ansicht nicht“ — denn wir werden uns hüten, wir haben nicht die Kraft, dieselbe zu erschüttern und vor den Augen des Landes aufzulösen.

Auch Herr von Berg beklagte es [1]), daß die Adresse in der vorgeschlagenen Anerkennung der Verfassung eine „rein theoretische Erklärung“ enthalte, daß das Wohl des Landes bloßen Principienkämpfen geopfert und „nach alter schlechter deutschen Sitte“ der Streit über Grundsätze beginnen sollte.

Die Liberalen bedauerten den Ausbruch des Streits — als sie gleichwohl dem Kampf nicht mehr ausweichen konnten, waren sie wenigstens so consequent, ihre wahre Gesinnung auszusprechen und die Revolution zu bekämpfen. „Ich bin erstaunt über das Gewebe von durchaus revolutionären Gründen, die uns gerade von dieser — der rechten — Seite entgegengehalten werden“, rief Herr von Kirchmann [2]) — er ist erstaunt, daß sich die rechte Seite auf die Nothwendigkeit und die allgemeine Stimme des Volks beruft — „fühlen Sie nicht, fragt er, daß sie damit jeder Parthei, sobald sie nur die Kräfte in sich fühlt, das Recht geben, jeden Tag von neuem die Revolution zu beginnen? Fühlen Sie nicht, daß Sie sich dadurch auf den Boden der Revolution stellen und die Gründe anführen, welche

1) Ebend. p. 152.

2) Ebend. p. 172. 173.

die Verehrer der Revolution mit Freuden annehmen könnten? Weil wir dieß nicht wollen, bekämpfen wir diese Gründe. Wir wollen die Revolution schließen — wir wollen die Gründe dafür nicht mehr zulassen."

„Fühlen Sie nicht?" — aber die rechte Seite streitet für die Contrerevolution, — also will sie auf dem Boden der Revolution stehen und wenn ihr siegen wolltet, so dürftet ihr die Revolution nicht bekämpfen, sondern müßtet ihr sie erobern, in eure Gewalt nehmen, als Waffe benutzen — ihr müßtet die Waffen schmieden und schärfen.

„Die Revolution schließen" — als ob das so leicht, als ob es nicht nur durch die Anerkennung und Gestaltung der Revolution möglich wäre.

Herr von Kirchmann meint, „nicht die Unfähigkeit der Nationalversammlung, sondern die zu große Fähigkeit in der Bildung der constitutionellen Monarchie auf der breitesten Grundlage sey der Grund zu ihrem Tode, zu ihrer Auflösung gewesen" — hätte sie aber wirklich Fähigkeit gehabt, so wäre die Auflösung vielmehr ihr eigenes Werk gewesen und hätte diese Auflösung in der Gestaltung, Durchführung und Organisation der Revolution bestanden. Sie fiel aber, weil sie die Revolution nicht durchführen konnte.

Sie fiel durch die Contrerevolution, d. h. unter den Streichen der Revolution, die die Regierung in ihre Gewalt genommen hatte.

Ihr seyd Reactionäre, konnte den Liberalen auf der Linken die rechte Seite zurufen — Reactionäre, wenn ihr mit Herrn Kosch die Verfassung nur deshalb nicht annehmen

wollt, weil ihr Ursprung „kein legitimer" ist[1]) — Reactionäre, wenn ihr mit Herrn Schulze von Delitzsch euch auf dem „Rechtsboden"[2]) gegen den Fortschritt der Geschichte isoliren wollt — Reactionäre, wenn ihr mit Herrn von Unruh das Gesetz vom 6. April[3]) gegen unsere Schöpfungen von jüngerem Datum anführen wollt — Reactionäre, wenn ihr euch in die Vergangenheit flüchtet und mit Herrn Waldeck „das Volk auf die Höhe der Märzrevolution[4]) zurückschrauben möchtet", nachdem der 5. December und die Fluth der späteren Octroyirungen das Volk von dieser Höhe fortgeschwemmt und auf einer erhabeneren niedergesetzt haben.

Ihr habt sogar nur Reactionsgelüste — seyd rathlos und wagt keine entscheidende That, da ihr, wie Herr von Kirchmann gesteht, nicht einmal „das Tribunal"[5]) kennt, welches über die „Nothwendigkeit" einer Revolution entscheidet. Ihr kennt die Geschichte nicht — für euch enthält die Geschichte keine Lehre.

Herr Jacobi glaubte außerordentlich viel zu thun, wenn er die Mitglieder der rechten Seite fragte, ob sie es läugnen könnten, daß die octroyirte Verfassung auf dem Wege der Gewalt entstanden sey — als ob die Gewalt allein schon hinreichte, einem geschichtlichen Erfolg, den sie herbeiführen half, das Siegel der Verwerfung aufzudrücken! Als ob die

---

1) Ebend. p. 165.
2) Ebend. p. 157.
3) Ebend. p. 176.
4) Ebend. p. 155.
5) Ebend. p. 172.

Gewalt nicht als nothwendiges Mittel der Geschichte dient und die Nationalversammlung nicht deshalb fallen mußte, weil sie unfähig war, sich dieses geschichtlichen Mittels zu bemächtigen!

Die Octroyirung steht aber, meint Herr Jacobi [1]), „mit dem vernünftigen so wie mit dem positiven Recht in offenbarem Widerspruch" — der Liberale, der sich nach dem Schluß der Revolution sehnt, hält es für möglich, sie durch die Berufung auf eines ihrer früheren Daten in ihrem Laufe aufzuhalten — er glaubte wirklich, der vereinigte Landtag habe durch das Gesetz vom 6. April den Krater der Revolution geschlossen, durch den Buchstaben des positiven Gesetzes der Geschichte, der Revolution ein Ende gemacht. — Und welches ist das vernünftige Recht? Ist es jenes Recht, welches „die natürliche Berechtigung des Volks, bei allen Gesetzen mit entscheidender Stimme mitzuwirken", legalisirt — jenes Recht, welches dem „Einzelwillen, der die Verfassung vom 5. December mit Hülfe der Gewalt der Gesammtheit auferlegt hat" [2]), Unrecht gibt? — aber kann die Gesammtheit als solche schaffen? War es nicht das Unrecht der Nationalversammlung, daß sie den Einzelwillen nicht enthielt, nicht hervorbringen konnte, der allein die Fähigkeit und Kraft hat, ein historisches Werk in die Welt zu setzen und zu behaupten?

„Es handelt sich hier, sagt Herr Jacobi zum Schluß seiner Rede, um die wichtige Frage: ob durch eignen Willen

---

1) Ebend. p. 153.

2) A. a. O. Ebend.

freie Männer, ob Freigelassene durch Königs Gnade" — aber darum handelt es sich, so lange es eine Geschichte gibt — (wenn es möglich ist, den Sinn der Geschichte in einen faden Gemeinplatz zusammenzufassen, die Bedeutung der Geschichte auf eine einzige „Wahrheit" zurückzuführen) — das Volk, welches keinen durchgreifenden Einzelwillen in den Kampf schicken konnte, hatte die Frage sogar längst beantwortet — die lichtfreundliche Erschlaffung ist die Antwort der ganzen Zeit und die trefflichen Reden der Lichtfreunde in beiden Kammern waren auch eine Antwort.

Ihre politische Unschuld und Ehre wenigstens glaubte die linke Seite gerettet zu haben, als die Mehrheit der zweiten Kammer in der Adresse die Anerkennung der Verfassung leistete. Wir sind unschuldig an dieser Anerkennung des Absolutismus, dachten die Liberalen, wir haben das Unsrige gethan, sie zu verhindern — wir haben uns wenigstens rein erhalten. Als sie aber den Ausbruch des „Principienstreits" beklagten, den Streit über die Grundsätze unfruchtbar nannten und ihn auf sich beruhen lassen wollten, als sie erklärten, daß dieser Streit für das Land kein Interesse habe, da legten sie auch das Geständniß ab, daß sie den factischen Bestand der octroyirten Verfassung gern und bereitwillig anerkennen, — sie werden aber bald noch mehr thun, die ganze Consequenz ihrer Schwäche ziehen und wie sie bisher die Aprilgesetze der Verfassung entgegenhielten, sich auf die Freiheiten berufen, die in derselben dem Volke

garantirt sind, wenn es gilt, dem revolutionären Strom der fernern Octroyirungen Widerstand zu leisten — sie werden die octroyirte Verfassung als ihren Rechtsboden behaupten, wenn die ferneren rettenden Thaten des Ministeriums sie in Schrecken setzen — sie werden die octroyirte Verfassung anerkennen, wenn es zu spät ist und die Consequenz der revolutionären Grundsätze der Regierungspartei gezogen, d. h. wenn es offenbar wird, daß die Verfassung vom 5. December in der Gewalt des Absolutismus verbleibt und nicht zu Recht besteht.

Zunächst halfen sich die Lichtfreunde, indem sie dem Absolutismus ihr furchtbar siegreiches Geständniß entgegenhielten, daß sie unfähig seyen, ihn zu begreifen und für möglich zu halten.

Die zweite Kammer verhandelte nämlich auch über die Verordnungen vom 2. und 3. Januar (und verwarf schließlich die Anträge auf Sistirung der Ausführung derselben, obwohl sie dem Ministerium „die Befugniß" zur eigenmächtigen Verfügung derselben absprach.) Als im Lauf der Debatte der Regierungscommissär sich darauf berief[1]), daß „die Verfassung von beiden hohen Kammern anerkannt worden und der Artikel 105 dieser Verfassung dem Ministerium im Fall der Dringlichkeit die Vollmacht gibt, Verordnungen zu erlassen", konnten es die Liberalen nicht begreifen, daß eine Verfassung, die dem Absolutismus entsprungen, auch in ihren Folgen absolutistisch seyn muß. „Ich kann mir das nicht denken, bekannte Herr Thiel von Köslin[2]),

1) Ebend. p. 372.

2) Ebend. p. 372.

daß damit — (Kraft des Art. 105) — dem Ministerium die Befugniß zustehen soll, alle nur möglichen Gesetze zu octroyiren. Sollte diese Befugniß so weit gehen, daß alle möglichen organischen Gesetze in der Art erlassen werden, wie es geschehen ist, so weiß ich nicht, wozu wir hier sind." „Wenn der Herr Commissär sagt, bekannte Herr Dane[1]), man habe die Verordnungen erlassen müssen, damit die Verfassung kein leeres Blatt Papier sey, dann begreife ich dieß nicht."

Wenn sie aber nicht wußten, daß die Verfassung nur erlassen ist, damit ihr Nichtseyn in gesetzlicher Weise — kraft des Art. 105 — decretirt würde, daß sie die bürgerlichen Forderungen nur erfüllt, um deren Nichterfüllung gesetzlich zu sichern, dann allerdings war ihre Aufgabe in der Kammer zu Ende und konnten sie nicht wissen, wozu sie sich in derselben befanden.

In ihrer letzten Verlegenheit schworen sie auf die Verfassung wie auf ein Evangelium der Freiheit. Das ministerielle Clubbgesetz wollte z. B. Herr Temme verworfen wissen, weil es der octroyirten Verfassung widerspreche[2]), gegen dasselbe Gesetz berief sich das Mitglied für Stolpe auf die „Freiheiten, die durch die octroyirte Verfassung gewährleistet sind"[3]), Herr Schneider aus Cöln auf die „Sanction", die die Freiheit des Versammlungsrechts in derselben Verfassung erhalten hat[4]).

---

1) Ebend. p. 375.

2) Ebend. p. 500.

3) Ebend. p. 498.

4) Ebend. p. 503.

Vollkommen aufrichtig waren diese Berufungen auf die Verfassung allerdings nicht gemeint — die Gesetzgeber glaubten ein Meisterstück der Politik zu vollbringen, wenn sie den Kunstgriff der Advocaten anwandten und der Autorität der Verfassung mit ihrem Glauben schmeichelten, um sie sodann gegen das Ministerium zu benutzen.

Nur deshalb, rief z. B. Herr Schneider aus Cöln der rechten Seite zu, ist die Acclamation des Volkes, von der Sie die Rechtsgültigkeit der Verfassung allein herleiten können, — „wenn sie, wie wir bestreiten, wirklich stattgefunden hat" — der Verfassung zu Theil geworden, weil sie „aus dem allgemeinen Schiffbruch der Freiheit scheinbar noch so viel gerettet hat" [1]) — wenn aber die Rettung nur scheinbar war, so hätten die Liberalen darauf gefaßt seyn müssen, daß auch der Schein aufgelöst werden würde; wenn die Wirklichkeit geraubt war, konnte auch der Rest, der Schein geraubt werden und war ihre Hoffnung, daß der werthlose Schein durch ihren erheuchelten Glauben an die Verfassung aufrecht erhalten werden könne, vergeblich.

Doch ihr Glaube an die Verfassung war nicht einmal erheuchelt; ihre geheime Meinung, daß sie über demselben ständen, nur eine Selbsttäuschung — die Verfassung war ihr Ideal, der ideale Ausdruck für ihre Passivität, für ihre Liebe zur Ruhe, für ihren Abscheu vor dem „Principienstreit", für ihre Ergebenheit gegen das Factische — der wahre Ausdruck ihrer innern Verfassung, so wie sie auch der Unfertigkeit entsprach, die der Bildung und Entwicklung des Volkes noch eigen war.

---

1) A. a. O. Ebend.

Herr Rupp berief sich z. B. allen Ernstes gegen das ministerielle Placatgesetz auf die octroyirte Verfassung [1]) — also gegen eine Rechtsverletzung — dafür hielt er das Placatgesetz — auf eine Rechtsverletzung — (als eine solche hatte seine Parthei die octroyirte Verfassung erklärt.)

Er nennt die octroyirte Verfassung „unsere Verfassungsurkunde" und ist in seiner Unterwerfung unter das Ministerium so consequent, daß er ihm sogar seine Billigung des Placatgesetzes in Aussicht stellt, — nur „jetzt" mögte er die Bestimmungen desselben noch nicht annehmen, da „der Revision der Verfassung dadurch geradezu vorgegriffen" würde — als ob darauf das Ministerium zu warten brauchte — als ob es eurer Revision bedarf, da es dieselbe anticipirt, sie vielmehr realisirt, indem es die liberalen Anklänge in der Verfassung durch Ausnahmegesetze entfernt und aufhebt — als ob es eurer Revision nicht eben so vorgreifen könnte, wie es die Nationalversammlung nach Hause schickte und eigenmächtig eine Verfassung gab!

Auch die Andern sahen nicht weiter als Herr Rupp, auch ihr Gesichtskreis reichte über die octroyirte Verfassung nicht hinaus — Herr Rupp hatte in ihrem Namen gesprochen, ihrer Gesinnung Worte geliehen und sie erkannten es ausdrücklich an, daß ihnen nach seiner „erschöpfenden Rede" Nichts mehr zu sagen übrig blieb: Herr Berends z. B. nahm seine Bemerkungen „dankbar" an [2]), Herr Eberty berief sich darauf, daß der Abgeordnete für Königsberg den

---

1) Ebend. p. 467. 468.

2) Ebend. p. 470.

Widerspruch des Placatgesetzes mit der Verfassungsurkunde „überzeugend dargethan" habe[1]).

Sie hatten sich damit ihr Schicksal — die Auflösung — selbst bestimmt, das Loos des Volks — die Unterwerfung desselben unter die Gnade der Regierung — als gerecht anerkannt, ihre und des Volks geschichtliche Unschuld gerettet, der Geschichte und der Regierungsmacht die Ehre der Schuld zugewiesen. Wenn etwas an der Vollendung ihres Schicksals noch fehlte, so lieferten sie diese Ergänzung am 25. und 26. April in der Debatte über den Belagerungszustand. Herr Philipps z. B. hatte an demselben „den gewichtigen Nachtheil" auszusetzen, daß er „das Volk entwöhnt von dem Gefühl für Recht und Gerechtigkeit und an die Willkühr gewöhnt" — wenn es aber einen bestimmten Willen hätte, so würde es die Kraft desselben mit der Willkühr gemessen und seinem „Gefühl für Recht und Gerechtigkeit" Luft gemacht haben. Er fand den Belagerungszustand ferner „unwürdig für die Hauptstadt wie das Land", und führte als Beispiel die Behandlung der Frankfurter Deputation an, die inzwischen in Berlin angelangt war und „die höchste Krone der Christenheit überbrachte": — „die anerkennende Huldigung", das Ständchen, das man derselben darbringen wollte, „wurde auf den Hofraum ihres Gasthauses angewiesen"[2]) — Herr Philipps hätte aber fragen sollen, ob die Mitglieder der Deputation eine andere Behandlung verdienten, wenn sie sich in der That so klein finden ließen, die Huldigung im Winkel eines Hofes anzunehmen und auf den Gesang mit ihren abgenutzten Gemeinplätzen zu antworten.

1) Ebend. p. 479.
2) Ebend. p. 669. 670.

Herr Ziegler versuchte es endlich den Beweis zu liefern, daß der Belagerungszustand nicht einmal nöthig war: — „wo, fragte er[1]), wo war denn in Berlin Aufruhr vorhanden, als der Belagerungszustand verhängt wurde?" Das Volk war ruhig — die Nationalversammlung lag im Traum — sie „glaubte, in einem constitutionellen Lande zu leben, sie träumte, darin zu leben" — ihr Schlaf war so fest, daß sie nicht im entferntesten daran denken konnte, sich gegen den Angriff der Gewalt „als Gerichtshof zu constituiren" — „der Gedanke, daß sie auf dem Boden der Revolution stände", lag so nahe, in ihrem Traum konnte es ihr aber nicht einfallen, diesen Gedanken zu fassen; — auch das Volk verhielt sich ruhig, als die Contrerevolution unter Waffen vor ihm stand — „Berlin blieb ruhig", als die Truppen einrückten, „Berlin blieb ruhig", als man zur Entwaffnung der Bürgerwehr schritt — die bewaffnete Bürgerschaft „blieb ruhig", als die Gewalt ihr den Kelch der Entwürdigung reichte.

Ein Volk aber, welches „die Gefahren und Opfer, die mit der Erfüllung einer Pflicht verbunden sind", als Dispensation von ihrer Erfüllung betrachtet[2]), hat auch keine Rechte, hält sich selbst nicht für würdig, Rechte zu erobern und im Kampf zu behaupten — es ist die passive Materie der Regierungsmacht und seine Vertreter, die es selbst eingestehen,

---

1) Ebend. p. 672.

2) Siehe die Eröffnungen des Herrn Reutter über die Versammlung der Bürgerwehrmajore in der Nacht vom 12. zum 13. November und seine Klage über den „traurigen Eindruck", den die Debatte derselben über die Art des passiven Widerstandes auf ihn machten. Ebend. p. 692.

daß sie nicht einmal im Traum an die Collision dachten, die dringend genug vor ihnen stand, verdienten kein anderes Schicksal als die Auflösung.

Auch die zweite Kammer hatte ihr Schicksal erfüllt. Sie hatte es in allen möglichen Wendungen anerkannt, daß sie überflüssig sey, und wenn noch Eine Wendung, die beschämendste, das erniedrigenste Eingeständniß fehlte, so schloß Herr Ziegler den Kreis der Beschämung ab, indem er bekannte, daß er die Erhebung des Volks zu einem „Rechtsvolk" nie erwarten könne, wenn nicht das Ministerium „in der heiligen Achtung des Gesetzes vorangeht"[1].

Wenn aber Alles vom Ministerium abhängt, ihr selbst sammt dem Volke ohnmächtig seyd und keine eigene Kraft besitzt, dann ist es am besten, ihr geht auseinander und laßt das Ministerium allein handeln. Oder seyd ihr auch dazu zu passiv, um die Folgen eurer Zugeständnisse zu ziehen, so wird das Ministerium euern wahren Willen vollziehen und euch entlassen.

1) Ebend. p. 672.

IX.

Der Märzverein und der bürgerliche Aufstand.

Es gehörte der innere Verfall und die Zerfahrenheit des Willens und Bewußtseyns dazu, die sich in den wichtigsten und selbst scheinbar heroischen Beschlüssen der Frankfurter Versammlung ausdrückten, um dieselbe auf den Gedanken zu bringen, daß sie „groß und kühn" handle, wenn sie die Herrschaft über Deutschland dieser Regierung, diesem Volk anbot. In diesem Act der Verzweiflung einen weltgeschichtlichen Heroismus zu sehen, war nur einer Versammlung möglich, die in ihrer Gewaltlosigkeit so herabgekommen war, daß sie gleich den preußischen Volksvertretern der Contrerevolution nur die Bitte um Schonung und Geduld entgegensetzen konnte und ihre Unterwerfung, indem sie dieselbe für edelmüthige Nachgiebigkeit ausgab, nur noch schmachvoller machte.

Ihre Scheu vor der Gewalt hatte selbst diejenigen, die ihren Gegnern als die entschlossensten und äußersten Revolutionäre galten, dahin gebracht, daß sie Deutschland die Reue über seine Vergangenheit, die Buße für seine tausend-

jährigen Kämpfe mit dem slavischen Osten und die Resignation zur Pflicht machten. Was sie aber von Deutschland forderten, hatten sie bereits selbst geleistet; sie gingen Deutschland mit dem Beispiel ihrer tugendhaften Entsagung voran — sie leiteten seine Bekehrung ein, indem sie das Unglück der Revolutionen beklagten — sie bereiteten es auf sein Ende vor, indem sie über die Moralität des passiven Widerstandes predigten.

Den Entschiedenen war es schon zu viel, daß überhaupt eine Revolution stattgefunden hatte, sie trösteten sich mit dem Gedanken, daß dieselbe unnöthig gewesen, und es war nur ihre Kurzsichtigkeit daran Schuld, wenn sie nicht bemerkten, daß sie damit auch ihre eigene Ueberflüssigkeit und die Unhaltbarkeit ihrer Stellung, die sie allein der Revolution verdankten, anerkannten — aber sie fühlten, was ihrer Einsicht verborgen war, und warfen sich daher wider ihren bewußten Willen — aber folgsam gegen die innere Stimme ihres Gewissens der Contrerevolution, die den Irrthum der Geschichte corrigirte und die unnöthige Revolution beseitigte, zu Füßen.

„Preußen hat eine Revolution gehabt, sagte Herr Löwe von Calbe[1]), als am 14. November über den Conflict zwischen der Berliner Nationalversammlung und dem Ministerium Brandenburg verhandelt wurde, ich versichere Sie aber nach den genauesten Untersuchungen, daß kein Land weniger eine Revolution nöthig gehabt hätte als gerade Preußen" — er gab also auch dem Ministerium Recht, welches das

1) Stenographischer Bericht über die Frankfurter Verhandlungen. 5, 3290. 3291.

überflüssige Beiwerk aus der Geschichte strich und den Zusammenhang mit der absolutistischen Vergangenheit, den die Revolution unterbrochen hatte, wieder herstellte.

„Dahin, meinte er ferner, daß eine Revolution sich nöthig gemacht hatte, war es besonders deshalb gekommen, weil man demjenigen, was man im Wesen gegeben hatte, nicht auch noch das Gepräge gegeben hatte" — wenn aber die That und das Verdienst der Revolution nicht vielmehr darin bestand, daß sie die Form, mit welcher die Regierung das Volksverlangen abgefunden hatte, belebte, den Schein mit seinem Wesen erfüllte, wenn also das Wesen trotz der Revolution nur eine Illusion geblieben war, so stand es auch dem Ministerium noch vollkommen frei, die Form als eine Fiction zu behandeln.

Herr Löwe hat mit seinen Freunden das Unglück, beständig vor einem Unglück zu stehen: „das war eben das Unglück, klagt er, daß es dahin hatte kommen müssen, daß man mit Gewalt sich das hatte nehmen müssen, was den demüthigen und ernsten Bitten und Forderungen länger als ein Menschenalter hindurch verweigert war" — war es aber ein Unglück, konnte das Ministerium sagen, ein Unglück, daß man mit Gewalt nahm, was die „besonnene Entwicklung" gewährt hätte, so sind wir berechtigt und verpflichtet, das Unglück zu bekämpfen und aufzuheben, den Raub zurückzunehmen und die besonnene Entwicklung an dem Punkte, wo sie unterbrochen wurde, wieder aufzunehmen.

„Handeln Sie energisch und rasch, rief Herr Heinrich Simon[1]), und Sie können Preußen eine zweite Revo-

1) Ebend. 5, 3271. „Wir haben stets hier die Rolle des treuen

lution ersparen" — eben darum handelte aber das Ministerium in Berlin „rasch und energisch", — es vollführte also euern Willen, wenn es der Revolution für immer ein Ende zu machen suchte — es geschah euch euer Recht, wenn es eure Einmischung mit Verachtung abwies und euch mit der Revolution zum Fall zu bringen hoffte.

Die Gegner der geschichtlichen Gewalt bewunderten und priesen den passiven Widerstand der Berliner Bürgerwehr, nannten ihn eines der modernen Menschenrechte und sagten damit den Deutschen in voraus, wie sie selbst von ihnen, wenn die Gewalt ihren letzten Sturm gegen sie ausführte, vertheidigt seyn wollten. Der Nationalversammlung in Berlin, als das Ministerium Brandenburg mit dem Vertagungsdecret die erste seiner Maaßregeln ihr ankündigte, „schlugen alle Herzen entgegen und diese Versammlung erklärt, wie Herr Löwe sich ausdrückte und zu ihrem Ruhme hervorhob: „wir sind Männer der neuern Zeit, wir brauchen nicht es Blutvergießens, um unser Recht sicher zu stellen"[1]): die Frankfurter werden sich aber auch der neuern Zeit würdig zeigen, werden nicht auf den Gedanken kommen, daß ihr Recht einen Blutstropfen werth sey — den abgenutzten Gedanken, daß neue Rechte nur im Kampf gewonnen, nur durch das Blut, dessen sie werth geachtet sind, sicher gestellt werden können, werden sie im „Plunder" der Vergangenheit liegen lassen — in dem Plunder, in dem die Lichtfreunde allen Hochmuth so wie die Vorurtheile der bisherigen Geschichte vergraben haben.

Warners vor der Revolution übernommen", sagte Herr Vogt von Gießen bei einer spätern Gelegenheit. Ebend. 7, 4992.

1) Ebend. 5, 3291. 3292.

Der Lichtfreund lebt in einer verkehrten Welt: er unterliegt, obwohl das Recht auf seiner Seite steht — er muß als Aufrührer leiden und doch hält Niemand mehr als er auf Ordnung — die Gewalt stürzt auf ihn los, um den Anarchisten, den leidenschaftlichen, aufgeregten Mann niederzudrücken und doch kann es kein besonneneres, ruhigeres Wesen geben, kann das Gesetz keinen treueren Verehrer haben: aber dieß Bewußtseyn der strengen Gesetzlichkeit ist auch sein Trost und sein innerer Halt, während die Schläge der Gewalt auf ihn niederfallen, und er rächt sich an dem verkehrten Weltlauf, indem er die Regierung, die ihn als Empörer verfolgt und straft, auffordert, von ihm vielmehr Achtung vor dem Gesetz zu lernen, vor *seinem Rechtssinn* Respect zu haben. Sehen Sie diese Bevölkerung, rief Herr Löwe, um die Theilnahme der Versammlung für Berlin zu gewinnen, diese Stadt, „von der man sagt, daß sie das Gesetz nicht mehr kennt und mit Gewalt niedergedrückt werden müsse — sie hält, während die Truppen hereinrücken, von denen sie fürchtet und *mit Recht fürchtet*, denn das Land fürchtet es ebenso, daß sie zur Unterdrückung der Freiheiten des Volkes heranrücken, *die musterhafteste Ordnung*. Bei der Austreibung der Nationalversammlung aus ihrem Sitzungslocale, bei den größten Verletzungen des Rechts, bei der *Vernichtung der Freiheit des Volks* in der Person seiner Vertreter geschieht nicht der geringste Exceß in der großen Bevölkerung: möge die Regierung von dieser Bevölkerung *die Achtung vor dem Gesetz* lernen" — und möge das ganze deutsche Volk dem Beispiel Berlins folgen und während seine Vertreter von der Gewalt auseinander gesprengt und alle seine Hoff-

nungen, Erwartungen und Forderungen verhöhnt werden, gleichfalls die musterhafteste Ordnung halten, das Gesetz achten und sich in Ruhe der Gewalt beugen.

Die Gegner der Gewalt, die den „ruhigen" passiven Widerstand als das Recht des Bürgers in Schutz nahmen und von ihm behaupteten [1]), daß er „in allen gesitteten freien Ländern als Beweis der Selbstbeherrschung und Menschenwürde in Ehren gehalten wird", bedachten nicht, daß zur Aufrechterhaltung dieser Ehre ein höheres Gericht, ein Areopag vorhanden seyn müßte, der zwischen die Gewalt und den ruhigen Dulder eintritt und um seinen Spruch geltend zu machen, doch wieder gezwungen wäre, zur Gewalt zu greifen, wenn er nicht gleichfalls zum passiven Widerstand sich flüchten und die Entscheidung über die zweifelhafte Ehrenhaftigkeit desselben bis ins Unendliche fort einem höheren Gerichtshof zuschieben will.

Der Bürger ist der Gegner der Entscheidung, darum hilft er sich, wenn ihm der Kampf, mit dem er vorher gedroht hat, angeboten wird, mit dem passiven Widerstand und wird er selbst die Frage, ob er Recht hatte, ob es ehrenvoll, ob es würdig war, sich passiv zu verhalten, nie zur Entscheidung bringen — wird er die Antwort in jene unendliche Ferne verschieben, in der alle seine Ideale liegen und die Nichts Anders als der Ausdruck von der Unbestimmtheit seines Bewußtseyns ist.

Es wird sich schon einmal zeigen, rühmt er sich, ob ich nicht Recht hatte, „mich selbst zu überwinden, in stoischer Ruhe zu verharren, den passiven Widerstand glorreich durchzuführen" — aber dieser Augenblick des Beweises wird nie-

1) J. B. Nauwerk, ebend. p. 3327.

mals kommen, da der passive Widerstand immer wieder die einzige Antwort seyn wird.

Eine neue Antwort ist aber nicht einmal nöthig: der Bürger hat bereits ein für allemal geantwortet und in dem passiven Widerstand die Erklärung abgelegt, daß er keinen Grund habe, mit der Regierung zu kämpfen und daß sie mit ihrem Gewaltstreich nur seinen Willen ausgeführt habe. Er will nicht, daß die Fragen, in die er verwickelt worden, zur Entscheidung kommen: also vollzieht die Regierung nur seinen Willen, wenn sie seine Vertreter nach Hause schickt und die Debatte über die Tagesfragen erstickt. Er ist die Auflösung — die passive Auflösung der Gegensätze und Interessen, die die Geschichte bisher beschäftigt haben, also willfahrtet ihm die Regierung, wenn sie jede Krisis verhütet, wenn sie es nicht zur activen Auflösung und zum Gericht über abgelebte Gegensätze und unhaltbar gewordene Interessen kommen läßt — kurz, wenn sie die Abgestumpftheit als das allgemeine Geschick behauptet.

„Wir wollen nicht eine Fortdauer der Revolution, wir sind Feinde aller Anarchie, jeder Gewaltthat und Willkühr, sagt ein Organ dieses bürgerlichen Bewußtseyns[1]), wir wollen Gesetze, Ruhe und Ordnung" — unter Anarchie versteht aber der Bürger die wirkliche Auflösung der veralteten und verrotteten Zustände, über deren Druck er selber nicht genug klagen konnte und die sich gleichwohl nur durch seine Furcht vor Erschütterungen behaupten, als Gewaltthat verabscheut er den Heroismus der activen Auflösung und der wirklichen Gestaltung — d. h. er will den Schluß

1) Nationalzeitung. 1849. Nr. 21.

der Revolution, ehe ein Resultat erreicht ist, die Contrerevolution, die die Bewegung vor der Krisis abbricht — er will, was die Regierung ausführt und darum zieht er sich in die stoische Ruhe seines passiven Widerstandes zurück.

Allerdings will er noch etwas Anderes als die Regierung: er will [1]) „neue Gesetze, wie sie der erwachte freie Volksgeist fordert", — er hatte in kurzer Zeit eine eigene Geschichte erlebt, eine große Geschichte, „die Völkererhebung des Jahres 1848" — kann er also jene Forderungen, dieses ungeheure Erlebniß vergessen, wenn die Gewalt mit ihrer Rücksichtslosigkeit ihm entgegentritt und ihn zur Unterwerfung zwingt? Vergessen? Nein! denn jene Forderung bildet sein ganzes Wesen, diese Geschichte gilt ihm als die Bürgschaft seiner Zukunft: — wie er aber jene Forderung nicht gestalten konnte, (denn der freie Geist ist das Gestaltlose und die Unbestimmtheit selbst), wie jene Völkererhebung nur ein dumpfes und unbestimmtes Aufbrausen war — ein elementarisches Erdröhnen der geschichtlichen Atmosphäre — ein unarticulirtes „Brausen" [2]), so ist es ihm auch unmöglich, im Augenblick seines Rückzuges aus ihnen Kraft zu ziehen und sie zur Stärkung seiner Selbstgewißheit zu benutzen. Jene Forderungen und dieses Erlebniß sind sein Ideal — sein unvergängliches Ideal: er blickt auf sie auch hin, indem er der Gewalt weicht, aber sein Blick ist stier, sein Sinn ist blöde. Im Hinblick auf seine Ideale lächelt er über die unnützen Anstrengungen der Gewalt, denen sie in ihrer

1) Ebend. a. a. O.

2) Sie „brauste", diese Völkererhebung, sagt die Nationalzeitung. 1849. Nr. 93, „wie eine neue Auferstehung."

luftigen Höhe unerreichbar sind — er lächelt, während die Streiche der Gewalt auf ihn niederfallen und zeigt der Welt seine ruhige, friedliche Haltung: das Militär umstellt den Sitz der Nationalversammlung, die Versammlung will keinen Bürgerkrieg, sie weicht der Gewalt: „Berlin ist ruhiger, schöner, besser als je" — der Belagerungszustand wird erklärt: „Berlin ist ruhiger, friedlicher, schöner, besser als je" — die Nationalversammlung läßt sich aus einem Local ins andere hetzen: „Berlin ist ruhiger, schöner, besser als je" — die Waffen der Bürgerwehr werden aus den Häusern geholt, „die Gewaltthaten dauern fort": „Berlin ist ruhiger und friedlicher, schöner und besser als je" [1]) — lächelnd macht der Held des passiven Widerstandes auf seine Ruhe, auf seine Heiterkeit und innere Seligkeit aufmerksam und zeigt der Welt doch nur seine Entwürdigung und innere Auflösung.

Den Revolutionären der Frankfurter Versammlung war es nicht genug, den passiven Widerstand der Berliner als Bürgertugend und Selbstbeherrschung zu rühmen: sie wollten es dahin bringen, daß er der Ruhm von ganz Deutschland würde. Die ehrenvolle Ruhe Berlins während der Krisis, in der die Gewalt ihren Conflict mit der Volksvertretung zur Lösung brachte, reizte ihren Neid: ihrem Ehrgeiz wird erst Genüge geschehen, wenn es heißt: „Deutschland ist ruhiger, friedlicher, besser und schöner als je", während die Vertreter der ganzen Nation der Gewalt erliegen, auseinandergesprengt werden und auf der Hetzjagd die Stätte suchen,

1) Siehe diesen Refrain der Selbstbeschauung in der Nationalzeitung. 1848. Nr. 224.

wo sie die Trümmer der „Volkssouveränität" in Sicherheit bringen und vergraben können; es war so schön und rührend, wie der Bürger in Berlin seine Forderungen als ewiges Ideal anschaute, während er unter den Geißelungen, die die Gewalt über ihn verhängte, zusammenfiel: rührender, schöner aber wird es seyn, wenn ganz Deutschland in der Anbetung und Verehrung des Ideals sich vereinigt, dessen Ausführung an der „rohen Gewalt" und der unbarmherzigen Wirklichkeit scheiterte.

Die Entschiedenen, die Radicalen, die Extremen in Frankfurt besaßen die Kraft und das Geschick dazu, um Deutschland zu dieser ascetischen Selbstgeißelung zu bringen. Sie hatten es immer verstanden, ohne Kampf zu siegen, ohne Gewalt zu erobern. Sie waren schon im Besitz aller politischen Rechte, sie hatten dieselben, wie Ludwig Simon von Trier in ihrem Namen es richtig aussprach, „nicht zu gewinnen, sondern nur zu verlieren" [1]). Sie wurden mit ihren Gegnern fertig, indem sie dieselben ignorirten; die Schranke ihrer Vollmacht zersprengten sie, indem sie das Auge vor ihr verschlossen; ihren Ursprung aus einem Pact zwischen der chaotischen Masse und dem Bundestage überwanden sie, indem sie ihn läugneten. Es war ein Dogma für sie, daß sie Autochthonen, rein und allein der Volkskraft entsprungen seyen — nur die Verläumdung konnte an ihrer Geburt einen „Makel" entdecken und behaupten, daß der Bundestag sie als Vater aufgehoben und anerkannt habe. „Das deutsche Volk, sagte Herr Simon [2]), hat uns hieher

1) Verhandlungen des Frankf. Parl. Stenogr. Bericht 1, 407.

2) Ebend. a. a. O. Herr Wesendonck debütirte mit dem Bekenntniß dieses Dogma später in der zweiten Kammer zu Berlin.

geschickt. Das Vorparlament hat ausgesprochen, daß wir einzig und allein die Verfassng festzustellen haben. Der Funfziger-Ausschuß hat das Princip in allen Conflicten mit der Bundesversammlung rein gewahrt" — auf dem Standpunkt, auf welchem dieses Dogma von der Allmacht der Versammlung galt, gab es nämlich keine Geschichte, wußte man nicht, wie zaghaft und zweideutig das Vorparlament, der erste Niederschlag der flüssig gewordenen Volksmasse, über die Befugniß der Nationalversammlung sich ausgesprochen hatte, wußte man Nichts davon, wie der Funfziger-Ausschuß sich von dem Bundestage nur hatte düpiren lassen[1]), erinnerte man sich nicht einmal, wie die Nationalversammlung erschrocken über ihr eignes Daseyn bei ihrem Zusammentritt sich ansah und wie ihre Verhandlungen über den Raveaux'schen Antrag nur die ängstliche Variation des Grundthema's waren: ja, wir sind sehr mächtig, sogar allmächtig, aber zu schwach, um von unserer Macht Gebrauch machen zu können.

Diese Kämpfer, die damit siegten, daß sie vor dem Gegner und vor ihrer eignen Schwäche die Augen verschlossen — diese Heroen in der Idee mußten es wirklich dahin bringen, daß Deutschland in der Idee groß und mächtig wurde und in dem Ideal dieser Größe und Macht den Trost für seine Niederlage fand.

Nachdem sie im Parlament ihre Hauptthaten vollbracht hatten und die Wiener Octobertage, die Novembertage in Berlin den Urtheilsspruch der Gewalt über ihre parlamen-

1) Siehe den Abschnitt: „Frankfurt" in der „bürgerlichen Revolution" von B. B.

tarischen Siege vorbereiteten, nachdem zu gleicher Zeit die Berliner Bürgerwehr mit Hilfe der revolutionirenden Nationalversammlung die Kunst des passiven Widerstandes entdeckt hatte, war die richtige Zeit zu einer außerparlamentarischen Wirksamkeit d. h. die Zeit dazu gekommen, daß die Frankfurter Revolutionäre die gesammte deutsche Bürgerschaft zur Bestattung des Parlaments einluden und Deutschland aufforderten, es möge sich auf sein Ende vorbereiten.

Das Organ für diese außerparlamentarische Thätigkeit war der Märzverein, den die Linke und äußerste Linke im im November und December gründeten[1]) und der reißend schnell in der Bürgerschaft der Rheinlande und des Südens Wurzel faßte und sich zu einem deutschen Gesammtverein aller derjenigen erweiterte, die im März das höchste Ideal ihres Bewußtseyns verehrten.

Es freute nämlich den Bürger, daß seine Vertreter zu Frankfurt ihm die Waffe geschmiedet hatten, deren Zauber so mächtig ist, daß es nicht einmal des Kampfs bedarf, um den Gegner zu besiegen — eine Waffe, deren bloßes Daseyn, ja deren bloßer Gedanke so kräftig wirken, daß sie hinreichen, den Feind zur Niederlage zu bringen — eine Waffe, deren ideale Wirksamkeit eine ganze Nation unwiderstehlich und zum Schrecken ihrer Feinde macht: diese Waffe war „die Idee des gesetzlichen Widerstandes zum Schutz der allseitig gefährdeten Errungenschaften der Märzrevolution, die

---

1) Erst die äußerste Schaam über einen Erfolg, über den sie selbst erschraken, trieb die Mitglieder der äußersten Linken dazu, daß sie in einer Erklärung vom 10. April mit ihres Namens Unterschrift ihren Austritt aus dem Märzverein meldeten.

leitende Idee, die den Märzverein, wie ein Aufruf desselben in der Mitte des December berichtete, geschaffen hat."

An die Frage, welches denn das Gesetz sey, auf welches sich sein Widerstand gegen die Eigenmacht der Regierungen berufen könne, welches das Gesetz sey, dessen Uebermacht die Bürgschaft dafür leiste, daß die Gegner, die von allen Seiten her das Ideal der Märzrevolution gefährden, entwaffnet würden — an diese Frage dachte der Bürger so wenig wie seine Vertreter, die ihn zum Schutz der Märzrevolution aufriefen — ihm schmeichelte die Idee, daß er kämpfen sollte, zu kämpfen im Stande sey, ohne die Hand zu rühren und den Boden des Gesetzes zu verlassen, und seine Vertreter waren froh, daß sie die Verantwortlichkeit, die sie nicht mehr tragen konnten, die Verantwortlichkeit für die Revolution und deren Organisation auf fremde Schultern übertragen hatten und wenn die letzte Stunde kam, wenn der letzte Streich gegen das Parlament und gegen Deutschland geführt wurde, alle Schuld an der Katastrophe von sich abwälzen konnten..

„Mit dieser Grundidee, heißt es in jenem Aufruf, betritt der Verein in gewisser Beziehung ein Feld wieder, das die öffentliche Bewegung seit dem März vollkommen verlassen zu haben schien": der Verein und die Bürgerschaft, die ihm zufiel, erklärten damit, daß die Märzrevolution kein geschichtlicher, kein wirklicher Kampf war, daß sie — (denn sie war nur eine gesetzliche Demonstration und stützte sich auf fürstliche Verheißungen und Zusagen) — keinen neuen Zustand geschaffen habe und keinen schaffen sollte. Hatte im März ein wirklicher Kampf stattgefunden, waren Wien und Berlin dazwischen getreten und mit ihrer Erhebung daran

Schuld, daß die liberale Bürgerschaft der kleineren Staaten, die für einen Augenblick ihren Fürsten sich fürchterlich gemacht hatte, nicht nach wenigen Wochen schon für ihre hochverrätherische Ueberhebung gezüchtigt wurde — hatten Wien und Berlin die Frage über die Zukunft Deutschlands, während die Liberalen des Südwestens mit einer freisinnigen Umgestaltung des Bundestags zufrieden zu stellen waren, erweitert und in die Gefahr gebracht, daß sie eine europäische werden konnte, so mußte nach der Forderung der Frankfurter Radicalen das Gedächtniß des blutigen Kampfes getilgt, die Ueberhebung bestraft, die deutsche Frage aus ihrer maaßlosen Ausdehnug zu ihrem bescheidenen, ursprünglichen Umfang zurückgeführt und die Sehnsucht der Patrioten auf die Reformation des Bundestages beschränkt werden.

Die äußersten Partheien in Frankfurt, die den Märzverein stifteten, verzweifelten an der Revolution, hatten mit ihr Nichts anzufangen gewußt — darum übergaben sie dieselbe dem Bürger, damit er sie mit seinem gesetzlichen Widerstande im Stiche lasse und vollends an die Regierungen ausliefere.

Die Extremen des Parlaments waren ermüdet, durch die Erfolglosigkeit ihrer Arbeit verstimmt, darum setzten sie die ursprüngliche Unbestimmtheit der Märzrevolution, die sie nicht hatten gestalten können, zur Phrase herab und machten sie aus ihr den Rechtsboden, auf dem der Bürger gegen die Regierungen und gegen die Empörung, die der Ekel über die Leerheit der Phrase hervorrufen konnte, seinen gesetzlichen Widerstand üben sollte.

Die Revolutionäre reinigten die Revolution, indem sie

dieselbe von ihren „Auswüchsen" und gewaltthätigen Ausbrüchen absonderten und zu ihrer ersten Unbestimmtheit zurückführten — sie nahmen von ihr Abschied, indem sie sie verklärten und der reinen Hand des Bürgers anvertrauten — sie verurtheilten dieselbe, indem sie es aussprachen, daß sie nur jene Unbestimmtheit bezweckt habe.

Der bürgerliche Biedermann, der mit seinen kategorischen, kurzgefaßten Behauptungen alle Fragen entscheidet und nur seinen Willen zu erklären braucht, um geschichtliche Collisionen zu lösen, war von Anfang an das Ideal dieser Revolutionäre gewesen — jetzt beugten sie sich vor ihm, als sie den Schwierigkeiten, die auf sie einstürmten, unterlagen, jetzt riefen sie seinen Beistand an und leisteten sie den Bassermanns, Gagerns und Welckers, die schon im März im Namen des Bürgers der Geschichte Stillstand geboten hatten, für den Stolz, mit dem sie anfangs auf sie herabgesehen, vollständige Abbitte.

Jagt euern Idealen nach, so viel ihr wollt, hatten ihnen die Bassermanns schon im Frühjahr zugerufen, es wird aus der Revolution doch nur herauskommen, was der Bürger will — jetzt gestanden sie die Wahrheit dieser Warnung zu — hatten sie nichts Eiligeres zu thun, als den Bürger zu beschwören, er möge seine Stentorstimme erheben und mit der dictatorischen Kraft derselben dem Anstürmen der Regierungsgewalten Stillstand gebieten. „Nicht mit Fäusten und Eisen gilt es heut zu kämpfen, heißt es in der Proclamation des Märzvereins vom 7. December. Das deutsche Volk darf nur sprechen: so will ich es — und es geschieht. Seinem ruhig und entschlossen erklärten Willen kann nichts widerstehen, je fester und würdevoller seine Stimme ertönt, desto

eiliger werden die reactionären Gewalten in die Nacht des Schweigens entweichen. Der Boden des Gesetzes ist unerschütterlich und die friedlichen Mittel führen, wenn auch langsamer, doch nachhaltiger zum Sieg."

Die wohlthuende und beruhigende Albernheit dieser Einbildung, daß geschichtliche Mächte durch die Stentorstimme des Bürgers sich in die Flucht schlagen würden, glaubten die Radicalen nicht zu theuer zu erkaufen, wenn sie nachträglich über die verunglückten gewaltthätigen Erhebungen des Sommers herfielen und darüber wimmerten, daß „das Rechtsbewußtseyn des Volkes mit der Wurzel ausgerottet seyn würde, wenn Einer dieser Versuche gelungen wäre."

Sie thaten Buße für die Gewaltthat des März und hofften die Regierungen wieder zu beschwichtigen und zu entwaffnen, indem sie ihnen damit drohten, daß der Märzverein ihnen „mit dem Beispiel vorangehen" und zeigen werde, wie sich auf dem Wege des Friedens „das Recht wahren und die Würde der Nation sichern lasse."

In diesem edelmüthigen Wettstreit mit den Regierungen lassen sie sich endlich bis zu der Sentimentalität fortreißen, daß sie „das Unglück" bedauern, welches dem deutschen Vaterland widerfahren würde, wenn „die verblendeten Gegner das Volk dazu treiben, in der Verzweiflung seines Herzens sie auf ihrem eignen Boden" — (dem Boden der Gewalt!) — „zu bekämpfen und sie mit ihren eignen Waffen" — (den Waffen der Gewalt!) — „niederzuschlagen" 1)?

Und dieses Wimmern über das Unglück, daß es einmal

---

1) Siehe die Proclamation vom 7. December.

zur gewaltthätigen Entscheidung kommen könne, findet sich in derselben Proclamation, in welcher die gesalbten Priester der Freiheit darüber klagten, daß „die Reaction" ihre Gottheit „todtschlägt"! Die bekehrten Revolutionäre jammern über die Grausamkeit der Geschichte, die das Volk von seinem Rechtsboden verdrängen und auf den Boden der Gewalt treiben möchte — hoffen mit diesem Jammer den unheiligen Absichten der Geschichte zuvorzukommen, — während die Regierungen längst zum Entschluß gelangt sind, der erschlaffenden Unentschiedenheit dieser Sommerrevolution mit Gewalt ein Ende zu machen.

„Wir sind in voller Reaction begriffen", meldet der Märzverein unterm 7. December der deutschen Nation — er hat Recht: die Bassermanns, die Gagern's haben die Revolutionäre überzeugt, daß man die Wege des März verlassen müsse.

Jetzt nach einem halben Jahre, klagt der Märzverein, muß sich die deutsche Nation bereits fragen, ob ihr Erwachen im Frühjahr „Traum oder Wirklichkeit war" — der Märzverein hat aber bereits die Antwort gegeben: die Revolution des März war ein Unglück und ein Verbrechen, denn sie hatte sich auf den Boden der Gewalt gestellt, sie hatte mit den Waffen der Gewalt gekämpft, sie hatte den beschwerlichen gesetzlichen Weg verlassen, also auch das Rechtsbewußtseyn der Nation an der Wurzel angegriffen.

Die verzweifelnden Revolutionäre haben somit ihren Ursprung, die Märzrevolution verurtheilt und diejenigen von der Linken und äußersten Linken, die dem preußischen Königthum die Aufgabe stellten, die Revolution endlich vollends

und — auf dem gesetzlichen Wege zu schließen, waren sich selbst und den Grundsätzen ihrer Parthei treu geblieben.

Ob aber der König die dargebotene Krone annehmen wird? In dem Feuer, mit welchem die deutsche Bürgerschaft über diese Frage debattirte, flackerte die Revolution zum letzten male auf; der dumpfe dröhnende Lärm, das einförmige Getöse, welches die Zeitungsdebatte verursachte, setzte das bürgerliche Gehirn noch einmal in Schwingung, stürzte es endlich in jene Betäubung, in welcher es zu Allem, selbst zur Conception eines fürchterlichen, eines heroischen und revolutionären Gedankens fähig wurde.

Ueber die Antwort konnten nur diejenigen zweifelhaft seyn, die für die preußischen Noten keine Augen hatten und über die preußische Politik, über die einzig mögliche Politik, die Preußen in diesem Augenblick allein befolgen konnte und die in jenen Noten klar genug detaillirt war, sich mit Gewalt selber täuschten.

Der König konnte nur antworten, was in jenen Noten längst ausgesprochen war, was ihm die Rücksicht auf Oestreich und Rußland erlaubte, was die bedrängte Lage Oestreichs und die elende Zerfahrenheit der kleineren deutschen Staaten gestattete, was ihm der längst ausgesprochene Gegensatz gegen die Revolution aufdrängte und die gnädige Stimmung gegen Deutschland — diese gnädige Rücksicht, die in den Noten gleichfalls offen dalag — ihm eingab.

Die neue preußische Zeitung hatte nicht nöthig, vor dem Geschenke, welches die Revolution durch ihre Frankfurter

Abgesandten dem König anbot, zu warnen und im übertriebenen Pathos ihrer Declamation [1]) über die „freche Beleidigung", die die Revolution mit dem Anerbieten ihrer Kaiserkrone dem Königthum zufügte, sich zu ereifern: der Gegensatz gegen die Revolution war in den Noten längst erklärt, das Parlament offen desavouirt, die Entscheidung über das, was Deutschland noth thut, der fürstlichen Berathung zugewiesen — es war also nicht daran zu denken, daß das Königthum von dem Glanz des Geschenks, welches die Revolution ihr anbot, sich würde blenden lassen.

Aber auch nicht überraschen? — Durch wen? Durch das Parlament, dem der Tod geschworen und gegen welches der Kriegszug der Fürsten bereits eingeleitet war? Und gerade jetzt überraschen, da das Parlament in der Frage, die es dem Königthum stellte, seine Rathlosigkeit aussprach — da es durch seine Abgesandten die letzte Entscheidung vor den Stufen des königlichen Throns niederlegte — wenigstens eine Verhandlung einleitete, über deren Verlauf es bei seiner Mittellosigkeit, sobald sie einmal eingeleitet, nicht mehr Herr war?

Aber ein kühner Entschluß? Aber erlaubten ihn denn Rußland und Oestreich? Hatte sich England, dem die letzte Entscheidung über die Weltgeschicke bisher zustand, — von dem die Politiker des Festlands noch nicht wußten, ob seine bisherige Zurückhaltung ein Zeichen seiner beginnenden Kraftabnahme oder die Weisheit der Ueberlegenheit war, mit der es auch im vorigen Jahrhundert die anfängliche Unklarheit der Revolution sich selbst überlassen und sein

---

1) Siehe z. B. 1849. Nr. 65. Beilage.

Schwerdt erst in die Wagschaale geworfen hatte, als der Gegensatz der Interessen klarer wurde und sein Einschreiten rechtfertigte — hatte es sich denn bestimmt und zuverlässig ausgesprochen? Konnte also das preußische Königthum für den Fall, daß es trotz Rußland und Oestreich, d. h. trotz der Mächte der Erhaltung einen neuernden Entschluß wagte, auf die englische Bundesgenossenschaft rechnen? War überhaupt daran zu denken, daß England mit der Revolution einen ernstlichen Bund eingehen würde?

Aber die Kraft des eignen Volks — machte sie nicht einen kühnen Entschluß möglich, ja unumgänglich nöthig? Preußen hat aber nicht jene physische Constitution, die es ihm erlaubte, die geistigen Kräfte, die es in seinem Entwicklungsdrange erzeugt, anzuwenden und zur Geltung zu bringen. Es liegt in seiner Bestimmung, die geistigen Kräfte, die es über seine Beschränktheit hinaustreiben würden, selbst zu verfolgen, zu unterdrücken, sie für den Mechanismus seines Bestehens unschädlich zu machen. Wenn seine Volkskraft einen Aufschwung genommen, der es in neue Bahnen reißen müßte, dann hatte es auch sogleich die widerstrebenden Mächte, die Bischofswerders und deren geschichtliche Nachfolger bereit, die den Gegenstoß gegen die neue Triebkraft ausführten und die Entwicklung niederdrückten. Diese Schwarzenbergs, diese Bischofswerders und ihre Nachfolger nennt man österreichisch, schilt man Verräther — sie sind aber der geschichtliche Ausdruck des Selbstbewußtseins, welches Preußen über seine eigne Schwäche hat, Organe, die sich Preußen selber bildet, um gegen seine weitertreibenden Kräfte zu reagiren.

Ja, diese vermeintlichen Ostreicher und Verräther waren

der Ausdruck der Schwäche, welche der neuen Volksentwicklung selber eigen war. Als Bischofswerder z. B. seine Reaction ausführte, befestigte er nur die Schranken, die die Aufklärung des vorigen Jahrhunderts in ihrer Schwäche selbst respectirt oder aus Furcht vor ihrer eignen Unbestimmtheit, in ihrer Angst, sie möchte, wenn sie zu weit ginge, zuletzt am Ende der Welt stehen, um sich gezogen hatte, und daß die neuern Bischofswerders, die der Revolution Halt gebieten, den eignen Willen der erschlafften Revolutionärs vollziehen, haben die letzteren, wenn sie es auch selbst nicht wissen, in fast allen Wendungen, über die sie gebieten, ausgesprochen.

Die Kraft des eignen Volks! Ist das noch wirklich ein Volk, welches jene Männer in der Nationalversammlung und in den Kammern repräsentiren? Ist ein Volk vorhanden — kann von einem Volk die Rede seyn, wenn zwei gleich ohnmächtige Partheien in niedriger Kleinlichkeit sich bekämpfen, wenn keine von beiden zum Siegen fähig, des Sieges würdig ist — keine die Kraft und die Männer erzeugen kann, die ein Volk erst schaffen, indem sie den Haufen für eine geschichtliche große Arbeit gewinnen, vereinigen und zum Siege führen?

Ein Volk! Diese beiden Haufen, die sich wie zwei verschiedene Raçen gegenüberstehen, die entnervten und rathlosen Revolutionäre, die den Halt, der ihnen fehlt, den Sieg, den sie nicht mit eigner Kraft gewinnen können, die Zukunft, zu deren Eroberung sie zu schwach sind, von einem fremden Volk erwarten, den Ungarn, die für ihre Vergangenheit und pergamentnen Privilegien kämpfen, — auf der andern Seite

die dumpfe Masse, deren Stamm die Honoratioren, Beamten und Pensionärs der Landstädte im Sommer 1848 gebildet, besoldet und mit dem Knüttel bewaffnet haben — sind die ein Volk, ein erobernd es Volk, — das Volk, von dem ein Deutschland geschaffen und in die Geschichte eingeführt werden kann?

Die Frankfurter Abgesandten zogen also ohne Bundesgenossen in Berlin ein. Nirgends war eine Kraft vorhanden, die ihrem ohnmächtigen Antrag Unterstützung leihen konnte: das Parlament hatte sie ihnen nicht mitgegeben, auf ihrer Reise konnten sie dieselbe nicht entdecken, in Berlin war sie nicht vorhanden.

Es blieb also bei dem alten preußischen Plan, den nur die Verblendung der Schwäche in den Noten des Januar und Februar nicht wiederfand, bei dem Plan, eine große Entscheidung, die Entscheidung, die ohnehin unmöglich war und sich selbst verbot, zu meiden und die kleineren Gelegenheiten, die der letzte Kampf mit der Revolution, die unvermeidliche Katastrophe bieten würde, zur bescheidenen Machtvergrößerung zu benutzen.

Je unmöglicher die deutsche Einheit überhaupt geworden und je weniger daran zu denken war, daß Preußen einen großen Schritt wagen würde, um die Einheit innerhalb der Gränze, in der sie dem Publicum immer noch möglich schien, herbeizuführen, um so unwilliger brauste der Bürger auf, als nicht Alles nach seinem Kopf gehen wollte, beklagte er sich über die Zaghaftigkeit der preußischen Politik, beschwerte er

sich darüber, daß sie seine Erwartungen getäuscht habe, drohte er der Regierung, jetzt sey der letzte Augenblick gekommen, wo sie eine hochherzige nationale Entschließung fassen könne, wo sie Deutschlands Zukunft retten und die Erwartungen des Volks befriedigen müsse.

An diesem bürgerlichen Publicum hatte das Parlament allerdings einen eifrigen Bundesgenossen; auf ihrer Reise nach Berlin wurde die Deputation von diesem Publicum jubelnd und pathetisch, mit Ständchen und Fackelzügen, mit pomphaften Anreden und mit der Versicherung begrüßt, jetzt müsse endlich die deutsche Sache siegen und sey es undenkbar, daß Preußen dem Rufe Deutschlands widerstehen könne: — allein was half dem Parlament diese Bundesgenossenschaft, wenn sie ihm nur durch dieselbe Täuschung, in der es selber lebte, zugeführt war? Wurde seine Täuschung und Unkenntniß mächtiger, wenn das Publicum in gleicher Weise den bisherigen Gang und das Ziel der preußischen Politik falsch beurtheilte, zum Theil nicht einmal kannte? Wurde seine Erwartung, daß die preußische Regierung die Gründung der deutschen Einheit als ihren geschichtlichen Beruf betrachten würde, richtiger, gegründeter, konnte sie eher auf Erfüllung rechnen, wenn das Publicum in derselben Täuschung befangen war und dieselbe Erwartung hegte? Wenn es in der Verzweiflung über die Erfolglosigkeit seiner Arbeiten zum preußischen Königsthron sich flüchtete, konnte es an den Stufen desselben eher sich wieder aufrichten und neue Lebenskraft finden, wenn das Publicum seine Bitten hinzufügte und das Königthum beschwor, es möge, es müsse dem Parlament und der Revolution die Hand reichen und beide vor dem Untergang be-

wahren? Als es den König von Preußen zum Kaiser ernannte, hatte es seinen Bankerutt ausgesprochen, seine Unfähigkeit, Deutschland zu schaffen, bekannt, die Armuth seiner Mittel und seiner Einsicht zugestanden — konnte aber dieses Armuthszeugniß die Stiftungsurkunde eines wirklichen Deutschlands werden, wenn das Publicum das Zeugniß seiner eignen Armuth hinzufügte, d. h. es gleichfalls anerkannte, daß es weder das Parlament noch das ideale Deutschland aufrecht halten könne, und beide dem Wohlwollen und Pflichtgefühl des preußischen Königthums anempfahl?

Die Regierung konnte allen diesen Erwartungen und Täuschungen die einfache Betheuerung ihrer Unschuld entgegensetzen und dem bürgerlichen Schwärmer ruhig antworten, daß er allein die Schuld trage, wenn er sich falschen Erwartungen hingegeben und durch die Enttäuschung nun schmerzlich überrascht fühlte.

In der ersten Kammer zu Berlin, in der Sitzung vom 24. März richtete der Graf Dyhrn eine Interpellation an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten, in welcher er im Namen derjenigen, die sich mit dem ganzen deutschen Volk „der Erwartung" hingegeben, daß die preußische Regierung mit der „Wärme und Entschlossenheit, die ihr geschichtlicher Beruf und das hohe Ziel der Einigung aller deutschen Stämme verlangt", der österreichischen Politik entgegentreten werde, sich über die „schmerzliche Ueberraschung" beklagte, die ihm die Note vom 10. März verursacht hatte, und den Minister aufforderte, er möge zur „Beruhigung des Vaterlandes" die Stellung bezeichnen, welche die preußische Regierung der Politik Oestreichs gegen-

über „einzunehmen gedenke". Als ob das Vaterland, wenn davon seine Beruhigung abhing, dieselbe nicht längst hätte gewinnen können, da diese Stellung in der Note vom 23. Januar fest genug, so fest und deutlich, so sehr innerhalb der Schranken, die für Preußen einzig und allein als naturgemäß gelten konnten, bezeichnet war, daß der Minister in seiner Antwort einfach auf dieselbe verweisen konnte.

Auch die zweite Kammer hegte Erwartungen, zu denen zwar die officiellen und deutlichen Erklärungen der Regierung keinen Anlaß gegeben hatten, die aber durch die Kaiserwahl neue Kraft erhielten und die sie am 2. April in einer Adresse an den König in „die dringende Bitte" kleidete, er möge sich „dem Rufe der deutschen Nationalversammlung nicht entziehen und die Hoffnungen und Erwartungen des deutschen Volks erfüllen". Der bürgerliche Schwärmer mußte aber wieder erfahren, daß er sich mit seinen Erwartungen getäuscht habe. In der Audienz vom 3. April erklärte der König der Frankfurter Deputation, daß er „nicht ohne das freie Einverständniß der gekrönten Häupter, der Fürsten und der freien Städte Deutschlands eine Entscheidung fassen könne, die fur sie und für die von ihnen regierten deutschen Stämme die entschiedensten Folgen haben müsse", und gab er der Deputation, indem er ihr Geschenk zurückwies, den Auftrag, sie solle nur bei alledem Deutschland von neuem der Gnade versichern, die ihm in den preußischen Noten bereits ausdrücklich zugesagt war und gewiß und unfehlbar auch „ohne Ruf" zu Theil werden solle, sobald es Zeit sey und die Noth dränge. Als dieser Bescheid in der Sitzung desselben Tages der Kammer mitgetheilt wurde, vergaß sie es, daß sie in ihrer Adresse vom 2. April ausdrücklich versichert hatte,

wie sie „der Weisheit des Königs und seiner Hingebung für die Sache des Vaterlandes vertraue, daß er den rechten Weg erkennen und alle Schwierigkeiten überwinden werde" — vergaß sie es, daß sie sich selbst das Recht, zu dem Beschluß des Königs mitzuwirken, abgesprochen hatte, und setzte sie auf den Antrag des Herrn von Vincke eine Commission nieder, die in Bezug auf die Antwort des Königs in einer Adresse an denselben „die Ansicht der Kammer über die jetzige Lage der Dinge" — d. h. eine Ansicht, die sie selbst als unberechtigt bezeichnet hatte, formuliren sollte. Als Erwägungsgrund für diesen Beschluß gab die Kammer den Umstand an, daß die Antwort, welche die Minister dem König angerathen hatten, mit den in der Adresse vom 2. April „dargelegten Ansichten nicht im Einklang stehe" — d. h. einen Umstand, der ihr nach der Versicherung ihres Vertrauens in die Einsicht des Königs unbedingte Unterwerfung zur Pflicht hätte machen müssen. Nachdem sie aber einmal ihre Unkenntniß der Verhältnisse verrathen und Erwartungen ausgesprochen hatte, deren Grundlosigkeit demjenigen, der dem Gang der Ereignisse gefolgt war und die Kräfte der Partheien kannte, gewiß seyn mußte, nachdem sie einmal die Inconsequenz begangen und sich für Einen Weg entschieden hatte, nachdem sie ihr Vertrauen zur Weisheit des Königs ausgesprochen, daß er den rechten Weg erkennen werde, wurde sie von ihrer Haltlosigkeit weiter, — vollends bis zu dem Punkte getrieben, wo sie der Macht der Verhältnisse nur ihren Schmerz, der geschichtlichen Entscheidung nur ihre tiefe Erschütterung entgegensetzen konnte und in ihrer Aufdringlichkeit diesen Schmerz, diese Erschütterung für so wichtig und bedeutungsvoll hielt, daß sie sich schmeichelte,

sie würden oben imponiren und ihrer dringenden Bitte, der König möge die Kaiserwürde ohne Zögern annehmen, eine unwiderstehliche Kraft mittheilen. Doch die Kammer als solche entschied sich nicht einmal für diese Bitte, sie verwarf die Adreßentwürfe, die ihr die Commission vorlegte, verneinte die Frage, ob überhaupt eine Adresse erlassen werden solle, verwarf die verschiedenen Tagesordnungen, die Tagesordnung des Herrn Waldeck, die sich auf das Motiv stützte, daß „bei der freiheitsfeindlichen Politik des Ministeriums eine neue Adresse keinen günstigeren Erfolg verspreche", so wie die andere des Herrn Ulrich, die eine Adresse deshalb für ungehörig erklärte, weil die Antwort des Königs an die Frankfurter Deputation „auf umfassender Kenntniß und Würdigung aller in Betracht kommenden Momente beruhe" — sie entschied sich für keinen Antrag, für die Tagesordnung des Herrn Ulrich erhob sich sogar Niemand — Alles schmollte, keine Parthei gönnte der Andern einen Erfolg, keine konnte überzeugen und gewinnen, — die ganze Kammer schmollte und dachte, als die Abstimmungen des 5. April sich in dies Nichts verliefen, daß keine Antwort auch eine Antwort ist, — sie glaubte mit ihrem Schweigen der Regierung die eindringlichste Lehre gegeben zu haben.

Sie gab damit der Regierung vielmehr das Recht dazu, ihren eignen Weg zu gehen, allenfalls auch die schweigenden Gesetzgeber nach Hause zu schicken. Allerdings erfuhr die Regierung in der Schwäche der Kammer ihre eigne Schwäche — wenn in der Kammer keine überzeugende und siegende Kraft vorhanden war, so lag darin zugleich der Beweis, daß auch sie, die Regierung unfähig

war, die mißliebige Masse zu erschüttern, für einen großen Zweck zu gewinnen, in neue Bahnen fortzureißen — aber das Schweigen des Bürgers war zugleich die Bestätigung, daß sie richtig gewählt, ihre und des Landes Kräfte und Stimmung richtig beurtheilt hatte, als sie sich dafür entschied, in der deutschen Frage nichts Großes zu wagen, Alles vom Zufall zu erwarten.

Die Regierung wird sich aber auch täuschen, wie alle Personen dieses bürgerlichen Schauspiels mit dem Bekenntniß, daß sie sich getäuscht habe, vom öffentlichen Schauplatz abtreten, den heroischen Kothurn ablegen und sich in ihren heimischen Familienkreis zurückziehen.

Die ganze Revolution war eine Täuschung. Aus dem allgemeinen Pauperismus hervorgegangen, ein blutiges Zwischenspiel der sanften passiven Auflösung, in der die Gegensätze der ganzen bisherigen Bildung absterben und in Verwesung übergehen, schien sie dem unbestimmten Etwas, dem die Sehnsucht der Völker nachstrebte, Blut und Leben einzugießen, Gestalt und Form zu geben. Allein die neue Gestaltung war den aufgelösten Kraften zu schwer — das Blut des März vertrocknete in der Dürre des Revolutionssommers oder es wurde von den Regierungen eingesaugt, die für einen Augenblick ihren Absolutismus damit stärkten und demselben den Schein der revolutionären Kraft mittheilten.

Ja, die Volksvertreter brachten den Rest des Märzbluts selbst den Regierungen als Opfer dar und beschworen sie, indem sie sich ihnen zu Füßen warfen, sie möchten die Nation von dem entsetzlichen Andenken befreien, den fürchterlichen

Saft aufsaugen und den Völkern sich in einer Kraft zeigen, die der Revolution gewachsen und im Stande sey, ihr ein Ende zu machen.

Als die Frankfurter ihre Deputation nach Berlin sandten und den König um Rettung anflehten, erreichten sie ihre wahre Absicht, wenn sie auch die Absicht des Augenblicks, die Illusion des Kaiserthums aufgeben mußten. Sie gaben dem König den rechtlichen Anlaß dazu, jetzt offen die Octroyirung einzuleiten, die Fürsten zur Berathung der passenden und für Deutschland geziemenden Verfassung aufzufordern und sie zur Sprengung der Versammlung anzuführen.

Freilich hatten sie es nicht so gemeint. Als sie den König von Preußen zum Kaiser erwählten, glaubten sie den Ausweg gefunden zu haben, auf welchem sie der Octroyirung von Seiten der Fürsten entgehen könnten.

Aber dem Fatum konnten sie nicht entrinnen, zumal dem Fatum, das sie sich selbst geschaffen und durch die Wirksamkeit eines Jahres auf sich herabgezogen hatten. Sie hatten kein Deutschland schaffen können — darum schleppten sie sich zu dem Thron des Fürsten, den sie baten, er möge Preußen erweitern und sehen, wie viel jener kleinen Fürsten, deren Unterwerfung sie für sich zu schwer und für ein Verbrechen hielten, sich ihm als Regierungsbeamte von Groß-Preußen unterordnen würden, — den sie endlich baten, er möge es versuchen, wie weit das Räderwerk der erweiterten und verbesserten Maschine eines Absolutismus, über dessen Sturz die Völker zu frühzeitig gejubelt hatten, über die Gränzen des alten Preußens greifen würde.

Auch so hatten sie es freilich nicht gemeint. Als die königliche Regierung unterm 3. April die Gesandten bei den

deutschen Höfen über ihre Absichten instruirte, ihnen erklärte, wie sehr sie sich „der Verpflichtung bewußt ist, die Geschicke Deutschlands auf der Bahn ihrer Entwicklung zu fördern und der ersehnten Vollendung entgegenzuführen", als sie ihnen meldete, daß „Se. Majestät, dem ergangenen Rufe Folge leistend und eingedenk der Ansprüche, die ihm Preußens Stellung in Deutschland gewähre, entschlossen sind, an die Spitze eines deutschen Bundesstaats zu treten, der aus denjenigen Staaten sich bildet, welche demselben aus freiem Willen sich anschließen möchten" — als sie ihnen demnach den Auftrag gab, an diejenigen deutschen Regierungen, bei denen sie beglaubigt waren, „die dringende Aufforderung zu richten, ohne allen Verzug besondere Bevollmächtigte in Frankfurt zu bestellen", die über den Beitritt zum Bundesstaat und die Bedingungen desselben, über die Stellung dieses Bundesstaats zur deutschen Nationalversammlnng und über das dringend nothwendig gewordene Werk der Vereinbarung bindende Erklärungen abzugeben im Stande seyen — da schrie Alles: so war es nicht gemeint! Da brauste der Bürger auf und drohte: entweder die Verfassung, wie sie die Nationalversammlung beschlossen und verkündigt hat, oder eine neue Revolution! Da klagte Alles: unsere Erwartungen, die Erwartungen Deutschlands sind getäuscht!

Wer aber am Ende seiner politischen Laufbahn — und die deutsche Nationalversammlung stand an diesem Ende — weiter Nichts zu sagen weiß, als daß er sich getäuscht, sich von Andern habe täuschen lassen, spricht damit nur seine Unfähigkeit aus. Ein Volk, welches nach einem groß scheinenden Anlauf und nach den Irrungen eines Jahrs weiter Nichts thun kann, als aufbrausen und sich darüber beklagen,

daß seine schönsten Erwartungen getäuscht sind, daß es sich habe täuschen lassen, bekennt damit nur seine Unbehülflichkeit und gesteht es ein, daß seine Erwartungen falsch waren und getäuscht werden mußten.

Wenn der Bürger in seinem Unmuth endlich so weit geht, daß er mit dem Ausbruch einer neuen Revolution droht, die an Größe und Furchtbarkeit die erste weit hinter sich lassen würde, so ist das nur eine neue Täuschung und der Beweis, daß ihn, wenn er aus seinem häuslichen Gesichtskreis heraustritt und sich auf die Weltbühne wagt, seine Gabe der Berechnung verläßt.

Und er — er droht mit einer neuen Revolution? Er, der in den ersten Augenblicken, als die Märzrevolution ausgebrochen war, in seiner Todesangst umherlief und Alles that, um sie seiner häuslichen Ruhe zu Liebe zu dämpfen und zu ersticken? Er gibt sich den Anschein, als sey es ihm schon recht, wenn eine neue und „furchtbarere" Revolution zum Ausbruch käme — und er würde der Erste seyn, der die Anarchisten, wenn sie es von neuem wagen wollten, seine Ruhe zu stören, im Stich ließe und verriethe.

„Wir hofften am Ende unseres großen Werkes zu stehen, wir hofften, es werde uns gelingen, die Revolution zu schließen, rief Herr Welcker in der Sitzung vom 23. April[1]), — fast scheint es anders werden zu wollen; es scheint, eine Revolution, größer, furchtbarer, schwerer als die des Jahres 1848 will sich uns eröffnen" — und wenn das Unmögliche, daß die Revolution, die ihr seit dem März des

---

1) Stenographischer Bericht. 8, 6256.

vorigen Jahres mit euern Klagen über die Ungenügsamkeit der unbestimmten Forderungen bestürmt, mit euerm Ruhegebot betäubt, die ihr mit den Beschlüssen eurer Angst geknebelt und ihren Gegnern ausgeliefert habt, sich wieder erhöbe, — wenn das Unmögliche möglich werden sollte, — wer wird am lautesten über die „Anarchie" schreien und kreischend um Hilfe rufen?

Ja, wenn draußen, weit in der Ferne — auf fremden Steppen — im Aufstand eines Naturvolks der Kampf entschieden, die Entscheidung über die europäische Cultur ausgekämpft werden könnte — dann wäre es etwas Anderes und würde der Bürger mit Freuden und gutem Gewissen Feuer und Flamme seyn!

Doch Eins steht ihm fest: er wird an der Verfassung halten: „die Verfassung, betheuert Herr Welcker [1]), ist ein heiliges Panier, wir haben sie jetzt zu vertheidigen ..... wir werden stehen und fallen mit dieser Verfassung. Sie wird das Heiligthum seyn, die Oriflamme, um die Alle, denen die Ehre des Vaterlandes am Herzen liegt, sich versammeln und unüberwindlich kämpfen werden."

Ja, wenn es möglich wäre, die Verfassung eines Reichs, noch dazu eines Reichs, das erst gestiftet werden soll, aufrecht zu halten und zu vertheidigen, ohne daß es zu häßlichem Lärm auf den Straßen und auf den Feldern, ohne daß es zu „roher Gewaltthätigkeit" käme — wenn man Reiche stiften und doch den häuslichen Frieden bewahren könnte!

---

1) A. a. O. Ebend.

Wer soll die Verfassung vertheidigen? Das neue Reich stiften? Diese Versammlung, die sich beschämt gestehen muß, daß man die fadesten Gründe ihr gegenüber für gut genug hält, Gemeinplätzen ihr gegenüber die Bedeutung neuer Wahrheiten und genialer Entdeckungen beimißt — daß man persönlich bedeutungslose Menschen für ausreichend hält, um ihr ein Ende zu machen? Als die zweite Kammer in Berlin am 21. April über den Antrag des Herrn Rodbertus, der von ihr die Erklärung verlangte, daß sie in den Andeutungen der Circularnote vom 3. April „eine Täuschung der Erwartungen Deutschlands" erblicke, die Berathung eröffnen wollte, hielt ihr der Graf Brandenburg sein dreimaliges Niemals entgegen — daß nämlich das Schiff niemals in den Hafen einlaufen würde, wenn man es herrenlos den Elementen (der öffentlichen Meinung) überlassen wollte — der Gemeinplatz galt auch der deutschen Nationalversammlung — „sind das aber, rief Herr Francke aus Schleswig am 24. April [1]), positive Thatsachen"? Dieses Niemals, Niemals, Niemals — „sind das Gründe, dem deutschen Volk gegenüberzustellen, einer großen Versammlung aus den Intelligentesten von ganz Deutschland zusammenberufen, um mit solchen fragmentarischen Aeußerungen ein Werk niederzuwerfen, worüber wir Monate lang gekämpft haben"? Warum nicht, wenn ihr mit diesem Werk nichts Anderes anzufangen wußtet, als es der Gnade des Königs anzuempfehlen? Wenn ihr es für so schwach hieltet, daß ihr ihm ohne den Schutz des Königs kein Leben zutrautet?

Die Versammlung konnte in ihrer Verstimmung über

1) Verhandlungen der deutschen Nat.-Vers. 8, 6278.

die Berliner Antwort eine Verfassung nicht vertheidigen, für deren Schutz sie sich vorher schon zu schwach fühlte. In ihrer Verstimmtheit, in ihrem Bewußtseyn, daß sie einen Fehlgriff gethan habe, war sie so tief gesunken, lag sie so entwürdigt und weggeworfen da, daß die Gegner ihrer Kaiserwahl es wagen durften, die Antwort des Königs einen „Fußtritt" zu nennen [1]).

Alle fühlten wenigstens, daß der Schritt, der die Versammlung ihrem Ende zuführte, nicht gethan seyn würde, wenn man die Macht, der nun die Entscheidung über Deutschlands Geschick in die Hand gegeben war, gründlicher gekannt hätte. Der Graf Brandenburg konnte in der Sitzung vom 21. April der zweiten preußischen Kammer mit vollkommenem Rechte erklären, daß die Regierung „den Weg, den sie in ihrer Note vom 23. Januar betreten, nicht verlassen hat und ihm auch in der Circular-Depesche vom 3. April getreu geblieben ist" — der Weg war in der That offen und streng vorgezeichnet — welche Verblendung gehörte also dazu, um sich über seine Richtung zu täuschen! Wie stark und zwingend mußte das Fatum seyn, welches die Frankfurter Versammlung trotz dieser offenen Erklärung der preußischen Politik unterwarf!

In ihrer Verstimmung gestanden die Gemäßigten und sie mußten es endlich ruhig anhören, daß sie einen unüberlegten Schritt gethan haben: ist denn, fragte Herr Grävell, um ihren Schmerz über die Antwort des Königs zu stillen — in der That aber mußte diese Frage ihren Schmerz

1) Siehe die Reden der Herren Moritz Mohl und Schmidt aus Löwenberg. Ebend. 8, 6279. 6253.

nur noch bitterer machen — ist denn in der Verfassung bestimmt, „wie in der Person des Königs von Preußen die Centralregierung des deutschen Reichs und die specielle Regierung des preußischen Staats vereinigt werden, welches die Stellung des preußischen Staats und des preußischen Volks in ganz Deutschland seyn soll" [1])?

Es war daher eine weise Rücksicht auf die Zukunft und verrieth ein richtiges Gefühl über den Umfang der eignen Kräfte und derjenigen seiner Freunde, wenn Herr Welcker, nachdem er die Verfassung als das Panier bezeichnet, um welches sich alle Ehrenmänner versammeln und unüberwindlich kämpfen werden, sogleich darauf von Rückzug spricht und die Richtung angiebt, in der er am besten geschehen könne — wenn er in demselben Athemzuge seine Ueberzeugung ausspricht, daß die Versammlung an der Verfassung „kein Jota ändern dürfe", und zugleich diejenigen Aenderungen gestattet und in voraus anerkannt wissen will, die sich „durch die absolut gebotene Nothwendigkeit der Thatsachen" selbst machen.

Aenderungen, die sich selbst machen! Es müssen aber Aenderungen eintreten, wenn die Versammlung unüberlegt gehandelt und das Wichtigste, dasjenige, was an Wichtigkeit alle Bestimmungen ihrer Verfassung überragt, das politische Verhältniß von Preußen und Deutschland unbestimmt gelassen hat — die Aenderungen werden kommen und wenn sie kommen, dann werden die Männer, die sich zur Aufrechthaltung der Verfassung verschworen haben, darüber mit sich zu Rathe gehen, ob sie nothwendig, durch die „absolut gebotene Nothwendigkeit der Thatsachen" herbeigeführt

1) Ebend. 8, 6286.

sind — dann werden sie Einer nach dem Andern die Schaar, die sich um die „Oriflamme" gesammelt hatte, verlassen, der Eine früher, der Andere später, je nachdem sie den Kreis der gebieterischen Thatsachen weiter oder enger ziehen — zuletzt werden sie finden, daß sich auch die Aufhebung der ganzen Verfassung durch die Nothwendigkeit der Thatsachen selbst machen kann — sie werden sich beugen und es natürlich finden, daß die Einheit Deutschlands und die Vertretung des gesammten deutschen Volks, falls es sich zeigt, daß es kein deutsches Volk giebt, sich selbst verbieten — sie werden zu ihrem häuslichen Heerd zurückkehren und den Frieden segnen, mit dem sie diese Auflösung der „deutschen Frage" beschenkt.

Die Schaar der Tapfern, die sich zur Vertheidigung der Verfassung vereinigten, bot Anfangs einen ansehnlichen Anblick; die Schwäche der kleinen Regierungen, die ihre Ohnmacht und ungewisse Zukunft unter den Schutz der Verfassung stellten und durch ihre Bevollmächtigten am 14. April ihre Anerkennung derselben erklärten, verschaffte ihnen sogar einen scheinbar bedeutenden Zuzug — die Unterstützung von 28 Regierungen war ihnen gewiß — wer konnte also an dem endlichen Sieg der Versammlung und ihres Werkes zweifeln?

Preußen zögerte zwar immer noch mit seiner definitiven Erklärung — aber die Versammlung hatte sich am 11. April mit einer großen Majorität für standhafte Ausdauer entschieden und „feierlich vor der deutschen Nation erklärt, an der Reichsverfassung festzuhalten"; sie war ferner entschlossen, sich auf die Kraft des „Volkswillens" zu stützen, und kam den feindseligen Schritten, die sie von

den zögernden Regierungen befürchtete, durch ihren Beschluß vom 26. April zuvor, wonach dieselben „zu veranlassen seyen, sich aller Anordnungen zu enthalten, durch welche dem Volke die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Mittel, seinen Willen kund zu thun, in diesem entscheidenden Augenblick geschmälert oder entzogen würden" — Preußen, Hannover, Sachsen antworteten zwar durch die Auflösung ihrer Kammern, die preußische Regierung meldete endlich unterm 28. April ihrem Bevollmächtigten zu Frankfurt, daß der König „sich entschlossen habe, die auf Grund der vom Parlament beschlossenen Verfassung ihm dargebotene Kaiserwürde abzulehnen" — der Krieg war also erklärt, — aber auch angenommen. Der Bürger war aufgestanden und entschlossen, von neuem zu zeigen, daß seiner Kraft nicht zu widerstehen sey. Die Märzvereine, deren Zahl, Ausdehnung und Kraft durch den Widerstand der Regierungen gegen die Reichsverfassung nur gewachsen war[1]), setzten sich in Bewegung und maaßen mit den Königen ihre Kräfte. Der König von Würtemberg hatte schon am 24. April dem Aufstand der Bürgerwehr weichen und das Frankfurter Verfassungswerk anerkennen müssen. In Hannover beschloß man von je 10000 Seelen einen Abgeordneten, also 1800 Männer „in schwarzem Anzuge und weißen Handschuhen" nach der Residenz zu schicken und in dieser friedlichen Demonstration die Meinung des Landes auszudrücken. Selbst in Bayern traute man den Märzvereinen die Kraft zu, den Widerstand des Königs zu brechen. Was Preußen betrifft, so rechnete man darauf, daß das Rheinland und Westphalen zum Reiche halten

1) Siehe National-Zeitung. Nr. 115. Frankfurt, den 28. April.

M BB M BB M BB M BB M BB M

würden — die Märzluft schien wieder zu wehen, der Märzgedanke, daß die absolutistischen Großstaaten dem Sturm der sich befreienden Nationalitäten erliegen würden, erwachte wieder — der Stern des Hauses Habsburg schien selbst „scharfsinnigen Staatsmännern“[1]) im Erbleichen begriffen zu seyn — der Gedanke, daß die „preußische Monarchie an der deutschen Einheit zerschellen könne“, schien wieder Realität zu gewinnen, — kurz, „jene unwiderstehliche öffentliche Meinung, die sich im März 1848 geltend machte, war zurückgekehrt“[2]) — die Cölnische Zeitung forderte zum Handeln auf, Alles forderte Entschiedenheit und die Frankfurter Versammlung forderte am 4. Mai „die Regierungen, die gesetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelstaaten, das gesammte deutsche Volk auf, die Verfassung des deutschen Reichs zur Anerkennung und Geltung zu bringen.“

Das deutsche Bürgerthum wurde von Tag zu Tag aufgeregter, seine Haltung immer drohender. Von einer Demüthigung zur andern stürzend, von einer Niederlage zur andern fallend, drohte es den Regierungen, jetzt würde der Tag der Rache und Entscheidung kommen. Indem es eine Enttäuschung nach der andern erfahren mußte und bald die letzte durchmachen sollte, indem es bald den Lohn für die Angst, mit der es sein Parlament zusammengesucht, die Regungen desselben beobachtet und niedergehalten hatte, erndten und das schmachvolle Ende von der Ausgeburt seiner eignen Angst erleben sollte, that es in seiner Unschuld, als ob die Regierungen allein an diesem unglücklichen Aus-

---

1) A. a. O. Ebend.

2) A. a. O. Ebend.

gang die Schuld trügen, und nach dem Erscheinen der preußischen Note vom 28. April trieb die Cölnische Zeitung diese Simplicität der Unschuld so weit, daß sie erstaunt ausrief: „jetzt, nachdem man die edelsten, vom ganzen deutschen Volk am meisten geachteten Männer in eine Lage gebracht hat, daß sie ohne den schnödesten Selbstmord an ihrer politischen Ehre zu dem verlangten völligen Umsturz der krönenden Spitze des Verfassungswerkes nicht mehr die Hand bieten können, jetzt plötzlich eine solche Forderung stellen — (d. h. ihre Mitwirkung zu einer Umgestaltung des Verfassungswerkes verlangen) — das weckt nothwendig den Verdacht einer beabsichtigten Demüthigung der Nationalversammlung und des Princips, Kraft dessen sie im vorigen Jahre mit Zustimmung der Regierungen ins Leben gerufen wurde."

Der bürgerliche Biedermann kommt jetzt erst auf den Verdacht, daß die Fürsten die Nationalversammlung demüthigen wollen, nachdem diese sich selbst längst gedemüthigt und ihren Verfall herbeigeführt hat. Er bildet sich ein, heroisch aufzutreten und ein Meisterwerk der Opposition zu vollbringen, indem er den preußischen Ministern diesen Verdacht entgegenhält — er weiß es also nicht, daß er durch die Rücksicht, die er sich erzwang, das Parlament von Anfang an gelähmt und zur Beute eben derselben Mächte, denen es Gesetze vorschreiben wollte, gemacht hat, daß in seinem Namen die Gagern und Bassermann dem Parlament die Resignation und Selbstdemüthigung zur Pflicht gemacht haben.

Wie aber soll der Bürger, nachdem er aufgestanden, seinen Willen gegen die Ministerien, die er als volksfeindliche bezeichnet, durchsetzen? Der Revolution ist er Feind,

er erklärt sich sogar aus dem Grunde gegen die Ministerien, weil sie den Bestand der Staaten nach seiner Ansicht auf das Spiel setzen und ihr Land mit der Gefahr einer Revolution bedrohen — er will sie stürzen, um der Revolution zuvorzukommen — er will die Fürsten über ihr eignes Beste und das wahre Bedürfniß des Landes aufklären, um den Bürgerkrieg, den er schon an der Schwelle seines Hauses sieht, zurückzutreiben. Aber mit welchen Waffen soll er kämpfen? Welche Mittel sollen seinen Willenserklärungen Nachdruck geben? Er hält es, wie die Neue Stettiner Zeitung nach der Auflösung der zweiten Kammer in ihrem Eifer für die Freiheit und Wohlfahrt des Landes sich ausdrückt, für „heilige Pflicht eines Jeden, dem es um Gesetz und Ordnung Ernst ist", das unheilvolle Ministerium, welches „dem Sinn und Geist der Zeit vollständig entfremdet ist", zu stürzen — aber mit welchen Mitteln? Die Ordnung darf nicht gestört, das Gesetz nicht verletzt werden — also darf er auch nicht kämpfen; dennoch aber ruft er zum Kampf? — allerdings: er ruft zum Kampf gegen den Kampf und sein Kampf, der bürgerliche Kampf besteht einzig und allein in diesem Aufruf gegen die Entscheidung, die die Ministerien — wenn auch nur in ihrer Art — die sie aber doch herbeiführen wollen.

Der bürgerliche Aufstand beschränkt sich auf eine theoretische Willenserklärung: er ist die Erklärung, daß das Volk den Kampf und die Entscheidung nicht will: er ist die Erklärung, daß die Revolution und der Bürgerkrieg das größte Unheil sind — er ist die bürgerliche Phrase und Declamation. Das Volk, sagt z. B. die Neue Stettiner Zeitung, „muß in tausend und aber tausend Versammlun-

gen durch seine Ortsvorsteher, Magistrate u. s. w. seinen festen Willen erklären; es muß seinen Abscheu aussprechen gegen einen Kampf, der das Vaterland zerreißen soll; es muß das Ministerium, welches solchen Kampf heraufbeschworen, offen als die volksfeindliche Macht bezeichnen, die Thron und Land mit Vernichtung bedroht" — „die constitutionellen Vereine, sagt die Cölnische Zeitung, müssen jetzt handeln" d. h. „sie müssen jetzt rasch und eindringlich ihre Ueberzeugung in Betreff der Lage des Vaterlandes an das Ohr des übelberathenen Königs bringen."

Und wenn der Bürger in dieser Weise kämpft, d. h. seinen Willen ausspricht und seinen Abscheu gegen den Kampf erklärt, dann wollen wir sehen, rufen seine Sprecher — „dann wollen wir sehen, droht die Cölnische Zeitung, wie lange ein von allen Edeln im Volk gehaßtes, treuloses Cabinet sich wird behaupten können."

Die Langeweile dieser einförmigen Willenserklärungen wird vielmehr zur Folge haben, daß der Bürger das Opfer seines unfruchtbaren Mißmuths wird und sein Aufstand in eine dumpfe Unterwerfung ausläuft. Die Unglücklichen, die seine Natur nicht kannten und als der Aufstand zum Schutz der Reichsverfassung ausbrach, als bewaffnete Hilfsmacht herbeieilten, wurden das Opfer ihrer Leichtgläubigkeit und von dem Bürger selbst dafür bestraft, daß sie seinen Aufruf mißverstanden und für einen Ruf zu den Waffen gehalten hatten. In Elberfeld löste sich der bürgerliche Aufstand der Rheinprovinz und Westphalens am 17. Mai in Frieden auf, nachdem der Bürger durch seine ruhige Haltung die Revolutionäre ermüdet und sich selbst so weit wieder ermannt hatte, daß er sein natürliches Uebergewicht wieder erhielt und

die „wilden Haufen", die ihn mit ihrem Zuzug nur geängstigt hatten, wieder in ihre Heimath schicken konnte. In Dresden begrüßte der Bürger die preußischen Bataillone, die dem König von Sachsen als erbetene Hilfe zugeschickt wurden, als seine Retter, die ihn von den unglücklichen Folgen seines friedlichen Aufstandes für die Reichsverfassung befreiten. Die Pfalz vergaß die Reichsverfassung sammt dem Parlament, als die preußischen Truppen einrückten, und in Baden, welches bei seiner Erhebung einen Bund der süddeutschen Staaten zur Aufrechterhaltung der Reichsverfassung beabsichtigte, prügelten und verhafteten die Bürger von Mannheim und Heidelberg die Freischaaren, als dieselben vor der Uebermacht der preußischen Armee und der Reichstruppen sich zurückziehen mußten. Würtemberg endlich begnügte sich damit, daß es von seinem König die theoretische Anerkennung der Reichsverfassung erzwungen hatte, und erklärte am 26. Mai, in der Proclamation des Staatsministeriums, daß es keinen Grund dazu habe, sich mit dem Aufstande in Baden zu verbinden, da die Centralgewalt bis jetzt noch Nichts Verfassungswidriges von ihm verlangt habe, auch eine Gewaltthat von Seiten anderer Cabinette nicht zu befürchten sey, wie es seinerseits zu einer feindlichen Behandlung gleichfalls keine Veranlassung gebe, — die Passivität, mit der der Bürger zusieht, wie sein Nachbar bedrängt wird, entschuldigt er damit, daß er selbst noch nicht mit Füßen getreten ist.

Mit dem bürgerlichen Aufstand hatte das Reichsministerium dasselbe Schicksal — es erstarb in seiner friedlichen Ohnmacht. Herr von Gagern legte dem Reichsverweser, als der Kampf um die Reichsverfassung in den Einzeln-

staaten eine Entscheidung von Seiten der Centralgewalt und der Nationalversammlung verlangte, ein Programm vor, in welchem er mit Bezug auf den Beschluß der Versammlung vom 4. Mai für das Reichsministerium die Befugniß und Verpflichtung in Anspruch nahm, „mit allen gesetzlichen und friedlichen Mitteln und durch das Gewicht der moralischen Macht der Centralgewalt die Durchführung der Reichsverfassung in den deutschen Staaten zu unterstützen" — der Reichsverweser erkannte aber besser als diejenigen, die ihn mit der Centralgewalt geschaffen hatten, die Dürftigkeit dieser moralischen Macht und nahm das Programm nicht an. Am 17. Mai meldete er der Versammlung die Ernennung des neuen Ministeriums, welches er nach dem Rücktritt des Herrn von Gagern gebildet hatte, welches allen Illusionen ein Ende machte und in seinem Programm mit vollem Rechte und mit Berufung auf das Gesetz vom 28. Juni 1848 sich dahin aussprach, daß „eine Wirksamkeit Behufs der Durchführung der Verfassung außerhalb ihrer Befugnisse und Pflichten liege." Die Versammlung brauste auf, als ihr dieß Programm, welches der Reichsverweser seinem Schreiben beigefügt hatte, mitgetheilt wurde, sie erklärte auf den Antrag des Herrn Welcker die Ernennung dieses Ministeriums für „eine Beleidigung der Nationalversammlung" — sie beging also die Schwäche, es selbst auszusprechen und auch nur zuzugestehen, daß man es wagen dürfe, sie zu beleidigen — in dieser vermeintlichen Beleidigung erfuhr sie aber nur das Schicksal ihrer ursprünglichen Schwäche, da sie in der Centralgewalt nur den Ausdruck ihrer eigenen Incompetenz geschaffen hatte. Der Reichsverweser und das Ministerium-Grävell, sprachen nur eine

Wahrheit aus, die die Versammlung in dem Jubel, mit dem sie im vorigen Jahre die Aufforderung des Herrn von Gagern zu dem „kühnen Griff“ begrüßte, erstickt hatte.

Alle Anstrengungen der Versammlung, ihren Untergang aufzuhalten und ihrer Incompetenz in der Form mehrerer Proteste den Schein der Kraft zu geben, waren vergeblich. Vergebens waren ihre Proteste gegen die Abberufung ihrer Mitglieder, die nach dem Vorgange Oestreichs allmählig eine der größeren Regierungen nach der andern verordnete, vergebens ihre „Mißbilligung“ der Auflösung der preußischen und hannöverschen Kammern, vergebens ihr Beschluß vom 10. May gegen den „schweren Bruch des Reichsfriedens, den die preußische Regierung durch unbefugtes Einschreiten im Königreich Sachsen sich habe zu Schulden kommen lassen“, vergebens ihre Beschlüsse, wonach sie erst 150 Mitglieder für beschlußfähig erklärte und nachdem die Reihen sich immer mehr lichteten, endlich bis auf die Zahl 100 herabging — vergebens vor Allem ihr Protest gegen die „Rohheit ihrer Gegner“, wie sich Herr Simon von Trier ausdrückte [1]), die Uhland'sche Ansprache an das deutsche Volk, die sie am 26. Mai annahm und in der sie in der schlaffen und welken Sprache des Märzvereins berichtete, wie sie „sich gedrungen fühlt, an das Volk, von dem sie gewählt ist, über ihre neueste Stellung aufklärende und aufmunternde Worte zu richten, da diese Stellung eine so schwierige geworden ist, daß es wohl das Ansehen gewinnen möchte, als stände die verfassunggebende Versammlung ihrer Auflösung nahe, als müßte eben damit das von ihr mühsam zu Ende

1) Stenogr. Bericht 9, 6740.

geführte Verfassungswerk in Scherben gehen" — in der sie ferner für ihre „Bestrebungen, die Nationalvertretung unerloschen zu erhalten und die Verfassung lebendig zu machen, die Mitwirkung des gesammten deutschen Volks in Anspruch nahm", zwar „zu keinem Friedensbruch aufforderte, nicht den Bürgerkrieg schüren wollte, aber in dieser eisernen Zeit doch nöthig fand, daß das Volk wehrhaft und waffengeübt dastehe, um ..... den ungerechten Angriff abweisen zu können" — vergebens ihr Beschluß vom 30. Mai, ihren Sitz nach Stuttgart zu verlegen. Dem Theil des Volks, der sich für ihre Reichsverfassung erhoben, der ihrem Aufruf vom vom 4. Mai gefolgt und ihn nur ernster genommen, als sie es selbst gemeint hatte, hatte sie weder einen Halt bieten noch Hilfe gewähren können — jetzt, nachdem sie, wie auch Herr Vogt im Namen seiner Parthei eingestand und sich rühmte[1]), „die Bewegung ein ganzes Jahr lang in Süddeutschland gedämpft und niedergehalten hatte", nachdem die Revolutionäre „in jeder Beziehung nachgegeben, sich geschmiegt und gebogen — ja sogar, wie Herr Vogt in seiner Zerknirschung sich ausdrückte, in jener unseligen Kaiserwahl ihre Ehre verpfändet habten" — jetzt glauben sie endlich das Recht dazu zu haben, ihren eignen Weg zu gehen, im Süden der Freiheit eine „Veste" zu gründen, dem „Absolutismus des Nordens" einen Damm entgegenzusetzen. Aber sie wollten den Norden nicht erobern — sie vermochten es nicht, — sie kannten ihn nicht — nur aus Schonung und Rücksicht auf seine schwachen Kräfte hatten sie die Bewegung in Süddeutschland bisher gedämpft, „damit er gleichen Schritt halten

1) Ebend. 9, 6793.

könne"[1]) — sie haben ihm gegen ihre Ueberzeugung geschmeichelt, indem sie ihm in der Kaiserwahl Etwas boten, „was ihm, wie Herr Vogt sagte, niemals gebührte" — mit diesem Bewußtseyn, daß alle ihre Maaßregeln Mißgriffe gewesen, mit dieser Eisenmann'schen Geschichtskenntniß und Ansicht über den Norden konnten sie allerdings keinen Eroberungszug beginnen, konnten sie nicht einmal im Süden festen Fuß fassen. Nachdem sie in Stuttgart durch ihre Beschlüsse über allgemeine Volksbewaffnung und durch die Wahl einer Regentschaft ihre Schwäche noch einmal bloß gestellt, reichte es hin, daß Preußen die Auflösung dieses Restes der deutschen Volksvertretung, die Centralgewalt die Ausweisung der Regentschaft forderten, um diesem ohnmächtigen Nachspiel ein Ende zu machen. Herr Römer befreite sich am 18. Juni durch ein militärisches Detachement von den lästigen Gästen.

Herr von Gagern hatte mit dem Kreis seiner nächsten Anhänger unterm 20. Mai seinen Austritt aus der Versammlung angezeigt. Die Beschlüsse vom 11., 26. April und 4. Mai hatten die Nation in den Kampf geschickt — als der Kampf ausbrach, schauderte es dem Liberalen und seinem Anhange vor dem schrecklichen Antlitz der Gewalt, die ihm ihre Hilfe anbot, — da hatte er es nicht so gemeint und gestand er es ein, daß er sammt seiner Phrase der Volkssouveränetät des Beistandes der Gewaltthat nicht werth sey.

Ihm und seinen Freunden galt als Zweck, als Sinn

1) Siehe die Rede des Herrn Vogt a. a. O.

und Resultat der Märzkämpfe der Sieg des constitutionellen Systems, der Triumph der vormärzlichen liberalen Opposition und er hatte es zu seinem Schmerz erfahren müssen, wie die Meereswogen der Revolution seinem Gebot sich nicht fügen wollten, auch nach den Märztagen fortarbeiteten, in den Einzelstaaten, vor Allem in Preußen das constitutionelle Land durchwühlten, einen Saum, einen Deich nach dem andern hinwegschwemmten, wie ein Ministerium nach dem andern, das sich auf die liberale Parthei stützte und die vormärzlichen Liberalen vertrat, unhaltbar wurde[1]) — er mußte es sogar erleben, daß diejenigen, die im März die Besiegten waren, die früheren Absolutisten und Conservativen, die heute gezwungen sind, ihre Anhänglichkeit an die Constitution zu betheuern, den vormärzlichen Liberalen ihre frühere constitutionelle Gesinnung und Opposition zum Vorwurf machen, ihnen die Schuld an der Revolution aufbürden und sogar die Zumuthung stellen, ihren Sieg — einen Sieg, der „der Zeit den Stempel aufgedrückt" hat — denen gegenüber, die als unterworfen ihn anerkennen mußten, zu bereuen.

Dieser Zumuthung, über die sich nur verwundern konnten und die sie gleichwohl nur durch ihr Benehmen vor und nach dem März möglich gemacht hatten, setzten sie die Betheurung entgegen: „wir sind schuldlos an der Revolution[1]). Nicht wir, sondern die Regierungen haben

---

1) Siehe diese Klagen eines Constitutionellen in ihrer ganzen Naivität in der Schrift: Gegen die signatura temporis von einem freimüthigen Widersacher der Revolution. Berlin. 1849. p. 4. 32—36. 51 folgd.

2) Ebend. a. a. O.

die Revolution gemacht. Unser politisches Streben war immer keusch und rein — aber wir waren jederzeit unglücklich, mußten es immer zu unserm Leidwesen erfahren, wie die Regierungen mit ihren herben Maaßregeln den gesetzlichen Fortschritt abschnitten. Bei unserm Vorwärtsdringen war unsere Sorge immer nur darauf gerichtet, daß die Strömung nicht ihr angewiesenes Bett verlasse und die unausbleiblichen Reformen nicht in revolutionärer Weise erzwungen würden — aber immer war es auch unsere offene Wunde, daß Alles, was geschah, den Revolutionären diente und wir durch das Verschulden der Regierungen zum Gespötte wurden. Immer strebten wir dahin, die Revolution zu hintertreiben, indem wir unsere bescheidenen Forderungen aussprachen und die Gewalt beschworen, sie möchte durch rechtzeitige Zugeständnisse die Ueberschreitungen der Revolutionäre überflügeln, aber wir waren immer wieder unglücklich, trostlos und es brach uns fast das Herz, wenn wir sehen mußten, wie die Regierungen durchaus nicht die reformatorische Initiative ergrefin wollten, wie die fürstlichen Entschließungen, auf die die Nation in athemloser Stille lauschte, ausblieben und die rettende That, die einzige Hilfe gegen die Revolution, durchaus nicht kommen wollte."

Auch dießmal waren sie trostlos darüber, daß der starrsinnigen, geizenden Staatskunst nur die Revolution gewachsen ist; wie immmer sahen sie auch dießmal den Schrecken, der jede ihrer Erwartungen täuscht, vor sich stehen, mußten sie sehen, wie die Revolution ihre besten Entwürfe zerriß und ihr Werk zertrümmerte, als es eben gekrönt werden sollte. Die Revolution, mit der sie immer drohen, mit der sie

sich selber Furcht machen und deren Schreckbild sie zugleich brauchen, um sich selber Bedeutung und Ansehn zu geben, stand wieder leibhaftig vor ihnen, wenigstens glaubten sie dieselbe vor sich zu sehen, und wie sie immer vor der Gewalt sich zurückziehen, wichen sie vor ihr zurück und überließen sie ihr und den Regiernngen das Schlachtfeld, auf dem sie, die Gewaltlosen, die Gerechten und Edeln Nichts zu thun hatten.

Sie täuschten sich wie gewöhnlich. Revolutionen treten nicht so oft ein, als sie mit ihren Drohungen und Befürchtungen voraussetzen. Was sie vor sich sahen, war nur der schwache Rest der Märzrevolution, dasjenige, was sie in ihrem Kampf mit derselben übrig gelassen hatten. Da aber trotz ihrer ascetischen Proteste ihre ganze Bedeutung doch nur von der Revolution herrührt, ihr Ansehn darauf beruht, daß die Regierungen ihnen glauben und sich von ihnen einschüchtern lassen, wenn sie mit der Revolution drohen, oder sie benutzen, um ihre Unschuld im Kampf mit der Revolution vorauszuschicken und hinter dem Schilde ihres Liberalismus den letzten Schlag vorzubereiten, so war es auch um sie selbst geschehen, als die Regierungen dem bürgerlichen Aufstande und dessen gewaltthätigen Folgen ein Ende machten.

Nach ihrem Rückzuge hätten sie daher ruhig ihrem Schmerz über die Grausamkeit der Geschichte und den Undank der Welt leben können, wenn — sie nicht unermüdlich und unsterblich wären. Ohne sie darf Nichts geschehen — sie müssen überall „dabei" seyn — jede Wendung der Geschichte muß erst von ihnen ihre Bestätigung erhalten — eine

Thatsache ist erst vollendet, wenn sie sich ihr unterworfen haben.

Dieß mal galt es dem Bund, den Preußen mit Sachsen und Hannover im Lauf des Mai geschlossen hatte, der Reichsverfassung, die es den deutschen Regierungen zur Annahme vorlegte und unter derem Titel es wenigstens so viel Herrschaft zu gewinnen hoffte, als die Zeitumstände ihm zuwenden würden.

Obwohl die Liberalen, Herr von Gagern an der Spitze, durch die feierlichsten Erklärungen, die sie „im Angesicht der Nation“ 1) abgelegt, sich verpflichtet hatten, an der Verfassung, wie sie nach der zweiten Lesung beschlossen und verkündet worden, namentlich aber an dem Wahlgesetz „unwandelbar“ festzuhalten, so liefen sie doch wenige Wochen, nachdem die drei Königreiche ihre Verfassung ausgeboten hatten, zusammen, hielten sie, wiederum Herr von Gagern an der Spitze, ihr Nachparlament zu Gotha und unterzeichneten sie am 27. Juni eine Erklärung, in der sie anerkannten, daß auch dieser von den drei Königen vorgeschlagene Weg zum Ziel führen könne, vorausgesetzt, daß den Einzelstaaten einige Modificationen in Betreff des Wahlgesetzes gestattet werden — vorausgesetzt endlich, daß es bei den Bestimmungen der Dreikönigsverfassung bleibt und ihren bescheidenen Wünschen und Bedenken das Recht widerfährt, welches sie verdienen — d. h. vorausgesetzt, daß Niemand ihre Wünsche und Bedenken der Beachtung für werth hält.

Während der Nichtkenner in dem Wahne steht, daß

1) Man erinnere sich z. B. des Beschlusses vom 11. April.

diese unglücklichen Wesen in der Zerknirschung über ihre letzten Frankfurter Erfahrungen und Irrungen sich verschließen und Buße thun würden, läßt ihnen das Bewußtseyn ihrer Nothwendigkeit keine Ruhe und müssen sie der Welt noch einmal zeigen, wie groß ihre Gabe der Berechnung ist, müssen sie der Welt darüber Aufschluß geben, welchen Werth sie ihrem eignen Werk beilegen.

Es kostet sie nur einen Federstrich, um ihr eignes Verfassungswerk zu vernichten und dem Entwurf der drei Könige ihre Frankfurter Arbeiten, ihre pomphaften Phrasen, ihre hohen Betheuerungen zum Opfer zu bringen.

Wenn aber ihr Werk mit so leichter Mühe zu Fall gebracht wird, was wird das Schicksal des preußischen Entwurfs seyn? Wenn das Original so wenig Werth hat, wie viel wird das Plagiat werth seyn?

Die Liberalen glaubten richtig zu rechnen und die einzig mögliche Wirklichkeit zu ergreifen, indem sie ihr Werk aufgaben und an den Entwurf der drei Könige sich anklammerten — sie ließen aber damit ihrer Arbeit, dem Luftgebilde des deutschen Nationalitätstraums, das gerechte Schicksal widerfahren — sie ließen ihr Werk in sein Nichts aufgehen.

Auch Preußen nämlich mußte wie alle Helden dieses bürgerlichen Drama's erfahren und eingestehen, daß es sich getäuscht habe.

Als am 21. April in der zweiten preußischen Kammer Herr Rodbertus den engern Bund, den die Note vom 3. April in Aussicht stellte, eine Täuschung der Erwartungen

Deutschlands nannte, bemerkte der Ministerpräsident, „die Regierung habe von jeher den lebhaften Wunsch gehegt, daß es gelingen möge, alle deutschen Staaten zu einem Bundesstaate zu vereinigen; sie könne es daher nur schmerzlich bedauern, daß eine solche Vereinigung in bekannten Verhältnissen für jetzt ein unübersteigliches Hinderniß gefunden, und erblicke darin eine Täuschung ihrer eigenen Hoffnungen“.

Aber auch das ist noch eine Täuschung, wenn sie die Schwäche der benachbarten kleineren Staaten zur Bildung eines Großpreußens zu benutzen denkt, und sie wird ihre bescheidenen Hoffnungen und Ansprüche dem revidirten Bundestage als Opfer darbringen müssen.

Sie wird an dem Widerspruch ihrer wirklichen und vorgegebenen Absicht scheitern. Der Plan, ein einiges ganzes Deutschland zu gründen, wird durch ihre Absicht, das Königreich mit einem Kreis abhängiger Präfecten und Vasallen zu umgeben, paralysirt und der Gedanke eines Großpreußens hat an dem Schiboleth des deutschen Bundesstaats einen unüberwindlichen Gegner.

Es ist nicht Haß, was der preußischen Absicht entgegensteht.

Haß! Nur der Ueberlegene, die Ueberlegenheit der Einsicht und des Willens kann wirklich gehaßt werden. Geschichtliche — wirklich große geschichtliche Mächte, die bei ihrem Vorschreiten und durch die offene Entwicklung ihres Bewußtseyns und ihrer Absichten den Haß der Kleineren erwecken, die ihnen gegenüber den Traum ihrer Selbstständigkeit aufgeben müssen, schreiten ohne Rücksicht auf diesen

Widerstand der gekränkten Empfindung vorwärts auf der Bahn, die sie sich gestützt auf die Größe ihrer geistigen und natürlichen Constitution eröffnet haben, und geben der Welt die Gesetze, die sie aus der Kraft ihres Willens und aus der Macht ihrer Berechnung herausarbeiten.

Es ist vielmehr der Widerwille, den der offene Widerspruch zwischen jener vorgegebenen und wirklichen Absicht erweckt — es ist die schlaffe Unlust der Kleineren über die kleine Absicht, die sich gelegentlich unter dem Vorgeben einer größeren Idee durchsetzen will, was Preußens Plan vereitelt — und diese Idee, die die preußische Politik zu ihrer Ausführung benutzt, noch jetzt benutzen will, ist noch dazu längst widerlegt, gefallen und dem Publicum, dem sie vorgehalten wird, zum Ueberdruß geworden. Ist der Nation die deutsche Einheit genommen, so will sie auch nicht die preußische — ist die deutsche Originalverfassung gestürzt, so will das Publicum auch nicht das königliche Plagiat — ist die deutsche Nationalversammlung kläglich untergegangen, so glaubt das Volk auch nicht an die Lebensfähigkeit eines königlichen Nachparlaments.

Ein Naturvolk endlich, welches in seiner Dumpfheit der modernen Idee der Centralisation seine Vergangenheit entgegenhielt und zu Gunsten seiner Privilegien die Kraft der Revolution in Bewegung setzte, hat es Preußen möglich gemacht, das deutsche Terrain allein zu behaupten, wenigstens versuchsweise zu Gunsten seiner Absichten zu bearbeiten. In diesem Augenblicke ist der dumpfe Traum dieses Naturvolkes zu Ende und haben die Magyaren, die der preußischen Po-

litik in Deutschland freien Spielraum verschafften und zugleich die Illusionen des Nationalitätsprincips der deutschen Volkspartei, nachdem sie in Frankfurt erstorben waren, noch einmal belebten, in ihrem Haß gegen die Cultur des Abendlandes, indem sie Rußland als Garanten seiner Vergangenheit aufriefen, über das zerrissene Europa das Fatum heraufbeschworen, welches die kleinen Absichten der Regierungen, das Ersterben des erobernden Geistes in den Stammländern, die Schlaffheit des Nationalitätsprincips, die Ruheliebe des Bürgers sich selbst verdient und gewünscht haben.

Die Slaven hatten die Schwäche, zu der die Deutschen durch die Schlaffheit des Nationalitätsprincips herabgestimmt waren, zuerst benutzt und wenigstens den Plan gefaßt, die Deutschen in Oestreich sammt der Dynastie ihrer Herrschaft und dem Vorrecht ihrer Nationalität zu unterwerfen: nachdem die Dynastie sie gegen die Revolution ins Feld geschickt und sodann zu dem Niveau der andern Theile der Gesammtmonarchie herabgedrückt hatte, nachdem also die Deutschen von der Schmach und Schande, welche die Slaven ihnen bereits zugefügt und noch mehr zugedacht hatten, wieder befreit waren, jubeln sie, indem sie sich von der Bescheidenheit ihrer eignen nationalen Hoffnungen nicht losreißen und dem Verfall ihres gesunkenen herrschaftlichen Geistes nicht aufhelfen können, den vergeblichen Kämpfen der Magyaren für ihre beschränkte Nationalität zu und liefern sie eine Herrschaft, die ihnen in ihrer Zerfahrenheit ein Frevel scheint, der russischen Macht in die Hände, die der festen Ueberzeugung lebt, daß es ihre Bestimmung ist, die erschlafften Nationalitäten unter ihrer Oberhoheit zu sammeln und ihre Illusionen zu zerschlagen.

Als diejenige Macht des Festlandes, die über die gewaltigste und schlagfertigste Organisation gebietet, hatte Rußland am längsten temporisiren und dem Verlauf der Märzrevolution ruhig zusehen können — hatte es daher auch die Anwartschaft auf den größten Gewinn und auf die letzte Entscheidung — war es dazu bestimmt, das letzte Wort zu sprechen. Als die Magyaren sich dem Czaaren zu Füßen warfen, gaben sie ihm diese letzte Entscheidung über die Revolution in die Hand.

Zuerst hatte der Bürger temporisirt und im Vertrauen auf seine größeren Mittel es ruhig angesehen, bis die Forderungen der Arbeiter ermattet zu Boden fielen; dem Bürger gegenüber temporisirten die Regierungen — den unbehilflichen bürgerlichen Forderungen setzten sie ihre Unthätigkeit entgegen, ihre lauernde Passivität, an der die revolutionären Anläufe abprallten und sich ermüdeten; dem Frankfurter Parlament gegenüber wetteiferten die Regierungen mit einander, welche von ihnen am längsten dem unbestimmten Brausen der Volkserhebung ruhig zusehen könne, d. h. welche von ihnen im Stande sey, Kraft des Rückhalts ihrer eigenen Mittel sich am passivsten zu verhalten, sich am wenigsten in die unklare Gährung zu mischen, die Ungewißheit und Unsicherheit des Parlaments auf den höchsten Punkt zu treiben und die tödtliche Verlegenheit einer Versammlung, von welcher das Volk seine Einführung in den Areopag der Geschichte erwartete, zur Erhaltung und Steigerung ihres Ansehens zu benutzen; nachdem in diesem Wetteifer des Temporisirens und der Unthätigkeit Oestreich den Sieg davon getragen, muß es die Palme endlich Rußland übergeben, welches am stolzesten zugesehen hatte.

„Ruhe! Nur Ruhe!" war der einstimmige Ruf gewesen, mit welchem die deutsche Bürgerschaft alle die Velleitäten, aus deren Zusammentreffen die Märzrevolution entsprungen war, niedergeschlagen hatte, — das bürgerliche Verlangen nach Ruhe hatten die Liberalen, die sich schon im März der Leitung der Revolution bemächtigten und von den Regierungen zur Besänftigung der Volksmassen vorgeschoben waren, den Forderungen der Revolutionäre als Medusenschild entgegengehalten — weil der Bürger Ruhe will, erklärten die Regierungen die Errichtung eines einigen Deutschlands für unmöglich — im Namen des Bürgers widersetzte sich Oestreich der Gründung des preußischen Deutschlands, verbat es sich die Kämpfe und Erschütterungen, die auch die Gründung dieser kleineren Einheit verursachen würde — um der allgemeinen Ruhe willen hatten sich die Regierungen gegen das Frankfurter Parlament vereinigt, weil dessen Existenz schon beunruhigende Vorstellungen erweckte — jetzt haben die Magyaren, indem sie gleich den Polen des vorigen Jahrhunderts Rußlands Garantie für sich aufriefen, der Macht, die am besten die Ruhe zu sichern weiß, den Anlaß gegeben, auch den Regierungen Ruhe zu gebieten.

Schon im Vorparlament hatte sich die bürgerliche Furcht vor der Entscheidung hinter die Furcht vor der despotischen Gewalt versteckt und selbst die extremsten Partheien des Parlaments hatten ihre Schwäche in ihren Declamationen gegen die Gewalt bekannt; — die Gewalt, die die Deutschen nicht selbst üben wollten, wird daher — so wollen sie es wenigstens — über sie kommen; „wir wollen nicht Despoten

seyn", hieß es im Vorparlament, d. h. wir sind nur dazu bestimmt, die Despotie zu leiden.

Auch in seiner tiefsten Verkommenheit und Geistlosigkeit sollte das Bestehende nach dem Willen des Bürgers und seiner liberalen Vertreter geschützt und vor dem Attentat einer Entscheidung bewahrt werden; — die Magyaren, die der gnädigen Fürsprache des Czaaren ihre veralteten Privilegien anempfehlen und von Rußland den Schutz gegen die Revolution erbitten, mit welcher das österreichische Cabinet ihre verfallene Vergangenheit bedroht, haben dem westlichen Europa die Macht, die seinen Verfall schützen wird, näher gerückt.

Als die deutschen Regierungen die Vereinbarung als den Zweck der Märzrevolution proclamirten, gestanden sie es ein, daß die regierende Spitze zur Masse herabgesunken sey, erklärten sie den Bund der bürgerlichen Unfähigkeit und der herrschaftlichen Rathlosigkeit für ihr Ideal, sprachen sie es aus, daß das Band zwischen Volk und Regierung zerrissen sey und Beide sich als Fremde gegenüberstehen. Während die Entfremdung, die zwischen beide eingetreten, die Vereinbarung unmöglich machte, die Unfähigkeit und Rathlosigkeit ein gemeinsames Werk nicht zu Stande bringen konnten, bewiesen Herrscher und Dienende wenigstens das Eine, daß sie gleich ermattet, dem gleichen Fatum unterworfen seyen — von Fremden, da der Quell des eignen Raths und Entschlusses in ihrem Innern versiegt war, beherrscht seyn wollen.

Weder die Volksvertretungen noch die Regierungen haben den Absolutismus gründen können, in dem die Revolution

ihren Schluß und ihre Gestaltung findet — beide strebten ihm zwar zu — die Volksvertretungen endigten aber ihr Werk, indem sie sich dem Absolutismus der Regierungen unterwarfen, — die Regierungen bringen es nur zu Versuchen, deren Gebrechlichkeit ihre Ohnmacht zugleich und die unüberwindliche Gestaltlosigkeit der Volksmasse bezeugt — beide wollen den Absolutismus, aber zu schwach, ihn selbst zu üben, zu muthlos, um nach der Gewalt zu greifen und sie festzuhalten, wollen sie ihre Abgestumpftheit als ein fremdes Fatum erfahren.

Staats-
Bibliothek
Bamberg

Druck von J. Draeger in Berlin, Adlerstr. 9.

Verbesserungen.

S. 3 Z. 8 v. u. statt: martete lies: marterte.
S. 50 Z. 4 v. o. statt: von Insbruck lies: von Insbruck aus.
S. 50 Z. 8 v. u. nach Bürger setze ein Komma.
S. 72 Z. 13 v. o. statt: also; lies: also,
S. 93 Z. 12 v. u. statt: Eckstasen lies: Ekstasen.
S. 138 Z. 12 v. o. statt: jenem Preußenthum lies: seinem Preußenthum.
S. 162 Z. 2 v. u. statt: der Bewerbung lies: die Bewerbung.
S. 164 Z. 8 v. u. statt: provisorische Gesammtsouveränetät lies: provisorischer Gesammtsouverän.

Bei dem Verleger dieser Schrift ist ferner erschienen:

Lehrbuch der Reaction

von

Dr. Jeremias Wagner.

Motto: Geld und Gewalt, Gewalt und Geld,
Daran kann man sich freuen,
Gerecht- und Ungerechtigkeit,
Das sind nur Lumpereien.
Göthe.

16vo br. Preis: 6 Sgr.

Ueber die Grundsteuerfrage

im preußischen Staate,

in ihrer gesetzlichen Begründung gegenüber der entgegen kämpfenden Opposition. Ein motivirtes Gutachten von **W. A. Kreyßig.** 8. br. Preis: 5 Sgr.

Die gesellschaftliche Frage in ihren Verhältnissen zum freien Handel.

Von

Prof. C. L. Michelet.

8. br. Preis: 3 Sgr.

Ueber die Einrichtung der Bezirks-Vereine.

Von

Prof. C. L. Michelet.

8. br. Preis: 1½ Sgr.